

Kurznachrichten 703

Textteil

Revidiertes System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 711

Ergebnisse des Mikrozensus Mai 1992 723

Ergebnisse der Jahrerhebungen 1991 im Großhandel und in der Handelsvermittlung 732

Außenhandel 1992 mit den Entwicklungsländern . 739

Kosten der Krankenhäuser 1991 745

Vermögen und seine Besteuerung 1989 750

Aufwendungen für Kinder 759

Wandel der Bodennutzung und Bodenbedeckung 770

Preise im September 1993 781

Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge 785

Tabellentell

Übersicht 611*

Statistische Monatszahlen 612*

Ausgewählte Tabellen 644*

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein.

Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Herausgeber
Statistisches Bundesamt

Verlag
Metzler-Poeschel, Stuttgart

Contents Page

News in brief 703

Texts

Revised system of national accounts 711

Results of the microcensus in May 1992 723

Results of the annual survey of wholesale trade
and commission trade in 1991 732Foreign trade with the developing countries in
1992 739

Hospital costs, 1991 745

Property and its taxation, 1989 750

Expenditure for children 759

Changes in land use and land cover 770

Prices in September 1993 781

List of the contributions published in the current
year 785**Tables**

Summary 611*

Monthly statistical figures 612*

Selected tables 644*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory after 3 October 1990.

The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West.

The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

Table des matières Pages

Informations sommaires 703

Textes

Système révisé de la comptabilité nationale 711

Résultats du microrecensement, mai 1992 723

Résultats des enquêtes annuelles du commerce de
gros et des intermédiaires du commerce en 1991 732Commerce extérieur avec les pays en voie de
développement en 1992 739

Dépenses des hôpitaux en 1991 745

La fortune et son imposition en 1989 750

Dépenses pour enfants 759

Changements dans l'utilisation des sols et dans la
couverture du sol 770

Prix en septembre 1993 781

Liste des contributions publiées dans l'année
courante 785**Tableaux**

Résumé 611*

Chiffres statistiques mensuels 612*

Quelques tableaux sélectionnés 644*

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990.

Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus.

Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est.

Kurznachrichten

Aus aller Welt

8. Jahrestagung der Voorburg-Gruppe über Dienstleistungsstatistiken



Die Jahrestagung der Voorburg-Gruppe, die 1986 auf Initiative der Statistischen Ämter Kanadas und der Vereinten Nationen zur Fortentwicklung der Dienstleistungsstatistiken

erstmals in die Niederlande einberufen worden war, ist in diesem Jahr vom 27. September bis 1. Oktober vom Norwegischen Statistischen Zentralamt in Oslo ausgerichtet worden. Wie zuletzt in Williamsburg (Vereinigte Staaten) waren Statistiker aller großen EG- und EFTA-Staaten sowie der Vereinigten Staaten, Kanadas, Australiens und Japans vertreten, außerdem das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und das Statistische Amt der Vereinten Nationen.

Die Diskussionspapiere konzentrieren sich nach wie vor auf diejenigen Gebiete der Dienstleistungsstatistik, die noch wenig entwickelt sind, zum Beispiel die Berechnung von institutionellen Preisindizes und Fragen der quantitativen Messung der Dienstleistungen, inzwischen auch für die Bereiche Banken und Versicherungen. Darüber hinaus sind ständige Themen die Weiterentwicklung der Dienstleistungsstatistiken in institutioneller und gütermäßiger Hinsicht sowie die Erfassung des internationalen Handels mit Dienstleistungen, ein die Zahlungsbilanzstatistik und die Wirtschaftsstatistik gleichermaßen berührendes Gebiet.

Gegenwärtig sind jedoch zwei Themenkomplexe stärker in den Vordergrund getreten: Zum einen die Entwicklung sogenannter "Model surveys", zum anderen Fragen der Neuordnung der Dienstleistungsstatistiken angesichts der überall verfügbaren Haushaltseinschränkungen.

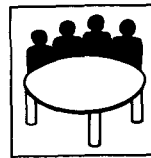
Die "Model surveys" sind Vorschläge für Primärerhebungen in den einzelnen Dienstleistungsbereichen, die jeweils von konkreten Fragebogenfassungen ausgehen. Diese Fassungen sind in zehn bis zwölf Module untergliedert, zum Beispiel über die erwünschte Gliederung der Umsätze, der Kosten, der Exporte und Importe, der Beschäftigten und der Investitionen. Bisher wurden die Bereiche Datenverarbeitung, Telekommunikation und Audiovision sowie zuletzt Marktforschung und Werbung behandelt. Die Vorschläge sollen entsprechende Erhebungen anregen und zielen auf ein Grundgerüst harmonisierter Daten hin.

Die Diskussion über die Neuordnung der Dienstleistungsstatistiken wurde anhand einer kanadischen Besprechungsunterlage geführt. Sie geht von Überlegungen zu den wichtigsten Bedarfsträgern aus und nimmt eine Typisierung von fünf Dienstleistungsbereichen vor. Danach wird der wichtigste Datenbedarf nach der Periodizität klassifiziert und es werden Prioritätskriterien für Wahlentscheidungen zur Diskussion gestellt. Am Schluß stehen Fragen der Strategie der Datenbeschaffung, insbesondere die Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung.

Weitere Informationen sind im Statistischen Bundesamt bei Gruppe VIC, Telefon (0611) 75-2428, erhältlich.

Aus Europa

Ausschuß für das Statistische Programm der EG



Unter Teilnahme der Leiter der statistischen Zentralämter der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (EG) sowie der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) fand am 24. September 1993 die

zehnte Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP) in Brüssel statt. Ein wichtiger Diskussionspunkt war die Rahmenverordnung zur Unternehmensstatistik, die alle Wirtschaftsbereiche umfassen soll. Aus der Sicht der meisten Mitgliedstaaten wurden sowohl die Gesetzesvorlage als auch das von Eurostat geplante weitere Vorgehen als noch nicht entscheidungsreif zurückgewiesen, obwohl die Zielsetzung einer bereichsübergreifenden Rechtsakte im Grundsatz Unterstützung fand. Aufgrund der Stellungnahme des ASP wurde der Verordnungsentwurf an ein Expertengremium zurückverwiesen, das den Entwurf nochmals überprüfen und Änderungsvorschläge ausarbeiten soll, damit er in geänderter Fassung dem ASP auf seiner Novembersitzung zur abschließenden Stellungnahme vorgelegt werden kann. Als weiterer wichtiger Beratungspunkt stand der Entwurf einer Rahmenrichtlinie zur Neuordnung der Agrarstatistiken der EG auf der Tagesordnung. Die Mitgliedstaaten stimmten dem Grundgedanken einer Konsolidierung und besseren Abstimmung des Sektors Agrarstatistik im Rahmen des Gesamtprogramms zu, die vorgelegte Rechtsakte stieß jedoch auf zahlreiche Einwände. Eurostat sagte zu, den vorgelegten Entwurf entsprechend zu überarbeiten.

Ferner berichtete Eurostat über die Ergebnisse der Task Force „Statistisches Jahresprogramm“ und die

Kurznachrichten

anstehende Gründung einer neuen Arbeitsgruppe, die dem ASP zuarbeiten und sich mit der Prüfung der im Rahmen des Jahresprogramms vorgesehenen Projekte befassen soll.

In der Sitzung des ASP wurde über die Erfahrungen mit dem Ausbildungsprogramm für Europäische Statistiker (TES) berichtet, das in den Mitgliedstaaten breite Unterstützung fand. Die deutsche Delegation plädierte für eine Fortführung des TES-ECO-Programms für Statistiker aus Mittel- und Osteuropa. Ein weiterer Diskussionspunkt war der Vorschlag über Möglichkeiten der Harmonisierung des Verbraucherpreisindex, dem im Zusammenhang mit den Konvergenzkriterien des Vertrags von Maastricht eine große Bedeutung zukommt. Das Vorhaben wurde von allen Teilnehmern im Grundsatz befürwortet. Von mehreren Delegationen wurden Vorschläge zur Konkretisierung des Mandats und zur Zusammensetzung der im Rahmen dieses Projektes geplanten Task Forces zur Erarbeitung der Methodengrundlagen gemacht. Ein weiteres Thema war der Entwurf einer Richtlinie zur Güter- und Personenverkehrsstatistik auf dem Seeweg.

Erörtert wurden ferner der Richtlinienentwurf über den Schutz personenbezogener Daten sowie der Sachstand in den Mitgliedstaaten zur Außenhandelsstatistik nach 1992.

Kompakt

Statistisches Bundesamt präsentierte die Länderberichte Belgien und Niederlande auf der 45. Frankfurter Buchmesse

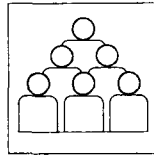


Unter dem Schwerpunktthema „Flandern und die Niederlande“ fand vom 6. bis 11. Oktober 1993 das Branchenereignis rund ums Buch, die 45. Frankfurter Buchmesse, statt.

Zum diesjährigen Schwerpunktthema stellte das Statistische Bundesamt seine neuen Länderberichte „Belgien 1993“ und „Niederlande 1993“ vor. Die Länderberichte vermitteln Informationen u. a. über die Bereiche Wirtschaft, Bevölkerung, Reiseverkehr und Umwelt und enthalten farbig gestaltete Karten und Graphiken sowie eine Vielzahl von textlichen und tabellarischen Darstellungen.

Diese und weitere Neuerscheinungen, wie zum Beispiel der Zahlenkompaß 1993 im Taschenbuchformat und nicht zuletzt das Statistische Jahrbuch 1993, fanden bei den Besuchern reges Interesse.

Darstellung von Messen und Ausstellungen im Statistischen Jahrbuch 1993



Aus der Vielzahl der in Deutschland stattfindenden Messen und Ausstellungen wird im „Statistischen Jahrbuch 1993 für die Bundesrepublik Deutschland“ über rund 100 ausgewählte Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung berichtet, die im Jahr 1992 in den 18 deutschen Messestädten stattgefunden haben. Diese Angaben beruhen auf Aufzeichnungen, die der Ausstellungs- und Messeausschuß der Deutschen Wirtschaft e. V. (AUMA), Köln, regelmäßig zusammenstellt. Veröffentlicht werden Angaben zu den belegten und vermieteten Flächen sowie zur Zahl der Aussteller und Besucher aus dem In- und Ausland: Im Jahr 1992 wurden die größte belegte Bruttofläche (521 200 m²) und die höchste Ausstellerzahl mit knapp 6600 bei der „Hannover Messe Industrie“, die höchste Besucherzahl mit knapp 650 000 bei der „Hannover Messe CeBit“ ermittelt. Die meisten Aussteller aus dem Ausland wurden bei der „Frankfurter Buchmesse“ (rd. 3900), die größte Zahl ausländischer Besucher (gut 140 000) bei der „K-Int. Messe Kunststoff + Kautschuk“ gezählt.

Das „Statistische Jahrbuch 1993 für das Ausland“ enthält entsprechende Angaben über eine Auswahl von Messen und Ausstellungen auf allen Kontinenten mit offizieller Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1992. Zusätzlich werden auch Angaben zum Umfang der deutschen Beteiligung veröffentlicht: Die höchste Zahl der deutschen Aussteller wurde mit knapp 300 unter insgesamt rund 1900 Ausstellern bei der „Internationalen Handelsmesse, Teheran“ festgestellt, bei der 2,5 Mill. Besucher registriert wurden. Die größte belegte Fläche (5 609 m²), mehr als ein Drittel der insgesamt vermieteten, wurde von 152 deutschen Ausstellern auf der „Int. Branchenausstellung Chemie“ in Moskau genutzt, bei der 180 000 Besucher gezählt wurden.

Weitere Hefte der Sonderreihe mit statistischen Angaben für das Gebiet der ehemaligen DDR erschienen



Mit dem Heft 8 „Ausgewählte Zahlen zur Agrarwirtschaft für das Gebiet der ehemaligen DDR 1949—1989“ der Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR wurden umfangreiche statistische Ergebnisse in methodischer Anpassung an die Bundesstatistik der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Kurznachrichten

Die Veröffentlichung ist in die Abschnitte Landwirtschaftliche Betriebe, Bodennutzung und Ernte, Bestand an Schleppern und Mähdreschern, Inlandsabsatz an mineralischen Düngemitteln, Viehbestände und Tierische Erzeugnisse gegliedert; sie geben Aufschluß über Produktionsentwicklung und Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft für den Zeitraum 1949 bis 1989 der ehemaligen DDR insgesamt sowie in der regionalen Unterteilung nach den neuen Bundesländern für die Jahre 1985 bis 1989.

Den einzelnen Tabellenabschnitten wurden textliche Erläuterungen vorangestellt, die über die angewandte Methode der Rückrechnung und die noch verbleibenden Unterschiede zur Bundesstatistik Aufschluß geben.

Der Anhang enthält eine kurze Zusammenfassung der organisatorischen Entwicklung der amtlichen Agrarstatistik in der ehemaligen DDR sowie ausgewählte Erhebungsunterlagen.

Mit dem Heft 9 „Umsätze im Außenhandel, 1975 und 1980 bis 1990“ werden umfangreiche statistische Informationen über Ein- und Ausfuhren der ehemaligen DDR veröffentlicht.

Die ursprünglich auf effektiv erzielten Valutapreisen basierenden Wertangaben werden in DM dargestellt. Die besonders schwierigen Fragen der Umrechnung in DM werden ausführlich beschrieben. Gleichzeitig wurden die Umsätze methodisch dem in der Bundesrepublik üblichen Prinzip der „zollstatistischen Erfassung“ angepaßt. Damit sind die Angaben methodisch mit Veröffentlichungen über den Außenhandel der Bundesländer im früheren Bundesgebiet weitgehend vergleichbar.

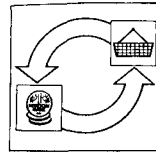
Das Material enthält Übersichten gegliedert nach Ländergruppen, nach Partnerländern, nach Teilen und Abschnitten des Internationalen Warenverzeichnisses (SITC) — insgesamt und für dreißig ausgewählte Partnerländer — sowie nach Zweigen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (SYPRO).

Die Hefte 8 und 9 können — wie die übrigen Hefte dieser Sonderreihe — beim Statistischen Bundesamt, Gruppe ZD „Veröffentlichungen“, gegen eine Schutzgebühr angefordert werden.

Weitere Informationen zu diesen Heften der Sonderreihe sind im Statistischen Bundesamt bei der Arbeitsgruppe DEO A, Telefon (030) 2324-6272 (Heft 8) bzw. -6207 (Heft 9), erhältlich.

Aus diesem Heft

Revidiertes System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen



Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der marktwirtschaftlich orientierten Länder und inzwischen auch der meisten Länder im Übergang zur Marktwirtschaft basieren auf dem 1968 von den Vereinten Nationen

herausgegebenen SNA (System of National Accounts). Seit 1986 hat eine Expertengruppe Vorschläge zur Revision des SNA ausgearbeitet, um dieses System an geänderte Gegebenheiten im Wirtschaftsgeschehen und an neue Anforderungen an den Ergebnisausweis anzupassen, um unklare Regelungen zu präzisieren und um es mit anderen Statistiksystemen zu harmonisieren. Diese Vorschläge mündeten in eine neu gestaltete Fassung des SNA, die am 23. Februar 1993 von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen akzeptiert und damit verabschiedet wurde.

Die Grundkonzeption des SNA ist unverändert beibehalten worden. So wird weiterhin nicht angestrebt, die Wohlfahrt und ihre Veränderung zu messen, die Hausarbeit zählt nicht zur erfaßten Produktion, der unentgeltliche Verzehr und die Schädigung der Umwelt werden nicht einbezogen, und die Ausgaben für Forschung und Entwicklung und für Aus- und Weiterbildung zählen weiterhin nicht zu den Investitionen. Im Detail wurde aber viel geändert. So werden die Investitionen in der Zukunft auch Teile der Anschaffung militärisch genutzter Anlagegüter, den Zugang bestimmter immaterieller Vermögensgegenstände, den Erwerb von Gold oder Antiquitäten als Vermögensanlage sowie das natürliche Wachstum von land- und forstwirtschaftlich genutzten Pflanzen- und Tierbeständen umfassen.

Noch bedeutsamer sind die vorgeschlagenen Erweiterungen im Darstellungsgegenstand und in der Präsentation der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Das Kontensystem wird wesentlich ausgebaut, so daß es nun dem in Deutschland seit langem üblichen System sehr nahe kommt. Es umfaßt auch komplette Vermögensbestandskonten und eine Reihe von Übergängen von den Transaktions- zu den Bestandskonten. Der Sektor Private Haushalte soll nach Haushaltsgruppen und die Kapitalgesellschaften in öffentliche, ausländische und private Unternehmen untergliedert werden. Die Produktionsvorgänge werden weiterhin in der Form von Input-Output-Tabellen abgebildet. Dieses Darstellungsprinzip soll aber auch den Sozialrechnungsmatrizen zugrunde gelegt werden.

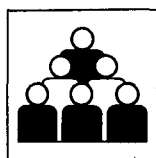
Kurznachrichten

Da die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht allen an sie gerichteten Anforderungen gleichzeitig nachkommen können, wird für spezielle Fragestellungen die Ergänzung um Satellitensysteme empfohlen. In ihnen werden unter bestimmten Betrachtungsweisen funktional abgegrenzte Ausschnitte des Wirtschaftsgeschehens und damit verbundene Aspekte abgebildet. Das revidierte SNA erläutert diesen Gedanken anhand des Umweltsatellitensystems.

Das revidierte SNA ist über Europa für die zukünftige Ausgestaltung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland von hoher Bedeutung. Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) wird gegenwärtig ebenfalls überarbeitet und soll in der Zukunft keine konzeptionellen Abweichungen zu dem neuen SNA von 1993 mehr aufweisen. Auch die Definition der Produktionseinheiten und die Gliederung der Produktionsbereiche sollen im SNA und im ESVG die gleichen sein, so daß der Ergebnismachweis nach beiden Systemen gleich sein wird. Das ESVG wird in einigen Punkten aber schärfer abgrenzen und im Ergebnismachweis tiefer untergliedern, um den speziellen europäischen Anforderungen, wie der Berechnung der Eigenmittel, der Messung von Konvergenzkriterien laut Maastrichter Vertrag und als Grundlage einer europäischen Wirtschaftspolitik im großen Binnenmarkt Rechnung zu tragen.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften beabsichtigt, das revidierte ESVG per Rechtsakt verbindlich vorzuschreiben, und zwar auch für den nationalen Ausweis. Dann muß es auch in Deutschland in allen Punkten genau angewandt werden. Es wird zu Brüchen in den Zeitreihen kommen, den Sektor Unternehmen wird es nicht mehr geben. Die Kommission möchte diesen Übergang bis 1998 realisieren. Doch sind die mit der kompletten Neuberechnung verbundenen Änderungen so vielgestaltig, umfassend und tiefgreifend, daß diese größte Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen seit Anfang der sechziger Jahre kaum vor dem Jahr 2000 abgeschlossen sein wird.

Ergebnisse des Mikrozensus Mai 1992



Angesichts der schwierigen konjunkturellen Situation und der strukturellen Anpassungsprobleme zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost liefern die Ergebnisse der jetzt vorliegenden Mikrozensusbefragung vom Mai 1992 wichtige wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Orientierungshilfen. Hierzu zählen Fragen der Bevölkerungs-

struktur, der Erwerbsquote, der Erwerbslosigkeit, der Arbeitsuche, aber auch der Arbeitszeit und der Einkommensverhältnisse der Erwerbstätigen.

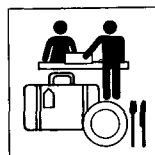
struktur, der Erwerbsquote, der Erwerbslosigkeit, der Arbeitsuche, aber auch der Arbeitszeit und der Einkommensverhältnisse der Erwerbstätigen.

Im Mai 1992 standen dem Arbeitsmarkt in Deutschland rund 40 Mill. Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) zur Verfügung. Im früheren Bundesgebiet betrug die Zahl 31,9 Mill. Damit gab es im Berichtsmontat 522 000 Erwerbspersonen mehr als im April 1991. In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die Zahl der Erwerbspersonen dagegen im gleichen Zeitraum um 483 000 auf 8,2 Mill. zurückgegangen. Von Erwerbslosigkeit sind die Frauen sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern besonders stark betroffen. So waren im Mai 1992 im Westen 6,5% der Frauen und 5% der Männer erwerbslos. Im Osten war die Frauenerwerbslosigkeit mit rund 23% (Männer 11,5%) fast viermal so hoch wie im Westen.

Teilzeitbeschäftigung ist in Deutschland — wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung — eine Domäne der Frauen: Während bei den Männern im früheren Bundesgebiet mit 2,5% und in den neuen Bundesländern mit sogar nur 1,0% der Erwerbstätigen die Teilzeitbeschäftigung praktisch keine Rolle spielt, so gaben im Westen 35% und im Osten immerhin noch knapp 15% der abhängig erwerbstätigen Frauen an, einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen.

Mit Abstand die wichtigste Quelle des Lebensunterhalts ist nach wie vor die Erwerbstätigkeit, von der im Mai 1992 in Deutschland gut 43% der Bevölkerung überwiegend lebten. Rund 32% bezogen Unterhalt von Angehörigen, knapp 23% lebten überwiegend von Rente und dergleichen, und für 2,7% war Arbeitslosengeld oder -hilfe die wichtigste Einkommensquelle. Im Mai 1992 hatten von den rund 34,2 Mill. Erwerbstätigen in Deutschland, für die Angaben zum Einkommen vorliegen, rund 16% ein Nettoeinkommen von unter 1 000 DM, rund ein Viertel verfügten über ein Einkommen von 1 000 bis unter 1 800 DM, 38% befanden sich in der Einkommensgruppe 1 800 bis unter 3 000 DM, und jeder fünfte Erwerbstätige erzielte ein Einkommen von 3 000 DM und mehr.

Ergebnisse der Jahrerhebungen 1991 im Großhandel und in der Handelsvermittlung



In diesem Beitrag sind Ergebnisse der repräsentativen Jahrerhebungen 1991 in den Bereichen des Großhandels und in der Handelsvermittlung dargestellt. Diesen Ergebnissen kommt eine besondere Bedeutung

Kurznachrichten

zu, da sie aufzeigen, wie sich die veränderte politische und wirtschaftliche Situation auf die Geschäftstätigkeit der Unternehmen in diesen Bereichen ausgewirkt hat. Für den Großhandel enthält dieser Beitrag nicht nur Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet, sondern auch für Deutschland und eine vergleichende Analyse der Geschäftstätigkeit der Unternehmen im früheren Bundesgebiet sowie in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Für die Handelsvermittlung können Ergebnisse nur für das frühere Bundesgebiet bereitgestellt werden.

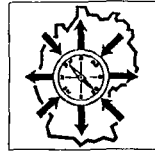
In Deutschland wurde von den Großhandelsunternehmen im Jahr 1991 ein Umsatz (ohne in Rechnung gestellte Umsatzsteuer) in Höhe von 1 016 Mrd. DM erzielt. Am Jahresende 1991 waren in den Großhandelsunternehmen mehr als 1,2 Mill. Beschäftigte tätig, für die Bruttolöhne und -gehälter in Höhe von 55,4 Mrd. DM gezahlt wurden. Der erwirtschaftete Rohertrag betrug 163,3 Mrd. DM, das Investitionsvolumen belief sich auf 13,4 Mrd. DM, das sind 8% des Rohertrages.

Der Vergleich der Geschäftstätigkeit von Großhandelsunternehmen im früheren Bundesgebiet sowie in den neuen Ländern und Berlin-Ost anhand von berechneten Kennziffern führt u. a. zu folgenden Ergebnissen (die für das frühere Bundesgebiet sind jeweils zuerst genannt): Umsatz je Beschäftigten 878 000 DM gegenüber 345 000 DM, Rohertrag je Beschäftigten 142 000 DM gegenüber 49 000 DM, nach Abzug der Aufwendungen für Bruttolöhne und -gehälter 94 000 DM gegenüber 27 000 DM. In den neuen Ländern und Berlin-Ost war die Investitionstätigkeit mit 29 DM je 1 000 DM Umsatz deutlich höher als im früheren Bundesgebiet mit 13 DM je 1 000 DM Umsatz.

Die Großhandelsunternehmen im früheren Bundesgebiet verbuchten im Jahr 1991 Umsätze in Höhe von 983,7 Mrd. DM, das waren 7,5% mehr als 1990. Der Rohertrag belief sich auf 158,6 Mrd. DM, 11,8% mehr als 1990, und das Investitionsvolumen auf 12,5 Mrd. DM, 21,4% mehr als 1990.

Der Umsatz der Handelsvermittlungsunternehmen belief sich 1991 im früheren Bundesgebiet auf insgesamt 21,1 Mrd. DM. Durch ihre Geschäftstätigkeit wurden Waren im Wert von 249,2 Mrd. DM vermittelt. Auffallend ist, daß insbesondere in den Branchen der Handelsvermittlung hohe Umsatzausweitungen und auch eine starke Investitionstätigkeit festgestellt werden konnte, in denen mit Waren gehandelt wird, für die aus den neuen Ländern und Berlin-Ost eine große Nachfrage marktwirksam wurde.

Außenhandel 1992 mit den Entwicklungsländern



Der Außenhandel Deutschlands mit den Entwicklungsländern verlief 1992 nach teilweise deutlichen Erhöhungen in den vorangegangenen beiden Jahren ausfuhrseitig weiter ansteigend, während sich die Importe rückläufig entwickelten.

Die Ausfuhren in diese Ländergruppe übertrafen das Ergebnis des Vorjahres mit einem Wert von 77,5 Mrd. DM um 6,6%. Dies entsprach einem Anteil an den Gesamtexporten Deutschlands von 12%. Die Importe aus den Entwicklungsländern lagen mit 71,1 Mrd. DM um 4,9% unter dem Wert von 1991. Damit entfielen 11% der Gesamteinfuhren auf diese Ländergruppe.

In der Bedeutung der Entwicklungsländer als Absatzmärkte deutscher Produkte stand im Berichtsjahr der Iran mit einem Exportwert von 8,0 Mrd. DM an erster Stelle, gefolgt von Taiwan (5,0 Mrd. DM) und der Republik Korea (4,8 Mrd. DM).

Das wichtigste Ursprungsland unter den Entwicklungsländern war Taiwan mit einem Wert der von dort eingeführten Waren von 7,4 Mrd. DM. Danach folgten die Importe aus Brasilien (5,4 Mrd. DM), der Republik Korea (5,4 Mrd. DM) und Hongkong (4,7 Mrd. DM).

Während 1991 im Handel mit den Entwicklungsländern noch ein Passivsaldo von 2,1 Mrd. DM erwirtschaftet worden war, schloß die Außenhandelsbilanz 1992 mit einem Aktivsaldo von 6,4 Mrd. DM.

Kosten der Krankenhäuser 1991



In den 2 411 bundesdeutschen Krankenhäusern entstanden 1991 Kosten in Höhe von 79,8 Mrd. DM. Insgesamt entfielen 66,5% der Gesamtkosten auf das Personal (53,1 Mrd. DM) und 32,5% auf die Sachkosten. 1,0% wurden als Zinsen für Betriebsmittelkredite und Kosten der Ausbildungsstätten ausgegeben.

Die Gesamtkosten haben sich gegenüber 1990 im früheren Bundesgebiet von 63,6 auf 70,0 Mrd. DM um 10,1% erhöht. Hierbei fällt insbesondere die Zunahme der Personalkosten mit 11,1% ins Gewicht. Die Sachkosten der Krankenhäuser sind im gleichen Zeitraum um 8,0% gestiegen.

Im Bundesdurchschnitt entstanden den Krankenhäusern 1991 je Pflage tag Kosten in Höhe von 360 DM. Relativ geringe Kosten mit 207 DM je Tag gab es in den Krankenhäusern, die ausschließlich

Kurznachrichten

über psychiatrische und neurologische Fachabteilungen verfügten. In den übrigen Krankenhäusern (allgemeine Krankenhäuser) entstanden je Pflage-tag Kosten von 377 DM. Die höchsten durchschnittlichen Kosten je Pflage-tag gab es in den Hochschulkliniken mit über 600 DM.

Die Krankenhäuser mußten 1991 je Vollkraft 60 600 DM aufwenden. Im ärztlichen Dienst fielen Kosten in Höhe von 113 200 DM und im nichtärztlichen Bereich von 53 600 DM an. In den alten Ländern betragen die Kosten je Vollkraft 67 400 DM und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 33 900 DM.

Die Kosten der Krankenhäuser lagen pro Pflage-tag zwischen 207 DM in Sachsen und 494 DM in Hamburg. Die durchschnittlichen Kosten aller Krankenhäuser lagen in den alten Bundesländern mit 391 DM um 9% über und in den neuen mit 229 DM um 36% unter dem Bundesdurchschnitt. Die unterschiedlichen Kosten je Pflage-tag sind hauptsächlich auf die geringeren Personalkosten zurückzuführen. Insgesamt mußten die Krankenhäuser der neuen Länder 61% der Gesamtkosten für Personal ausgeben, während es in den alten Ländern 67% waren. Auch bei den Sachkosten zeigen sich Unterschiede, die allerdings weniger gravierend sind. Hier gaben die Krankenhäuser in den neuen Ländern und Berlin-Ost 95 DM und die im früheren Bundesgebiet 135 DM aus.

Vermögen und seine Besteuerung 1989



In dem Beitrag werden Hinweise über die steuerrechtlichen Bewertungsvorschriften, Freibeträge und Freigrenzen gegeben, die bewirken, daß nur ein beschränkter Kreis von Vermögenden mit ihrem steuerpflichtigen

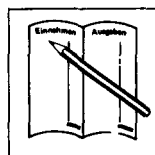
Vermögen veranlagt werden und damit statistisch erfaßbar sind.

Nach Abschluß der Hauptveranlagung zur Vermögensteuer auf den 1. Januar 1989 gab es im früheren Bundesgebiet insgesamt 1 061 103 Vermögensteuerpflichtige, davon 954 504 natürliche und 86 045 nichtnatürliche Personen sowie 20 554 beschränkt Steuerpflichtige. Damit erhöhte sich nach der in dreijährigem Abstand durchzuführenden Vermögensteuerstatistik die Zahl der Vermögensteuerpflichtigen gegenüber 1986 um 30,0%.

Das veranlagte Gesamtvermögen dieses Personenkreises betrug 1 132 Mrd. DM, das sind 19,6% mehr als drei Jahre zuvor. Nach Berücksichtigung von Freibeträgen hatten die Steuerpflichtigen insgesamt auf 1 015 Mrd. DM steuerpflichtiges Vermögen 5,5 Mrd. DM Vermögensteuer zu zahlen.

Etwas weniger als die Hälfte der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen (463 889) waren Rentner, Pensionäre u. ä. mit einem Gesamtvermögen von 191,3 Mrd. DM. Dagegen besaßen 184 186 selbständige Gewerbetreibende ein Gesamtvermögen von 267,3 Mrd. DM.

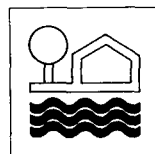
Aufwendungen für Kinder



In diesem Beitrag werden die Ergebnisse einer Untersuchung über die Höhe der Aufwendungen für Kinder vorgelegt, die im wesentlichen auf Einzeldaten der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 be-

teiligten Alleinerziehenden mit einem Kind bzw. Ehepaaren mit einem Kind und mit zwei Kindern basieren. Eine Arbeitsgruppe, an der das Bundesministerium für Familie und Senioren, das Bundesministerium für Justiz, mehrere wissenschaftliche Institute und das Statistische Bundesamt beteiligt waren, hat erstmals ein Verfahren entwickelt, das die Aufteilung der ursprünglich nur für den Haushalt ermittelten Verbrauchsdaten auf Erwachsene und Kinder ermöglicht; dies war bisher nur mittels schematischer Modellrechnungen möglich. Danach wurden im Jahr 1988 in Haushalten von Alleinerziehenden mit einem Kind pro Monat 544 DM, das sind 25% der Gesamtausgaben für den Privaten Verbrauch, für das Kind aufgewendet, bei Ehepaaren mit einem Kind 691 DM (19,5%) und bei Ehepaaren mit zwei Kindern 492 DM pro Kind (13,0%). Bei der Interpretation dieser Werte müssen die erheblichen Unterschiede zwischen den erfaßten Haushaltstypen in der sozialen Schicht, dem Einkommen und dem Alter der Kinder beachtet werden. Außerdem müssen die Auswirkungen der normativen Ansätze, die auch bei dem neuen Verfahren nicht ganz zu vermeiden waren, berücksichtigt werden.

Wandel der Bodennutzung und Bodenbedeckung



Die Intensivierung der Bodennutzung und der steigende Landschaftsverbrauch in Mitteleuropa bieten Anlaß zur Sorge. Im Gegensatz zum Energieverbrauch hat beim Flächenanspruch für Siedlung und Verkehr bis-

lang keine Entkopplung vom Wirtschaftswachstum stattgefunden. Statt dessen ist für die Zukunft mit weiter steigendem Flächenbedarf zu rechnen: Der Zuwanderungsdruck aus den globalen Krisengebieten verschärft eine ohnehin nicht bedarfsgerechte Verteilung des Wohnraums, der Neubau von Woh-

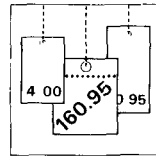
Kurznachrichten

nungen ist offenbar unumgänglich. Hinzu kommen Ansprüche an die Verkehrsinfrastruktur, die sich aus der Öffnung des EG-Binnenmarkts und dem Aufbau einer wirtschaftlichen Ost-West-Achse ergeben. Dadurch werden die Leistungsfähigkeit der Ressource Boden und mit dieser der Zustand von Natur und Landschaft beeinträchtigt.

Mit dem Projekt „Wandel der Bodennutzung und Bodenbedeckung“ will die Statistik Ansätze zu einer breiter angelegten Beschreibung von Rahmenbedingungen, Ausmaß und Auswirkung des Landschaftsverbrauchs liefern. Die Konferenz Europäischer Statistiker hat im Jahr 1992 bei der UN-ECE eine Task Force eingerichtet mit dem Auftrag, die Methoden des Environmental Accounting hinsichtlich physischer Daten weiterzuentwickeln und an den Sachgebieten „Nutrients“ (Bilanzierung von Stoffströmen) und „Change of Land use/Land cover“ (Wandel der Bodennutzung und Bodenbedeckung) zu prüfen; an der Arbeitsgruppe zum zweiten Bereich ist das Statistische Bundesamt beteiligt. Als Belastungsfaktoren werden hier vornehmlich direkte physische Eingriffe in der Fläche berücksichtigt — im Gegensatz zu stofflichen Eingriffen. Kernstück dieses Land-Use-Accounting in Deutschland ist die beispielhafte Beschreibung des Bodennutzungswandels über einen Zeitraum von 40 Jahren am Beispiel des Testgebietes Main-Taunus-Kreis. Moderne statistische Methoden der Fernerkundung (STABIS-Methode aus Luftbildern, CORINE-Land-Cover-Methode aus Satellitenbildern) ermöglichen eine Gewinn-/Verlustrechnung der einzelnen Bodennutzungsarten. Diese Bilanz wird auf der einen Seite mit Statistiken der wirtschaftlichen Aktivitäten, als Verursacher des Nutzungswandels, und auf der anderen Seite mit Indikatoren für potentielle Folgewirkungen in der Umwelt in bezug gesetzt. Auch „Response“-Aktivitäten von seiten des Umweltschutzes werden betrachtet. Auf der Wirkungsseite wird durch eine spezielle Fernerkundungsmethode der Versiegelungsgrad des Bodens als indirekter Indikator für damit verbundene Umweltauswirkungen (wie z.B. Klimaveränderung in Städten, Vernichtung von Biotopen, Reduktion von Grundwasserneubildung oder Erhöhung des Hochwasserrisikos in Fließgewässern) ermittelt. Andere Indikatoren wie zum Beispiel die Vielfalt von Nutzungsstrukturen, das Ausmaß der Naturferne von Bodenbedeckungsformen oder der Zerschneidungsgrad der Landschaft durch Verkehrswege kommen hinzu. Weitere Themen (etwa Schäden durch Tagebau oder Tourismus) werden durch andere Mitglieder der internationalen Arbeitsgruppe in ihren jeweiligen Testgebieten betrachtet. Als Stand der Arbeiten im Statistischen Bundesamt ist zur Zeit die Erfassung des ersten von drei Zeit-

punkten der Bodennutzung im Testgebiet abgeschlossen.

Preise im September 1993



Während die Preise auf der Stufe der gewerblichen Produktion und auf der Großhandelsstufe von August 1993 auf September 1993 nachgaben, blieben sie im gleichen Zeitraum auf der Einzelhandelsstufe im Durchschnitt unverändert und zogen bei der Lebenshaltung aller privaten Haushalte leicht an (+ 0,1 %).

Binnen Jahresfrist sanken der Index der Erzeugerpreise und der Index der Großhandelsverkaufspreise um jeweils 0,5 %. Der Index der Einzelhandelspreise erhöhte sich um 2,0 % und der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 4,0 %. Bei Großhandel und gewerblicher Produktion gingen preisdämpfende Einflüsse im Berichtsmonat von den Mineralölzeugnissen aus. Auf der Stufe des Einzelhandels und bei der Lebenshaltung aller privaten Haushalte zeigten im September 1993 gegenüber dem Vormonat vor allem die „Saisonwaren“ und „Heizöl und Kraftstoffe“ dämpfende Wirkung auf die Entwicklung der Indizes.

Weitere wichtige Monatszahlen

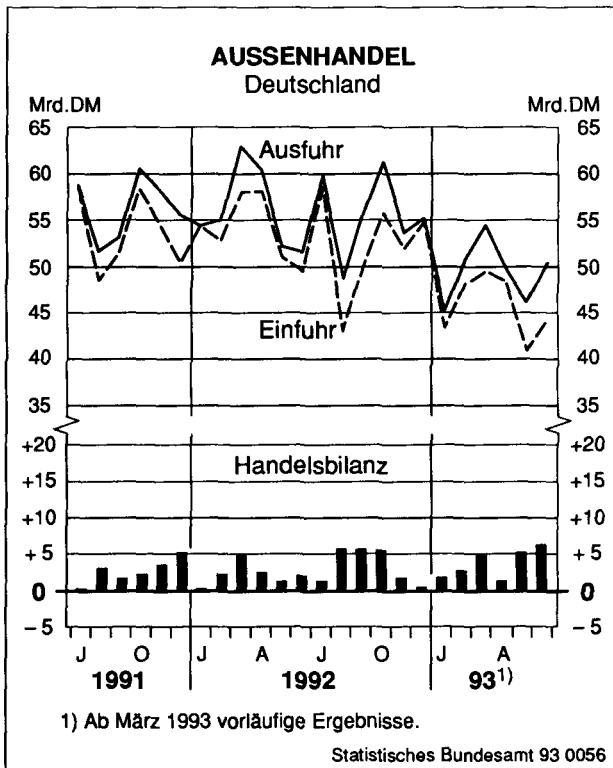
Produktion

Der arbeitstäglich bereinigte berichtete Index der Nettoproduktion für fachliche Unternehmensteile des Produzierenden Gewerbes lag im August 1993 mit einem Stand von 103,1 (1985 = 100) um 2,7 % niedriger als im Vormonat und um 4,4 % niedriger als im August 1992.

Außenhandel

Im Juli 1993 lagen der Wert der Ausfuhr in Deutschland mit 45,9 Mrd. DM um 23 % und der Wert der Einfuhr mit 42,9 Mrd. DM um 27 % niedriger als im Juli 1992 (siehe auch das Schaubild auf der folgenden Seite). Im Zeitraum Januar/Juli 1993 waren die Ausfuhr mit 341,7 Mrd. DM gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 14 % und die Einfuhr mit 316,4 Mrd. DM um 17 % zurückgegangen.

Kurznachrichten



Bei diesem Vergleich muß jedoch beachtet werden, daß die Außenhandelsstatistik zum 1. Januar 1993 im Zuge der Einführung des gemeinsamen Binnenmarktes der Europäischen Gemeinschaften (EG) umgestellt wurde. So sind zum Beispiel kleine Unternehmen nach dem neuen EG-Konzept für die Intra-handelsstatistik von der Abgabe einer Meldung über ihren EG-Handel befreit.

Revidiertes System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

Vorbemerkung

Es gibt nicht „das“ System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, sondern eine Reihe von Systemen, die sich in einzelnen Punkten unterscheiden und die sich in einem ständigen Wandel befinden. Anfang der fünfziger Jahre wurden die ersten internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen veröffentlicht¹⁾. Sie zeichneten sich durch Klarheit, leichte Überschaubarkeit und Konzentration auf das Wesentliche aus. Doch rasch stellte sich heraus, daß die vielen Fragestellungen, die im Rahmen gesamtwirtschaftlicher Analysen von Bedeutung sind, mit einem derart vereinfachten System nicht beantwortet werden können.

Diese weitergehenden Anforderungen an den Nachweis im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen machten in den sechziger Jahren eine grundlegende Überarbeitung und Erweiterung der Gesamtrechnungen notwendig, die 1968 zur Veröffentlichung des System of National Accounts, SNA, der Vereinten Nationen²⁾, nach seiner Farbe auch „Blue Book“ genannt, und 1970 des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ESVG³⁾, der europäischen Version des SNA, führten. Diese Systeme waren bereits so umfangreich, in der Struktur kompliziert und in den Details so verwickelt, daß es eines ganzen Teams von langjährig erfahrenen Gesamtrechnern bedarf, um die Systeme in allen Einzelheiten und Zusammenhängen zu überblicken. Das Blue Book erläutert auch die Hintergründe für die einzelnen Regelungen, stellt jedoch an den Leser erhebliche Anforderungen und ist daher für die praktische Arbeit weniger geeignet als das ESVG, das sich mehr auf das unbedingt Notwendige konzentriert, dieses aber präziser und leichter verständlich erläutert. Das SNA von 1968 und das ESVG von 1970 unterscheiden sich inhaltlich in mehreren Punkten, so in der Definition der Produktionseinheit, der Wirtschaftszweiggliederung, der Abgrenzung einzelner Transaktionen und der Gliederung des Kontensystems und der Input-Output-Tabellen, so daß sich der Ergebnismachweis nach beiden Systemen zwar nicht bei den wichtigen Gesamttaggregaten, wie Bruttoinlandsprodukt, letzter Verbrauch oder Investitionen, wohl aber bei den tiefer gegliederten Daten unterscheidet.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es außerdem eine nationale Version der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die im folgenden kurz als „deutsches System“ bezeichnet wird. Es wurde bereits 1960 in seiner heutigen Grundkonzeption veröffentlicht⁴⁾, war den damaligen internationalen Systemen in vieler Hinsicht überlegen und wurde im Rahmen der großen Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen⁵⁾ auf das heute übliche Programm ausgebaut und an das ESVG angeglichen. Wesentliche Merkmale des deutschen Systems im Vergleich zu den internationalen Systemen ist die stärkere Ausrichtung auf die Darstellung der Marktvorgänge, die Wahl des Unternehmens als Darstellungseinheit im gesamten System (mit Ausnahme der Input-Output-Tabellen) und die Abgrenzung des Sektors Unternehmen, der alle unternehmerischen Tätigkeiten umfaßt. Die Unterschiede in den verschiedenen Systemen Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen erhöhen zwar die Vielgestaltigkeit des Ergebnisangebots, doch erschweren sie die Arbeit der Gesamtrechner und die Verwendbarkeit der Daten im internationalen Vergleich.

Im Frühjahr 1985 erteilte die Statistische Kommission der Vereinten Nationen den Auftrag, das SNA unter Beibehaltung der Grundkonzeption zu überarbeiten, um es geänderten Gegebenheiten im Wirtschaftsgeschehen und neuen Anforderungen an den Ergebnisausweis anzupassen, um unklare Regelungen zu präzisieren und um es mit anderen Statistiksystemen zu harmonisieren. Dieser Aufsatz unterrichtet über die inzwischen abgeschlossene Revision des SNA, über die wichtigsten Änderungen in den Konzepten, aber auch über das, was zwar diskutiert, aber nicht geändert wurde. Schließlich werden die Auswirkungen dieser Revision auf das ESVG und auf das deutsche System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen beleuchtet.

1 Revision des Systems der Vereinten Nationen

Am 23. Februar 1993 hat die Statistische Kommission der Vereinten Nationen in New York das revidierte System of National Accounts (SNA) von 1993 der Vereinten Nationen akzeptiert und seine Veröffentlichung bis Ende 1993 empfohlen. Das SNA von 1993 löst das SNA von 1968 ab, das weltweit die Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bildet und jetzt auch in den ehemals zentralplanwirtschaftlich geleiteten Ländern angewandt wird. In diesen Ländern galt davor das System der materiellen Produktion⁶⁾, auch MPS (Material Product System) genannt.

⁴⁾ Bartels, H.: „Das Kontensystem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland, Erster Teil. Das angestrebte Kontensystem“ in WiSta 6/1960, S. 317 ff.

⁵⁾ Die wichtigsten Revisionen wurden erläutert in WiSta 10/1963, S. 575 ff.; WiSta 6/1970, S. 281 ff.; WiSta 4/1977, S. 215 ff. und WiSta 8/1982, S. 75 ff.; siehe auch Statistisches Bundesamt (1989): „Überblick über die Sozialproduktberechnungen des Statistischen Bundesamtes“, Heft 7 der Schriftenreihe „Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik“.

⁶⁾ Vereinte Nationen: „Basic Methodological Principles Governing the Compilation of the System of Statistical Balances of the National Economy“, Band I und II, New York 1989.

¹⁾ Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC): „Ein Standard-System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, Paris 1952, im Statistischen Bundesamt ins Deutsche übertragen, Vereinte Nationen. „A System of National Accounts and Supporting Tables“, New York 1952.

²⁾ Vereinte Nationen: „A System of National Accounts“, New York 1968.

³⁾ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften. „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen — ESVG“, Luxemburg 1970, inzwischen in zweiter Auflage erschienen.

Der vorliegende Entwurf des SNA von 1993 ist das Ergebnis einer langen und aufwendigen V o r a r b e i t. Seit 1986 hat eine Expertengruppe mit themenbedingt wechselnder Besetzung in 14 ein- bis zweiwöchigen Tagungen alle Diskussionspunkte auf der Grundlage von Besprechungsunterlagen, die allein 16 dicke Ordner füllen, eingehend beraten und Vorschläge unterbreitet, wie diese Punkte im revidierten SNA geregelt werden sollen. Der Autor dieses Aufsatzes hat als einer von fünf „Kernexperten“ an allen Tagungen teilgenommen. Organisiert und getragen wurden diese Beratungen vom Statistischen Amt der Vereinten Nationen (ehemals UNSO, jetzt UNSTAT genannt), dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat). Die Experten nahmen nicht als Vertreter ihrer Länder, sondern als persönliche Fachleute an den Beratungen teil.

Folgende Tagungen fanden statt:

1986 in Genf	Struktur des SNA
1986 in Luxemburg	Preis- und Volumenmessung
1987 in Washington	Transaktionen mit der übrigen Welt
1987 in Florenz	Sektor Private Haushalte
1988 in Washington	Sektor Staat
1988 in Wien	Input-Output-Rechnung
1988 in Washington	Finanzierungsrechnung
1989 in Luxemburg	Koordinierung I
1989 in New York	Koordinierung II
1989 in New York	Koordinierung III
1989 in Moskau	Koordination mit dem MPS
1990 in Washington	Koordinierung IV
1991 in Harare	Koordinierung V
1992 in Aquascalientes	SNA-Seminar

Weltweit wurden die Entwürfe zum revidierten SNA im Laufe des Jahres 1990 in den regionalen Organisationen der Vereinten Nationen und 1992 in Aquascalientes in Mexiko im SNA-Seminar beraten. Die letzten wichtigen Entscheidungen fielen 1993 in der Februarsitzung der Statistischen Kommission in New York.

Der jetzt vorliegende Entwurf des SNA von 1993 ist textlich völlig neu gestaltet, muß aber noch in einzelnen Punkten überarbeitet werden. Die Kapitel stammen von mehreren A u t o r e n. Den größten Beitrag leistete Peter Hill von der OECD, gefolgt von André Vanoli, Frankreich, Kevin O'Connor, IWF, und Helene Tice, Vereinigte Staaten. Je ein Kapitel schrieben Jack Bame, ehemals IWF, Erling Flottum, Norwegen, Ralph Turvey, ehemals Internationale Arbeitsorganisation (ILO), und Steven Keuning, Niederlande. Diese Arbeiten wurden weitgehend von Carol Carson, Vereinigte Staaten, koordiniert. Viele weitere Gesamtrechner, die hier nicht genannt werden, haben außerdem zum Text beigetragen. Das SNA von 1993 ist also ein Gemeinschaftswerk, das nicht an einem Namen festgemacht werden kann. Anders verhält es sich mit dem SNA von 1968, das mit Sir Richard Stone verbunden ist, der primär hierfür mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde.

Der T e x t des SNA von 1993 unterscheidet sich wohlthuend von dem des SNA von 1968 insofern, als er leichter verständlich ist. Er beschreibt die Grundregeln und Defini-

tionen für die Transaktoren (Wirtschaftseinheiten), die Transaktionen, die wirtschaftlichen Vorgänge und die Bestandsgrößen. Er erklärt, warum es so geregelt wird, sagt aber nicht, wie und auf welcher Grundlage die Daten zu berechnen sind.

Obwohl das SNA von 1993 eine große Zahl von inhaltlichen Änderungen gegenüber dem SNA von 1968 aufweist, ist die G r u n d k o n z e p t i o n der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht geändert worden. So wird weiterhin nicht angestrebt, die Wohlfahrt zu messen, die unentgeltliche Beanspruchung der Umwelt wird weiterhin nicht einbezogen, und der Produktionsbegriff schließt weiterhin die Dienstleistungsproduktion privater Haushalte für den Eigenbedarf aus. Input-Output-Tabellen sind ein fester Bestandteil des Gesamtrechnungssystems, ebenso wie Vermögensbilanzen, die nun voll integriert werden. Der Sektor Private Haushalte soll nach Haushaltsgruppen untergliedert werden, womit eine Voraussetzung geschaffen wird, die Ergebnisse auch in der Form von Sozialrechnungsmatrizen (SAM, Social Accounting Matrix) darzustellen.

Eine höhere Flexibilität im Ergebnisausweis soll mit Hilfe von S a t e l l i t e n s y s t e m e n erreicht werden. Diese ergänzen, erweitern und vertiefen den Darstellungsgegenstand des Kernsystems, indem für bestimmte Fragestellungen besondere Systeme entwickelt werden. Im SNA von 1993 wird dieser Gedanke anhand des Umweltsatellitensystems erläutert. Andere Systeme sind für die Haushaltsproduktion, das Gesundheitswesen, für Forschung und Entwicklung u. ä. möglich.

Das SNA ist als ein a l l g e m e i n e s System konzipiert, das für spezielle Anwendungs- und Verwendungszwecke anzupassen ist. So wurde bewußt darauf verzichtet, Versionen für Entwicklungsländer oder für die Länder im Übergang (ehemals sozialistische Länder) zu schaffen. Aber auch die besonderen Fragen für regionale oder vierteljährliche Gesamtrechnungen werden nicht behandelt. Es bleibt also international noch ausreichend Raum, in der Form von Handbüchern zum SNA spezielle Gesamtrechnungsfragen zu erörtern und zu lösen.

H a n d b ü c h e r sollen das SNA ergänzen. Sie sollen auch anleiten, wie die allgemeinen Regeln in der Statistik umzusetzen sind. Gearbeitet wird gegenwärtig an einem Handbuch zur Anwendung des SNA in Übergangsländern. Ein weiteres soll sich mit der Input-Output-Rechnung befassen und unter anderem zeigen, wie aus den nach Gütergruppen gegliederten Daten für Wirtschaftsbereiche symmetrische Input-Output-Tabellen vom Typ Güter x Güter oder Wirtschaftsbereich x Wirtschaftsbereich ermittelt werden können⁷⁾.

Das SNA von 1993 bildet auch die Grundlage für das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen⁸⁾ (ESVG), das gegen-

⁷⁾ Siehe hierzu Stahmer, C.: „Verbindung von Ergebnissen der herkömmlichen Sozialproduktsberechnung und der Input-Output-Rechnung: Überleitungsmodell des Statistischen Bundesamtes“ in Allgemeines Statistisches Archiv, Heft 4/1979, S. 340 ff.

⁸⁾ Siehe Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ESGV“, 2. Auflage, Luxemburg 1985.

wärtig ebenfalls revidiert wird. Diese Revision soll in voller konzeptioneller Übereinstimmung mit dem SNA von 1993 stattfinden, lediglich tiefere Untergliederungen oder präzisere Abgrenzungen könnten vorkommen, um spezielle Anforderungen für europäische Zwecke, wie eine erhöhte Vergleichbarkeit der Daten, zu erreichen. Die Regelungen im revidierten ESG sind für die zukünftige Struktur des deutschen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen von hoher Bedeutung, wie im letzten Abschnitt dieses Aufsatzes dargelegt wird.

Bevor auf die Revision des deutschen Systems eingegangen wird, werden im folgenden die wichtigsten Änderungen im SNA von 1993 erläutert, und anschließend wird beleuchtet, was ebenfalls diskutiert, aber nicht geändert wurde.

2 Wichtige Revisionsänderungen

Das SNA von 1993 enthält viele größere und kleinere Änderungen gegenüber dem SNA von 1968, die sich aber nur zu einem geringen Teil auf das Bruttoinlandsprodukt⁹⁾ auswirken und häufig lediglich Präzisierungen oder tiefere Untergliederungen darstellen. Im folgenden werden bedeutsame Revisionspunkte erläutert, wobei zunächst auf die Transaktionen der Entstehungs-, Verwendungs-, Verteilungs-, Finanzierungs- und auf die Vermögensrechnung eingegangen wird, um dann über die Änderungen bei den Wirtschaftseinheiten und in der Struktur des Systems zu informieren.

2.1 Entstehung des Inlandsprodukts

Für die Bestimmung des Bruttoinlandsprodukts ist die Abgrenzung der Produktion und der Vorleistungen von entscheidender Bedeutung. Hier gibt es im SNA von 1993 primär Präzisierungen und nur wenige Änderungen. Zur Produktion zählt die gesamte Herstellung und Verteilung von Waren sowie die Erbringung von Dienstleistungen mit Ausnahme der in privaten Haushalten für den Eigenbedarf erbrachten Dienstleistungen, also der gesamten Hausarbeit. Für den Produktionsbegriff des SNA ist es völlig gleichgültig, ob die Produktion für den Markt, für den Eigenbedarf oder unentgeltlich für die Allgemeinheit erbracht wird, ob sie legal oder illegal ist, ob sie offen oder im verborgenen stattfindet oder ob sie mit Abgabenhinterziehung verbunden ist oder nicht. Es besteht also kein Zweifel daran, daß die Untergrundwirtschaft, das heißt der erwerbsorientierte Teil der Schattenwirtschaft, dazugehört. Auch in Privathaushalten hergestellte Waren sind im Prinzip zu erfassen, allerdings nur, wenn diese Produktion auf nationaler Ebene bedeutsam (signifikant) ist. Zur verbotenen Produktion wird gesagt, daß sie in der Praxis kaum meßbar ist. Für die deutsche Inlandsproduktsberechnung bringt diese Abgrenzung der Produktion keine Änderungen: Die Warenproduktion als Do-it-yourself-Tätigkeit gilt als nicht signifikant, mit Ausnahme der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte und der Eigenleistung-

gen im Wohnungsbau (wie bisher). Die Erfassung oder Schätzung der Wertschöpfung im Rahmen verbotener Tätigkeit (z. B. Herstellung und Vertrieb von Drogen) wird weiterhin nicht gelingen. Verstärkte Anstrengungen erfordert allerdings die Zuschätzung von (legalen) Wirtschaftsaktivitäten, die sich einer statistischen Erfassung weitgehend entziehen.

Konzeptionell gibt es eine Änderung bei den Lizenzgebühren. Diese wurden bisher als Vermögenseinkommen nachgewiesen. Gemäß dem SNA von 1993 produziert der Lizenzgeber eine Dienstleistung, die beim Lizenznehmer zu den Vorleistungen zählt. Vermindernd auf die Vorleistungen wirkt sich aus, daß der Erwerb immaterieller Anlagegüter nun zu den Investitionen zählen. Die Bruttowertschöpfung des Staates wird dadurch zunehmen, daß nun auch Abschreibungen auf öffentliche Tiefbauten und auf bestimmte militärisch genutzte Anlagen zu berechnen sind.

Der Produktionsbegriff des SNA stellt nicht primär auf Marktvorgänge ab, sondern es soll die Gesamtproduktion (mit Ausnahme der Hausarbeit) erfaßt werden. Die Weiterverarbeitungsproduktion, die in derselben Produktionseinheit hergestellt und verbraucht wird, wird dagegen weder in den Produktionswert noch in die Vorleistungen einbezogen. Um die Marktvorgänge besser als bisher abbilden zu können, wird vorgeschlagen, den Produktionswert in Markt- und Nichtmarktproduktion zu untergliedern. Als Nichtmarktproduktion gilt der Teil des Produktionswertes, der der eigenen Letztverwendung dient (selbsterstellte Anlagen und Entnahmen für den Privaten Verbrauch), sowie der Wert von Dienstleistungen, die der Allgemeinheit unentgeltlich bereitgestellt werden, also der Staatsverbrauch und der Eigenverbrauch privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Bewertet wird das Aufkommen an Gütern aus der Inlandsproduktion und aus der Einfuhr ohne die auf diesen Gütern liegenden Steuern und Abgaben, also zu Herstellungspreisen (basic prices). Dadurch müssen zur Wertschöpfung aller Bereiche sämtliche Gütersteuern (bisher nur die nichtabziehbare Umsatzsteuer und die Einfuhrabgaben) global hinzugefügt werden, um das Bruttoinlandsprodukt zu erhalten.

2.2 Verwendung des Inlandsprodukts

Die inhaltlich und quantitativ bedeutsamsten Änderungen gibt es bei den Anlageinvestitionen. Sie umschließen jetzt zusätzlich die Käufe des Staates von dauerhaften militärisch genutzten Gütern, wenn diese auch zivil genutzt werden können. Der Bau von Kasernen, Lazaretten, militärischen Flugplätzen sowie die Anschaffung von Personenkraftwagen, Lastkraftwagen, Transportflugzeugen der Bundeswehr, die bisher zu den Vorleistungskäufen rechnet, werden in Zukunft zu den Anlageinvestitionen des Staates zählen. Die zweite wichtige Änderung betrifft die Einbeziehung der Ausgaben (Anschaffung oder eigene Produktion) von produzierten immateriellen Vermögensgegenständen. Hierzu zählen unter anderen EDV-Programme, Suchbohrungen oder die Schaffung von Autoren- und Urheberrechten. Derartige Werte werden vor

⁹⁾ Als Produktionsindikator wird nur noch das Bruttoinlandsprodukt (GDP, Gross Domestic Product) verwendet. Um zu verdeutlichen, daß das Bruttosozialprodukt primär eine Einkommensgröße ist, wird dieses nun mit Gross National Income bezeichnet.

allem von Schriftstellern, Komponisten, Erfindern, EDV-Programmierern, Unternehmen der Erdöl- und Erdgasgewinnung oder Filmproduzenten geschaffen. Bei Eigenproduktion wären die Aufwendungen bis zum Abschluß des Werkes zu kapitalisieren. Weiterhin soll in Zukunft in die Investitionen neben den Aufwendungen für die Neuanlage von Weinbergen, Plantagen und Forsten (wie bisher) auch das natürliche Wachstum von Pflanzen und Tieren in der Land- und Forstwirtschaft einbezogen werden. Als Teil der Investitionen, nicht aber der Anlageinvestitionen, soll schließlich der Nettozugang an Werterhaltungsgütern bei Unternehmen und privaten Haushalten ausgewiesen werden. Dazu zählen Gold, Platin sowie wertvolle Gemälde oder Antiquitäten, die primär als Geldanlage zum Schutz gegen den allgemeinen Preisverfall erworben werden. Die praktische Umsetzung der letztgenannten Revisionsvorschläge bereitet allerdings erhebliche Probleme und erscheint auf der Basis der gegenwärtig verfügbaren Informationen kaum möglich.

Bei der Abgrenzung des letzten Verbrauchs von Waren und Dienstleistungen gibt es keine bedeutsamen Änderungen. Wichtig ist allerdings, daß der Private Verbrauch und der Staatsverbrauch sowohl nach dem Ausgaben- wie auch nach dem Verbrauchskonzept¹⁰⁾ nachgewiesen werden sollen. Der Unterschied sind die individualisierbaren Dienstleistungen des Staates (im wesentlichen im Gesundheits- und Erziehungswesen), Leistungen also, die vom Staat (hierzu zählt auch die Sozialversicherung) finanziert werden, die aber bestimmten Personen oder Personengruppen zugerechnet werden können. Nach dem Ausgabenkonzept werden diese Leistungen bei dem Sektor ausgewiesen, der sie bezahlt hat, und gehen damit in den Staatsverbrauch bzw. in den letzten Verbrauch der privaten Organisationen ein. Nach dem Verbrauchskonzept werden die individuell zurechenbaren unentgeltlichen Leistungen des Staates und vereinbarungsgemäß alle unentgeltlichen Dienstleistungen privater Organisationen bei den tatsächlichen Letztverbrauchern, also im letzten Verbrauch der privaten Haushalte, ausgewiesen.

Bei der Ausführung und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen gibt es im SNA von 1993 keine großen Änderungen. Bedeutsam ist allerdings die nahezu vollständige Harmonisierung mit dem Nachweis in den Zahlungsbilanzen. Diese weisen nun nicht mehr die grenzüberschreitenden Faktoreinkommen bei den Dienstleistungen aus, und bei den Übertragungen wird zwischen laufenden und vermögenswirksamen Transfers unterschieden. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird nun auch die Wareneinfuhr frei Ausfuhrgrenze, also mit den fob-Werten, ausgewiesen. Das führt aber nur zu einer Umbuchung zwischen der Einfuhr von Waren und der Einfuhr von Dienstleistungen.

2.3 Verteilung der Einkommen

Ebenso wie sich der Produktionsbegriff des SNA nicht primär an den Marktvorgängen orientiert, stellt auch die

Einkommensdefinition nicht ausschließlich auf Zahlungsvorgänge ab. Als Einkommen gilt entsprechend der Definition von Hicks¹¹⁾ der Betrag, den man maximal in einer Periode verbrauchen kann, wenn der Realwert des Vermögens erhalten bleibt. Diese Definition umschließt auch alle nicht monetären geldwerten Leistungen, wie Naturallöhne, die im SNA von 1993 präzisiert und möglicherweise etwas weiter gefaßt werden als im SNA von 1968, den Gegenwert von Entnahmen für den Privaten Verbrauch einschließlich der Nutzung eigener Wohnungen oder den Gegenwert der individualisierbaren Dienstleistungen des Staates bei Anwendung des Verbrauchskonzepts. Der Gegenwert für die Erhöhung der Pensionsrücklagen bei Arbeitgebern oder bei Versicherungsunternehmen im Rahmen von Betriebsrenten wird als Ergänzung zum verfügbaren Einkommen im Einkommensverwendungskonto der Versicherungsnehmer ausgewiesen, wie dieses gegenwärtig im ESVG vorgesehen ist. Damit ergibt sich die Ersparnis nicht mehr einfach als Differenz zwischen verfügbarem Einkommen und letztem Verbrauch, sondern bei den privaten Haushalten muß die Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen hinzugerechnet und bei den Unternehmen entsprechend abgezogen werden.

Ähnlich wie das deutsche System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und das ESVG unterscheidet das SNA von 1993 zwischen der Entstehung, Verteilung, Umverteilung und Verwendung der Einkommen. Die Verteilungskonten schließen allerdings nicht mit dem wenig aussagefähigen „Anteil am Volkseinkommen“ als Saldo ab, sondern mit den per saldo empfangenen Primäreinkommen. Zu den Primäreinkommen werden — anders als beim Volkseinkommen — auch die vom Staat und der übrigen Welt empfangenen Produktionssteuern und Einfuhrabgaben abzüglich der Subventionen gezählt. So ergibt sich zwar in den Sektorkonten eine sinnvolle Einkommensgröße als Ergebnis der primären Einkommensverteilung, doch erscheint die Zuordnung dieser Steuern zu den Faktoreinkommen und nicht zu den Transferzahlungen (Übertragungen) konzeptionell fragwürdig.

Neu für das SNA ist die Ableitung eines Unternehmenseinkommens (entrepreneurial income), das mit dem in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesenen Unternehmensgewinn praktisch übereinstimmt. Dieser wiederum entspricht weitgehend dem Bilanzgewinn in den Unternehmensbilanzen.

Erstmals wird nun die Berechnung von Realeinkommen¹²⁾ vorgeschlagen. Ausgewiesen werden soll die Kaufkraftentwicklung des Einkommens bei konstantem Preisniveau. Das Hauptproblem liegt darin, einen allgemeinen Preisindex zu definieren, der die Inflationsentwicklung spiegelt. Da es einen so umfassenden Preisindex nicht gibt, empfiehlt das SNA den Preisindex der letzten inländischen Verwendung von Waren und Dienstleistungen als zweitbeste Alternative.

¹⁰⁾ Siehe Kopsch, G.: „Staatsverbrauch nach dem Ausgaben- und Verbrauchskonzept“ in WiSta 4/1984, S. 297 ff.

¹¹⁾ Siehe Hicks, J. R.: „Value and Capital“, Oxford 1950, S. 172. Hier heißt es: „... we ought to define a man's income as the maximum value which he can consume during a week, and still expect to be as well off at the end of the week as he was at the beginning.“

¹²⁾ Siehe Lutz, H.: „Realeinkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in WiSta 2/1987, S. 115 ff.

2.4 Finanzierungsrechnung

Die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung ist weiterhin fester Bestandteil des Gesamtsystems. Neu ist die Einbeziehung einiger „moderner“ Finanzierungsinstrumente in die Forderungen und Verbindlichkeiten, deren Wirksamwerden an den Eintritt bestimmter Ereignisse/Umstände gekoppelt ist und die daher in den Unternehmensbilanzen meist nur nachrichtlich ausgewiesen werden. Sie werden, soweit sie gehandelt werden können, als Forderungen und Verbindlichkeiten beim Gläubiger bzw. Schuldner mit demselben Betrag ausgewiesen. Hierzu zählen Finanzierungsinstrumente, die im Englischen mit Swaps, Options, Warrants oder Forward rate agreements (FRA) bezeichnet werden. Die nichthandelbaren bedingten Verpflichtungen sollen auch in der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung nachrichtlich „unter dem Strich“ ausgewiesen werden.

Ebenfalls „unter dem Strich“, und auch das ist neu im SNA, sollen die Auslandsinvestitionen nachgewiesen werden. Hierbei handelt es sich um Finanzierungsmittel (Eigenkapital oder langfristige Darlehen), die inländische Eigentümer oder Miteigentümer an ihre Unternehmen im Ausland vergeben bzw. die Unternehmen im Inland von ihren ausländischen Eigentümern (Miteigentümern) erhalten. Auch reinvestierte Gewinne zählen dazu. Dabei wird unterstellt, daß diese Gewinne ausgeschüttet und gleichzeitig wieder den Unternehmen zur Verfügung gestellt werden.

Eine Änderung wurde schließlich bei der Abgrenzung des finanziellen Goldes, ausgewiesen als Forderung gegenüber der übrigen Welt, beschlossen. Dieses wird nun auf das monetäre Gold bei der Zentralbank beschränkt. Die Umwandlung von Warengold in monetäres Gold (und umgekehrt) erfolgt nicht mehr mittels unterstellter Transaktionen mit der übrigen Welt, sondern in dem Konto für die sonstigen realen Vermögensänderungen.

2.5 Vermögensrechnung

Das SNA von 1968 betrachtete die Vermögensrechnung bereits als Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, doch wurde nicht im einzelnen erläutert, was als Vermögen gilt, wie die Vermögensrechnung aufzustellen ist und wie die Verbindung dieser Bestandsrechnung zu der Stromrechnung herzustellen ist. Erst 1977 wurden Empfehlungen zur gesamtwirtschaftlichen Vermögensrechnung von den Vereinten Nationen veröffentlicht¹³⁾.

Im SNA von 1993 sind die Vermögensbilanzen der Sektoren und die Konten zum Übergang von der Stromrechnung zur Bestandsrechnung feste Bestandteile des Kontensystems. Der Vermögensbegriff wurde wesentlich erweitert, und die Übergangskonten wurden stärker differenziert.

Zum Vermögen zählen alle Sach- und finanziellen Titel sowie geldwerte Rechte, die sich im Eigentum von Personen, Institutionen oder der Allgemeinheit befinden, bzw.

die Gegenstand solcher Eigentumsrechte — und damit auch von Transaktionen — sein können und die ihrem Eigentümer wirtschaftliche Vorteile bringen. Beim Sachvermögen wird grundsätzlich zwischen dem produzierten Vermögen — sein Zugang zählt zu den Investitionen — und dem nichtproduzierten Vermögen unterschieden. In das Vermögen einbezogen werden auch produzierte und nichtproduzierte immaterielle Vermögensgegenstände. Zu letzteren zählen entgeltlich erworbene Lizenzen, Patente oder der Firmenwert. Zum nichtproduzierten Sachvermögen zählen wesentliche Bestandteile des Naturvermögens, wie der Grund und Boden, erschlossene Bodenschätze oder Wild- und Fischbestände in öffentlichen Gewässern. Pflanzen- und Tierbestände, die land- und forstwirtschaftlich angelegt oder gehalten werden, zählen dagegen zum produzierten Sachvermögen. Ausgeschlossen bleiben die Teile des Naturvermögens, die nicht Gegenstand von Eigentumsansprüchen sind und keine ökonomische Nutzung erlauben. Das ist in der Regel die freie Natur, wie Urwälder, Fische im Meer oder die Luft. Da diese Teile der Natur aber auch durch ökonomische Aktivitäten beeinflußt werden, wie beispielsweise durch Umweltschädigung, sind sie Darstellungsgegenstand des Umweltsatellitensystems, das im SNA von 1993 beispielhaft erläutert wird.

Das Volksvermögen am Anfang und Ende eines Jahres ergibt sich aus der Summe der Reinvermögen der Sektoren. Diese werden in den Vermögensbilanzen durch Abzug der Verbindlichkeiten vom Sachvermögen, den immateriellen Vermögen und den Forderungen ermittelt. Bewertet werden alle Aktiva und Passiva mit den Marktwerten am Bilanzstichtag. Als möglicher Näherungswert gilt beim reproduzierbaren Anlagevermögen der Nettowert zu Wiederbeschaffungspreisen.

Die Veränderung der Vermögenswerte von einem Bilanzstichtag zum nächsten wird in verschiedenen Konten dargestellt: Das Vermögensveränderungskonto zeigt die Transaktionen von produzierten Vermögensgütern (die Investitionen), den Nettoerwerb von vorhandenen nichtproduzierten Vermögensgütern und die Abschreibungen; die Finanzierungskonten bilden die Transaktionen in finanziellen Titeln ab. Das Konto für die sonstigen realen Vermögensveränderungen faßt substantielle Änderungen am Vermögen zusammen, die nicht Gegenstand der Stromrechnung sind. Beispiele sind Kriegs- oder Katastrophenverluste, Konkursverluste, Umbuchungen wegen Sektorenwechsels oder wegen Umwandlung in eine andere Vermögensart oder Bestandsänderungen beim nichtproduzierten Sachvermögen, soweit sie nicht auf Transaktionen beruhen. Schließlich kann sich der Wert des Vermögens aufgrund von Änderungen der Vermögenspreise und daraus resultierenden Umbewertungen erheblich ändern. Dieser Effekt wird in den Umbewertungskonten dargestellt, wobei die gesamte (nominelle) Umbewertung in eine neutrale und eine reale Komponente untergliedert wird. Das SNA spricht hier von "nominal, neutral and real holding gains". Die neutrale Umbewertung wird durch die Veränderung des allgemeinen Preisniveaus gemessen. Steigen die Preise von Vermögensgütern (z. B. Grundstückspreise oder Aktienkurse) stärker als das all-

¹³⁾ Vereinte Nationen: "Provisional International Guidelines on the National and Sectoral Balance-Sheet and Reconciliation Accounts of the System of National Accounts", New York 1977, wegen seiner Seriennummer von Insidern als „M 60“ bezeichnet.

gemeine Preisniveau (z. B. gemessen am Preisindex für die letzte inländische Verwendung), so verbleibt für die Grundstückseigentümer als Differenz ein Kaufkraftgewinn (real holding gain). Bei finanziellen Titeln mit nominell fixiertem Wert (z. B. Bargeld, Sparguthaben u. ä.) hat der Gläubiger bei allgemein steigenden Preisen stets einen Kaufkraftverlust in Höhe der neutralen Umbewertung und der Schuldner einen gleich hohen Kaufkraftgewinn.

2.6 Wirtschaftseinheiten und ihre Gruppierung

Anders als die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unterscheidet das SNA (und so auch das ESVG) zwei unterschiedliche Darstellungseinheiten, nämlich die establishments als Produktionseinheiten und Institutionen für die Sektoren. Die Produktionseinheit sollte bezüglich des Produktionsprogramms homogener als eine Institution sein. Eine Institution als rechtliche Einheit, wie ein Unternehmen, kann aus mehreren Produktionseinheiten bestehen, jedoch müssen für diese Unternehmensteile der Produktionswert einschließlich der firmeninternen Lieferungen, die wichtigsten Kosten, die Investitionen und die Zahl der Beschäftigten erhebbar sein. Da in Deutschland Angaben aus der Rechnungslegung in der Regel nur für das ganze Unternehmen verfügbar sind, dürfte ganz überwiegend das Unternehmen als kleinste rechtlich selbständige Einheit mit der Produktionseinheit zusammenfallen. Gegenüber dem SNA von 1968 gibt es in diesem Punkt keine Änderung. Wichtig ist jedoch, daß das revidierte ESVG nun auch von der „homogenen Produktionseinheit“ auf die Produktionseinheit im statistischen Sinne übergeht. Im Englischen wird sie im ESVG nicht als establishment, sondern als "local kind of activity unit" (local KAU) bezeichnet.

Die Produktionseinheiten werden zu Produktionsbereichen¹⁴⁾ zusammengefaßt, die im SNA von 1993 einheitlich als "industries" bezeichnet werden, während im SNA von 1968 die Bereiche der nichtmarktbestimmten Produktion "other producers" genannt wurden. Bei den neuen Produktionsbereichen wird nicht zwischen Markt- und Nichtmarktproduzenten unterschieden, vielmehr kann ein Bereich beide Arten von Produzenten umfassen. Über die Gliederung der Produktionsbereiche wurde noch nicht entschieden. Sie soll direkt aus der ISIC Rev. 3¹⁵⁾ abgeleitet werden und mit der Gliederung im ESVG¹⁶⁾ übereinstimmen. Die Revision bringt also zwei begrüßenswerte Änderungen: Die Gliederungen sollen im SNA und im ESVG übereinstimmen, wobei im ESVG tiefere Untergliederungen möglich sind, und das ESVG geht von den fiktiven homogenen Produktionseinheiten ab. Lediglich in

den „abgeleiteten“ Input-Output-Tabellen vom Commodity x Commodity-Typ wird es die homogene Produktionseinheit als eine „analytische“ Einheit weiterhin geben.

2.7 Gliederung der Sektoren

Das revidierte SNA sieht folgende Hauptsektoren vor:

- Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften,
- Finanzielle Kapitalgesellschaften,
- Staat,
- Private Haushalte,
- Private Organisationen ohne Erwerbszweck.

An dieser Gliederung ist neu, daß die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck als ein eigener Hauptsektor betrachtet werden, obwohl vermutlich nur wenige Länder in der Lage sein werden, alle Konten für diesen Sektor aufzustellen. Zwischen finanziellen und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften gibt es insofern kleinere Verschiebungen, als das Finanzierungsleasing und das Kredit- und Versicherungshilfsgewerbe nun zu den finanziellen Kapitalgesellschaften zählen.

Die Sektoren im SNA und ESVG unterscheiden sich insofern wesentlich von denen im deutschen Kontensystem, als die Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit in den Sektor Private Haushalte einbezogen sind. Im deutschen System wird die unternehmerische Tätigkeit, zu der auch die Eigennutzung von Wohnungen, landwirtschaftliche Eigenproduktion oder Eigenleistungen im Wohnungsbau zählen, funktional in den Sektor Unternehmen, den es im SNA und ESVG nicht gibt, umgesetzt. Das SNA und ESVG gehen davon aus, daß bei Unternehmerhaushalten nicht vollständig zwischen Unternehmens- und Privatsphäre unterschieden werden kann und daher beide Aktivitäten zusammengefaßt dargestellt werden müssen. Lediglich Quasikapitalgesellschaften sollen auch in den Sektor Kapitalgesellschaften einbezogen werden. Das sind private oder öffentliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, für die eine getrennte Rechnungslegung bis hin zur Gewinnverwendung verfügbar ist.

Neu ist außerdem die weitere Untergliederung der Kapitalgesellschaften in öffentliche, ausländische und national private Unternehmen, wobei die Zuordnung nach der dominierenden Kontrolle durch öffentliche, ausländische oder private Eigentümer erfolgen sollte. Als operationales Kriterium wird vom Mehrheitsbesitz am Grundkapital ausgegangen, jedoch kann die 50%-Marke unterschritten werden, wenn es im Aufsichtsrat abweichende Mehrheitsverhältnisse gibt.

Der Sektor Private Haushalte soll weiter nach Haushaltsgruppen untergliedert werden. Hauptgliederungskriterium sind die Anteile der Einkommensarten am Haushaltseinkommen. Ersatzweise kann auch auf die Zugehörigkeit der Bezugsperson (früher als Haushaltsvorstand bezeichnet), die möglichst den größten Beitrag zum Haushaltseinkommen erbringen sollte, abgestellt werden. Das SNA nennt auf der ersten Untersektorebene die Haushalte von Arbeitgebern, von anderen Selbständigen, von Arbeitnehmern und von Nichterwerbstätigen.

¹⁴⁾ Mit „Produktionsbereich“ werden gegenwärtig in der Input-Output-Rechnung die auf der Grundlage homogener Produktionseinheiten gebildeten Bereiche bezeichnet. Welche deutschen Begriffe in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der Zukunft verwendet werden, ist noch nicht entschieden.

¹⁵⁾ Vereinte Nationen: „International Standard Industrial Classification of all Economic Activities, third revision“, New York 1989

¹⁶⁾ Die Gliederung im revidierten ESVG wird auf der NACE Rev 1 basieren, also der „Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften“, die mit der Verordnung (EWG) Nr. 761/93 der Kommission am 24. März 1993 als verbindliche Wirtschaftszweigsystematik in allen Mitgliedstaaten ab 1995 vorgeschrieben wurde. Siehe auch Mai, H. „NACE Rev 1 — Die neue europäische Wirtschaftszweigsystematik“ in WiSta 1/1991, S. 7 ff. Die NACE und die ISIC sind auf den hohen Aggregations Ebenen identisch gegliedert

2.8 Darstellung der Ergebnisse

Die Produktionsvorgänge werden weiterhin in der Form von Input-Output-Tabellen dargestellt, wobei zwischen der Aufkommenstabelle¹⁷⁾ und der Verwendungstabelle¹⁸⁾ unterschieden wird. Die Aufkommenstabelle zeigt die Produktionswerte der Produktionsbereiche gegliedert nach Gütergruppen, ergänzt um die nach Gütergruppen gegliederte Einfuhr von Waren und Dienstleistungen. Die Verwendungstabelle zeigt die Vorleistungsverflechtung (erster Quadrant) und die Entstehungstabelle (dritter Quadrant) für Produktionsbereiche in den Spalten und die Vorleistungen (erster Quadrant) und die Endverwendung (zweiter Quadrant) nach Gütergruppen in den Zeilen. Sie entspricht im Aufbau einer Input-Output-Tabelle, der jedoch in den Spalten und Zeilen unterschiedliche Gliederungsmerkmale zugrunde liegen. Mit Hilfe eines Überleitungsmodells kann hieraus unter Verwendung der Aufkommenstabelle eine „symmetrische“ Input-Output-Tabelle mit gleichen Zeilen- und Spaltengliederungen geschätzt werden. Das Überleitungsverfahren wird im revidierten SNA im einzelnen — anders als im SNA von 1968 — nicht erläutert. Während das SNA von 1968 die Produktionsvorgänge nur für Produktionsbereiche zeigte, sollen nach dem SNA von 1993 auch für die Sektoren Produktionskonten aufgestellt werden.

Das Kontensystem des SNA von 1993 ist wesentlich erweitert worden und entspricht nun bei der Darstellung der Einkommen praktisch dem in Deutschland seit 1960 üblichen Kontensystem. Für die Sektoren werden folgende Konten unterschieden:

- Produktionskonten,
- Einkommensentstehungskonten,
- Primäre Einkommensverteilungskonten,
- Sekundäre Einkommensumverteilungskonten,
- Einkommensverwendungskonten,
- Vermögensveränderungskonten,
- Finanzierungskonten,
- Konto der sonstigen realen Vermögensänderungen,
- Umbewertungskonten,
- Vermögenskonten.

Diese Konten werden teilweise weiter untergliedert, so zur Berechnung der Unternehmensgewinne, der Einkommensverwendung nach dem Verbrauchskonzept (siehe Abschnitt 2.2) und der neutralen und realen Umbewertungsgewinne (siehe Abschnitt 2.5). Für die ganze Volkswirtschaft werden außerdem das Güterkonto und die Konten für die übrige Welt aufgestellt. Neben der verfeinerten Einkommensdarstellung ist die Ergänzung um die Vermögensrechnung die wichtigste Änderung im Kontensystem.

Neu ist im SNA von 1993 auch die Darstellung der Ergebnisse in der Form von Sozialrechnungsmatrizen¹⁹⁾. Dabei handelt es sich um eine tabellarische Darstellung der Ergebnisse in einer Form, die auch für die

Input-Output-Tabellen gilt. Der Darstellungsgegenstand kann sich aber auf das gesamte Kontensystem erstrecken. Inhaltlich liegt der Schwerpunkt bei den privaten Haushalten, die weiter nach Haushaltsgruppen untergliedert werden. Sozialrechnungsmatrizen wurden ursprünglich primär für Entwicklungsländer entwickelt; sie sind aber durchaus geeignet, das Wirtschaftsgeschehen in Ländern mit unterschiedlichen Wirtschaftssystemen abzubilden.

3 Nicht akzeptierte Revisionsvorschläge

Die bisher erläuterten Revisionsänderungen im System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen gehen sicherlich vielen Produzenten und Konsumenten der Gesamtergebnisse zu weit, sind doch die für ihre Umsetzung erforderlichen Basisdaten grobenteils nicht verfügbar, und außerdem stört jede Änderung den gewohnten Umgang mit Statistiken, und hier insbesondere, wenn lange Zeitreihen betroffen sind. Andere Interessenten an den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, vor allem in der Wissenschaft und im Umweltschutz, werden argumentieren, daß diese Revision ihren Namen nicht verdient, da die grundlegenden Schwächen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bestehen bleiben. So sind weiterhin weder Aussagen über die Wohlstandsänderung noch über die Umweltschädigungen oder den Wert von Investitionen in den Menschen möglich. Es ist somit auch von Interesse, welche Diskussionspunkte in der Revision nicht in das SNA aufgenommen wurden und warum.

3.1 Wohlmessung

Das Bruttoinlandsprodukt ist kein Wohlstandsindikator und soll nach dem Verständnis der Autoren der gegenwärtigen Gesamtrechnungssysteme auch kein Maßstab für den Wohlstand (die Wohlfahrt) einer Nation sein. Das wird im SNA von 1993 auch ausdrücklich gesagt. Auf der Aufkommenseite fehlen insbesondere die in den privaten Haushalten für den Eigenbedarf geschaffenen Werte²⁰⁾. Andererseits überzeichnet das Bruttoinlandsprodukt die volkswirtschaftliche Wertschöpfung, da die unentgeltlichen volkswirtschaftlichen Kosten nicht abgezogen werden. Beispiele sind der Abbau von Rohstoffvorräten, die Nutzung und Schädigung der Umwelt oder die Abholzung von Urwäldern mit ihren weltweit negativen Folgen. Weiterhin sind im Staatsverbrauch auch Dienstleistungen enthalten, die von den Unternehmen in Anspruch genommen werden und daher eigentlich zu den Vorleistungen gehören. Andererseits umfassen die laufenden Ausgaben Teile, die eindeutig investiven Charakter haben, wie beispielsweise bestimmte Ausgaben für Forschung und Entwicklung oder für die Aus- und Weiterbildung der Menschen.

In der Revisionsdiskussion waren diese Mängel unbestritten, jedoch wurde eine grundlegende Änderung in Richtung Wohlmessung nicht ernsthaft vorgeschlagen. Die noch weitgehend ungelösten konzeptionel-

¹⁷⁾ Üblich sind auch die Bezeichnungen make matrix, supply table, Output-Tabelle.

¹⁸⁾ Üblich sind auch die Bezeichnungen use matrix, use table, Input-Tabelle.

¹⁹⁾ Bekannt unter der Abkürzung SAM für Social Accounting Matrix. Auch hierfür gibt es noch keine gebräuchliche deutsche Bezeichnung.

²⁰⁾ Es handelt sich um die Haushaltsproduktion. Deren Wert wird für die Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig geschätzt und voraussichtlich Anfang 1994 in dieser Zeitschrift veröffentlicht.

len Abgrenzungsprobleme, die Schwierigkeiten der statistischen Erfassung und die Bewertungsprobleme machen es deutlich, daß die Zeit noch nicht reif ist, um all das in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einzubeziehen. Das wäre gegenwärtig nur mit wenig belegten Annahmen und Schätzungen möglich, die die Unsicherheitsmargen der Gesamtergebnisse so vergrößern würden, daß die Zahlen für viele traditionelle Verwendungszwecke unbrauchbar wären.

Andererseits ist der Datenbedarf an Information über den Wert der Umweltnutzung und -schädigung in den letzten Jahren dem Umfang und der Bedeutung nach so gestiegen, daß sich die Statistik diesem berechtigten Verlangen nicht verschließen kann. So sind die statistischen Ämter der Bundesrepublik Deutschland, der Vereinigten Staaten von Amerika, Dänemarks, Schwedens und Österreichs von ihren Regierungen beauftragt worden, innerhalb der nächsten Jahre ein um den Wert der Umweltnutzung bereinigtes Sozialprodukt zu berechnen. Das gleiche wird in einem Beschluß der Kommission der Europäischen Gemeinschaften verlangt. Das „Zauberwort“ heißt in diesem Zusammenhang „Umweltsatellitensystem“, dessen Grundkonzeption im SNA von 1993 erläutert und im Detail in einem Handbuch der Vereinten Nationen²¹⁾ beschrieben wird. Damit soll erreicht werden, daß das Umweltgeschehen auch im gesamtwirtschaftlichen Rahmen beleuchtet wird. Das Satellitensystem ist aber nicht auf die beengenden Restriktionen des SNA beschränkt, sondern auch Angaben in Mengeneinheiten u. ä. können dargestellt und weitere Grenzen für die Produktion, den Verbrauch oder das Vermögen gewählt werden. Auf der anderen Seite bleibt das Gesamtrechnungssystem für seine traditionellen Verwendungszwecke unverändert erhalten. Satellitensysteme sind nicht Bestandteil des SNA, sie sind aber mit diesem sinnvoll verknüpft und analysieren bestimmte Fragestellungen wesentlich umfassender und spezieller, als es mit dem Mehrzweckanalyseinstrument Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen möglich ist.

3.2 Einkommensdefinition

Bei den Erörterungen zur Definition, Abgrenzung und Darstellung des Einkommens waren mehrere Probleme von Bedeutung, die hier nur angedeutet werden können. So spielte der Begriff des nachhaltigen Einkommens²²⁾ (sustainable income) eine Rolle. Darunter kann der Betrag verstanden werden, der verbraucht werden kann, wenn der Realwert des Vermögens einer Volkswirtschaft, einschließlich des gesamten Naturvermögens, erhalten bleibt. Die Schlagworte „Ökosozialprodukt“ oder „Green GDP“ (Gross Domestic Product) können auch in diesem Zusammenhang genannt werden. Die Anwendung dieses Einkommenskonzepts im SNA wurde aus den gerade dargelegten Gründen nicht befürwortet, wird aber im Umweltsatellitensystem zugrunde gelegt.

²¹⁾ Siehe Vereinte Nationen: „Handbook of National Accounting, Integrated Environmental and Economic Accounting“, New York 1993, sowie Stahmer, C.: „Integrierte Volkswirtschaftliche und Umweltgesamtrechnung“ in WiSta 9/1992, S. 577 ff. Der Entwurf des Handbuchs der Vereinten Nationen wurde ebenfalls von C. Stahmer geschrieben.

²²⁾ Siehe auch Radermacher, W.: „Nachhaltiges Einkommen“ in WiSta 5/1993, S. 331 ff.

Nach der Einkommensdefinition von Hicks könnten auch reale Kaufkraftgewinne am Vermögen, die sich aus der Verschiebung der relativen Preise ergeben, zum Einkommen zählen. Die Mehrheit der SNA-Experten sprach sich gegen ein so weitgehendes Einkommenskonzept aus, da es sich weit von dem entfernt, was Einkommensempfänger als ihr Einkommen betrachten. Auch sind die statistischen Anforderungen — unter anderem komplette Vermögensrechnungen — für die Berechnung der Kaufkraftgewinne beträchtlich. Vielmehr ist vorgesehen, wie in Abschnitt 2.5 erläutert, das Umbewertungskonto weiter nach neutralen und realen Umbewertungsgewinnen und -verlusten aufzuteilen, so daß die Benutzer auch andere Einkommenskonzepte anwenden können, wenn es für ihre Untersuchungen zweckmäßig erscheint.

Ungelöst blieb ferner das Problem, den in Unternehmerhaushalten verbliebenen Betriebsüberschuß, der im deutschen System als entstandenes Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bezeichnet wird, in ein Arbeitsentgelt, nämlich den kalkulatorischen Unternehmerlohn für die Arbeitsleistungen der Selbständigen und ihrer mithelfenden Familienangehörigen, und das Entgelt für die Nutzung des Produktionsfaktors Kapital aufzuteilen. Die fehlende Zuordnung der Faktoreinkommen auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital ist ein bedeutsamer Mangel im Ergebnisausweis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der von vielen Benutzern²³⁾ nur unbefriedigend mittels eigener Schätzungen mit gewagten Annahmen behelfsweise überbrückt, aber nicht gelöst werden kann. Die neue Bezeichnung im SNA von 1993, nämlich „mixed income“, macht zwar auf das Problem aufmerksam, kann es aber natürlich auch nicht beseitigen.

3.3 Forschung und Entwicklung

In der SNA-Expertengruppe bestand Einmütigkeit, daß in vielen Fällen Ausgaben des Staates und der Unternehmen für Forschung und Entwicklung (FuE) in der Zukunft mehr Erträge erbringen als viele Investitionen in Sachanlagen. Da es keine akzeptablen Kriterien dafür gibt, welche FuE-Ausgaben effektiv Zukunftserträge in ökonomischer Betrachtung erbringen, wurde im revidierten SNA zunächst vorgeschlagen, alle FuE-Ausgaben des Staates und der Unternehmen zu den Investitionen zu zählen. Dieser Vorschlag wurde in den weltweiten Erörterungen der Revisionspunkte 1990 aus statistischen Gründen abgelehnt. Es wurde argumentiert, daß es sehr schwierig sei, in Universitäten bei den Ausgaben klar zwischen Forschung und Lehre zu unterscheiden oder bei Unternehmen die eigenen FuE-Ausgaben getrennt anzugeben.

In diesem Zusammenhang wurde auch erwogen, alle Aus- und Fortbildungsausgaben des Staates, der Unternehmen und privater Haushalte zu den Investitionen in den Menschen zur Bildung von Humankapital (human capital) zu zählen. Wegen der weitgehend ungelösten Abgren-

²³⁾ Siehe beispielsweise Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: „Vorrang für die Wachstumspolitik“, Stuttgart und Mainz 1987, S. 106 und 208 ff.

zungs- und Erfassungsprobleme wurde dieser an sich folgerichtige Schritt jedoch nicht getan. Fraglich erscheint, ob der Kapitalwert des Menschen direkt aus den Aufwendungen für seine Aus- und Weiterbildung abgeleitet werden kann und wie die Abschreibungen auf diesen Wert zu berechnen wären.

Die jetzige Lösung im SNA von 1993, daß nämlich bestimmte Ausgaben für immaterielle Anlagen zu den Investitionen und ihre Bestände zum Vermögen zählen, die Ausgaben für FuE sowie für die Ausbildung jedoch nicht, mag als ein statistikbedingter Kompromiß akzeptabel erscheinen, konzeptionell kann er jedoch nicht befriedigen. So ist auch das ein sinnvolles Anwendungsgebiet für ein Satellitensystem, in dem für die Investitionen und das Vermögen andere Abgrenzungen als im SNA gewählt werden können.

3.4 Bankdienstleistungen gegen unterstelltes Entgelt

Bei der Ableitung des Bruttoinlandsprodukts aus der Wertschöpfung muß zunächst von der „unbereinigten“ Wertschöpfung global der Verbrauch an Bankdienstleistungen gegen unterstelltes Entgelt abgezogen werden, um die „bereinigte“ Wertschöpfung zu erhalten. Anschließend müssen die nichtabziehbare Umsatzsteuer und die Einfuhrabgaben hinzugefügt werden, um zum Bruttoinlandsprodukt zu gelangen. Diese globalen Korrekturposten erschweren den Umgang mit den Ergebnissen erheblich; so kann beispielsweise die naheliegende Frage nach dem Anteil oder Beitrag eines Wirtschaftsbereichs am/zum Bruttoinlandsprodukt nicht beantwortet werden; ersatzweise muß auf die „unbereinigte“ Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen bezogen werden.

Bei der Berechnung des Wertes der nicht in Rechnung gestellten Bankdienstleistungen geht das SNA davon aus, daß die Sparer die empfangenen Dienstleistungen dadurch bezahlen, daß ihnen nur ein vergleichsweise geringer Sparzins gutgeschrieben wird, während die Kreditnehmer einen relativ hohen Kreditzins zahlen müssen, der auch ein Entgelt für die Dienstleistungen in unbekannter Höhe enthält. Unter diesen Annahmen ist der Wert dieser Bankdienstleistungen gleich den von den Kreditinstituten empfangenen Zinsen abzüglich der von ihnen gezahlten Zinsen. Da in der Statistik im allgemeinen nicht bekannt ist, wer wieviel Zinsen zu welchem Zinssatz gezahlt bzw. empfangen hat, wurde im SNA von 1968 auf die Aufteilung der Bankdienstleistungen gegen unterstelltes Entgelt verzichtet und der gesamte Betrag als Ergänzung zum Vorleistungsverbrauch verbucht. Diese Lösung unterstellt implizit, daß diese Bankdienstleistungen nur von Unternehmen als Teil ihrer Vorleistungen (global) verbraucht werden, was der Realität sicherlich nicht entspricht. Tatsächlich nehmen natürlich auch private Haushalte, der Staat oder Bankkunden im Ausland derartige Dienstleistungen in Anspruch.

Das SNA von 1993 sieht daher vor, die gegen unterstelltes Entgelt erbrachten Bankdienstleistungen auf die Bankkunden, die diese Dienstleistung tatsächlich beanspruchen, aufzuteilen und in ihren Vorleistungs- oder Endver-

brauch einzubeziehen. Zu berechnen ist der Wert der verbrauchten Dienstleistungen mit Hilfe eines einheitlichen „Referenzzinssatzes“, der zwischen dem Spar- und dem Kreditzins liegt. Als Zinseinkommen oder -zahlungen sind dann die Beträge zu dem Mittelzinssatz auszuweisen. Die Differenz zwischen dem Zinseinkommen und den tatsächlich von den Sparern empfangenen Zinsen wird als Kauf von Bankdienstleistungen verbucht. Bei den Kreditnehmern sind die tatsächlich gezahlten Zinsen höher als das nachgewiesene Zinseinkommen der Banken. Auch hier werden in Höhe der Differenz Bankdienstleistungen nachgewiesen. Soweit die privaten Haushalte, der Staat, die privaten Organisationen oder die übrige Welt diese Bankdienstleistungen verbrauchen, erhöht sich das Bruttoinlandsprodukt um diesen Betrag abzüglich der aus der übrigen Welt empfangenen Bankdienstleistungen.

Die statistischen Anforderungen an die Umsetzung dieser Empfehlung des SNA sind allerdings erheblich. Angaben über die Zinszahlungen und die jeweiligen Durchschnittzinssätze für Sektoren und für Wirtschaftsbereiche mit Unterscheidung der Privat- und der Unternehmenssphäre bei Unternehmerhaushalten sind erforderlich. Außerdem hat die Höhe des gewählten Referenzzinssatzes Einfluß auf die Höhe des Bruttoinlandsprodukts. Deswegen war dieser Vorschlag bis zuletzt der am heftigsten umstrittene Revisionspunkt. Die Annahme des revidierten SNA durch die Statistische Kommission im Februar 1993 drohte an diesem Punkt zu scheitern. So wurde dort der unbefriedigende Kompromiß akzeptiert, der es den Ländern überläßt, ob sie die alte oder die neue Regelung anwenden wollen. Schlecht ist der Kompromiß vor allem deswegen, weil die Höhe des Bruttoinlandsprodukts von dieser Entscheidung mit abhängt. In den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften wird mit hoher Wahrscheinlichkeit einheitlich auf die Aufteilung der unterstellten Bankgebühr verzichtet. Es wird sich also in diesem Punkt nichts ändern.

3.5 Unterstellte Mieten beim Staat

Der ebenfalls umstrittene Vorschlag, für eigengenutzte Gebäude des Staates einen Mietwert (vergleichbar etwa demjenigen eigengenutzter Wohnungen) zu unterstellen, wurde 1992 in dem weltweiten SNA-Seminar in Mexiko eindeutig abgelehnt und daraufhin zurückgezogen. Die Begründung für eine solche Mietunterstellung ist einleuchtend: Für die Nutzung des Anlagevermögens als Produktionsfaktor geht beim Staat, anders als bei Unternehmen, kein Entgelt (abgesehen von den Abschreibungen) in die Rechnung ein. In einer Nebenrechnung sollten daher vom unterstellten Mietwert die Kosten der Gebäudenutzung und die Abschreibungen abgezogen und so der verbleibende Betriebsüberschuß ermittelt werden. Dieser Betriebsüberschuß wäre in die Einnahmen und die laufenden Ausgaben des Staates einzubeziehen und hätte so den Produktionswert und die Wertschöpfung des Staates sowie den Staatsverbrauch und das Bruttoinlandsprodukt erhöht. Auch hier sind die Anforderungen an die statistischen Basisdaten mit vertretbarem Aufwand nicht erfüllbar, weswegen dieser durchaus vernünftige Vorschlag richtigerweise zurückgewiesen wurde.

3.6 Konsumentensubventionen

Subventionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Zahlungen des Staates (oder der Institutionen der Europäischen Gemeinschaften) an Marktproduzenten, um deren Verkaufspreise zu senken oder um eine hinreichende Entlohnung der Produktionsfaktoren zu ermöglichen (siehe ESVG, Textziffer 421). Das erscheint klar und eindeutig — ist es aber leider nicht. Wie sieht es mit den Zahlungen an die Deutsche Bundesbahn zum Ausgleich der verbilligten Preise im Personennahverkehr, für Schülerfahrkarten oder für den unentgeltlichen Transport von Schwerbehinderten aus? Wie waren die Preisstützungen in der ehemaligen DDR einzuordnen, die es ermöglichten, daß der Preis für ein Kilogramm Brot geringer war als der Preis für ein Kilogramm Brotgetreide? Sind das Unterstützungszahlungen an Unternehmen oder an die begünstigten Haushalte, oder sind es gar Käufe des Staates?

In den Revisionsvorschlägen wurde der letzten Variante der Vorzug gegeben. Der Staat hätte die betroffenen Waren und Dienstleistungen gekauft, nach dem Ausgabenkonzept wären sie in den Staatsverbrauch und nach dem Verbrauchskonzept in den Privaten Verbrauch eingegangen. Dieser Vorschlag scheiterte schließlich an einem kleinen Punkt: Wo sollte die Grenzlinie zwischen Unternehmenssubventionen und Konsumentensubventionen gezogen werden? Viele Vorschläge wurden diskutiert, keiner konnte jedoch in der theoretischen Begründung und der praktischen Anwendbarkeit überzeugen. So blieb alles beim alten: Subventionen sind, was bislang Subventionen sind. Die Käufe für den Privaten Verbrauch bleiben in Abhängigkeit von der nationalen Subventionierungspraxis international wenig vergleichbar.

Dieses Beispiel macht das aus dem Adäquationsproblem²⁴⁾ sich ergebende Dilemma in der Konzeption von Statistiken deutlich: Soll die Statistik mittels mitunter fragwürdiger Methoden und Schätzungen Ergebnisse bereitstellen, die den theoretischen Anforderungen entsprechen, oder soll sie Begriffe und Methoden wählen, die statistisch sauber umsetzbar sind, aber zu Ergebnissen führen, die die Anforderungen nicht voll erfüllen? Die Statistik neigt natürlich der zweiten Alternative zu. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden dagegen mehr Kompromisse in Richtung der ersten Alternative eingegangen. Aber auch hier sollten Grenzen gelten, die nach Auffassung des Autors überschritten worden wären, wenn die zuletzt erörterten Revisionspunkte Eingang in das System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen gefunden hätten.

4 Revision des deutschen Systems

Für die Benutzer der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland sind die Änderungen im SNA von 1993 sicherlich von allgemeinem Interesse, wichtiger für sie ist aber, was sich im deutschen

System in absehbarer Zukunft ändern wird. Zur Beantwortung dieser Frage ist entscheidend, was mit dem europäischen System geschieht, denn dies ist verbindlich, während das SNA nur als Empfehlung zu verstehen ist.

Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) wird gegenwärtig ebenfalls revidiert. Dabei herrscht Einverständnis bei allen Mitgliedstaaten, daß es zwischen dem ESVG und dem SNA künftig keine konzeptionellen Abweichungen mehr geben soll und daß in beiden Systemen die gleichen Gliederungen verwendet werden, wobei das ESVG tiefere Untergliederungen vorsehen kann. Damit sollte es zwischen den nach beiden Systemen veröffentlichten Zahlen keine Abweichungen mehr geben. Außerdem ist es möglich, daß das ESVG schärfer definiert und abgrenzt, da dieses in den vergleichsweise ähnlichen Wirtschaftssystemen innerhalb der Europäischen Gemeinschaften (EG) leichter möglich und für eine bessere Vergleichbarkeit der Daten unbedingt notwendig ist.

An die Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in den EG²⁵⁾ hohe Anforderungen gestellt. Das resultiert aus der (zweckentfremdeten) Verwendung dieser Zahlen. So wird die Obergrenze der Eigenen Mittel der EG als ein vorher festgelegter Prozentsatz (1992 z. B. 1,20 %) der Summe der Bruttosozialprodukte der Mitgliedstaaten bestimmt. Außerdem dient das Bruttosozialprodukt als „vierte Quelle der Eigenmittel“ zur Bestimmung eines Teils der Beiträge, die die einzelnen Mitgliedstaaten an die EG zahlen müssen. Aus diesem Grund verpflichtet die „Sozialprodukt-Richtlinie“²⁶⁾ die Mitgliedstaaten zur strikten Einhaltung der ESVG-Regeln, soweit das Sozialprodukt betroffen ist. Die Kommission, vertreten durch Eurostat, und der „Sozialprodukt-Ausschuß“, in der Form eines mit weitreichenden Kompetenzen ausgestatteten Verwaltungsausschusses, überprüfen die Einhaltung dieser Regeln. Weitere bedeutende Konsequenzen ergeben sich aus dem Vertrag von Maastricht²⁷⁾. Die in dem Vertrag genannten Konvergenzkriterien für die öffentliche Haushaltslage, das heißt Vermeidung eines übermäßigen Defizits und Begrenzung des öffentlichen Schuldenstands, sind ebenfalls nach den Regeln im ESVG zu messen. Die Mitgliedstaaten sollen wiederum mittels eines speziellen Rechtsaktes (also eines Gesetzes) zur strikten Einhaltung dieser Regeln verpflichtet werden. Diese neue Aufgabenstellung verleiht den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine finanz- und staatspolitische Bedeutung²⁸⁾, die sich sicherlich niemand vorstellen konnte, als diese Systeme entwickelt wurden. Da an die Harmonisierung der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im

²⁴⁾ Siehe Grohmann, H.: „Vom theoretischen Konstrukt zum statistischen Begriff — Das Adäquationsproblem“ in Allgemeines Statistisches Archiv, 1985, S. 1 ff

²⁵⁾ Viele Rechte und Pflichten gelten voraussichtlich ab Anfang 1994 auch für den Erweiterten Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), zu dem außer den EG-Mitgliedstaaten auch Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Österreich und Schweden zählen.

²⁶⁾ Siehe Richtlinie des Rates vom 13. Februar 1989 zur Harmonisierung der Erfassung des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen (89/130/EWG, Euratom), veröffentlicht im Amtsblatt der EG vom 21. Februar 1989

²⁷⁾ „Vertrag über die Europäische Union“ in Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 12. Februar 1992.

²⁸⁾ Eine Korrektur des deutschen Sozialprodukts von 1992 (3021,8 Mrd. DM) um ein Prozent macht bei der Obergrenze der Eigenmittel der EG eine Differenz von rund 360 Mill. DM aus

großen europäischen Binnenmarkt und für eine stärker europäisch ausgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik wesentlich höhere Anforderungen zu stellen sind, als es bisher der Fall war, plant die Kommission, das revidierte ESVG als Ganzes per Rechtsakt für die Mitgliedstaaten verbindlich vorzuschreiben, und zwar nicht nur für die Datenlieferungen an Eurostat, sondern auch für den nationalen Ausweis!

Die Terminplanung von Eurostat ist äußerst ehrgeizig und kaum einzuhalten:

- Bis Ende 1993 Vorlage aller überarbeiteten Kapitel des ESVG
- Bis Mitte 1994 Verabschiedung des revidierten ESVG.
- Bis Ende 1994 Übersetzung des neuen ESVG in alle Amtssprachen und Verabschiedung eines Rechtsaktes zur verbindlichen Anwendung des ESVG.
- 1995 erstes Jahr, für das das neue ESVG angewandt wird.
- 1997/98 Vorlage der ersten Ergebnisse nach dem revidierten ESVG.

Wenn man bedenkt, was in diesem Zusammenhang noch alles geschrieben, übersetzt, beraten, korrigiert und entschieden, entwickelt, erhoben und berechnet werden muß, wobei zahlreiche Beratungs- und Entscheidungsgremien sowie viele Basisstatistiken beteiligt und betroffen sind, so muß diese Terminsetzung schlicht als unrealistisch bezeichnet werden. Da jedoch durch die jetzt immer stärker praktizierte europäische Rechtssetzung für Statistiklieferungen an die EG die Anforderungen der Kommission eine völlig neue, nämlich verbindliche Qualität gewinnen, muß sich das Statistische Bundesamt bereits heute auf diese Terminplanung einrichten, selbst wenn es möglicherweise ganz anders kommt.

Auch wenn man annimmt, daß das revidierte ESVG per EG-Rechtsakt vollständig auf die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen übertragen werden muß, so führen nicht alle Änderungen im SNA von 1993 auch zu Änderungen im deutschen System, da in Deutschland schon vieles üblich war, was im SNA neu ist. Tatsächlich wurden bei der Revision des SNA viele Regelungen aus dem ESVG übernommen, die vom SNA von 1968 abwichen, ohne daß dieses in den Revisionsdiskussionen offenkundig wurde. Zu diesen Punkten zählen beispielsweise die Aufstellung von Produktionskonten für Sektoren oder die Verbuchung der Vorgänge der betrieblichen Altersversorgung als Sozialleistungen. Die Untergliederung der Einkommenskonten wird in der Bundesrepublik Deutschland seit langem praktiziert, die Aufteilung der Privaten Haushalte nach Haushaltsgruppen gehört zum Veröffentlichungsprogramm²⁹⁾, und die Aufstellung von Aufkommens- und von Verwendungstabellen (beide gegliedert nach Wirtschaftsbereichen und Gütergruppen) gehört zum Arbeitsprogramm in der Input-Output-Rechnung. Auch wesentliche Bestandteile der Vermögensrech-

nung, nämlich der Wert des produzierten Sachvermögens und des Geldvermögens im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank, liegen bereits vor.

Trotzdem wird die anstehende Revision des deutschen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen Änderungen in einem Ausmaß bringen, wie es bisher noch nicht der Fall gewesen ist. Am bedeutsamsten ist der von den EG ab 1995 vorgeschriebene vollständige Übergang auf die NACE³⁰⁾. Bei einzelnen Bereichen bringt das in der Wirtschaftsbereichsgliederung so starke Änderungen mit sich, daß eine Konstruktion langer Zeitreihen durch einfache Verknüpfung nicht möglich sein wird. So gibt es den Produktionsbereich Staat in der NACE nicht, da nicht nach Markt- und Nichtmarktproduzenten unterschieden wird.

Die zweite bedeutsame Änderung betrifft die Sektorengliederung. Den Sektor Unternehmen gibt es im ESVG nicht; vielmehr werden finanzielle und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften unterschieden und die Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit in den Sektor Private Haushalte einbezogen. Gegenwärtig wird im Statistischen Bundesamt geprüft, ob die Kommanditgesellschaften und Offenen Handelsgesellschaften, die in Deutschland insgesamt ein hohes Gewicht haben, als Quasikapitalgesellschaften umgesetzt werden können. Die Frage der Sektorengliederung hängt mit davon ab, was in der Finanzierungsrechnung möglich ist, da Teile der Gewinnverwendung im gesamtwirtschaftlichen Rahmen quasi „von unten“ über den Finanzierungssaldo bestimmt werden. Angestrebt werden sollte jedoch, zumindest nachrichtlich die Angaben über die Finanzierung der Investitionen der Unternehmen insgesamt weiterhin bereitzustellen.

Auch die Investitionen werden von der Revision spürbar betroffen: Die Anschaffung militärisch genutzter Ausrüstungen und Bauten ist, soweit sie auch zivil genutzt werden können, von den Vorleistungen zu den Investitionen des Staates umzusetzen. Öffentliche Tiefbauten werden nun abgeschrieben. Hierbei ist zu prüfen, ob die Grenze zwischen laufenden und werterhöhenden Reparaturen neu gezogen werden muß. Die Einbeziehung der Anschaffung von immateriellen Anlagegütern ist wegen fehlender statistischer Informationen schwierig und dürfte für die selbsterstellten immateriellen Güter kaum gelingen, da in Deutschland deren Aktivierung nach dem Handels- und Steuergesetz nicht erlaubt ist, die Unternehmen also keine getrennten Informationen hierüber haben. Die Schätzung des Wertes des natürlichen Wachstums der Wälder u. ä. dürfte sehr schwierig werden, und eine Schätzung des Wertes von Werterhaltungsgütern bei privaten Haushalten dürfte wegen Geringfügigkeit und fehlender Basisinformationen kaum in Betracht kommen.

Die Darstellung des Letzten Verbrauchs nach dem Ausgaben- und dem Verbrauchskonzept sollte keine großen Probleme bereiten, es sei denn, aus der Finanzstatistik kann der umzusetzende individualisierbare Ver-

²⁹⁾ Siehe zuletzt Spies, V. und Mitarbeiter: „Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen“ in WiSta 7/1992, S. 418 ff

³⁰⁾ Siehe hierzu Fußnote 6.

brauch nicht in der gewünschten Abgrenzung abgeleitet werden.

Arbeitsmäßig bereitet die Berechnung der *A b s c h r e i b u n g e n* der neuen Produktionsbereiche und des Staates die größten Probleme, müßten doch die revidierten Anlageinvestitionen als lange Reihen (möglichst zurück bis 1950) vorliegen, bevor die übliche Perpetual-Inventory-Methode anwendbar ist. Hier werden sicherlich zunächst provisorische Lösungen notwendig sein, die dann später (d. h. nach dem Jahr 2000) durch neue Zahlen ersetzt werden.

Erwähnt wurden hier nur ausgewählte wichtige Revisionspunkte. Doch auch im Detail ergibt sich eine Reihe von Problemen: Wegen der geänderten Bereichs- und Sektorengliederung muß praktisch alles neu, nach neuen Methoden und vielfach mit geänderten Basisstatistiken berechnet werden. Auch kleine Änderungen in einer Statistik erfordern erfahrungsgemäß einen mehrjährigen Vorlauf. Obwohl mit den konzeptionellen Vorarbeiten an der Revision im Statistischen Bundesamt bereits begonnen wurde, erscheint aus heutiger Sicht ein *A b s c h l u ß* bis 1998 als kaum realisierbar. Hinzu kommt, daß diese Arbeiten neben den laufenden Berechnungen, die in den nächsten Jahren noch vollständig auf Gesamtdeutschland auszudehnen sind, erledigt werden müssen. Eine notwendige Anpassung der Kapazitäten an die erweiterte Aufgabenstellung erscheint angesichts der vom Statistischen Bundesamt im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms zu erbringenden Einsparungen kaum möglich, so daß einiges dafür spricht, daß die nächste Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die „Revision 2000“ sein wird.

Dipl.-Volkswirt Heinrich Lützel

Ergebnisse des Mikrozensus Mai 1992

Vorbemerkung

Drei Jahre nach der deutschen Vereinigung mit ihren nach wie vor vielfältigen strukturellen Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft kommt einer gründlichen statistischen Darstellung aller Bereiche des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Deutschland eine wachsende Bedeutung zu. Ganz vorn stehen dabei die Komplexe Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt, der konjunkturellen Situation und der strukturellen Anpassungsprobleme zwischen Ost und West.

Um die noch bestehenden Informationsdefizite in den neuen Bundesländern abzubauen und um sinnvolle wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Orientierungshilfen zu erhalten, dürfen sich die statistischen Anforderungen dabei nicht allein auf die zahlenmäßige Beschreibung der Entwicklung der Erwerbstätigkeit beschränken. Vielmehr sind weitere Einflußgrößen und Komponenten, die auf den Arbeitsmarkt einwirken, einzubeziehen. Hierzu zählen u. a. Fragen der Bevölkerungsstruktur, der Erwerbsquote, der Erwerbslosigkeit, der Arbeitsuche, aber auch Fragen der Arbeitszeit und der Einkommensverhältnisse der Erwerbstätigen. Von großem Interesse ist ferner die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit.

Wichtige Anhaltspunkte zur Beantwortung dieser Fragen liefern die Ergebnisse der jetzt vorliegenden Mikrozensusbefragung vom Mai 1992, die wie bereits im April 1991 auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost durchgeführt wurde. Als Ergänzung hierzu und um kurzfristige Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt aufzeigen zu können, wurden im Oktober 1991 und Januar 1992 zwei Mikrozensus-Zusatzerhebungen durchgeführt, die auf die neuen Länder und Berlin-Ost beschränkt waren.¹⁾

Ergebnisse

Wachsende Bevölkerungszahl in den alten — rückläufige in den neuen Bundesländern

Die Gesamtbevölkerung in Deutschland betrug im Mai 1992 rund 80,4 Mill. Einwohner, davon lebten rund 64,7 Mill. im früheren Bundesgebiet und gut 15,7 Mill. in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Insgesamt rund 6,2 Mill. Einwohner hatten eine ausländische Staatsbürgerschaft. In den letzten zehn Jahren ist die Bevölkerungszahl in den alten Ländern um gut 3 Mill. gestiegen; in den neuen Ländern ist sie um 1 Mill. gesunken, was etwa dem seit 1989 entstandenen innerdeutschen Wanderungssaldo entspricht. Neben den Übersiedlern aus der ehemaligen DDR hat in den

letzten Jahren insbesondere der Zustrom von Aussiedlern (deutschstämmige Zuwanderer aus den ehemaligen Ostblockstaaten) zum starken Bevölkerungswachstum im früheren Bundesgebiet beigetragen.

Von April 1991 bis Mai 1992 hat die Bevölkerung in Deutschland um rund 610 000 Personen zugenommen. Wie Tabelle 1 zeigt, verlief auch für diese kurzfristige Betrachtung die Entwicklung für die beiden Teilgebiete Deutschlands unterschiedlich: Während in den alten Bundesländern eine Bevölkerungszunahme von rund 820 000 Personen registriert werden konnte, ergab sich in den neuen Bundesländern eine Abnahme der Bevölkerung um etwa 210 000 Personen.

Tabelle 1: Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit
Ergebnisse des Mikrozensus Mai 1992 und April 1991

Staatsangehörigkeit	April 1991	Mai 1992	Veränderung Mai 1992 gegenüber April 1991	
	1 000			%
Deutschland				
Bevölkerung	79 829	80 438	+ 609	+ 0,8
männlich	38 548	38 954	+ 406	+ 1,1
weiblich	41 281	41 485	+ 204	+ 0,5
Deutsche	74 189	74 243	+ 54	+ 0,1
männlich	35 443	35 516	+ 83	+ 0,2
weiblich	38 746	38 728	- 18	- 0,0
Ausländer	5 640	6 195	+ 555	+ 9,8
männlich	3 105	3 438	+ 333	+ 10,7
weiblich	2 535	2 757	+ 222	+ 8,8
Früheres Bundesgebiet				
Bevölkerung	63 889	64 706	+ 817	+ 1,3
männlich	30 947	31 420	+ 473	+ 1,5
weiblich	32 942	33 286	+ 344	+ 1,1
Neue Länder und Berlin-Ost				
Bevölkerung	15 941	15 732	- 209	- 1,3
männlich	7 601	7 533	- 68	- 0,9
weiblich	8 340	8 199	- 141	- 1,7

Die Zahl der Ausländer stieg in diesem kurzen Zeitraum in Deutschland um 555 000.

Beträchtliche Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung zwischen Ost und West

Im Mai 1992 standen dem Arbeitsmarkt in Deutschland, wie auch schon im April 1991, rund 40 Mill. Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) zur Verfügung. Im früheren Bundesgebiet betrug die Zahl 31,9 Mill. Damit gab es im Berichtsmontat 522 000 Erwerbspersonen mehr als im April 1991. In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die Zahl der Erwerbspersonen dagegen im gleichen Zeitraum um 483 000 auf 8,2 Mill. zurückgegangen (siehe Tabelle 2).

In den 80er Jahren war im früheren Bundesgebiet und in der ehemaligen DDR der Anteil der Personen im „erwerbsfähigen Alter“ (15 bis unter 65 Jahre), gemessen an der gesamten Bevölkerung, recht ähnlich. Er betrug seit Beginn der 80er Jahre rund zwei Drittel. Einen grundlegenden Unterschied gab es und gibt es auch heute noch in bezug auf die Erwerbsbeteiligung, das heißt die Relation zwischen Erwerbspersonen einerseits sowie den Personen im erwerbsfähigen Alter andererseits. In der ehemaligen DDR waren mit etwa 85 % aller Personen im erwerbsfähigen

¹⁾ Siehe Lüken, S./Riede, T.: „Entwicklung der Erwerbsbeteiligung in den neuen Ländern und Berlin-Ost“ in WiSta 8/1993, S. 538 ff.

Tabelle 2. Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben
Ergebnisse des Mikrozensus April 1991 und Mai 1992

Erwerbsbeteiligung	April 1991			Mai 1992			Veränderung Mai 1992 gegenüber April 1991					
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt		männlich		weiblich	
	1 000						%		1 000		%	
Deutschland												
Bevölkerung	79 829	38 548	41 281	80 438	38 954	41 485	+ 609	+ 0,8	+ 406	+ 1,1	+ 204	+ 0,5
Erwerbspersonen	40 088	23 125	16 962	40 126	23 045	17 080	+ 38	+ 0,1	- 80	- 0,3	+ 118	+ 0,7
Erwerbstätige	37 445	21 875	15 570	36 940	21 623	15 317	- 505	- 1,3	- 252	- 1,2	- 253	- 1,6
Erwerbslose	2 642	1 251	1 392	3 186	1 422	1 764	+ 544	+ 20,6	+ 171	+ 13,7	+ 372	+ 26,7
Nichterwerbspersonen	39 742	15 423	24 319	40 313	15 908	24 404	+ 571	+ 1,4	+ 485	+ 3,1	+ 85	+ 0,3
Früheres Bundesgebiet												
Bevölkerung	63 889	30 947	32 942	64 706	31 420	33 286	+ 817	+ 1,3	+ 473	+ 1,5	+ 344	+ 1,1
Erwerbspersonen	31 360	18 571	12 789	31 882	18 775	13 107	+ 522	+ 1,7	+ 204	+ 1,1	+ 318	+ 2,5
Erwerbstätige	29 684	17 719	11 965	30 094	17 845	12 249	+ 410	+ 1,4	+ 126	+ 0,7	+ 284	+ 2,4
Erwerbslose	1 676	852	824	1 788	930	858	+ 112	+ 6,7	+ 78	+ 9,2	+ 34	+ 4,1
Nichterwerbspersonen	32 528	12 376	20 152	32 824	12 645	20 179	+ 296	+ 0,9	+ 269	+ 2,2	+ 27	+ 0,1
Neue Länder und Berlin-Ost												
Bevölkerung	15 941	7 601	8 340	15 732	7 533	8 199	- 209	- 1,3	- 68	- 0,9	- 141	- 1,7
Erwerbspersonen	8 727	4 555	4 173	8 244	4 270	3 973	- 483	- 5,5	- 285	- 6,3	- 200	- 4,8
Erwerbstätige	7 761	4 156	3 605	6 846	3 778	3 068	- 915	- 11,8	- 378	- 9,1	- 537	- 14,9
Erwerbslose	966	399	568	1 397	492	905	+ 431	+ 44,6	+ 93	+ 23,3	+ 337	+ 59,3
Nichterwerbspersonen	7 213	3 046	4 167	7 489	3 263	4 226	+ 276	+ 3,8	+ 217	+ 7,1	+ 59	+ 1,4

gen Alter ungewöhnlich viele auf dem Arbeitsmarkt. Im früheren Bundesgebiet lag dieser Anteil bei rund 70 %. Der Unterschied beruhte im wesentlichen auf der in der ehemaligen DDR außerordentlich hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen. Sicherlich mitbedingt durch die ungünstige

Tabelle 3: Anteil der Erwerbspersonen an 100 Männern bzw. Frauen der jeweiligen Altersgruppe (Erwerbsquoten)
Ergebnisse des Mikrozensus April 1991 und Mai 1992

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männer		Frauen	
	April 1991	Mai 1992	April 1991	Mai 1992	April 1991	Mai 1992
Deutschland						
15 - 20	41,0	39,0	44,6	41,7	37,2	36,0
20 - 25	77,9	77,1	79,7	79,4	75,9	74,6
25 - 30	82,2	82,6	88,5	88,2	75,6	76,6
30 - 35	84,7	85,1	96,3	96,2	72,8	73,6
35 - 40	86,4	86,8	97,7	97,6	75,1	75,9
40 - 45	86,6	87,5	97,6	97,6	75,4	77,2
45 - 50	84,8	85,1	96,4	96,2	72,8	73,8
50 - 55	79,5	80,3	93,4	93,3	65,3	66,7
55 - 60	61,2	57,9	79,7	74,2	42,9	41,7
60 - 65	21,6	20,2	33,5	31,3	10,7	10,0
15 - 65	72,6	72,4	82,9	82,0	62,1	62,5
65 und mehr	2,7	2,6	4,5	4,4	1,7	1,7
Insgesamt	50,2	49,9	60,0	59,2	41,1	41,2
Früheres Bundesgebiet						
15 - 20	37,9	37,0	40,7	39,4	34,8	34,3
20 - 25	75,7	75,2	77,8	77,7	73,4	72,5
25 - 30	79,0	79,9	86,8	86,9	70,8	72,5
30 - 35	81,4	81,9	95,7	95,6	66,5	67,7
35 - 40	83,1	83,9	97,4	97,4	68,8	70,2
40 - 45	84,1	85,1	97,2	97,3	70,5	72,6
45 - 50	81,9	82,5	95,9	95,8	67,1	68,7
50 - 55	76,1	77,3	92,9	92,9	58,6	60,8
55 - 60	63,0	63,6	81,4	81,5	44,4	45,5
60 - 65	23,2	23,1	35,0	34,8	12,2	11,9
15 - 65	70,5	71,1	82,2	82,2	58,4	59,5
65 und mehr	3,1	3,0	5,1	4,9	2,0	2,0
Zusammen	49,1	49,3	60,0	59,8	38,8	39,4
Neue Länder und Berlin-Ost						
15 - 20	53,1	46,8	59,5	50,7	46,3	42,7
20 - 25	88,1	86,2	88,9	87,6	87,2	84,8
25 - 30	96,2	95,0	96,2	94,9	96,2	95,1
30 - 35	98,0	97,8	98,8	98,5	97,3	97,1
35 - 40	98,4	97,9	99,0	98,6	97,7	97,3
40 - 45	98,0	97,6	99,2	98,6	96,9	96,6
45 - 50	97,1	96,9	98,6	98,2	95,7	95,7
50 - 55	93,3	92,5	95,3	94,7	91,4	90,3
55 - 60	54,4	35,3	72,8	44,0	37,2	27,1
60 - 65	14,7	8,8	26,8	16,0	4,8	2,7
15 - 65	81,6	77,8	86,0	80,2	77,2	74,8
65 und mehr	0,9	0,8	1,6	1,5	0,6	0,4
Zusammen	54,7	52,4	59,9	56,7	50,0	48,5

Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, ist in den neuen Bundesländern die Erwerbsbeteiligung, insbesondere die der Frauen, stark zurückgegangen. Im Mai 1992 lag sie insgesamt bei knapp 78 %.

Die gesamtdeutsche Erwerbsquote, die den Anteil der Erwerbspersonen als Summe aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen an der Bevölkerung insgesamt mißt, ist aufgrund des höheren Bevölkerungsanstieges gegenüber der Zunahme der Erwerbspersonen von 50,2 % im April 1991 um 0,3 Prozentpunkte auf 49,9 % im Mai 1992 gesunken. Im früheren Bundesgebiet lag die Erwerbsquote im Mai 1992 mit 49,3 % geringfügig über der vom April 1991 (49,1 %), während sie in den neuen Ländern mit 52,4 % im Mai 1992 gegenüber April 1991 (54,7 %) doch deutlich gesunken ist (siehe Tabelle 3).

Bei der Betrachtung des Erwerbsverhaltens darf nicht übersehen werden, daß zur Bestimmung der Erwerbsquote sowohl die Erwerbstätigen- als auch die Erwerbslosenzahl in die Berechnung eingehen. Bei einer hohen Erwerbsquote kann somit nicht zwangsläufig auf ein hohes Maß an aktiver Teilnahme am Erwerbsleben geschlossen werden, wie spätere Ausführungen zeigen werden.

Altersspezifische Erwerbsquoten verdeutlichen das Erwerbsverhalten von Männern und Frauen

Betrachtet man den Verlauf der geschlechts- und altersspezifischen Erwerbsquoten — Stand Mai 1992 —, so zeigen sich deutliche Unterschiede im Erwerbsverhalten der Menschen in den alten und neuen Bundesländern. Der Kurvenverlauf, der den Zeitraum vom Eintritt in die Erwerbsbeteiligung bis zum altersbedingten Ausscheiden aus dem Erwerbsleben umfaßt, bildet bei den Männern im früheren Bundesgebiet den Typ einer Glockenkurve, das heißt bis in die Altersklasse der 30- bis unter 35jährigen steigt die Erwerbsquote stark an, bleibt dann bis in die Altersgruppe der 50- bis unter 55jährigen auf hohem Niveau und sinkt dann anschließend steil ab (siehe Schau-

Schaubild 1

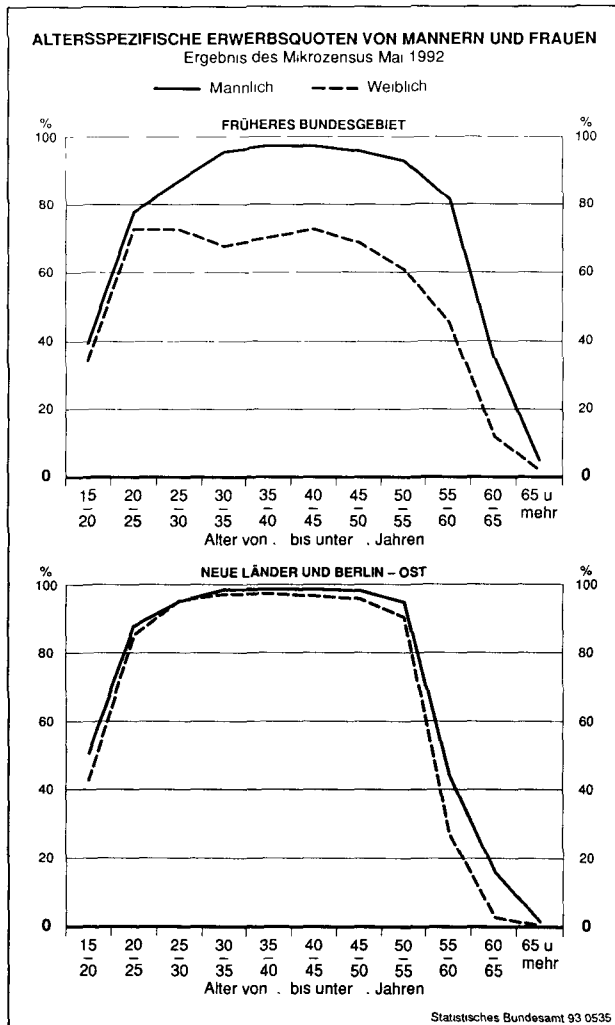


bild 1). Ganz anders verläuft die Erwerbsquotenkurve bei den Frauen in den alten Bundesländern. Folgt sie für die Altersklasse der 20- bis unter 25jährigen zunächst noch der der Männer, so sinkt sie danach deutlich ab, erreicht in der Altersklasse der 30- bis unter 35jährigen ihren tiefsten Punkt, um danach wieder anzusteigen. Im Alter zwischen 45 und 50 Jahren geht die Erwerbsbeteiligung der Frauen dann endgültig stark zurück. Diese Entwicklung zeigt, daß die Frauen zwischen 30 und 35 Jahren — im „Zwischental“ ihrer Erwerbstätigkeit — offenbar eine Familienpause wegen Heirat, Kinderbetreuung und anderer familiärer Pflichten eingelegt haben. Während bei den Männern in den neuen Bundesländern die Erwerbsquote zwar generell etwas höher liegt, aber sonst einen ähnlichen Verlauf wie bei den Männern im früheren Bundesgebiet nimmt, so zeigen sich bei den Frauen erhebliche Unterschiede im Erwerbsverhalten. Anders als im Westen verläuft die Erwerbsquotenkurve der Frauen im Osten fast deckungsgleich mit der der Männer. Dies bedeutet, daß erheblich weniger Frauen in den neuen Bundesländern die im Westen praktizierte sogenannte Familienpause einlegen. Ein Grund liegt sicherlich darin, daß im Osten wie auch schon in der ehemaligen DDR durch mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten und andere Einrichtungen bessere Chancen für die Frauen bestehen, Erwerbstätigkeit und familiäre Verpflichtungen in Einklang zu bringen.

Untersucht man die Entwicklung der Erwerbsquoten zwischen April 1991 und Mai 1992, so stellt man im Westen keine grundlegenden Veränderungen fest. Bemerkenswerte Entwicklungen zeigen sich allerdings in den neuen Bundesländern. Bei den 15- bis unter 20jährigen Männern ist die Erwerbsquote von rund 60 % auf knapp über 50 % abgesunken. Auch bei den Männern in den Altersgruppen zwischen 55 und 60 Jahren bzw. 60 bis 65 Jahren sind die jeweiligen Erwerbsquoten gesunken, und zwar von rund 73 auf 44 % bzw. von rund 27 auf 16 %. Auch bei den Frauen dieser Altersgruppen sind die Erwerbsquoten deutlich zurückgegangen. Lagen sie bei den 55- bis 60jährigen 1991 noch bei 37 %, so betrug der entsprechende Wert 1992 nur noch rund 27 %, bei den 60- bis 65jährigen Frauen lauten die entsprechenden Werte: rund 5 % für 1991 gegenüber 2,7 % für 1992 (siehe auch Tabelle 3). Stark beeinflusst wurde diese Entwicklung durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen wie erweiterte Vorruhestandsregelungen und Zahlungen von Altersübergangsgeld u. ä.

Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit — ein Gradmesser für die Arbeitsmarktsituation

Die sehr unterschiedlichen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in den beiden Teilgebieten Deutschlands werden besonders deutlich, wenn man neben der Darstellung der Erwerbsquoten — die einen Einblick in das unterschiedliche und sich ändernde Erwerbsverhalten der Bevölkerung vermittelt — noch genauer zwischen aktiver und passiver Teilnahme am Erwerbsleben — das heißt nach Erwerbstätigen und Erwerbslosen — differenziert. Erwerbstätige umfassen dabei alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben. Erwerbslose umfassen alle Nichterwerbstätigen, die sich um ein Arbeitsverhältnis bemühen.

Wie Tabelle 2 zeigt, wurden durch die im Mai 1992 noch günstigere konjunkturelle Situation im früheren Bundesgebiet im Rahmen des Mikrozensus erstmals mehr als 30 Mill. Erwerbstätige gezählt. Das waren 410 000 Erwerbstätige mehr als im April 1991. Gleichzeitig stieg die Zahl der Erwerbslosen um rund 112 000 auf insgesamt 1,79 Mill. an. Prozentual gesehen waren damit 94,4 % der Erwerbspersonen erwerbstätig und 5,6 % erwerbslos. Ein Jahr zuvor, im April 1991, waren etwa gleiche Prozentwerte ermittelt worden. In den neuen Bundesländern hat sich die Situation bis Mai 1992 weiter verschlechtert. Dort ist die Zahl der Erwerbstätigen durch den massiven Arbeitsplatzabbau als Folge des wirtschaftlichen Umbruchs seit April 1991 deutlich, und zwar um 915 000 auf 6,85 Mill. im Mai 1992 gesunken; die Zahl der Erwerbslosen ist im gleichen Zeitraum um 431 000 auf fast 1,4 Mill. angewachsen. Dies bedeutet, daß nur noch 83 % der Erwerbspersonen erwerbstätig waren (1991 noch 89 %), während 17 % erwerbslos waren (1991 nur 11 %).

Erwerbslosigkeit trifft besonders die Frauen in den neuen Bundesländern

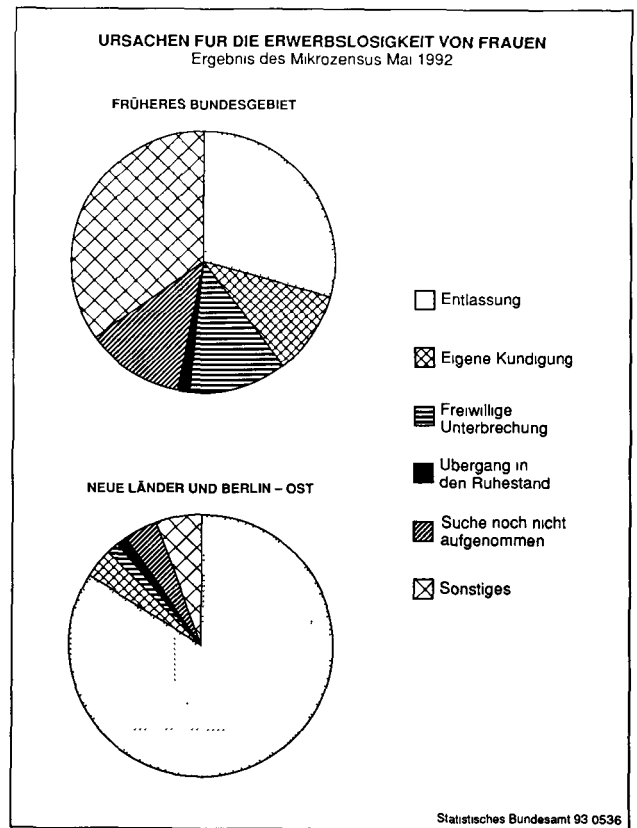
Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern sind Frauen wesentlich stärker von Erwerbslosigkeit be-

troffen als Männer. So waren im Mai 1992 bezogen auf die jeweilige Erwerbspersonenzahl im Westen 6,5 % der Frauen und 5 % der Männer erwerbslos. Im Osten war die Frauenerwerbslosigkeit mit rund 23 % (Männer 11,5 %) fast viermal so hoch wie im Westen. Frauen sind damit von den Arbeitsmarktproblemen in den neuen Ländern und Berlin-Ost besonders betroffen. Viele von ihnen sind inzwischen vorübergehend oder auf Dauer aus dem Erwerbsleben ausgeschieden.

Ursachen für die Erwerbslosigkeit von Frauen

Die Hauptursache für die Erwerbslosigkeit von Frauen in den neuen Ländern ist, wie bereits schon ausgeführt, der massive Arbeitsplatzabbau als Folge des wirtschaftlichen Umbruchs. So suchten in den neuen Ländern — wie Schaubild 2 zeigt — fast 84 % der erwerbslosen Frauen wegen „Entlassung durch den Arbeitgeber“ eine neue Arbeitsstelle, im früheren Bundesgebiet war dies nur bei rund 29 % der Fall — ein Ergebnis, das die äußerst angespannte Arbeitsmarktsituation in den neuen Ländern verdeutlicht.

12 % der Frauen im früheren Bundesgebiet, jedoch lediglich knapp 2 % in den neuen Ländern, waren nach einer „freiwilligen Unterbrechung“ erwerbslos geworden. Dieser große Unterschied ist im wesentlichen damit zu erklären, daß Frauen im früheren Bundesgebiet, wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, weitaus häufiger ihre Erwerbstätigkeit aus familiären Gründen (also wegen Heirat, Kindererziehung u. ä.) unterbrechen als Frauen in den neuen Ländern, wo offenbar nach wie vor mehr Möglichkeiten der außerfamiliären Kinderbetreuung zur Verfügung stehen. Damit spielt eine „freiwillige Unterbrechung“ für die Frauen in den neuen Ländern nur eine untergeordnete Rolle als Grund für die Erwerbslosigkeit. Auch zu einer eigenen Kündigung entschlossen sich in den neuen Bundesländern mit knapp 4 % wesentlich weniger Frauen als im früheren Bundesgebiet mit gut 10 %. Der Anteil der Frauen, die angaben, die Suche nach einer neuen Tätigkeit noch



nicht aufgenommen zu haben, lag im Mai 1992 in den alten Bundesländern mit 12 % gegenüber 4 % der Frauen in den neuen Bundesländern dreimal so hoch.

Teilzeitarbeit ist bei Frauen gefragter als bei Männern

Teilzeitbeschäftigung ist in ganz Deutschland — wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung — eine Domäne der Frauen. Während bei den Männern im früheren Bundesgebiet mit 2,5 % und in den neuen Bundesländern mit

Tabelle 4: Abhängig Erwerbstätige nach Art der ausgeübten Tätigkeit
Ergebnisse des Mikrozensus April 1991 und Mai 1992

Geschlecht	Abhängig Erwerbstätige insgesamt		Art der ausgeübten Tätigkeit													
			Vollzeit		Teilzeit		davon									
							wegen Schulausbildung oder sonstiger Aus- und Fortbildung		wegen Krankheit, Unfallfolgen		weil Vollzeit-tätigkeit nicht zu finden		weil Vollzeit-tätigkeit nicht gewünscht		sonstige Gründe	
April 1991	Mai 1992	April ¹⁾ 1991	Mai ²⁾ 1992	April ¹⁾ 1991	Mai ²⁾ 1992	April ³⁾ 1991	Mai ⁴⁾ 1992	April ³⁾ 1991	Mai ⁴⁾ 1992	April ³⁾ 1991	Mai ⁴⁾ 1992	April ³⁾ 1991	Mai ⁴⁾ 1992	April ³⁾ 1991	Mai ⁴⁾ 1992	
1000		%														
Deutschland																
Männer	19 534	19 233	97,9	97,8	2,1	2,2	26,1	29,1	8,8	5,8	8,3	9,0	26,7	27,3	30,1	28,7
Frauen	14 352	14 087	69,8	69,2	30,2	30,8	5,1	5,5	2,3	1,6	5,5	5,6	70,5	72,0	16,6	15,3
Insgesamt	33 887	33 320	86,0	85,7	14,0	14,3	6,9	7,6	2,8	2,0	5,8	5,9	66,8	68,0	17,8	16,5
Früheres Bundesgebiet																
Männer	15 629	15 736	97,9	97,5	2,3	2,5	28,5	30,4	5,2	4,2	7,6	8,5	29,0	28,6	29,7	28,3
Frauen	10 851	11 140	65,7	64,9	34,3	35,1	5,3	5,5	1,1	1,2	4,5	3,8	73,8	75,1	15,3	14,5
Zusammen	26 479	26 877	84,6	84,0	15,4	16,0	7,3	7,7	1,5	1,4	4,8	4,2	69,9	70,9	16,5	15,7
Neue Länder und Berlin-Ost																
Männer	3 906	3 497	98,8	99,0	1,2	1,0	7,3	14,1	36,8	24,4	13,5	15,3	9,0	12,6	33,3	33,5
Frauen	3 502	2 946	82,5	85,4	17,6	14,6	4,3	5,5	9,1	5,6	11,7	21,8	50,1	44,3	24,7	22,7
Zusammen	7 407	6 443	91,9	92,8	8,9	7,2	4,6	6,2	11,1	6,9	11,8	21,4	47,2	42,0	25,3	23,5

¹⁾ Anteil an Spalte 1. — ²⁾ Anteil an Spalte 2 — ³⁾ Anteil an Spalte 5 — ⁴⁾ Anteil an Spalte 6.

sogar nur 1 % der Erwerbstätigen die Teilzeitbeschäftigung praktisch keine Rolle spielt, so gaben im Westen 35 % und im Osten fast 15 % der abhängig erwerbstätigen Frauen an, einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen (siehe Tabelle 4).

Die Gründe für die besonders hohe Zahl von weiblichen Teilzeitbeschäftigten im Westen liegen nicht nur in den geringeren Möglichkeiten der außerfamiliären Kinderbetreuung, die für Mütter in den alten Bundesländern Teilzeitbeschäftigung notwendig machen, sondern rund drei Viertel der teilzeitarbeitenden Frauen gaben an, daß sie sich eine Vollzeitstelle gar nicht wünschen. Die gewählte Form der Erwerbstätigkeit entsprach also ihren beruflichen Vorstellungen. Hinzu kommt, daß bei vielen Frauen eine Vollzeitbeschäftigung aus wirtschaftlichen Gründen nicht notwendig ist, da die Versorgung in der Regel durch den Ehepartner bereits gesichert ist. In den neuen Bundesländern gaben dagegen nur rund 44 % der Frauen an, daß sie eine Vollzeitstelle nicht wünschen. Dieses im Gegensatz zu den Frauen im früheren Bundesgebiet unterschiedliche Erwerbsverhalten liegt zum einen darin begründet, daß die Erwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern als Quelle des Lebensunterhaltes für die dort lebenden Frauen eine größere Bedeutung besitzt; zum anderen war in der ehemaligen DDR Teilzeittätigkeit politisch nicht gewünscht, und die Frauen haben in der Regel erst im höheren Alter bei Auftauchen einer Behinderung oder ähnlichem eine Teilzeittätigkeit gesucht.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied im Verhältnis West-Ost ist bei den Frauen zu beobachten, die angaben, nur deshalb teilzeittätig zu sein, da eine Vollzeitstelle nicht zu finden ist. Im früheren Bundesgebiet betraf dies lediglich knapp 4 % der teilzeitarbeitenden Frauen, in den neuen Ländern hingegen waren im Mai 1992 bereits fast 22 % davon betroffen. Wie sehr sich die Arbeitsmarktsituation verschlechtert hat, zeigt die Tatsache, daß sich der Anteil der Frauen in den neuen Ländern, die mangels einer Vollzeitstelle nur eine Teilzeittätigkeit ausüben können, seit April 1991 (11,7 %) nahezu verdoppelt hat. Teilzeitbeschäftigung aus Krankheitsgründen, Unfallfolgen u. ä. spielt in den alten Bundesländern bei den Männern mit rund 4 % und bei den Frauen mit rund 1 % nur eine untergeordnete Rolle. Anders in den neuen Bundesländern: Dort gaben rund 6 % aller teilzeiterwerbstatigen Frauen dies als Begründung ihrer Teilzeitbeschäftigung an, bei den Männern hat sogar fast jeder vierte aus Krankheitsgründen eine Teilzeitbeschäftigung angenommen.

Erwerbseinkommen — wichtige Quelle des Lebensunterhalts

Ein wichtiger Indikator für die Beurteilung der allgemeinen Lebensumstände wie auch der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung ist die Frage nach den Unterhaltsquellen und der Entwicklung des Erwerbseinkommens. Zu den Unterhaltsquellen zählen dabei neben dem Einkommen aus Erwerbstätigkeit Unterhaltsleistungen von Angehörigen, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, Einkommen aus Vermögen oder Vermietung, Rente, Pension oder sonstige Transferleistungen (siehe Tabelle 5 auf S. 728).

Mit Abstand die wichtigste Quelle des Lebensunterhalts ist nach wie vor die Erwerbstätigkeit, von der im Mai 1992 in Deutschland gut 43 % der Bevölkerung überwiegend lebten. Rund 32 % bezogen Unterhalt von Angehörigen, knapp 23 % lebten überwiegend von Rente und dergleichen²⁾ und für 2,7 % war Arbeitslosengeld oder -hilfe die wichtigste Einkommensquelle.

In den alten Bundesländern hat sich in den letzten Jahren hinsichtlich der Unterhaltssituation der Bevölkerung nicht viel verändert. Im Mai 1992 lebten rund 43 % überwiegend von Erwerbstätigkeit, 33 % von Angehörigen, 22 % von Rente und dergleichen, 1,5 % bezogen Arbeitslosengeld bzw. -hilfe.

In den neuen Bundesländern lassen sich demgegenüber erhebliche Veränderungen feststellen, ausgelöst durch die starken Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt wie steigende Arbeitslosenzahlen, vermehrte Kurzarbeit, vorgezogene Ruhestandsregelungen, umfangreiche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie eine verstärkte berufliche Weiterbildung. Wichtigste Quelle des Lebensunterhalts bleibt allerdings auch in den neuen Bundesländern das Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Im Mai 1992 gaben 42,7 % der Bevölkerung an, überwiegend aus dieser Quelle ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Gegenüber April 1991, als der entsprechende Anteil noch bei fast 48 % und damit noch deutlich über dem Niveau im früheren Bundesgebiet gelegen hatte, hat sich die Bedeutung dieser Unterhaltsquelle allerdings deutlich vermindert. Zugenommen haben die Zahlungen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Bedingt durch die steigende Zahl der Erwerbslosen bezogen im Mai 1992 7 % der Bevölkerung in den neuen Ländern und Berlin-Ost ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Im April 1991 waren es lediglich 4,9 % gewesen. Die erweiterten Vorruhestandsregelungen haben dazu geführt, daß im Mai 1992 bereits 26 % (April 1991: 23 %) der Bevölkerung Rente und dergleichen bezogen.

Erwerbslose im Osten noch häufiger als im Westen auf Arbeitslosengeld bzw. -hilfe angewiesen

Rund zwei Drittel aller Erwerbslosen in Deutschland lebten im Mai 1992 überwiegend von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe. Dabei lag in den neuen Bundesländern der entsprechende Anteil mit über 80 % deutlich höher als im früheren Bundesgebiet, wo knapp 55 % der Erwerbslosen diese Unterstützungsart bezogen. Ein Grund hierfür liegt in der höheren Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung in den neuen Ländern, die dann auch zu einer größeren Zahl von Anspruchsberechtigten führen kann, die Leistungen des Arbeitsamtes erhalten. Zum anderen dürfte im früheren Bundesgebiet mit seinem hohen Anteil an Langzeitarbeitslosen bei vielen Erwerbslosen der Anspruch auf Arbeitslosengeld bereits erloschen sein. Arbeitslosenhilfe können ferner viele Erwerbslose oft wegen vorhandener anderer Einkunftsquellen, wie zum Beispiel der Unterstützung durch Angehörige, nicht beziehen.

²⁾ Rente, Pensionen, eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Altenteil, Sozialhilfe oder sonstige Unterstützungen (z. B. BAföG).

Tabelle 5. Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben und überwiegendem Lebensunterhalt
Ergebnisse des Mikrozensus April 1991 und Mai 1992

Beteiligung am Erwerbsleben	Insgesamt		Überwiegender Lebensunterhalt durch							
			Erwerbstätigkeit		Arbeitslosengeld/-hilfe		Rente und dergleichen ¹⁾		Angehörige	
	April 1991	Mai 1992	April 1991	Mai 1992	April 1991	Mai 1992	April 1991	Mai 1992	April 1991	Mai 1992
1000		% ²⁾								
Deutschland										
Bevölkerung ...	79829	80438	44,5	43,1	2,2	2,7	21,9	22,6	31,4	31,6
männlich ...	38548	38954	55,5	54,1	2,3	2,5	18,5	19,6	23,7	23,7
weiblich ...	41281	41485	34,3	32,7	2,0	2,8	26,1	25,4	38,6	39,1
Erwerbstätige ...	37445	36940	94,9	93,8	0,1	0,1	1,4	1,6	3,7	4,5
männlich ...	21875	21623	97,7	97,5	0,0	0,1	1,0	1,1	1,2	1,4
weiblich ...	15570	15317	90,8	88,7	0,1	0,1	2,0	2,4	7,1	8,8
Erwerbslose ³⁾ ...	2642	3186	x	—	64,2	66,1	13,9	14,2	21,8	19,7
männlich ...	1251	1422	x	—	69,2	68,4	16,1	17,9	14,6	13,7
weiblich ...	1392	1764	x	—	59,7	64,3	12,0	11,3	28,3	24,5
Nichterwerbspersonen ...	39742	40313	x	—	x	—	41,8	42,5	58,2	57,5
männlich ...	15423	15908	x	—	x	—	43,6	44,9	56,4	55,1
weiblich ...	24319	24404	x	—	x	—	40,6	40,9	59,4	59,1
Früheres Bundesgebiet										
Bevölkerung ...	63889	64706	43,7	43,2	1,5	1,5	21,6	21,8	33,2	33,5
männlich ...	30947	31420	55,9	55,2	1,8	1,9	19,0	19,5	23,4	23,5
weiblich ...	32942	33286	32,3	31,9	1,2	1,2	24,1	23,9	42,4	43,0
Erwerbstätige ...	29684	30094	94,1	92,9	0,0	0,1	1,4	1,7	4,5	5,4
männlich ...	17719	17845	97,6	97,1	0,0	0,1	1,0	1,2	1,4	1,6
weiblich ...	11965	12249	89,0	86,6	0,1	0,1	1,9	2,4	9,1	10,9
Erwerbslose ³⁾ ...	1676	1788	x	—	55,9	54,8	16,1	17,0	28,0	28,3
männlich ...	852	930	x	—	65,0	63,0	17,6	19,7	17,4	17,3
weiblich ...	824	858	x	—	46,5	45,9	14,6	13,9	38,9	40,2
Nichterwerbspersonen ...	32528	32824	x	—	x	—	40,3	40,5	59,7	59,5
männlich ...	12376	12645	x	—	x	—	44,8	45,3	55,2	54,7
weiblich ...	20152	20179	x	—	x	—	37,6	37,4	62,4	62,6
Neue Länder und Berlin-Ost										
Bevölkerung ...	15941	15732	47,6	42,7	4,9	7,2	23,1	26,0	24,4	24,0
männlich ...	7601	7533	53,8	49,7	4,2	5,2	16,8	20,2	25,2	24,9
weiblich ...	8340	8199	41,9	36,3	5,5	9,1	28,9	31,4	23,6	23,2
Erwerbstätige ...	7761	6846	97,8	98,1	0,2	0,2	1,5	1,5	0,6	0,2
männlich ...	4156	3778	98,4	99,1	1	0,1	0,9	0,6	0,6	0,2
weiblich ...	3605	3068	97,0	96,9	0,2	0,3	2,2	2,5	0,6	0,3
Erwerbslose ³⁾ ...	966	1397	x	—	78,7	80,7	10,2	10,7	11,1	8,6
männlich ...	399	492	x	—	78,4	78,8	12,9	14,3	8,7	6,9
weiblich ...	568	905	x	—	78,9	81,7	8,2	8,8	12,9	9,6
Nichterwerbspersonen ...	7213	7489	x	—	x	—	48,2	51,4	51,8	48,6
männlich ...	3046	3263	x	—	x	—	39,0	43,7	61,0	56,3
weiblich ...	4167	4226	x	—	x	—	55,0	57,3	45,0	42,7

¹⁾ Rente, Pension, eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Altenteil, Sozialhilfe oder sonstige Unterstützungen (z. B. BAföG). — ²⁾ Anteil an Spalte „Insgesamt“ — ³⁾ Einschl. arbeitsuchender Schüler und Studenten

Einen besonders hohen Stellenwert besitzt der Bezug von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe für die erwerbslosen Frauen in den neuen Bundesländern. Fast 82 % von ihnen lebten dort überwiegend von diesen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. In den alten Bundesländern war dies nur bei knapp 46 % der erwerbslosen Frauen der Fall, u. a. da ein großer Teil der erwerbslosen Frauen — nach einer „Familienpause“ — wieder ins Erwerbsleben zurückkehren möchte, aber keinen Anspruch mehr auf Zahlungen durch das Arbeitsamt hat.

Ein Drittel der Erwerbslosen sind ein Jahr und länger auf Arbeitsuche

Bei der Betrachtung des Merkmals „Dauer der Arbeit-suche“ ist zu berücksichtigen, daß die Ergebnisse des Mikrozensus lediglich aussagen, seit wann sich die Befragten auf Arbeitsuche befinden. Aussagen darüber, wie

lange die Erwerbslosen tatsächlich brauchen, um eine neue Stelle zu finden, können daraus nicht abgeleitet werden.

Im Mai 1992 waren in Deutschland rund 37 % der Erwerbslosen unter einem halben Jahr auf Arbeitsuche, 21 % suchten seit 6 bis unter 12 Monaten und etwa ein Drittel der Erwerbslosen gehörten zur Gruppe der „Langzeiterwerbslosen“, das heißt sie suchten bereits ein Jahr und länger.

Unter einem halben Jahr auf Arbeitsuche waren im Mai 1992 im früheren Bundesgebiet rund 37 % der Erwerbslosen, in den neuen Bundesländern rund 38 %. 6 bis unter 12 Monate lang suchten im Westen 16 % der Erwerbslosen eine Arbeitsstelle. Im Osten lag der entsprechende Wert mit 27 % allerdings deutlich höher. Zu den „Langzeiterwerbslosen“ zählten im früheren Bundesgebiet rund 35 %, in den neuen Bundesländern gut 31 % der Erwerbslosen (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: Erwerbslose nach Dauer der Arbeitsuche
Ergebnisse des Mikrozensus April 1991 und Mai 1992

Geschlecht	Einheit	Insgesamt		Dauer der Arbeitsuche							
		1992	1991	unter 6 Monaten		6 bis unter 12 Monaten		12 Monate und mehr		ohne Angabe	
				1992	1991	1992	1991	1992	1991	1992	1991
Deutschland											
Männer	1 000	1 422	1 251	520	470	263	247	507	411	132	122
	%	100	100	36,6	37,6	18,5	19,8	35,6	32,9	9,3	9,8
Frauen	1 000	1 764	1 392	663	580	409	309	562	342	130	161
	%	100	100	37,6	41,7	23,2	22,2	31,9	24,5	7,4	11,6
Insgesamt	1 000	3 186	2 642	1 183	1 050	672	556	1 069	753	262	283
	%	100	100	37,1	39,8	21,1	21,0	33,5	28,5	8,2	10,7
Früheres Bundesgebiet											
Männer	1 000	930	852	320	270	143	126	356	369	111	86
	%	100	100	34,4	31,7	15,4	14,8	38,3	43,4	12,0	10,1
Frauen	1 000	858	824	336	299	149	130	276	292	98	103
	%	100	100	39,1	36,2	17,4	15,8	32,1	35,5	11,4	12,5
Zusammen	1 000	1 788	1 676	656	569	292	256	632	662	209	190
	%	100	100	36,7	33,9	16,3	15,3	35,3	39,5	11,7	11,3
Neue Länder und Berlin-Ost											
Männer	1 000	492	399	200	200	120	121	151	42	21	36
	%	100	100	40,7	50,2	24,4	30,3	30,6	10,5	4,2	9,0
Frauen	1 000	905	568	327	282	260	179	286	50	33	57
	%	100	100	36,1	49,6	28,7	31,6	31,6	8,7	3,6	10,1
Zusammen	1 000	1 397	966	527	482	380	300	437	91	53	93
	%	100	100	37,7	49,8	27,2	31,0	31,3	9,4	3,8	9,7

Steigende Einkommen in den neuen Bundesländern, aber nach wie vor großes Einkommensgefälle gegenüber dem früheren Bundesgebiet

Gute Anhaltspunkte zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung liefern neben dem Erwerbsverhalten und der Darstellung der unterschiedlichen Unterhaltquellen die Angaben zum Nettoeinkommen der Erwerbstätigen. Das Nettoeinkommen umfaßt dabei nicht nur das Einkommen aus der beruflichen Tätigkeit, sondern auch aus möglichen anderen Einkommensquellen wie zum Beispiel Vermietung, Zinsen, Rente, Sozialhilfe oder Unterhalt durch Angehörige. Die Einkommensangaben resultieren dabei aus der Selbsteinstufung der Befragten auf 18 vorgegebene Einkommensklassen. Die so gewonnenen Ergebnisse unterliegen erfahrungsgemäß gewissen Einschränkungen.³⁾ Die Angaben über die Einkommenshöhen sollen weniger zum Nachweis von Einkommenschichtungen in der Bevölkerung oder für verschiedene Personengruppen dienen, als vielmehr die Informationen zur sozio-ökonomischen Lage der Bevölkerung ergänzen. Dargestellt wird im folgenden nur die Einkommenssituation der Erwerbstätigen, über die Angaben zum Nettoeinkommen vorliegen. Die Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, die mithelfenden Familienangehörigen aller Wirtschaftsbereiche sowie Erwerbstätige, die keine Angaben über ihre Einkommenslage gemacht haben, sind hierbei nicht berücksichtigt.

Im Mai 1992 hatten von den rund 34,2 Mill. Erwerbstätigen in Deutschland, für die Angaben zum Einkommen vorlie-

gen, rund 16 % ein Nettoeinkommen von unter 1 000 DM, ein Viertel verfügten über ein Einkommen von 1 000 bis unter 1 800 DM, 38 % befanden sich in der Einkommensgruppe 1 800 bis unter 3 000 DM und jeder fünfte Erwerbstätige erzielte ein Einkommen von 3 000 DM und mehr (siehe Schaubild 3 auf S. 730).

Untersucht man die Entwicklung der Einkommen in den zwei Teilgebieten Deutschlands, so stellt man fest, daß in den neuen Bundesländern die Einkommen zwar langsam steigen, es aber nach wie vor ein deutliches Einkommensgefälle gegenüber den alten Bundesländern gibt. So verfügten in den neuen Bundesländern rund 19 % der Erwerbstätigen (alte Bundesländer 15 %) über ein Einkommen von unter 1 000 DM. Mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen — gut 56 % — erzielten ein Nettoeinkommen, das zwischen 1 000 und 1 800 DM lag (alte Bundesländer rund 18 %), 1 800 bis unter 3 000 DM erzielten 22 % der Erwerbstätigen (alte Bundesländer 42 %). Zu den „Besserverdienern“ mit einem Nettoeinkommen von 3 000 DM und mehr zählten in den neuen Bundesländern lediglich knapp 3 %; in den alten Bundesländern stufte sich in dieser Einkommensklasse fast jeder vierte Erwerbstätige ein.

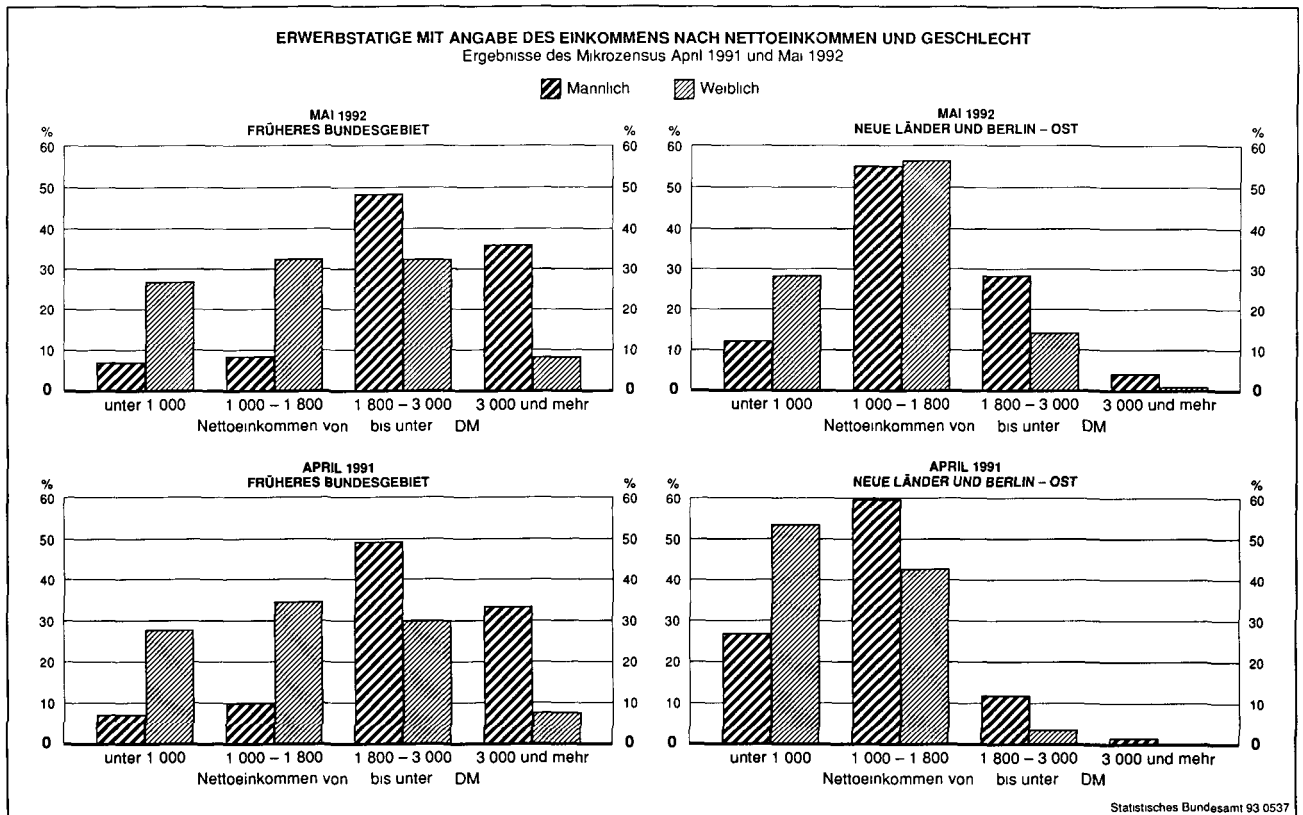
13 Monate zuvor — im April 1991 — war die Einkommensverteilung noch merklich ungünstiger gewesen. Fast 40 % der Erwerbstätigen mußten damals in den neuen Bundesländern mit einem Nettoeinkommen von unter 1 000 DM auskommen, 1 800 bis unter 3 000 DM erzielten lediglich 8 %. Erwerbstätige mit über 3 000 DM Nettoeinkommen gehörten mit 1 % zu den großen Ausnahmen.

Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen nehmen ab

Im Vergleich Mai 1992 gegenüber April 1991 verringerte sich das Einkommensgefälle zwischen Männern und Frauen, dennoch blieben deutliche Unterschiede bestehen.

³⁾ Zur Problematik des Ausagewertes von Einkommensangaben nach Selbsteinschätzungen siehe Gross, K.: „Zur Genauigkeit von Einkommensangaben in Interviews“ in WiSta 3/1973, S. 193 ff. sowie Euler, M.: „Genauigkeit von Einkommensangaben in Abhängigkeit von der Art der statistischen Erfassung“ in WiSta 10/1983, S. 813 ff

Schaubild 3



Im früheren Bundesgebiet stufen sich im Mai 1992 26,8 % der erwerbstätigen Frauen, jedoch nur 7,1 % der männlichen Erwerbstätigen in die Einkommensgruppe unter 1000 DM ein. Im April 1991 hatten die entsprechenden Prozentzahlen noch bei 27,7 bzw. 7,2 % gelegen. In den neuen Bundesländern befanden sich 28,3 % der erwerbstätigen Frauen und 12,2 % der erwerbstätigen Männer in diesem unteren Einkommensbereich. Gegenüber April 1991 ist dies eine deutliche Verbesserung. Zum damaligen Zeitpunkt mußten sich in den neuen Bundesländern noch über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen (53,4 %) und gut ein Viertel der Männer (26,8 %) mit einem Nettoeinkommen unter 1000 DM zufrieden geben. Auch in der Einkommenskategorie 1000 bis unter 1800 DM finden sich anteilmäßig mehr Frauen als Männer. Während in den neuen Bundesländern die Unterschiede hier minimal sind (Frauen 56,5 %, Männer 55,2 %), so beziehen in den alten Bundesländern mit einem Anteil von 32,5 % gegenüber 8,5 % wesentlich mehr Frauen als Männer ein Nettoeinkommen dieser Höhe. In den höheren Einkommensklassen sind die Frauen dagegen nur noch spärlich vertreten. Im früheren Bundesgebiet bezogen im Mai 1992 36,0 % (April 1991 33,4 %) der erwerbstätigen Männer, aber nur 8,3 % (7,7 %) der erwerbstätigen Frauen ein Nettoeinkommen von 3000 DM und mehr. Auch in den neuen Bundesländern sind in den oberen Einkommensklassen mehr Männer als Frauen zu finden, allerdings sind diese Klassen von beiden Geschlechtern nur noch sehr schwach besetzt. 3000 DM und mehr gaben lediglich 4,3 % der erwerbstätigen Männer und 1,0 % der erwerbstätigen Frauen an. Im April 1991 hatten die entsprechenden Prozentzahlen sogar nur 1,6 bzw. 0,3 % betragen.

Die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sind überwiegend auf strukturelle Gründe zurückzuführen: Frauen sind vor allem in niedrigeren Leistungsgruppen beschäftigt, haben eine kürzere Wochenarbeitszeit, leisten in geringerem Umfang mit Tarifzuschlägen begünstigte Schichtarbeit und weisen im Durchschnitt eine geringere Anzahl von Berufsjahren auf.

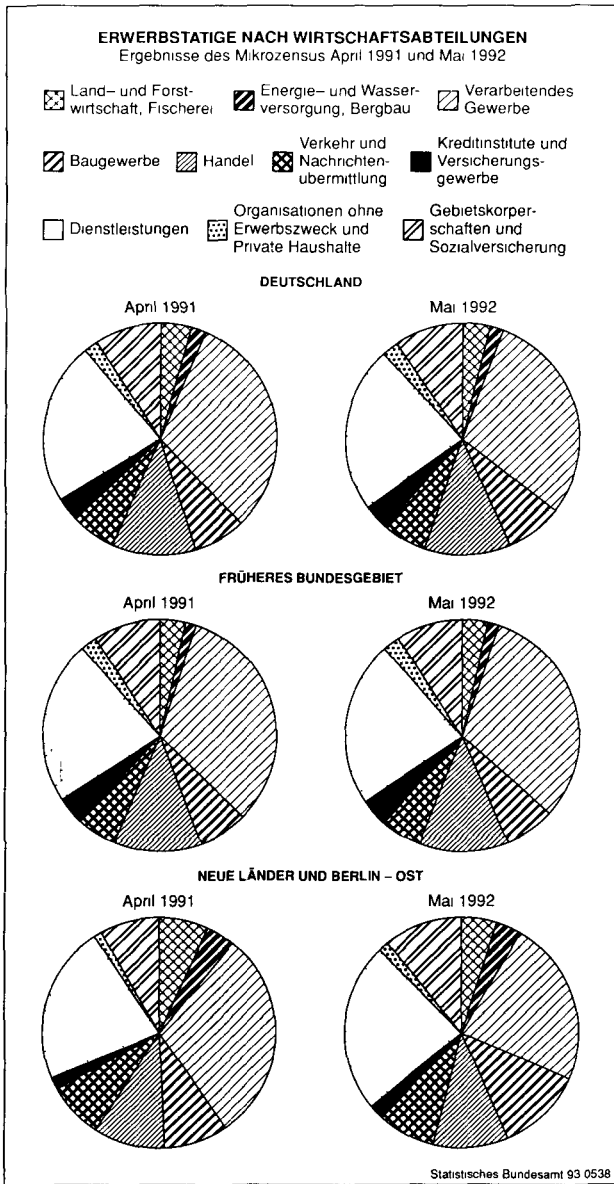
Mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen arbeitet im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich

Bei einem Vergleich der zehn Wirtschaftsabteilungen — siehe auch Schaubild 4 — gibt es in bezug auf die dort tätigen Erwerbstätigen klare Schwerpunkte. Die jeweils meisten Erwerbstätigen waren im Mai 1992 mit rund 30 % (früheres Bundesgebiet rd. 31 %, neue Länder rd. 23 %) im Verarbeitenden Gewerbe zu finden. Gut 23 % (23 %; 24 %) sind dem Bereich Dienstleistungen zuzuordnen. Bemerkenswert ist, daß im Verarbeitenden Gewerbe in den neuen Bundesländern gegenüber April 1991 die Zahl der Erwerbstätigen um fast 31 % zurückgegangen ist. Im früheren Bundesgebiet betrug dieser Rückgang lediglich 1,3 %. Ein Grund für diese Entwicklung liegt sicherlich darin, daß die traditionellen Exportmärkte für die ostdeutschen Industrieerzeugnisse weitgehend zusammenbrachen.

In der Wirtschaftsabteilung „Handel“ verdienen im Mai 1992 rund 12 % aller Erwerbstätigen ihren Lebensunterhalt (alte Bundesländer gut 12 %; neue Bundesländer gut 10 %).

Interessante Entwicklungen zeigen sich auch in den übrigen Wirtschaftsabteilungen, die zahlenmäßig allerdings

Schaubild 4



mit wesentlich weniger Erwerbstätigen besetzt sind. Den größten Beschäftigtenabbau aller Wirtschaftsabteilungen mit - 36,2 % erlebte zwischen April 1991 und Mai 1992 dabei die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in den neuen Bundesländern. Dort sind nunmehr nur noch knapp 5 % der Erwerbstätigen tätig. In den alten Bundesländern ist dagegen der Schrumpfungsprozeß in der Landwirtschaft offenbar weitgehend beendet. Lediglich 3,5 % der Erwerbstätigen waren im April 1991 und im Mai 1992 dort beschäftigt.

Durchweg steigende Erwerbstätigenzahlen können im Vergleich 1992 gegenüber 1991 aufgrund der kräftigen Nachfrageexpansion für das Baugewerbe registriert werden (alte Bundesländer + 4,1 % Erwerbstätige, neue Bundesländer + 18,8 %). Das gleiche gilt für die Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe (alte Bundesländer + 4,0 %, neue Bundesländer + 10,1 %) sowie auch für Organisationen ohne Erwerbszweck (alte Bundesländer + 6,7 %, neue Bundesländer + 20,9 %).

Dipl.-Volkswirt Carsten Cornelsen

Ergebnisse der Jahreserhebungen 1991 im Großhandel und in der Handelsvermittlung

Vorbemerkung

Der Bereich Handel nimmt eine bedeutende Stellung in der deutschen Volkswirtschaft ein; zum Produktionswert aller Unternehmen trägt die Geschäftstätigkeit der Unternehmen des Handels zu 28 % und zur Bruttowertschöpfung insgesamt zu 10 % bei. Etwa jeder achte Erwerbstätige ist im Bereich des Handels tätig. Informationen über die Umsätze und die Beschäftigung im Einzelhandel und im Großhandel werden mit hoher Aktualität als Ergebnisse der Monatserhebungen bereitgestellt, wobei aber nur die Entwicklung beschrieben werden kann. Den zusätzlich durchgeführten „Jahreserhebungen“ kommt daher die Aufgabe zu, diese monatlichen Schnellinformationen anzureichern durch die Darstellung von Strukturergebnissen und deren Veränderung sowie durch die Bereitstellung von Ergebnissen über die Entwicklung der Produktivität.

Die Jahreserhebung ist integriert in das für den Handel geschaffene Berichtssystem, das Erhebungen mit unterschiedlicher Periodizität vorsieht: Totalzählungen in etwa zehnjährigem Turnus sowie monatliche, jährliche und mehrjährige Repräsentativerhebungen. Das Erhebungsprogramm der Jahreserhebung ist dabei optimal auf die unterschiedlichen Anforderungen ausgerichtet. Es vermag weit mehr Informationen über die Struktur und die Geschäftstätigkeit zu vermitteln, als aus den Ergebnissen der monatlichen Statistiken erwartet werden kann. Gleichzeitig wird es als jährliche Stichprobe dem Anspruch auf größtmögliche Entlastung der Unternehmen gerecht.

Den Ergebnissen der Jahreserhebung, die im Jahr 1991 durchgeführt wurde, kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie aufzeigen, wie sich die veränderte politische und wirtschaftliche Situation auf die Geschäftstätigkeit der Unternehmen im Handel ausgewirkt hat. Besondere Erwartungen wurden an die Ergebnisse deshalb gestellt, weil im Bereich des Großhandels und des Einzelhandels die Unternehmen in den neuen Ländern und Berlin-Ost erstmals einbezogen wurden.

In diesem Beitrag erfolgt nun die Darstellung der Ergebnisse der Jahreserhebung 1991 im Großhandel. Er gliedert sich in die Berichterstattung über die Struktur des Großhandels in Deutschland, es folgt eine Gegenüberstellung von betriebswirtschaftlichen Kennziffern für Großhandelsunternehmen im früheren Bundesgebiet sowie in den neuen Ländern und Berlin-Ost, schließlich eine Beschreibung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit im früheren Bundesgebiet im Vergleich zum Vorjahr.

Abschließend werden Ergebnisse der Jahreserhebung 1991 in der Handelsvermittlung dargestellt. Die Darstellung der Analyse muß sich auf die Veränderung der Geschäftstätigkeit im früheren Bundesgebiet gegenüber 1989 beschränken, da die Durchführung der Jahreserhebung 1991 für diesen Bereich in den neuen Ländern und Berlin-Ost nicht vorgesehen wurde.

Methodische Erläuterungen

Im Rahmen der Jahreserhebung 1991 durften im Großhandel bis zu 13 500 Unternehmen in Deutschland einbezogen werden¹⁾. In der Handelsvermittlung wurde der Stichprobenumfang von 10 000 Unternehmen im früheren Bundesgebiet beibehalten. Zur Großhandelsstatistik und zur Handelsvermittlungsstatistik, die beide zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt werden, besteht Auskunftspflicht. Auskunftspflichtig sind die Inhaber oder Leiter der Unternehmen.

In der Großhandelsstatistik werden die Unternehmen erfaßt, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt im Großhandel liegt und die der Wirtschaftsunterabteilung 40/41 nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, zuzuordnen sind, in der Statistik der Handelsvermittlung die Unternehmen, die schwerpunktmäßig Geschäfte in fremdem Namen und auf fremde Rechnung tätigen (Wirtschaftsunterabteilung 42 bzw. Wirtschaftsklasse 43 710). Die Zuordnung der Unternehmen zu den einzelnen Branchen erfolgt schwerpunktmäßig — gemessen an der Wertschöpfung — nach dem Warensortiment.

Die Differenzierung der Großhandelsergebnisse nach den beiden Teilgebieten orientiert sich am Sitz des Unternehmens. Dies hat zur Folge, daß wirtschaftliche Aktivitäten von im früheren Bundesgebiet ansässigen Unternehmen in den neuen Ländern und Berlin-Ost nicht quantitativ als solche analysiert werden können.

Als Grundlage für die repräsentative Auswahl der Berichtsfirmen im früheren Bundesgebiet dienten die Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1985. In den repräsentativen Erhebungen und somit auch in den Jahreserhebungen werden nur die Unternehmen dargestellt, die im Großhandel mindestens 1 Mill. DM und in der Handelsvermittlung mindestens 50 000 DM Jahresumsatz tätigten. Die Auswahl der Großhandelsunternehmen in den neuen Ländern und Berlin-Ost erfolgte durch Auswertungen von Adreßverzeichnissen. Die Berichtsfirmenkreise erfahren eine laufende Aktualisierung durch die Auswertung von Gewerbeanzeigen über Neugründungen.

Ergebnisse

1 Der Großhandel 1991 in Deutschland

In Deutschland wurde von den Großhandelsunternehmen im Jahr 1991 ein Umsatz (ohne in Rechnung gestellte Umsatzsteuer) in Höhe von 1 016 Mrd. DM erzielt (siehe

¹⁾ Gesetzlich geregelt im Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz — HdStatG) vom 10. November 1978 (BGBl. I S. 1733), geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 26. März 1991 (BGBl. I S. 846).

Tabelle 1). Die neue politische und wirtschaftliche Lage bewirkte damit, daß nunmehr für den deutschen Großhandel ein Umsatzergebnis dargestellt werden kann, das den Schwellenwert von 1 Billion DM überschreitet, und an dem die zukünftige Entwicklung des Großhandelsumsatzes zu messen ist. Es fällt gegenüber dem im Jahr 1990 im früheren Bundesgebiet erzielten Umsatzergebnis um über 100 Mrd. DM höher aus.

Bei dieser Gegenüberstellung von Ergebnissen mit unterschiedlichem Gebietsstand und für verschiedene Jahre (1990 bzw. 1991) ist der Einfluß der deutschen Vereinigung und der Einführung der DM als Währungseinheit in der ehemaligen DDR zum 1. Juli 1990 auf das Gesamtvolumen des deutschen Großhandels zu berücksichtigen. So belegten die Ergebnisse der monatlichen Großhandelsstatistik bereits für das zweite Halbjahr 1990 eine Umsatzaus-

weitung der Großhandelsunternehmen im früheren Bundesgebiet gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 10 %.

Am 31. Dezember 1991 waren in Deutschland 1,214 Mill. Beschäftigte in Großhandelsunternehmen tätig, für die Bruttolöhne und -gehälter in Höhe von 55,4 Mrd. DM gezahlt wurden. Der erwirtschaftete Rohertrag (Umsatz abzüglich Wareneinsatz) belief sich auf 163,3 Mrd. DM, das bedeutet, daß etwa ein Drittel des Rohertrages für die Entlohnung der Beschäftigten aufgewendet wurde. Der im Jahr 1991 getätigte Wert der Investitionen erreichte das Volumen von 13,4 Mrd. DM, bezogen auf den Umsatz wurden 13 DM je 1 000 DM investiert, oder 8 % des erwirtschafteten Rohertrages.

Bei der Struktur des Großhandels in Deutschland fällt auf, daß dem Bereich des Großhandels mit Fertigwaren eine

Tabelle 1: Beschäftigte, Bruttolohn- und -gehaltssumme, Umsatz, Wareneinsatz und Rohertrag im Großhandel¹⁾
Ergebnisse der Jahreserhebung 1991

Gegenstand der Nachweisung	Beschäftigte ²⁾		Bruttolohn- und -gehaltssumme	Umsatz ³⁾	Wareneinsatz	Rohertrag	
	insgesamt	darunter Teilzeitbeschäftigte				insgesamt	Anteil am Umsatz
	1000		Mill. DM				
Deutschland Großhandel insgesamt							
1991	1 214,0	190,1	55 418	1 016 009	852 744	163 266	16,1
nach Umsatzgrößenklassen							
Unternehmen mit Umsatz von ... bis unter ... DM							
1 Mill. — 5 Mill.	137,4	38,9	4 464	46 263	34 700	11 563	25,0
5 Mill. — 50 Mill.	477,4	73,9	21 644	277 604	219 218	58 386	21,0
50 Mill. — 250 Mill.	295,4	34,2	14 414	256 583	213 614	42 969	16,7
250 Mill. und mehr	303,8	43,0	14 898	435 560	385 211	50 346	11,6
nach Beschäftigtengrößenklassen							
Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten							
1 — 9	87,2	25,0	3 719	115 112	100 485	14 627	12,7
10 — 199	682,7	101,4	31 670	531 873	442 227	89 645	16,9
200 und mehr	444,2	63,5	20 029	369 025	310 031	58 992	16,0
Früheres Bundesgebiet Großhandel zusammen							
1991	1 120,2	179,2	53 365	983 715	825 071	158 645	16,1
nach Umsatzgrößenklassen							
Unternehmen mit Umsatz von ... bis unter ... DM							
1 Mill. — 5 Mill.	130,5	38,0	4 325	44 885	33 648	11 237	25,0
5 Mill. — 50 Mill.	447,9	71,8	20 924	270 117	213 164	56 953	21,1
50 Mill. — 250 Mill.	274,4	33,2	13 858	249 142	207 290	41 852	16,8
250 Mill. und mehr	267,4	36,2	14 260	419 571	370 967	48 603	11,6
nach Beschäftigtengrößenklassen							
Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten							
1 — 9	85,2	24,8	3 673	113 713	99 268	14 444	12,7
10 — 199	651,2	99,2	30 877	516 776	428 915	87 861	17,0
200 und mehr	383,9	55,2	18 815	353 227	296 888	56 338	15,9
Neue Länder und Berlin-Ost Großhandel zusammen							
1991	93,7	10,9	2 053	32 294	27 673	4 621	14,3
nach Umsatzgrößenklassen							
Unternehmen mit Umsatz von ... bis unter ... DM							
1 Mill. — 5 Mill.	6,9	0,8	139	1 378	1 052	326	23,7
5 Mill. — 50 Mill.	29,5	2,1	720	7 487	6 054	1 433	19,1
50 Mill. — 250 Mill.	21,0	1,1	556	7 441	6 324	1 117	15,0
250 Mill. und mehr	36,4	6,8	638	15 989	14 244	1 743	10,9
nach Beschäftigtengrößenklassen							
Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten							
1 — 9	2,0	0,3	46	1 399	1 217	183	13,1
10 — 199	31,4	2,3	793	15 097	13 312	1 784	11,8
200 und mehr	60,3	8,3	1 214	15 798	13 143	2 654	16,8

¹⁾ Nur Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 1 Mill. DM und mehr. — ²⁾ Stand: 31. 12. — ³⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Tabelle 2. Beschäftigte, Umsatz, Rohertrag, Bruttolohn- und -gehaltssumme sowie Investitionen im Großhandel¹⁾
Ergebnisse der Jahreserhebung 1991

Wirtschaftsgliederung (Großhandel mit . . .)	Beschäftigte		Umsatz ²⁾			Rohertrag		Bruttolohn- und -gehaltssumme		Investitionen	
	insgesamt	je Unter- nehmen am 31. 12	insgesamt	je Unter- nehmen	je Beschäf- tigten	insgesamt	Anteil am Umsatz	insgesamt	je Beschäf- tigten	insgesamt	je 1 000 DM Umsatz
	1 000	Anzahl	Mill DM	1 000 DM	Mill DM	%	Mill DM	1 000 DM	Mill. DM	DM	
Deutschland											
Rohstoffen und Halbwaren	321,6	27	380 100	31,5	1 182	46 962	12,4	15 603	49	4 579	12
Fertigwaren	892,4	34	635 909	24,3	713	116 304	18,3	39 815	45	8 856	14
Großhandel insgesamt	1 214,0	32	1 016 009	26,5	837	163 266	16,1	55 418	46	13 434	13
Früheres Bundesgebiet											
Rohstoffen und Halbwaren	301,4	26	365 346	31,1	1 212	45 237	12,4	15 071	50	4 235	12
Fertigwaren	818,9	32	618 369	24,3	755	113 408	18,3	38 294	47	8 275	13
Großhandel zusammen	1 120,2	30	983 715	26,5	878	158 645	16,1	53 365	48	12 509	13
Neue Länder und Berlin-Ost											
Rohstoffen und Halbwaren	20,2	66	14 754	48,4	730	1 725	11,7	532	26	344	23
Fertigwaren	73,5	90	17 540	21,4	239	2 896	16,5	1 521	21	581	33
Großhandel zusammen	93,7	83	32 294	28,7	345	4 621	14,3	2 053	22	925	29

¹⁾ Nur Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 1 Mill. DM und mehr. — ²⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

ungleich größere Bedeutung zukommt als dem Bereich Rohstoffe und Halbwaren (siehe Tabelle 2). In diesem Bereich wurden 1991 63 % des Großhandelsumsatzes erzielt, und 74 % der Beschäftigten insgesamt waren in diesem Bereich tätig. Daß von den Unternehmern in diesem Bereich eine weitere Expansionschance erwartet wird, kann aus der dort festgestellten starken Investitionstätigkeit abgeleitet werden. Das Investitionsvolumen betrug 8,9 Mrd. DM und fiel anteilig am Gesamt-Investitionsvolumen höher aus, als es der anteiligen Umsatzbedeutung dieses Bereiches entspricht.

Eine Strukturbeschreibung des Großhandels insgesamt in Deutschland hinsichtlich der Anzahl und der Größe der Unternehmen sowie der Beschäftigungssituation werden erst die Ergebnisse der derzeit durchgeführten Handels- und Gaststättenzählung liefern können. Unsicherheit besteht insbesondere darüber, welchen Einfluß die Abschneidegrenzen auf die Ergebnisdarstellung der Jahreserhebung 1991 haben. Nach den Verhältnissen, die bei der Handels- und Gaststättenzählung 1985 ermittelt wurden, repräsentieren die Ergebnisse zwar 98 % des Umsatzes, aber nur 90 % der Beschäftigten und 53 % der Unternehmen. Unterstellt man, daß sich der Repräsentationsgrad der Ergebnisse der Jahreserhebung gegenüber einer Totalzählung zwischenzeitlich auch unter Einbeziehung der Unternehmen in den neuen Ländern und Berlin-Ost nicht stark verändert hat, so wird für zulässig gehalten, aus diesen Ergebnissen der Jahreserhebung ein Strukturbild zumindest über die Verteilung der Beschäftigten und des Umsatzes abzuleiten. Dies erfolgt unter Verzicht auf weitere Aussagen über die Gesamtzahl der Unternehmen und der Beschäftigten.

Die Jahreserhebung 1991 ergab für die Großhandelsunternehmen in Deutschland folgende Struktur (siehe Tabelle 1): Etwa 50 % der Beschäftigten waren in Unternehmen tätig, die einen Jahresumsatz von 50 Mill. DM und mehr erzielten. Von diesen Unternehmen wurden 68 % des Gesamtumsatzes erwirtschaftet. Die Produktivität der Beschäftigten in umsatzgroßen Unternehmen ist damit größer als in umsatzkleinen Unternehmen. Aus den nach Beschäftigtengrößenklassen gegliederten Ergebnissen

ergibt sich folgende Struktur: 7,2 % der Beschäftigten waren in Unternehmen mit bis zu 9 Beschäftigten tätig, 56,2 % in Unternehmen mit 10 bis 199 Beschäftigten und 36,6 % in Unternehmen mit 200 Beschäftigten und mehr. Die Verteilung der Umsätze auf die nach diesen Größenklassen gegliederten Unternehmen läßt erkennen, daß die Umsatzverteilung zugunsten kleinerer Unternehmen ausfällt. Es wurde anteilig folgende Umsatzverteilung ermittelt: 11,3 bzw. 52,3 % und 36,4 %.

Das Gesamtergebnis der Struktur der Großhandelsunternehmen in Deutschland wird von den in den neuen Ländern und Berlin-Ost ansässigen Großhandelsunternehmen wegen des relativ geringen Gewichtes wenig beeinflusst (siehe Tabellen 1 und 2). Die Ergebnisse für die neuen Länder und Berlin-Ost, isoliert betrachtet, lassen den Großhandel mit Fertigwaren auch als den bedeutsameren erkennen.

Aus dem für die in den neuen Ländern und Berlin-Ost ansässigen Großhandelsunternehmen ermittelten Strukturbild über die Verteilung der Beschäftigten und des Umsatzes nach Größenklassen soll nur ein Ergebnis besonders hervorgehoben werden. Es hebt sich deutlich ab von dem o. a. für Deutschland ermittelten Strukturbild. 64 % der Beschäftigten dort waren in Unternehmen mit 200 Beschäftigten und mehr tätig. Von diesen beschäftigungs-großen Unternehmen wurde genausoviel Umsatz erzielt wie von den Unternehmen mit 10 bis 199 Beschäftigten, die aber nur halb soviel Beschäftigte auf sich konzentrierten. Dieser Sachverhalt soll im folgenden genauer untersucht werden.

2 Ergebnisse für die Großhandelsunternehmen im früheren Bundesgebiet sowie in den neuen Ländern und Berlin-Ost

Aus den Ergebnissen der Jahreserhebung 1991 wurden betriebswirtschaftliche Kennziffern zum einen für die im früheren Bundesgebiet, zum andern für die in den neuen Ländern und Berlin-Ost ansässigen Unternehmen berechnet (siehe Tabelle 3). Sie belegen deutliche Unterschiede in der Produktivität, stark beeinflusst durch die höhere Ar-

Tabelle 3: Betriebswirtschaftliche Kennziffern für die Unternehmen¹⁾ des Großhandels im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern und Berlin-Ost

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Umsatz je Unternehmen	1 000 DM	26 477	28 706
Beschäftigte je Unternehmen	Personen	30	83
Umsatz je Beschäftigten	1 000 DM	878	345
Rohrertrag je Beschäftigten	1 000 DM	142	49
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	1 000 DM	48	22
Rohrertrag abzgl. Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	1 000 DM	94	27
Investitionen je 1 000 DM Umsatz	DM	13	29

¹⁾ Nur Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 1 Mill. DM und mehr

beitsintensität und das weitaus geringere Umsatzergebnis je Beschäftigten bei den für die neuen Länder und Berlin-Ost ermittelten Unternehmensergebnissen. In Tabelle 3 sind einige Kennziffern aus den in der Tabelle 2 dargestellten Ergebnissen berechnet worden, allerdings nur für den Großhandel insgesamt²⁾.

Im früheren Bundesgebiet wurde je Beschäftigten ein Umsatz in Höhe von 878 000 DM erzielt, in den neuen Ländern und Berlin-Ost dagegen nur von 345 000 DM. Wenngleich in den neuen Ländern und Berlin-Ost weit weniger Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten aufgewendet werden mußten — etwa halb so viel —, so trug das per saldo nicht zur Verbesserung der Erträge bei. Der Rohrertrag je Beschäftigten vor Abzug der Bruttolöhne und -gehälter betrug in den Unternehmen im früheren Bundesgebiet 142 000 DM, in denen in den neuen Ländern und Berlin-Ost 49 000 DM, nach Abzug der Aufwendungen für Bruttolöhne und -gehälter 94 000 DM bzw. 27 000 DM je Beschäftigten. Dieses Ergebnis läßt vermuten, daß die in den neuen Ländern und Berlin-Ost ansässigen Unternehmen alle Anstrengungen darauf richten müssen, langfristig die Produktivität ihrer Geschäftstätigkeit zu steigern, um wettbewerbsfähig zu sein.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost läßt sich bei den Unternehmen eine starke Investitionstätigkeit nachweisen. Der Umfang der Investitionen belief sich im Jahr 1991 auf 925 Mill. DM. Bezogen auf den im gleichen Jahr getätigten Umsatz wurden 29 DM je 1 000 DM investiert. Dieser Wert übersteigt bei weitem die für Unternehmen im früheren Bundesgebiet ermittelte Relation von 13 DM Investitionen auf 1 000 DM Umsatz.

3 Entwicklung des Großhandels im früheren Bundesgebiet

Das Ausmaß der Belebung der Geschäftstätigkeit der Großhandelsunternehmen im früheren Bundesgebiet wurde bereits anhand der Ergebnisse der monatlichen Großhandelsstatistik beschrieben³⁾. Die nachfolgende Analyse

verfolgt daher schwerpunktmäßig das Ziel, die Entwicklung der Geschäftstätigkeit — als Ergebnis des Entscheidungsprozesses der Unternehmer — unter veränderten Rahmenbedingungen im Vergleich zum Vorjahresergebnis zu beschreiben.

Aus den Ergebnissen der Jahrerhebung 1991 stellt sich die Umsatzentwicklung gegenüber 1990 wie folgt dar⁴⁾ (siehe auch Tabelle im Anhangteil auf S. 658*f.): Die im früheren Bundesgebiet ansässigen Großhandelsunternehmen konnten im Jahr 1991 Umsätze in Höhe von 983,7 Mrd. DM verbuchen. Das waren 68,9 Mrd. DM oder 7,5 % mehr als 1990. Diese Umsatzsteigerung übertrifft alle in den zehn vorangegangenen Jahren erzielten jährlichen Zuwächse. Der Bereich „Großhandel mit Fertigwaren“, dessen Umsatz eine Ausweitung um 9,4 % auf 618,4 Mrd. DM erfuhr, profitierte ungleich stärker von der Nachfrage aus den neuen Bundesländern als der „Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren“. Dort wurde eine Umsatzsteigerung um 4,4 % gegenüber 1990 auf 365,3 Mrd. DM ermittelt.

Die Zahl der im Großhandel insgesamt Beschäftigten erhöhte sich gleichzeitig von 1,070 Mill. auf 1,120 Mill. Personen, das heißt um 4,7 %. Sowohl im Großhandel mit Fertigwaren (+ 5,2 %) als auch im Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren (+ 3,5 %) blieb das Wachstum der Beschäftigtenzahl hinter der expansiven Umsatzentwicklung zurück. Gleichwohl wirkte sich die Ausweitung der Geschäftstätigkeit im Großhandel im Jahr 1991 auch nachfragewirksam auf den Arbeitsmarkt aus. Stärker als der Personalbestand wuchsen bei den im früheren Bundesgebiet ansässigen Großhandelsunternehmen die Ausgaben für Bruttolöhne und -gehälter. Sie stiegen von 48,1 Mrd. DM auf 53,4 Mrd. DM, das heißt um 11 %.

Die Ergebnisse der Jahrerhebung belegen einen gegenüber der Umsatzentwicklung überproportionalen Anstieg des Rohertrags. Der im Jahr 1991 von den im früheren Bundesgebiet ansässigen Großhandelsunternehmen erzielte Rohertrag belief sich auf 158,6 Mrd. DM. Die Steigerungsrate des Rohertrages gegenüber dem Vorjahresergebnis übertrifft mit + 11,8 % deutlich die für den Umsatz ermittelte Steigerungsrate von + 7,5 %. Der Markt ließ damit offensichtlich zu, höhere Rohertragsquoten zu realisieren. Dies gilt weniger ausgeprägt für die Unternehmen in den Branchen, die mit Waren handeln, die dem Bereich des Großhandels mit Rohstoffen und Halbwaren zugeordnet werden; bei ihnen war eine Steigerung der Rohertragsquote von 12,1 auf 12,4 % zu verzeichnen. Für die Großhandelsunternehmen im Bereich der Fertigwaren wurde dagegen eine Steigerung der Rohertragsquote von 17,6 auf 18,3 % festgestellt.

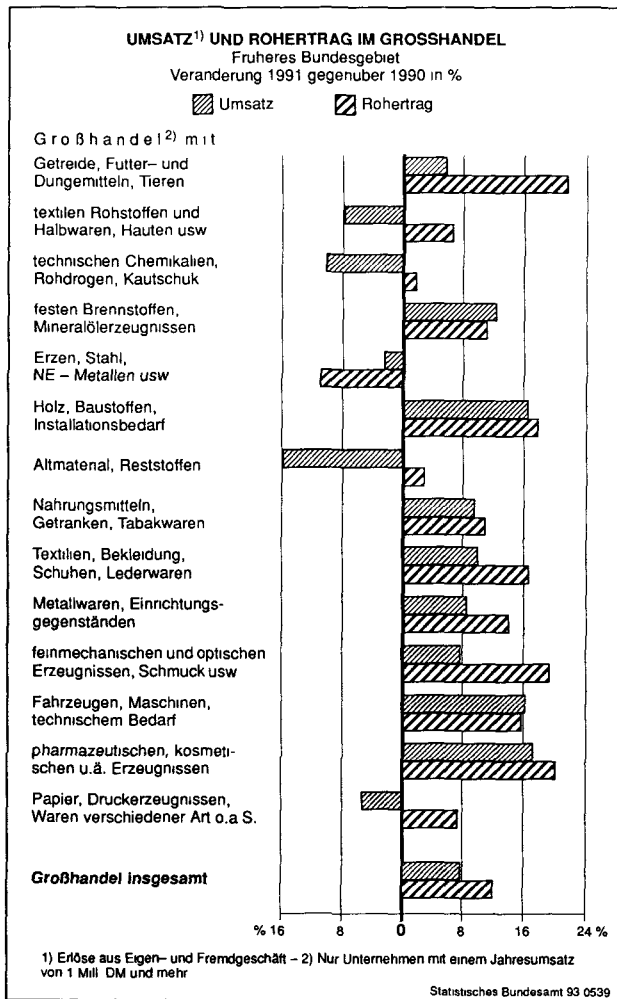
Detaillierte Branchenergebnisse über die Veränderung der Rohertragsquoten und zusätzlich über Umsatz und Beschäftigte enthält die Tabelle im Anhangteil auf S. 658*f.

Das Schaubild veranschaulicht die Entwicklung des Umsatzes und des Rohertrages und zeigt auf, daß selbst in

²⁾ Mit den Ergebnissen der Tabelle 2 lassen sich entsprechende Analysen auch für den Großhandel mit Fertigwaren und den mit Rohstoffen und Halbwaren nachvollziehen.

³⁾ Siehe Linkert, K. „Entwicklung der Großhandelsumsätze in Deutschland“ in WiSta 12/1992, S. 864ff.

⁴⁾ Abweichungen von den Ergebnissen der Monatsstatistik sind darauf zurückzuführen, daß in die Jahrerhebung nur Unternehmen einbezogen werden, die zum Jahresende 1991 bestanden.



den Branchen, die keine Umsatzsteigerung verbuchen konnten, eine Steigerung des Rohertrages erzielt wurde. Die einzige Ausnahme davon stellt das Ergebnis der Branche „Erze, Stahl, NE-Metalle“ dar. Hier überstieg die Abnahme des Ertrages die Abnahme des Umsatzes.

Der Betrachtung des Investitionsvolumens des Großhandels im früheren Bundesgebiet im Jahr 1991 kommt auch im Hinblick auf die starke Expansionstätigkeit der im früheren Bundesgebiet ansässigen Unternehmen durch die Ansiedlung von Filialunternehmen in den neuen Ländern und Berlin-Ost eine besondere Bedeutung zu, die sich bereits aus den Ergebnissen der monatlichen Großhandelsstatistik ergab. Im Jahr 1991 belief sich das Investitionsvolumen der im früheren Bundesgebiet ansässigen Großhandelsunternehmen auf 12,5 Mrd. DM. Damit wurde das des Vorjahres um 2,2 Mrd. DM oder 21,4 % übertroffen. Auf die sich aufdrängende Frage, wie hoch das Investi-

tionsvolumen war, das von den im früheren Bundesgebiet ansässigen Unternehmen in den neuen Ländern und Berlin-Ost getätigt wurde, kann jedoch aus den vorliegenden Ergebnissen nur eine indirekte Antwort — aus der Betrachtung des Anstiegs des Investitionsvolumens in den einzelnen Branchen — gegeben werden. Branchen mit hohem Filialisierungsgrad, wie der Großhandel mit Holz, Baustoffen und Installationsbedarf oder der Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren, weisen die höchsten Steigerungen der Investitionstätigkeit auf. Gleichzeitig ist dabei zu berücksichtigen, daß die Investitionstätigkeit der im früheren Bundesgebiet ansässigen Großhandelsunternehmen in den neuen Ländern und Berlin-Ost sich aber nicht nur darauf erstreckte, dort Niederlassungen aufzubauen, sondern auch Einzelhandelsgeschäfte nach modernen Anforderungen auszustatten, um diese nach erfolgtem Umbau wieder zu veräußern und mit den neuen Inhabern langjährige Geschäftsverbindungen aufzubauen.

4 Ergebnisse für die Handelsvermittlung 1991 im früheren Bundesgebiet

Die Darstellung von Ergebnissen der Handelsvermittlung erfolgt in Verbindung mit denen des Großhandels, weil die Handelsvermittlungsunternehmen, ähnlich wie die Großhandelsunternehmen, schwerpunktmäßig Geschäftsbeziehungen zwischen Produzenten und Händlern oder Händlern untereinander anbahnen und zusätzlich beide auch stark Tätigkeiten des jeweils anderen Bereichs ausüben, das heißt der Großhandel auch Tätigkeiten in fremdem Namen und auf fremde Rechnung betreibt oder die Handelsvermittlung solche in eigenem Namen (siehe Tabelle 4).

Für den Bereich Handelsvermittlung wird der Umsatzbegriff an das Steuerrecht angelehnt definiert. Bei Fremdgehäften wird als Umsatz nur der Betrag der vereinnahmten Provisionen und Kostenvergütungen gezählt, also der Betrag, der bei Eigengeschäften als Rohertrag bezeichnet wird. Die relative Bedeutung dieses Bereichs im Distributionsprozeß vermittelt erst die Betrachtung der Größe „Gesamtwert der gegen Provision vermittelten Waren“, im Eigengeschäft vergleichbar mit der Größe „Wareneinsatz“. Tabelle 4 veranschaulicht den volkswirtschaftlichen Beitrag dieses Bereichs im Vergleich zum Wareneinsatz im Großhandel.

Durch die Geschäftstätigkeit der Handelsvermittler im Jahr 1991 wurden Waren im Wert von 249,2 Mrd. DM vermittelt. Für diese Geschäftstätigkeit in fremdem Namen und auf fremde Rechnung wurde ein Umsatz von 8,9 Mrd.

Tabelle 4: Umsatz, Wareneinsatz und Rohertrag in der Handelsvermittlung und im Großhandel
Ergebnisse der Jahreserhebungen 1991 für das frühere Bundesgebiet
Mill. DM

Bereich	Umsatz					Gesamtwert der gegen Provision vermittelten Waren	Wareneinsatz	Rohertrag
	insgesamt	davon aus						
		Handelsvermittlung	Großhandel	Einzelhandel	übrige Tätigkeiten			
Handelsvermittlung ¹⁾	21 097	8 901	5 936	5 092	1 168	249 191	9 303	11 784
Großhandel ²⁾	983 715	1 369	933 658	36 608	12 080	52 901	825 071	158 645

¹⁾ Nur Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 50 000 DM und mehr. — ²⁾ Nur Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 1 Mill. DM und mehr.

Tabelle 5: Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz, Gesamtwert der gegen Provision vermittelten Waren, Bruttolohn- und -gehaltssumme sowie Investitionen in der Handelsvermittlung¹⁾

Ergebnisse der Jahreserhebungen 1989 und 1991 für das frühere Bundesgebiet

Wirtschaftsgliederung Jahr (V v = Vermittlung von . . .)	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatz ²⁾	Gesamtwert der gegen Provision vermittelten Waren	Durch- schnittlicher Provisions- satz	Brutto- lohn- und -gehalt- summe	Investi- tionen
	Am 31. 12.						
	Anzahl						
V v landwirtschaftlichen Grundstoffen, Tieren, textilen Rohstoffen usw							
1989	784	2 082	334	10 207	1,9	52	12
1991	640	1 759	313	10 890	1,7	54	9
Veränderung in %	- 18,4	- 15,5	- 6,3	+ 6,7	x	+ 3,7	- 19,6
V v technischen Chemikalien, Erzen, Holz, Baustoffen usw							
1989	2 792	9 108	1 500	50 460	1,8	305	55
1991	2 513	9 232	1 765	50 045	2,0	356	80
Veränderung in %	- 10,0	+ 1,4	+ 17,7	- 0,8	x	+ 17,0	+ 45,5
V.v. Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren							
1989	2 310	9 765	1 668	45 404	1,7	234	39
1991	1 975	10 523	1 684	40 432	2,1	251	55
Veränderung in %	- 14,5	+ 7,8	+ 1,0	- 11,0	x	+ 7,1	+ 39,5
V.v. Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren							
1989	5 266	12 853	1 889	31 413	4,6	330	66
1991	4 688	12 033	1 982	31 038	4,7	342	105
Veränderung in %	- 11,0	- 5,9	+ 4,9	- 1,2	x	+ 3,5	+ 60,5
V.v. Metallwaren, Einrichtungs- gegenständen							
1989	5 203	16 999	2 865	37 843	4,5	490	117
1991	4 577	16 090	3 356	41 324	4,6	565	160
Veränderung in %	- 12,0	- 5,3	+ 17,1	+ 9,2	x	+ 15,4	+ 36,8
V.v. feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.							
1989	683	1 883	284	3 832	4,7	38	15
1991	559	1 603	274	3 148	5,6	35	13
Veränderung in %	- 18,2	- 14,9	- 3,4	- 17,8	x	- 9,0	- 15,9
V.v. Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf							
1989	2 818	15 775	3 189	24 206	5,3	587	139
1991	2 469	16 156	4 086	24 449	6,0	688	174
Veränderung in %	- 12,4	+ 2,4	+ 28,1	+ 1,0	x	+ 17,3	+ 25,4
V v sonstigen Waren, Waren verschiedener Art, o.a.S.							
1989	2 159	6 305	1 198	16 772	4,5	217	64
1991	1 926	6 161	1 854	19 453	4,3	192	56
Veränderung in %	- 10,8	- 2,3	+ 54,7	+ 16,0	x	- 11,6	- 12,6
Versandhandelsvertretung							
1989	325	1 075	74	757	6,9	13	6
1991	275	1 135	77	640	7,9	16	5
Veränderung in %	- 15,3	+ 5,6	+ 3,7	- 15,5	x	+ 20,0	- 14,5
Handelsvermittlung							
1989	22 341	75 845	13 001	220 895	3,3	2 265	512
1991	19 623	74 752	15 391	221 419	3,6	2 498	658
Veränderung in %	- 12,2	- 1,4	+ 18,4	+ 0,2	x	+ 10,3	+ 28,3
Tankstellen (Absatz in fremdem Namen)							
1989	7 137	41 868	4 679	24 714	3,8	640	123
1991	6 761	47 503	5 706	27 772	3,4	728	156
Veränderung in %	- 5,3	+ 13,5	+ 22,0	+ 12,4	x	+ 13,7	+ 26,9
Handelsvermittlung und Agenturtankstellen							
1989	29 478	117 713	17 680	245 609	3,4	2 905	635
1991	26 384	122 255	21 097	249 191	3,6	3 226	814
Veränderung in %	- 10,5	+ 3,9	+ 19,3	+ 1,5	x	+ 11,0	+ 28,0

1) Nur Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 50 000 DM und mehr. — 2) Erlöse aus Eigen- und Fremdgehäuf.

DM, unter Einschluß auch der Erlöse aus Tätigkeiten im eigenen Namen sogar ein Umsatz in Höhe von 21,1 Mrd. DM mit 122 000 Beschäftigten erzielt.

Die Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf die Geschäftstätigkeit der Handelsvermittlungsunternehmen — zu diesen zählen auch die Handelsmakler, ebenso die Tankstellen mit Absatz in fremdem Namen und die Versandhandelsvertreter sowie Einkaufsverbände — lassen sich quantitativ schwerer beschreiben als für die anderen

Bereiche des Handels. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Erhebung nur zweijährlich, zuletzt 1989, durchgeführt wurde und auch im Jahr 1991 nur im früheren Bundesgebiet. Die hohe Umsatzsteigerung in diesem Bereich drängt aber die Vermutung auf, daß auch dieser Bereich vom Wegfall der innerdeutschen Grenze profitierte. Die Handelsvermittlungsunternehmen konnten eine Umsatzsteigerung um 19,3 % von 17,7 Mrd. DM auf 21,1 Mrd. DM verzeichnen, gleichzeitig stieg der Gesamtwert der gegen Provision vermittelten Waren um 1,5 % von 245,6 Mrd. DM

auf 249,2 Mrd. DM. Die Einschätzung, daß die geänderten politischen Verhältnisse sich begünstigend auf ihre Geschäftstätigkeit auswirkten, resultiert aus der Betrachtung der Branchenergebnisse (siehe Tabelle 5). Insbesondere für die Branchen der Handelsvermittlung wurden hohe Umsatzsteigerungen ermittelt, in denen zum einen die Tätigkeit der Einkaufsverbände eine bedeutende Rolle spielt und zum andern mit Waren gehandelt wird, für die aus den neuen Ländern und Berlin-Ost eine große Nachfrage marktwirksam wurde. Dazu zählen die Branchen mit Baustoffen, Installationsbedarf sowie mit Einrichtungsgegenständen und Kraftfahrzeugen, für die auch im Großhandel überdurchschnittliche Umsatzzunahmen ermittelt wurden. Diese Umsatzsteigerungen resultieren insbesondere aus dem Anstieg der Geschäftstätigkeit von Handelsvertretern im „Eigengeschäft“.

Auch in dem Bereich „Handelsvermittlung“ ist eine stark gestiegene Investitionstätigkeit festzustellen, im Zweijahresvergleich 1991 gegenüber 1989 von 635 Mill. DM auf 814 Mill. DM um 28 %. Der Umfang der Erhöhung der Investitionen übertrifft in einigen Branchen weit das Ausmaß der Umsatzerweiterung. In den bedeutenden Handelsvermittlungsbranchen, gemessen am „Gesamtwert der gegen Provision vermittelten Waren“, übersteigt das im Jahr 1991 getätigte Investitionsvolumen die für 1989 ermittelten Werte um über 30 %; der höchste Anstieg, um 60,5 %, wurde im Bereich „Vermittlung von Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren“ festgestellt.

*Dipl.-Volkswirt Karin Linkert/
Dr. Gerhard Richter*

Außenhandel 1992 mit den Entwicklungsländern

Vorbemerkung

Der Begriff „Entwicklungsland“ wird im allgemeinen Sprachgebrauch für Staaten benutzt, „die im Vergleich zu Industrieländern einen Entwicklungsrückstand aufweisen, indem einerseits das erzielte Wohlfahrtsniveau niedrig ist und andererseits die Funktionstüchtigkeit des Wirtschaftssystems im Hinblick auf die Erzeugung wohlfahrtsrelevanter Leistungen mangelhaft ist“. ¹⁾ Dieser Begriff hat zwar die früher verwendeten Bezeichnungen „rückständiges“ sowie „unter- bzw. nichtentwickeltes“ Land weitgehend verdrängt, dennoch ist er nicht eindeutig, da weder eine weltweit anerkannte Definition noch eine verbindliche Liste der „Entwicklungsländer“ existiert. So zählt der Entwicklungshilfe-Ausschuß (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) derzeit folgende Länder zu den Entwicklungsländern:

- in Europa: Albanien, Griechenland, die Staaten des ehemaligen Jugoslawien, Malta, die Türkei und Zypern,
- in Afrika alle Länder außer Südafrika,
- in Amerika alle Länder außer den Vereinigten Staaten und Kanada,
- in Asien alle Länder außer Japan,
- in Ozeanien alle Länder außer Australien und Neuseeland.

Die Weltbank hingegen gewichtet bei ihren Überlegungen, welcher Staat als Entwicklungsland einzustufen ist, das Kriterium durchschnittliches Bruttosozialprodukt (BSP pro Kopf²⁾ stärker. Daher weicht sie bei einigen Staaten von dieser DAC-Liste ab, beispielsweise wird die Gruppe der Erdölexportierenden Staaten (OPEC)³⁾ herausgenommen.

Neben dieser unterschiedlichen Einschätzung und Gewichtung der zur Beurteilung herangezogenen Kriterien kommt durch die jüngste politische Entwicklung die Frage hinzu, ob und inwieweit es gerechtfertigt ist, Staaten der Gruppe der mittel- und osteuropäischen Länder als „Entwicklungsländer“ anzusehen.

Trotz dieser Bedenken hat das Statistische Bundesamt bislang Ergebnisse der Außenhandelsstatistik auch in der Zusammenfassung nach „Entwicklungsländern“ publiziert und sich dabei an der sogenannten „DAC-Liste der Entwicklungsländer“ orientiert. Gleichwohl wurde dabei die oben beschriebene Problematik gesehen und auch erkannt, daß die Gruppe der „Entwicklungsländer“ immer weniger homogene Strukturen in ihrer ökonomischen Ent-

wicklung aufweist. Daher wurde versucht, mit Hilfe der Bildung von Untergruppen diesem Umstand Rechnung zu tragen. Zur weiteren Untergliederung werden unterschiedliche Kombinationen von sozialen, politischen und ökonomischen Indikatoren zur Typisierung und Klassifizierung von Ländern bzw. Ländergruppen benutzt. Die bekannteste Einordnung ist die Aufteilung der Gruppe der „Entwicklungsländer“ in „OPEC-Länder“, „Schwellenländer“ und „übrige Entwicklungsländer“. Zu den Schwellenländern wurden folgende Länder gerechnet: Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay, Israel, Hongkong, die Republik Korea, Singapur und Taiwan.

Zur Zeit gibt es Überlegungen im Statistischen Bundesamt, die außenhandelsstatistischen Ergebnisse zukünftig grundsätzlich nur noch nach Kontinenten und Subkontinenten zu gliedern und darüber hinaus Teilergebnisse für eindeutig abgegrenzte wirtschaftspolitische Staatenzusammenschlüsse, wie zum Beispiel die Europäischen Gemeinschaften (EG), die Europäische Freihandels-Assoziation (EFTA), die ASEAN-Staaten (Vereinigung südostasiatischer Staaten zur Förderung von Frieden und Wohlstand), die AKP-Staaten (mit den EG-Staaten assoziierte Entwicklungsländer aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik), die OECD u. a. zu veröffentlichen. Dies hätte den Vorteil, daß mit der Untergliederung nach eindeutig definierten Wirtschaftsvereinigungen die grundsätzliche Problematik von Unterteilungen mit Hilfe nicht allgemein anerkannter Kriterien vermieden würde.

Gesamtüberblick

Nach Berechnungen der Direction of Trade Statistics (DOTS) des Internationalen Währungsfonds (IWF)⁴⁾ betrug der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel 1992 ausfuhrseitig 28,7 % und einfuhrseitig 28,1 %. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg von 13 bzw. 9,3 %, der vor allem auf eine Ausweitung des internationalen Warenhandels der Entwicklungsländer Asiens zurückzuführen ist. Unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften war Deutschland der wichtigste Handelspartner der Entwicklungsländer. 1992 exportierte die Bundesrepublik Deutschland in die Entwicklungsländer Waren im Wert von 77,5 Mrd. DM. Damit lag der nominale Wert der Ausfuhr um 6,6 % über dem Vorjahreswert und deutlich über der Gesamtexportentwicklung Deutschlands (+ 0,8 %). Der seit 1988 begonnene Anstieg hat sich somit auch 1992 weiter fortgesetzt und den bisherigen Höchststand des Exporthandels mit Entwicklungsländern im Jahr 1985 deutlich überschritten.

Die deutschen Exporte in Entwicklungsländer bestanden zu fast 80 % aus Fertigwaren-Erzeugnissen. Insbesondere die OPEC-Länder, die zu 30 % am Ausfuhrwert partizipierten, waren bedeutende Nachfrager nach Maschinenbau- und elektrotechnischen Erzeugnissen.

Etwa ein Drittel der deutschen Waren wurde in die Schwellenländer geliefert. Auch hier bestanden die deutschen Exporte — wie in der nachfolgenden Tabelle 7 beispielhaft

¹⁾ Siehe Wirtschaftslexikon Gabler, 13. Auflage.

²⁾ Der Schwellenwert liegt bei einem durchschnittlichen BSP von 2055 US- $\text{\$}$.

³⁾ Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁴⁾ Siehe Direction of Trade Statistics, Yearbook 1993.

Tabelle 1 · Außenhandel mit ausgewählten Ländergruppen

Deutschland
Mrd DM

Jahr	Ausfuhr				Einfuhr			
	Entwicklungs-länder insgesamt	OPEC-Länder ¹⁾	Schwellen-länder ²⁾	Übrige Entwicklungs-länder	Entwicklungs-länder insgesamt	OPEC-Länder ¹⁾	Schwellen-länder ²⁾	Übrige Entwicklungs-länder
1985	70,2	26,4	15,9	28,0	74,9	28,0	21,6	25,3
1986	59,3	18,8	16,3	24,2	55,7	13,5	20,7	21,6
1987	55,1	15,0	17,5	22,7	52,5	11,5	21,9	19,2
1988	56,2	15,9	18,8	21,5	56,6	11,0	25,5	20,1
1989	64,4	16,8	22,4	25,2	64,6	12,7	27,7	24,2
1990	67,2	18,6	22,8	25,8	67,5	14,2	29,3	24,0
1991	72,7	21,5	24,4	26,8	74,8	15,3	33,3	26,2
1992	77,5	23,1	26,1	28,3	71,1	15,3	31,2	24,6

¹⁾ Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. — ²⁾ Argentinien, Brasilien, Chile, Hongkong, Israel, Republik Korea, Singapur, Taiwan, Uruguay.

zu sehen — hauptsächlich aus Fertigwaren-Enderzeugnissen.

Die Steigerung der Exporte in die Gruppe der übrigen Entwicklungsländer fiel mit + 5,6 % gegenüber dem Vorjahr geringer aus als die in die OPEC-Länder (+ 7,4 %) und Schwellenländer (+ 6,8 %).

Die Einfuhren aus den Entwicklungsländern in die Bundesrepublik Deutschland erreichten einen Wert von 71,1 Mrd. DM. Die Bezüge lagen somit um 4,9 % unter dem Niveau des Vorjahres und blieben damit deutlich hinter der Gesamtimportentwicklung Deutschlands (—1,0 %) zurück. Nach teilweise deutlichen Zuwachsraten seit 1988 waren somit die Importe aus diesen Ländern erstmals wieder rückläufig. Eingeführt wurden aus den Entwicklungsländern überwiegend Fertigwaren (55 % des Gesamteinfuhrwertes). Aber auch auf Rohstoffe (21 %) und Waren der Ernährungswirtschaft (16 %) entfielen hohe Anteile. Während die Wareneinfuhr aus den OPEC-Ländern mit einem Wert von 15,3 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr unverändert blieb, gingen die Einfuhren aus den Schwellenländern und übrigen Entwicklungsländern nominal um 6,3 bzw. 6,2 % zurück.

Aufgrund der beschriebenen Entwicklung schloß die Außenhandelsbilanz erstmals seit 1985 mit einem Aktivsaldo von 6,4 Mrd. DM gegenüber einem Minus von 2,1 Mrd. DM ein Jahr zuvor.

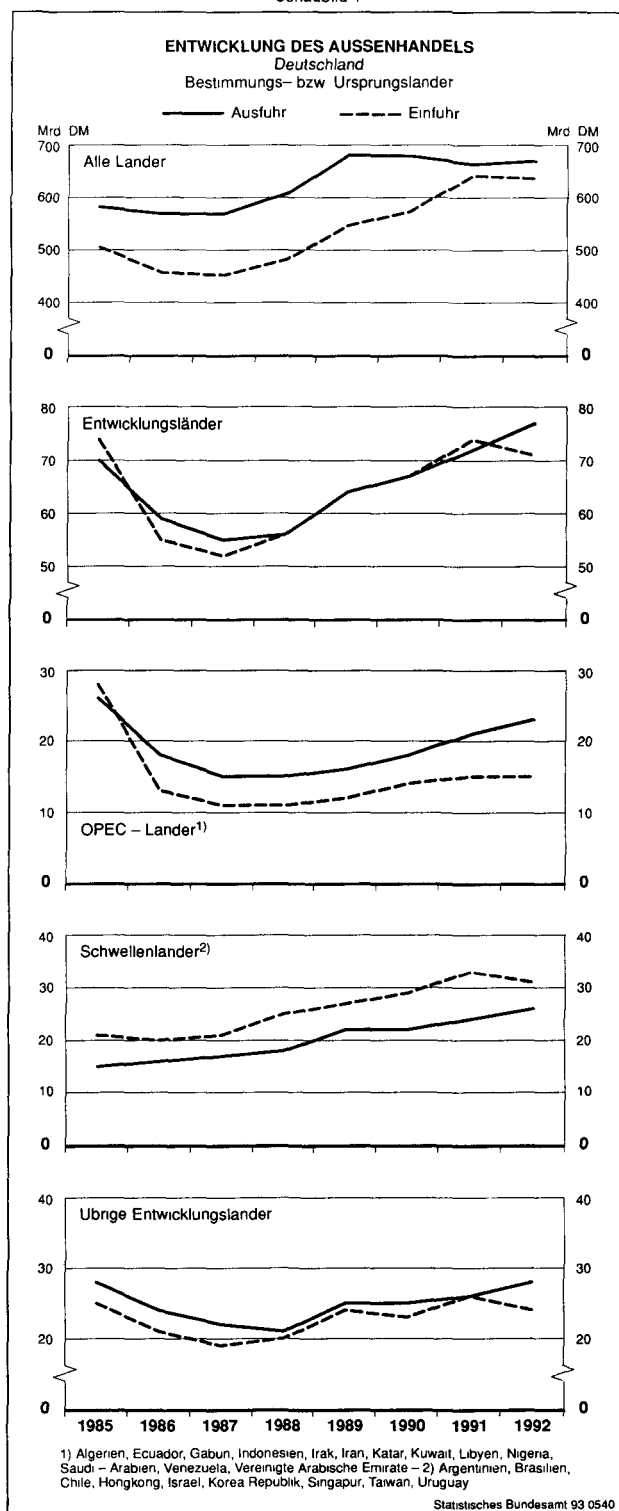
Außenhandel nach Waren

Struktur und Entwicklung der Ausfuhren

In der Gliederung des Außenhandels nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft dominierten bei der Ausfuhr in die Entwicklungsländer die gewerblichen Güter mit einem Anteil von 97 % am Gesamtausfuhrwert.

Im Berichtsjahr 1992 wurden in Entwicklungsländer Waren der Gewerblichen Wirtschaft im Wert von 75,0 Mrd. DM exportiert, damit lag der Wert der ausgeführten Waren um 7,7 % über dem Vorjahresniveau. Fertigwaren-Enderzeugnisse stellten mit 78 % des Gesamtausfuhrwertes den wertmäßig bedeutendsten Anteil an dieser Warengruppe der Gewerblichen Wirtschaft. Von 1991 auf 1992 erhöhten

Schaubild 1



sich die Lieferungen dieser Waren um 11 % auf 60,7 Mrd. DM. Insbesondere die Exportsteigerungen von Maschinenbauerzeugnissen auf 21,0 Mrd. DM (+ 8,3 %) und von Kraftfahrzeugen auf 10,3 Mrd. DM (+ 15 %) haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Die Ausfuhren von Halbwaren (3,0 Mrd. DM) und von Rohstoffen (0,5 Mrd. DM) wiesen ebenfalls positive Zuwachsraten von 0,2 bzw. 3,2 % auf. Einzig der Export von Vorerzeugnissen, der einen Anteil von 14 % am Gesamtausfuhrwert hatte, war gegenüber dem Vorjahreswert rückläufig. Der Wert der ausgeführten Vorerzeugnisse ging gegenüber dem Vorjahr um 5,5 % auf

Tabelle 2: Außenhandel nach Warengruppen
Deutschland

Warengruppe	Insgesamt					Entwicklungsländer ¹⁾				
	1992		1991		Veränderung 1992 gegen- über 1991	1992		1991		Veränderung 1992 gegen- über 1991
	Mill DM	%	Mill DM	%		Mill DM	%	Mill DM	%	
Ausfuhr										
Ernährungswirtschaft	36 972	5,5	35 824	5,4	+ 3,2	2 372	3,1	2 964	4,1	- 20,0
Lebende Tiere	1 071	0,2	1 329	0,2	- 19,4	127	0,2	146	0,2	- 13,0
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	12 460	1,9	13 094	2,0	- 4,8	807	1,0	863	1,2	- 6,4
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	17 725	2,6	16 149	2,4	+ 9,8	1 003	1,3	1 495	2,1	- 32,9
Genußmittel	5 716	0,9	5 252	0,8	+ 8,8	435	0,6	460	0,6	- 5,4
Gewerbliche Wirtschaft	631 826	94,1	627 584	94,3	+ 0,6	74 971	96,7	69 603	95,7	+ 7,7
Rohstoffe	7 142	1,1	7 532	1,1	- 5,2	499	0,6	484	0,7	+ 3,2
Halbwaren	33 686	5,0	34 510	5,2	- 2,4	3 027	3,9	3 022	4,2	+ 0,2
Fertigwaren	590 798	88,0	585 542	87,9	+ 0,9	71 445	92,2	66 097	90,9	+ 8,1
Vorerzeugnisse	100 512	15,0	103 703	15,6	- 3,1	10 719	13,8	11 342	15,6	- 5,5
Enderzeugnisse	490 286	73,0	481 840	72,4	+ 1,8	60 726	78,4	54 755	75,3	+ 10,9
Insgesamt ²⁾	671 203	100	665 813	100	+ 0,8	77 496	100	72 726	100	+ 6,6
Einfuhr										
Ernährungswirtschaft	69 631	10,9	67 996	10,6	+ 2,4	11 629	16,4	12 009	16,1	- 3,2
Gewerbliche Wirtschaft	559 232	87,7	569 044	88,4	- 1,7	58 862	82,8	62 265	83,2	- 5,5
Rohstoffe	35 381	5,5	36 288	5,6	- 2,4	14 978	21,1	16 261	21,7	- 7,9
Halbwaren	59 487	9,3	65 925	10,2	- 9,8	4 559	6,4	5 485	7,3	- 16,9
Fertigwaren	464 364	72,8	466 851	72,5	- 0,5	39 325	55,3	40 519	54,2	- 2,9
Vorerzeugnisse	82 859	13,0	83 834	13,0	- 1,2	4 032	5,7	4 397	5,9	- 8,3
Enderzeugnisse	381 505	59,8	383 017	59,5	- 0,4	35 293	49,6	36 122	48,3	- 2,3
Insgesamt ²⁾	637 546	100	643 914	100	- 1,0	71 116	100	74 808	100	- 4,9

¹⁾ Bestimmungs- bzw. Ursprungsland — ²⁾ Einschl. Rückwaren und Ersatzlieferungen.

10,7 Mrd. DM zurück. Dieser Rückgang war vor allem auf die verminderte Ausfuhr von Blech aus Eisen (— 19 % auf 1,0 Mrd. DM) und sonstigen chemischen Vorerzeugnissen (— 5,4 % auf 2,3 Mrd. DM) zurückzuführen.

Der Export von Gütern der Ernährungswirtschaft, die im Berichtsjahr einen Anteil von 3,1 % der Gesamtausfuhren auf sich vereinten, lag um 20 % unter dem Niveau des Vorjahres. Wie in Tabelle 2 zu sehen ist, waren von diesem Rückgang alle Warenuntergruppen betroffen. Insbesondere die Ausfuhr von Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs, auf die mit 1,3 % an der Gesamtausfuhr der wertmäßig größte Anteil an dieser Warengruppe entfiel, ging um 33 % auf einen Wert von 1,0 Mrd. DM zurück. Mitverantwortlich hierfür war der deutliche Rückgang der Ausfuhrwerte von Zucker um 43 % auf 0,3 Mrd. DM.

Zwischen der Struktur der Exporte in die OPEC-Länder und in die anderen Entwicklungsländer bestanden nur geringfügige Unterschiede. So betrug der Ausfuhranteil

von Fertigwaren-Enderzeugnissen in die OPEC-Länder 81 % der gesamten Warensendungen, bei den anderen Entwicklungsländern belief sich der entsprechende Anteil auf 77 %. Für Güter der Ernährungswirtschaft ergab sich ein Anteil von 3,7 % bei den OPEC-Ländern und einer von 2,8 % für die anderen Entwicklungsländer.

Noch deutlicher zeigte sich diese Exportstruktur bei den deutschen Ausfuhren in die Schwellenländer. Die Exporte dorthin bestanden zu 94 % aus Fertigwaren, der Anteil von Gütern der Ernährungswirtschaft belief sich auf 1,5 %.

Die Bedeutung der Entwicklungsländer für das Exportgeschäft Deutschlands ist — wie in Tabelle 3 zu sehen — gering. Nur 12 % aller Fertigwaren-Enderzeugnisse, dem Standbein der deutschen Exportwirtschaft, wurden 1992 in die Entwicklungsländer verbracht. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies jedoch eine Steigerung um einen Prozentpunkt. Eine umgekehrte Entwicklung ergab sich bei den Gütern der Ernährungswirtschaft, dieser Anteil sank von 8,3 % (1991) auf 6,4 % im Jahr 1992.

Tabelle 3: Anteil der Entwicklungsländer¹⁾ an der Gesamtaus- bzw. -einfuhr nach Warengruppen
Deutschland
Prozent

Warengruppe	Ausfuhr		Einfuhr	
	1991	1992	1991	1992
Ernährungswirtschaft	8,3	6,4	17,7	16,7
Lebende Tiere	11,0	11,9	1,4	0,6
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	6,6	6,5	10,7	10,5
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	9,3	5,7	17,3	16,7
Genußmittel	8,8	7,6	34,8	32,9
Gewerbliche Wirtschaft	11,1	11,9	10,9	10,5
Rohstoffe	6,4	7,0	44,8	42,3
Halbwaren	8,8	9,0	8,3	7,7
Fertigwaren	11,3	12,1	8,7	8,5
Vorerzeugnisse	10,9	10,7	5,2	4,9
Enderzeugnisse	11,4	12,4	9,4	9,3
Insgesamt ²⁾	10,9	11,5	11,6	11,2

¹⁾ Bestimmungs- bzw. Ursprungsland. — ²⁾ Rückwaren und Ersatzlieferungen sind nicht in den einzelnen Warengruppen, sondern nur in der Gesamtaus- bzw. -einfuhr enthalten

Struktur und Entwicklung der Einfuhren

In der Gliederung des Außenhandels nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft zeigten sich bei den Importen auf aggregierter Ebene durchweg negative Veränderungsdaten.

Die Bedeutung der Importe von Gütern der Ernährungswirtschaft aus den Entwicklungsländern war mit einem Wert von 11,6 Mrd. DM und einem Anteil von 16 % naturgemäß etwas gewichtiger als bei der Gesamteinfuhr Deutschlands. Die Bezüge dieser Güter verringerten sich gegenüber 1991 um 3,2 %, was hauptsächlich auf einen nominalen Rückgang der Einfuhren von Südfrüchten um 9,6 % und von Kaffeeimporten um 16 % beruht. Sinkende Einfuhrpreise haben hier maßgebend zu dieser Entwicklung beigetragen.

Tabelle 4: Warenstruktur der Einfuhren aus Entwicklungsländern¹⁾
 Deutschland
 Anteile der Warengruppen an der gesamten Einfuhr in der jeweiligen Ländergruppe in Prozent

Warengruppe	Entwicklungsländer insgesamt		Darunter					
			OPEC-Länder		Schwellenländer		Übrige Entwicklungsländer	
	1992	1991	1992	1991	1992	1991	1992	1991
Ernährungswirtschaft ...	16,4	16,1	8,1	8,3	14,0	12,8	24,5	24,7
Lebende Tiere ...	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs ...	2,9	2,6	0,5	0,5	4,0	3,4	3,2	2,8
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs ...	9,4	9,3	6,8	6,7	8,4	8,0	12,2	12,4
Genußmittel ...	4,0	4,2	0,8	1,1	1,7	1,5	9,1	9,3
Gewerbliche Wirtschaft ...	82,8	83,2	91,1	91,0	85,0	86,4	74,7	74,7
Rohstoffe ...	21,1	21,7	67,1	69,5	5,1	5,2	12,6	14,9
Halbwaren ...	6,4	7,3	9,1	7,3	4,4	5,7	7,3	9,4
Fertigwaren ...	55,3	54,2	14,9	14,1	75,5	75,4	54,8	50,5
Vorerzeugnisse ...	5,7	5,9	5,8	6,1	4,6	5,0	7,0	6,9
Enderzeugnisse ...	49,6	48,3	9,1	8,1	70,9	70,4	47,8	43,6
Insgesamt ²⁾ ...	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Ursprungsländer — ²⁾ Einschl. Rückwaren und Ersatzlieferungen.

Fast 90 % der Bananenimporte Deutschlands im Gesamtwert von 1,2 Mrd. DM stammten 1992 aus den Entwicklungsländern Mittelamerikas. Die ab Juli 1993 in Kraft getretene Subventionspolitik für Bananen aus den Europäischen Gemeinschaften und die gleichzeitigige Limitierung der Bananenimporte aus Drittländern dürften 1993 zu einem weiteren Rückgang dieser Importzahlen führen.

Die Einfuhr von Produkten der Gewerblichen Wirtschaft lag mit 58,9 Mrd. DM um 5,5 % unter dem Niveau des Vorjahres. Diese Entwicklung beruhte vor allem auf Importrückgängen bei Fertigwaren-Enderzeugnissen, die mit 50 % des Gesamtimportwertes die wertmäßig wichtigste Gruppe darstellten. Mit einem Einfuhrwert von 35,3 Mrd. DM ergab sich für diese Erzeugnisse ein Rückgang von nominal 2,3 %. Besonders deutliche Rückgänge wiesen hier die Importe von sonstiger Kleidung aus Seide, Wolle, Baumwolle (— 15 % auf 5,7 Mrd. DM) und von Elektrotechnischen Erzeugnissen (— 6,0 % auf 8,1 Mrd. DM) auf. Innerhalb dieser Gütergruppe stiegen einzig die Einfuhren von Maschinen aller Art um deutliche 15 % auf 6,1 Mrd. DM an.

Einfuhren von Rohstoffen, auf die ein Importanteil von 21 % entfiel, gingen um 7,9 % auf einen Wert von 15,0 Mrd. DM zurück.

Dominiert wird die Entwicklung bei den Rohstoffen durch die der Erdölimporte, deren Anteil am Gesamtwert der Rohstoffeinfuhren aus Entwicklungsländern bei rund 80 % lag. Der Einfuhrwert von 12,0 Mrd. DM entsprach im Vorjahresvergleich einem Rückgang von nominal 7,4 %, der teilweise durch das Absinken der Einfuhrpreise aufgrund der Abwertung des Dollars zu erklären war. Rückläufige Importzahlen ergaben sich auch bei Halbwaren (— 17 %) und Fertigwaren-Vorerzeugnissen (— 8,3 %).

Beim Vergleich der Warenstruktur der Einfuhren aus den OPEC-Ländern, den Schwellenländern und den übrigen Entwicklungsländern zeigen sich starke Unterschiede. So betrug der Einfuhranteil von Rohstoffen aus den OPEC-Ländern allein 67 %. Hierbei entfielen 66 % auf die Einfuhr von Erdöl, die sich nominal um 3,1 % auf 10,1 Mrd. DM verringerte. Nur noch 45 % aller Erdölimporte Deutschlands wurden 1992 aus den OPEC-Ländern eingeführt. Der Importanteil von Fertigwaren-Enderzeugnissen aus den OPEC-Ländern erhöhte sich auf 9,1 %, besonders deutliche Steigerungen wiesen dabei die Importe von

Strick- und Wirkwaren und Maschinenbauerzeugnissen auf.

Die Lieferungen aus den Schwellenländern und den übrigen Entwicklungsländern wurden demgegenüber durch Fertigwaren-Enderzeugnisse geprägt, deren Anteile sich gegenüber dem Vorjahr von 70 auf 71 % bzw. von 44 auf 48 % erhöhten. Einen ebenfalls bedeutenden Anteil an den Gesamtimporten aus den übrigen Entwicklungsländern stellten Waren der Ernährungswirtschaft mit einem Anstieg auf 25 %.

Bei den Schwellenländern erreichten die Einfuhren dieser Warengruppe einen Anteil von 14 %, die sich damit um 1,2 % gegenüber dem Vorjahr erhöhten.

Außenhandel nach Ländern

Wie bereits dargestellt, verlief der Außenhandel Deutschlands mit den Entwicklungsländern nach teilweise deutlichen Steigerungen der Warentransaktionen in den vorangegangenen beiden Jahren 1992 ausfahrseitig weiter ansteigend, während importseitig ein Rückgang um 4,9 % zu verzeichnen war.

Die Ausfuhren in die Entwicklungsländer erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 6,6 % auf einen Wert von 77,5 Mrd. DM, was einem Anteil am Gesamtexport Deutschlands von 12 % entsprach. An dieser Ausweitung des Exportgeschäfts partizipierten die asiatischen Entwicklungsländer mit der höchsten Zuwachsrate von 8,5 %. Insbesondere die Ausfuhren nach Taiwan (+ 12 %) und Hongkong (+ 21 %) lagen deutlich über dem Vorjahresniveau. Auch die Exporte in die Entwicklungsländer der übrigen Erdteile expandierten, einzig die Ausfuhren in die Entwicklungsländer Afrikas waren rückläufig (— 1,6 %).

Bei der Aufgliederung der Gruppe der Entwicklungsländer nach ökonomischen Aspekten ergab sich — wie in Tabelle 5 zu sehen — für die OPEC-Länder (+ 7,4 %), die Schwellenländer (+ 6,8 %) und die übrigen Entwicklungsländer (+ 5,6 %) eine relativ gleichmäßig verteilte Steigerung der Exporte.

Wichtigster Abnehmer deutscher Waren unter den Entwicklungsländern war 1992 der Iran mit einem Exportanstieg auf 8,0 Mrd. DM (+ 18 %). Danach folgten Taiwan mit

Tabelle 5: Außenhandel nach Ländergruppen

Deutschland

Ländergruppe (Bestimmungs- bzw Ursprungsland)	1992	1991	Anteil am Insgesamt (Aus- bzw Einfuhr)		Verände- rung 1992 gegen- über 1991
	Mill DM		1992	1991	
			%		
Ausfuhr					
Insgesamt ¹⁾	671 203	665 813	100	100	+ 0,8
darunter:					
Entwicklungsländer					
zusammen	77 496	72 726	11,5	10,9	+ 6,6
Afrika	11 038	11 222	1,6	1,7	- 1,6
Amerika	14 302	13 461	2,1	2,0	+ 6,2
Asien	52 019	47 943	7,8	7,2	+ 8,5
Ozeanien	137	100	0,0	0,0	+ 36,6
OPEC-Länder ²⁾	23 124	21 529	3,4	3,2	+ 7,4
Schwellenländer ³⁾	26 108	24 439	3,9	3,7	+ 6,8
Übrige Entwicklun- gsländer	28 264	26 758	4,2	4,0	+ 5,6
Einfuhr					
Insgesamt ¹⁾	637 546	643 914	100	100	- 1,0
darunter:					
Entwicklungsländer					
zusammen	71 116	74 808	11,2	11,6	- 4,9
Afrika	13 334	14 268	2,1	2,2	- 6,6
Amerika	14 692	15 850	2,3	2,5	- 7,3
Asien	42 747	44 323	6,7	6,9	- 3,6
Ozeanien	344	366	0,1	0,1	- 6,1
OPEC-Länder ²⁾	15 312	15 259	2,4	2,4	+ 0,3
Schwellenländer ³⁾	31 229	33 344	4,9	5,2	- 6,3
Übrige Entwicklun- gsländer	24 575	26 205	3,9	4,1	- 6,2

¹⁾ Einschl. Rückwaren und Ersatzlieferungen. — ²⁾ Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. — ³⁾ Argentinien, Brasilien, Chile, Hongkong, Israel, Republik Korea, Singapur, Taiwan, Uruguay

einem Ausfuhrwert von 5,0 Mrd. DM (+ 12 %), die Republik Korea mit 4,8 Mrd. DM (- 5,9 %) und Mexiko mit 4,4 Mrd. DM (+ 6,2 %).

Die Ausfuhren nach Kuwait wiesen — bedingt durch die notwendigen Aufbaumaßnahmen nach dem Golfkrieg — mit einem Wert von 0,9 Mrd. DM die höchste Zuwachsrate mit einer Steigerung von 91 % auf.

Der Importanteil der Entwicklungsländer am Gesamtimportwert Deutschlands sank aufgrund der bereits beschriebenen Entwicklung von 12 auf 11 % ab. Wie die Untergliederung nach Erdteilen zeigt, waren von diesem Rückgang alle Ländergruppierungen der Entwicklungsländer betroffen, wobei die Abschwächung der Einfuhren aus den asiatischen Entwicklungsländern mit einem Rückgang um 3,6 % wesentlich moderater ausfiel als der der am

Tabelle 6: Außenhandel 1992 mit ausgewählten Entwicklungsländern

Deutschland
Mill. DM

Bestimmungs- bzw Ursprungsland	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	Umsatz (Ausfuhr + Einfuhr)
Taiwan	4 978	7 425	- 2 447	12 403
Republik Korea	4 814	5 378	- 563	10 192
Iran	7 961	1 131	+ 6 830	9 091
Hongkong	4 248	4 705	- 456	8 953
Brasilien	2 903	5 378	- 2 475	8 281
Singapur	3 221	3 701	- 480	6 921
Saudi-Arabien	4 234	1 983	+ 2 250	6 217
Thailand	2 711	2 926	- 215	5 638
Malaysia	2 125	3 484	- 1 359	5 610
Indien	2 841	2 688	+ 152	5 529
Indonesien	3 101	2 174	+ 927	5 275
Mexiko	4 354	895	+ 3 459	5 249
Israel	3 209	1 353	+ 1 855	4 562
Libyen	957	2 934	- 1 977	3 891
Nigeria	1 609	2 278	- 669	3 887
Argentinien	1 602	1 826	- 224	3 428
Algerien	837	2 445	- 1 608	3 283
Venezuela	1 263	1 467	- 204	2 730
Tunesien	1 346	1 204	+ 142	2 549
Ägypten	1 919	416	+ 1 504	2 335
Chile	976	1 252	- 276	2 228
Philippinen	976	1 174	- 198	2 150
Kolumbien	754	1 268	- 514	2 021
Vereinigte Arabische Emirate	1 742	236	+ 1 506	1 978

stärksten betroffenen Gruppe der amerikanischen Entwicklungsländer mit einem 7,3 % niedrigeren Einfuhrwert.

Die Aufgliederung der Entwicklungsländer nach ökonomischen Gesichtspunkten ergab, daß sowohl die Einfuhren aus den übrigen Entwicklungsländern (- 6,2 %) als auch die Importe aus den Schwellenländern (- 6,3 %) deutlich zurückgingen, während sich trotz sinkender Rohölpreise der Einfuhrwert aus den OPEC-Ländern um 0,3 % erhöhte.

Dazu beigetragen haben die deutlichen Importsteigerungen aus Algerien und Nigeria mit 31 % auf 2,4 Mrd. DM bzw. 16 % auf 2,3 Mrd. DM. Die Einfuhren aus Libyen — unter den OPEC-Ländern der wichtigste Rohöllieferant für Deutschland — lagen dagegen 1992 mit 2,9 Mrd. DM um 17 % unter dem Vorjahresniveau.

Die wichtigsten Ursprungsländer stammten jedoch alle aus der Gruppe der Schwellenländer. Angeführt von Taiwan, dessen Exporte nach Deutschland im Wert von 7,4 Mrd. DM allerdings gegenüber 1991 um 7,4 % zurückgingen, folgten in der Rangliste Brasilien (5,4 Mrd. DM; - 14 %), die Republik Korea (5,4 Mrd. DM; - 3,7 %) und Hongkong (4,7 Mrd. DM; - 16 %), deren Einfuhren sich

Tabelle 7: Warenstruktur der Aus- bzw. Einfuhren aus ausgewählten Entwicklungsländern 1992

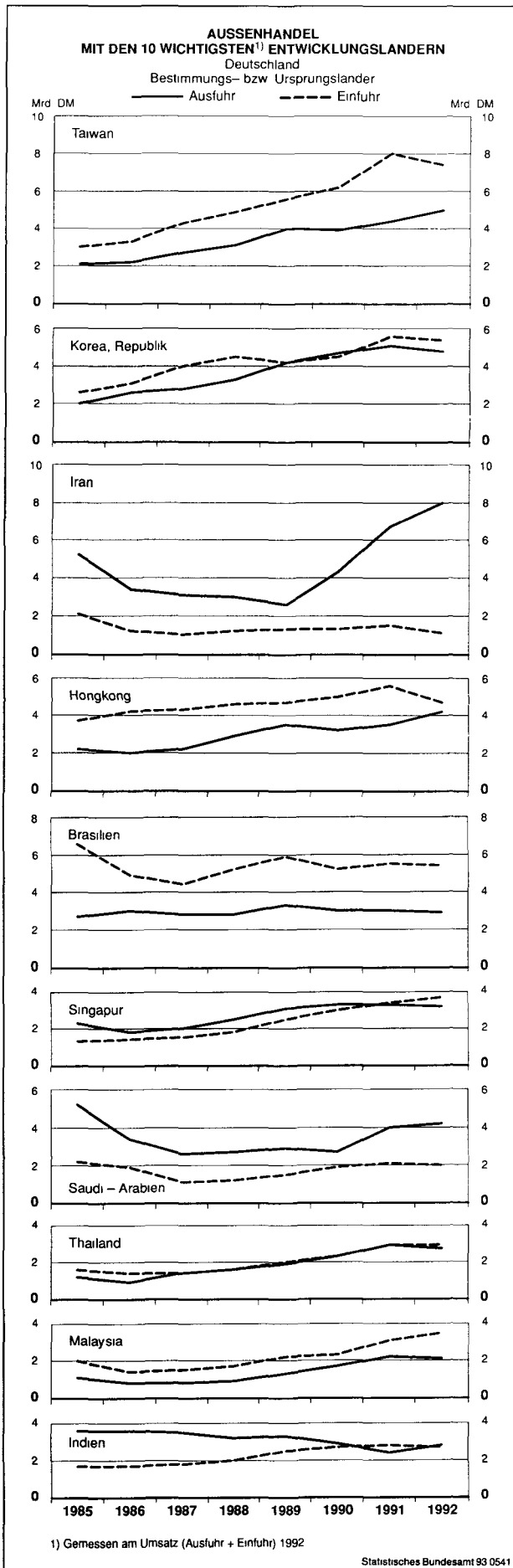
Deutschland

Anteil an der Gesamtaus- bzw. -einfuhr in Prozent

Warengruppe	Taiwan		Republik Korea		Hongkong		Brasilien		Singapur	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
Ernährungswirtschaft	1,1	0,3	0,6	1,0	2,2	0,2	1,2	38,2	0,8	1,0
Lebende Tiere	0,0	—	0,0	—	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	0,1	0,1	0,0	0,2	0,4	0,0	0,3	6,5	0,2	0,5
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	0,3	0,2	0,4	0,1	1,3	0,2	0,4	23,6	0,4	0,5
Genüßmittel	0,7	0,0	0,1	0,7	0,5	0,0	0,4	8,1	0,2	0,0
Gewerbliche Wirtschaft	98,6	99,2	99,1	98,2	97,4	97,8	98,7	61,2	98,8	97,4
Rohstoffe	0,4	0,2	0,7	0,1	0,5	0,2	0,3	20,3	0,4	0,3
Halbwaren	5,8	1,4	2,4	1,0	2,0	0,5	6,8	10,5	2,2	0,9
Fertigwaren	92,4	97,6	96,0	97,0	94,8	97,1	91,6	30,4	96,2	96,2
Vorerzeugnisse	17,2	3,1	14,5	6,5	21,1	1,7	14,4	6,6	12,8	0,8
Enderzeugnisse	75,2	94,5	81,6	90,5	73,8	95,3	77,2	23,8	83,4	95,4
Insgesamt ¹⁾	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Einschl. Rückwaren und Ersatzlieferungen.

Schaubild 2



ebenfalls rückläufig entwickelten. Wie aus Tabelle 7 zu sehen ist, wurden aus diesen Ländern, die früher zumindest partiell vorwiegend Rohstoffe nach Deutschland exportierten, nunmehr hauptsächlich Fertigwaren-Enderzeugnisse eingeführt.

Bei der Warenstruktur der Einfuhren aus Brasilien fällt der sehr hohe Anteil von Waren der Ernährungswirtschaft auf, der insbesondere durch den Import von Sojabohnen und Kaffee zu erklären ist.

Auch gemessen am Außenhandelsumsatz, der Summe der Ausfuhr- und Einfuhrwerte, waren 1992 die Schwellenländer Taiwan mit 12,4 Mrd. DM, die Republik Korea mit 10,2 Mrd. DM, Hongkong mit 9,0 Mrd. DM und Brasilien mit 8,3 Mrd. DM — neben dem zur Gruppe der OPEC-Länder gehörenden Iran mit 9,1 Mrd. DM — die wichtigsten Handelspartner. Auf diese genannten Länder entfielen allein 33 % des gesamten deutschen Außenhandels mit den Entwicklungsländern. Mit Ausnahme des Iran, der insbesondere durch deutliche deutsche Exportsteigerungen an Bedeutung als Handelspartner für Deutschland gewann, wiesen die Außenhandelsumsätze der anderen genannten Länder durchweg negative Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr auf.

Der größte Ausfuhrüberschuß im Warenverkehr mit den Entwicklungsländern wurde gegenüber dem Iran mit einem Plus von 6,8 Mrd. DM erwirtschaftet. Gegenüber dem Vorjahreswert bedeutete dies eine Zunahme um 1,6 Mrd. DM. Weitere hohe Aktiva stellten sich im Handel mit Mexiko (+ 0,5 Mrd. DM auf 3,5 Mrd. DM) und Saudi-Arabien (+ 0,3 Mrd. DM auf 2,3 Mrd. DM) ein. Durchweg Passivsaldo ergaben sich hingegen bei der Außenhandelsbilanz mit den aus der Gruppe der Schwellenländer stammenden wichtigsten Handelsländern. Das höchste Defizit war hierbei im Handel mit Brasilien zu verzeichnen. Der Negativsaldo in Höhe von 2,5 Mrd. DM lag noch über dem Vorjahreswert von - 2,4 Mrd. DM. Das Außenhandelsdefizit mit Taiwan verringerte sich gegenüber 1991 um 1,2 Mrd. DM auf 2,5 Mrd. DM. Deutlich geringer fielen die Passivsaldo mit der Republik Korea (- 0,6 Mrd. DM) und Hongkong (- 0,5 Mrd. DM) aus.

Während sowohl der Außenhandelsaldo mit den OPEC-Ländern als auch der mit den übrigen Entwicklungsländern Überschüsse von 7,8 Mrd. DM bzw. 3,7 Mrd. DM zu verzeichnen hatte, ergab die Warenbilanz mit den Schwellenländern einen Passivsaldo von 5,1 Mrd. DM, der sich damit jedoch gegenüber dem Vorjahr um 3,8 Mrd. DM verringerte.

Dipl.-Volkswirtin Brigitte Engelhardt

Kosten der Krankenhäuser 1991

Der vorliegende Beitrag setzt die Berichterstattung über die neue Krankenhausstatistik fort. Die sogenannten Grunddaten der Krankenhäuser und der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen (Teil I der Krankenhausstatistik) für das Berichtsjahr 1991 wurden bereits in einem kürzlich erschienenen Aufsatz¹⁾ dargestellt. Im folgenden sollen die Kosten der Krankenhäuser (Teil III der Statistik) analysiert werden. Sie wurden im Jahr 1991 erstmals auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost erhoben, nachdem dieser Statistikteil 1990 im früheren Bundesgebiet eingeführt worden war. Angaben zu den Diagnosen der Krankenhauspatienten (Teil II der Statistik) werden erstmals für das Berichtsjahr 1993 erhoben.

Gesamtkosten der Krankenhäuser: 80 Mrd. DM

In den 2 411 bundesdeutschen Krankenhäusern entstanden 1991 Kosten in Höhe von 79,8 Mrd. DM, die als Gesamtkosten in die Budgets der Krankenhäuser einfließen. Die Investitionskosten werden zum größten Teil von der öffentlichen Hand getragen; sie sind dementsprechend in den folgenden Ausführungen nicht enthalten.

Insgesamt entfielen 66,5 % der Gesamtkosten auf das Personal der Einrichtungen (53,1 Mrd. DM). Den größten Ausgabenblock bildete hierbei der Pflegedienst mit 19,2 Mrd. DM, dies entspricht 24,1 % der Gesamtkosten. Für den ärztlichen Dienst mußten die Krankenhäuser 10,8 Mrd. DM oder 13,5 % der Gesamtkosten aufwenden.

¹⁾ Siehe Kühnen, C., „Krankenhausstatistik 1991“ in WiSta 7/1993, S. 498 ff.

Tabelle 1: Kosten der Krankenhäuser 1991
Deutschland

Kostenart	Kosten	Anteil an den Gesamtkosten
	1 000 DM	%
Personalkosten	53 094 980	66,5
Ärztlicher Dienst	10 774 000	13,5
Pflegedienst	19 239 612	24,1
Medizinisch-technischer Dienst	6 194 242	7,8
Funktionsdienst	4 712 032	5,9
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	4 329 326	5,4
Verwaltungsdienst	3 110 933	3,9
Übrige Personalkosten	4 734 835	5,9
Sachkosten	25 959 397	32,5
Lebensmittel	2 037 154	2,6
Medizinischer Bedarf	12 779 969	16,0
dar.: Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel	3 505 781	4,4
Wasser, Energie, Brennstoffe	2 459 099	3,1
Wirtschaftsbedarf	2 836 481	3,6
Verwaltungsbedarf	1 332 347	1,7
Instandhaltung	2 575 668	3,2
Übrige Sachkosten	1 938 679	2,4
Zinsen für Betriebsmittelkredite	213 363	0,3
Kosten der Ausbildungsstätten	539 629	0,7
Gesamtkosten	79 807 369	100
Abzüge	6 618 823	8,3
Bereinigte Kosten	73 188 546	91,7
Zusätzliche Selbstkosten	200 404	0,3

Der Sachkostenanteil lag 1991 in den Krankenhäusern bei 32,5 % oder 26,0 Mrd. DM. Den größten Anteil an den Sachkosten hatten die Kosten für den medizinischen Bedarf mit 12,8 Mrd. DM (16,0 % der Gesamtkosten). Innerhalb der Kostengruppe des medizinischen Bedarfs waren die Ausgaben für Arznei-, Heil- und Hilfsmittel mit 3,5 Mrd. DM die größte Ausgabenposition. Für den Wirtschaftsbedarf (u. a. Reinigungsmittel, Wäschereiausgaben, Treibstoffe) gaben die Krankenhäuser 1991 2,8 Mrd. DM aus. Neben den Personal- und Sachkosten finden in den Budgets noch die Zinsen für Betriebsmittelkredite (0,3 % der Gesamtkosten) und die Kosten der Ausbildungsstätten (0,7 %) Berücksichtigung.

Die Gesamtkosten der Krankenhäuser entstehen hauptsächlich im Zusammenhang mit der teil- und vollstationären Behandlung von Krankenhauspatienten. Darüber hinaus erbringen die Krankenhäuser aber auch Leistungen, die nicht zu den allgemeinen Krankenhausleistungen gehören. Hierbei handelt es sich beispielsweise um die Kosten der ambulanten Leistungen des Krankenhauses, Kosten für wissenschaftliche Forschung und Lehre oder die Kosten für belegärztliche Leistungen. Um vergleichbare Selbstkosten der Krankenhäuser zu ermitteln, werden diese Ausgaben von den Gesamtkosten abgezogen. Die Gesamtposition der Abzüge machte 1991 8,3 % der Gesamtkosten aus (6,6 Mrd. DM). Die größten Positionen entfielen dabei auf die Kosten für die Ambulatorien und Polikliniken der Krankenhäuser sowie auf ambulante Leistungen von Ärzten der Krankenhäuser, soweit diese gesondert berechnet werden können. Insgesamt wurden hier 2,8 Mrd. DM verrechnet. Wissenschaftliche Forschung und Lehre, die über den normalen Krankenhausbetrieb hinausgeht, verursachte 1991 Kosten in Höhe von 1,8 Mrd. DM. Die übrigen Abzugspositionen ergaben zusammen 2,1 Mrd. DM. Die um die Abzüge bereinigten Kosten der Krankenhäuser betragen damit 73,2 Mrd. DM.

Während bei den geförderten Krankenhäusern die Investitionen von den Ländern finanziert werden und damit nicht in die Pflegesätze eingehen, müssen bei den nicht geförderten Krankenhäusern zusätzliche Selbstkosten für Abschreibungen, Rückstellungen sowie Zinsen für Eigen- und Fremdkapital berücksichtigt werden. Diese zusätzlichen Selbstkosten beliefen sich 1991 auf insgesamt 200 Mill. DM.

Zunahme der Gesamtkosten im früheren Bundesgebiet um 6,4 Mrd. DM gegenüber 1990

1991 wurden die Kosten der Krankenhäuser erstmals auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost statistisch erfaßt. Aus diesem Grund ist ein Zeitvergleich mit den Werten von 1990 nur für die alten Länder möglich. Hier wurden die Kosten bereits 1990 in der Bundesstatistik über Krankenhäuser nachgewiesen.

Die Gesamtkosten haben sich gegenüber 1990 im früheren Bundesgebiet von 63,6 auf 70,0 Mrd. DM, das heißt um 10,1 %, erhöht. Hierbei fällt insbesondere die Zunahme der Personalkosten mit 11,1 % ins Gewicht. Die überdurchschnittliche Zunahme der Personalkosten erklärt sich teilweise aus der Kostensteigerung im Pflegedienst

(+ 13,2 %). Einen hohen Kostenzuwachs von 12,8 % verzeichnete beim Personal auch der Funktionsdienst. Hierbei handelt es sich im wesentlichen um das Personal im Operationsdienst, in der Anästhesie, in Ambulatorien und Polikliniken sowie um Hebammen. Die Sachkosten der Krankenhäuser sind im gleichen Zeitraum um 8,0 % gestiegen. Der größte Teil der Ausgabensteigerung entfällt bei den Sachkosten auf den medizinischen Bedarf (+ 8,9 %).

Ein Vergleich der Krankenhauskosten untereinander ist sinnvoller, wenn man die um die behandlungsfremden Ausgaben bereinigten Kosten auf die von den Krankenhäusern erbrachte Zahl der Pflagetage oder die Zahl der vollstationär behandelten Patienten bezieht. Von 1990 auf 1991 ist die Zahl der erbrachten Pflagetage um 1,6 % gesunken. Zusammen mit der Zunahme der bereinigten Kosten führt dies dazu, daß die Kosten je Pflage tag sogar um 12,1 % von 349 auf 391 DM gestiegen sind. Betrachtet man die bereinigten Kosten, die je vollstationärem Behandlungsfall entstanden sind, beträgt die Zunahme der Kosten 8,6 % (von 5 145 auf 5 588 DM). Hierbei wirkt sich die um 1,5 % gestiegene Zahl der vollstationären Behandlungsfälle aus.

Tabelle 2: Kosten der Krankenhäuser
Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	1990	1991	Veränderung 1991 gegenüber 1990 in %
Anzahl			
Krankenhäuser	2 027	2 022	- 0,2
Betten	529 019	522 694	- 1,2
Pflage tage	187 246 979	164 516 590	- 1,6
Stationär behandelte Fälle	11 332 562	11 498 920	+ 1,5
1 000 DM			
Personalkosten	42 381 795	47 086 745	+ 11,1
Ärztlicher Dienst	8 762 605	9 598 473	+ 9,5
Pflagedienst	15 215 139	17 226 252	+ 13,2
Medizinisch-technischer Dienst	4 892 528	5 350 906	+ 9,4
Funktionsdienst	3 746 005	4 227 261	+ 12,8
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	3 555 871	3 883 459	+ 9,2
Verwaltungsdienst	2 431 793	2 676 761	+ 10,1
Übrige Personalkosten	3 777 855	4 123 633	+ 9,2
Sachkosten	20 600 065	22 257 099	+ 8,0
Lebensmittel	1 657 760	1 703 995	+ 2,8
Medizinischer Bedarf	10 102 889	11 000 065	+ 8,9
dar.: Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel	2 640 189	2 834 818	+ 7,4
Wasser, Energie, Brennstoffe	1 813 468	1 953 605	+ 7,7
Wirtschaftsbedarf	2 168 359	2 339 872	+ 7,9
Verwaltungsbedarf	1 045 579	1 138 956	+ 8,7
Instandhaltung	2 174 515	2 430 741	+ 11,8
Übrige Sachkosten	1 637 495	1 691 865	+ 3,3
Zinsen für Betriebsmittelkredite	150 269	184 268	+ 22,6
Kosten der Ausbildungsstätten	445 199	484 430	+ 8,8
Gesamtkosten	63 577 328	70 012 542	+ 10,1
Abzüge	5 275 819	5 751 237	+ 9,0
Bereinigte Kosten	58 301 510	64 261 304	+ 10,2
Zusätzliche Kosten	199 864	198 948	- 0,5
DM			
Bereinigte Kosten je Krankenhaus	28 762 462	31 781 060	+ 10,5
Bett	110 207	122 942	+ 11,6
Pflage tag	349	391	+ 12,1
stationär behandeltem Fall	5 145	5 588	+ 8,6

Die Steigerung der Krankenhauskosten je Pflage tag war bei den großen Krankenhäusern im früheren Bundesgebiet besonders hoch. Sie betrug bei den Krankenhäusern mit 800 bis 999 Betten 19,4 % und bei den Krankenhäusern mit über 1 000 Betten 15,6 %. Kostensteigerungen von durchschnittlich weniger als 10 % pro Pflage tag gab es

lediglich in der Größenklasse 150 bis 199 Betten (+ 6,4 %). In den allgemeinen Krankenhäusern nahmen die Kosten je Pflage tag um 11,8 %, in psychiatrisch/neurologischen Krankenhäusern um 15,1 % zu.

Kosten nach Krankenhaustypen

Je nach Behandlungsspektrum und -methode entstehen den deutschen Krankenhäusern unterschiedliche Kosten je Pflage tag und Fall. Im Bundesdurchschnitt entstanden den Krankenhäusern 1991 pro Pflage tag Kosten in Höhe von 360 DM und je Fall in Höhe von 5 256 DM.

Im Rahmen der Krankenhausstatistik werden die Krankenhäuser anhand der Erhebungsmerkmale typisiert, um von der Struktur her gesehen gleiche Berichtseinheiten zusammenzufassen. Relativ geringe Kosten mit 207 DM je Tag gab es in den Krankenhäusern, die ausschließlich über psychiatrische und neurologische Fachabteilungen verfügten. In den übrigen Krankenhäusern (allgemeine Krankenhäuser) entstanden pro Pflage tag Kosten von 377 DM und je Behandlungsfall in Höhe von 5 038 DM.

Tabelle 3: Bereinigte Krankenhauskosten 1991
nach Krankenhaustypen
Deutschland

Krankenhausart mit ... bis unter Betten	Bereinigte Kosten 1 000 DM	Bereinigte Kosten je	
		Pflage- tag DM	stationär behandeltem Fall DM
Krankenhäuser insgesamt	73 188 546	360	5 256
unter 100	2 576 903	272	3 968
100— 200	7 991 851	305	4 537
200— 500	27 870 563	339	4 727
500—1 000	17 082 304	356	5 548
1 000 und mehr	17 666 925	469	6 958
Allgemeine Krankenhäuser	68 845 228	377	5 038
unter 100	2 262 515	278	3 597
100— 200	7 655 716	312	4 396
200— 500	26 456 395	346	4 558
500—1 000	15 227 792	390	5 123
1 000 und mehr	17 242 810	499	6 847
Hochschulkliniken	9 661 684	605	7 203
Plankrankenhäuser	58 049 399	356	4 784
Krankenhäuser mit Versorgungsvertrag	815 043	290	5 694
Sonstige Krankenhäuser (ohne Versorgungsvertrag)	319 102	363	6 778
Öffentliche Krankenhäuser	43 569 307	396	5 205
unter 100	740 283	282	3 879
100— 200	3 450 560	314	4 090
200— 500	12 255 998	337	4 288
500—1 000	9 956 111	382	5 078
1 000 und mehr	17 166 355	507	6 817
Freigemeinnützige Krankenhäuser	22 986 006	352	4 808
unter 100	707 968	272	3 993
100— 200	3 455 712	308	4 490
200— 500	13 658 483	355	4 780
500 und mehr	5 163 843	398	5 291
Private Krankenhäuser	2 289 915	308	4 463
unter 100	814 264	279	3 121
100— 200	749 443	320	5 855
200— 500	541 914	363	6 142
500 und mehr	184 293	276	5 137
Krankenhäuser mit ausschließlich psychiatrischen oder psychiatri- schen und neurologischen Betten	4 317 812	207	16 609

Unterscheidet man die allgemeinen Krankenhäuser nach der Art, so hatten die Hochschulkliniken mit durchschnittlich 605 DM je Pflage tag die höchsten Kosten und die Krankenhäuser, die aufgrund von Versorgungsverträgen mit den Krankenkassen zur Behandlung der Patienten

zugelassen sind (290 DM) die niedrigsten. Bei den zuletzt genannten Einrichtungen handelte es sich allerdings in der Regel um kleinere Häuser.

Öffentliche allgemeine Krankenhäuser waren mit durchschnittlich 396 DM je Pflgeetag teurer als freigemeinnützige (352 DM) und private Krankenhäuser (308 DM). In den einzelnen Größenklassen waren die Kostenunterschiede zwischen den Trägern nicht mehr so groß. In der Größenklasse bis 100 Betten hatten die öffentlichen Krankenhäuser die höchsten durchschnittlichen Kosten, in den Größenklassen zwischen 100 und 500 Betten die privaten und über 500 Betten die freigemeinnützigen Krankenhäuser.

Zwischen den Krankenhäusern lassen sich deutliche Unterschiede in Höhe und Struktur der Kosten erkennen, die überwiegend auf das Erkrankungsspektrum der behandelten Patienten zurückzuführen sein dürften. Eine exakte Analyse der stationär behandelten Erkrankungen wird allerdings erst auf Grundlage der ab dem Berichtsjahr 1993 durchgeführten Diagnosestatistik möglich sein. Bereits heute lassen sich jedoch Zusammenhänge zwischen Kosten und Krankenhausleistungen aufzeigen.

Kostenstruktur der Hochschulkliniken

Die höchsten durchschnittlichen Kosten je Pflgeetag gab es mit über 600 DM in den Hochschulkliniken. Dies dürfte u. a. darauf zurückzuführen sein, daß hier mehr „schwere“ Fälle behandelt werden als in den übrigen allgemeinen Krankenhäusern. 3,6 % des Patientenzugangs wurde nämlich unmittelbar vorher bereits in einem anderen Krankenhaus behandelt. In den übrigen allgemeinen Krankenhäusern beträgt der Anteil der verlegten Patienten am Patientenzugang 2,2 %. Auch war der Anteil der Intensivbetten und -pflgetage in den Hochschulkliniken mit 6,6 bzw. 5,7 % aller Betten bzw. Pflgetage doppelt so hoch wie in den sonstigen allgemeinen Krankenhäusern. Zu den kostenintensiven Behandlungsformen gehört auch der Einsatz von medizinisch-technischen Großgeräten, die in Hochschulkliniken besonders häufig aufgestellt sind. So verfügten die Hochschulkliniken 1991 über 8 % der aufgestellten Betten, aber über fast 30 % der Großgeräte in Krankenhäusern. Hinzu kommt ein häufigerer Patientenwechsel in den Hochschulkliniken bei fast gleicher Bettenauslastung. Hier betrug die durchschnittliche Verweildauer der Patienten 11,9 Tage. Sie lag somit unter der Verweildauer in den übrigen allgemeinen Krankenhäusern (13,5 Tage).

Die Untersuchung der Kostenstruktur liefert Hinweise auf einige Besonderheiten der Hochschulkliniken. Für ihr Personal mußten die Hochschulkliniken pro Pflgeetag fast doppelt soviel ausgeben wie die sonstigen allgemeinen Krankenhäuser. Am geringsten ist der Abstand bei den Kosten für den Pflgedienst. Hier wendeten die Hochschulkliniken durchschnittlich pro Pflgeetag 46 % mehr auf als die sonstigen allgemeinen Krankenhäuser. Hingegen waren die Kosten beim ärztlichen Dienst um 129 % und beim medizinisch-technischen Dienst um 194 % höher. Bei den Sachkosten hatten die Hochschulkliniken pro Pflgeetag zweieinhalbmal so hohe Aufwendungen wie die übrigen Krankenhäuser. Diese Differenz erklärt sich durch die dreimal höheren Ausgaben für den medizinischen Be-

Tabelle 4 Kosten der allgemeinen Krankenhäuser (ohne Hochschulkliniken) und der Hochschulkliniken 1991
Deutschland

Kostenart	Kosten		Kosten je Pflgeetag	
	Allgemeine Krankenhäuser (ohne Hochschulkliniken)	Hochschulkliniken	Allgemeine Krankenhäuser (ohne Hochschulkliniken)	Hochschulkliniken
	1 000 DM		DM	
Personalkosten	41 798 617	7 792 519	251	488
Arztlicher Dienst	8 525 949	1 870 160	51	117
Pflgedienst	15 358 890	2 148 728	92	135
Medizinisch-technischer Dienst	4 624 268	1 301 205	28	82
Funktionsdienst	3 861 070	671 338	23	42
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	3 523 695	520 448	21	33
Verwaltungsdienst	2 429 413	475 282	15	30
Übrige Personalkosten	3 475 330	805 357	21	50
Sachkosten	20 087 532	4 872 612	121	305
Lebensmittel	1 661 103	194 772	10	12
Medizinischer Bedarf	9 801 689	2 769 227	59	174
dar.: Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel	2 774 247	644 299	17	40
Wasser, Energie, Brennstoffe	1 840 373	455 215	11	29
Wirtschaftsbedarf	2 275 108	417 446	14	26
Verwaltungsbedarf	1 065 279	203 087	6	13
Instandhaltung	1 921 586	533 482	12	33
Übrige Sachkosten	1 522 394	299 384	9	19
Zinsen für Betriebsmittelkredite	194 288	7 944	1	—
Kosten der Ausbildungsstätten	417 122	88 628	3	6
Gesamtkosten	62 497 558	12 761 704	375	800
Abzüge	3 314 014	3 100 020	20	194
Bereinigte Kosten	59 183 544	9 661 684	355	605
Zusätzliche Selbstkosten	179 859	—	1	—

darf (174 gegenüber 59 DM). Bei den übrigen Sachkosten war der Abstand in den Kosten geringer.

Den größten Anteil der Abzüge für behandlungsfremde Leistungen hatten die Hochschulkliniken. Hier wurden fast 25 % der Gesamtkosten für solche Leistungen aufgewendet (3,1 Mrd. DM). Bei den übrigen Krankenhäusern betragen die Abzüge 5,3 % der Gesamtkosten. Auf die Hochschulkliniken entfielen allein 96 % aller Abzüge für wissenschaftliche Forschung und Lehre. Bezogen auf die erbrachten Pflgetage führten die behandlungsfremden Leistungen insgesamt zu Kosten in Höhe von 194 DM, während in den übrigen allgemeinen Krankenhäusern 20 DM angerechnet wurden. Da die Abzüge nicht nach Personal- und Sachkosten getrennt ermittelt werden können, liegen keine Angaben darüber vor, in welchem Ausmaß sich die unterschiedlichen Kosten je Pflgeetag bei einzelnen Kostenarten durch diese speziellen Aufgaben der Hochschulkliniken erklären lassen.

Kostenstruktur der psychiatrisch/neurologischen Krankenhäuser

Im Rahmen der Krankenhausstatistik werden Krankenhäuser, die sich ausschließlich auf die Behandlung psychiatrischer und neurologischer Erkrankungen spezialisiert haben, gesondert nachgewiesen. Die Sonderstellung der psychiatrisch/neurologischen Krankenhäuser ergibt sich aus der abweichenden Behandlungsstruktur, die sich auch in den Kosten niederschlägt.

Während die Kosten je Pflgeetag in den allgemeinen Krankenhäusern bei durchschnittlich 377 DM lagen, gaben die

Tabelle 5: Kosten der allgemeinen und psychiatrisch/neurologischen Krankenhäuser 1991
Deutschland

Kostenarten	Kosten		Kosten je Pfliegetag	
	Allgemeine Krankenhäuser	Psychiatrisch/neurologische Krankenhäuser	Allgemeine Krankenhäuser	Psychiatrisch/neurologische Krankenhäuser
	1 000 DM		DM	
Personalkosten ...	49 591 135	3 483 098	272	167
Ärztlicher Dienst ...	10 396 110	372 563	57	18
Pflegedienst ...	17 507 619	1 727 795	96	83
Medizinisch-technischer Dienst	5 925 473	264 976	32	13
Funktionsdienst ...	4 532 408	176 326	25	8
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	4 044 143	284 461	22	14
Verwaltungsdienst ...	2 904 695	204 560	16	10
Übrige Personalkosten	4 280 688	452 416	23	22
Sachkosten ...	24 960 144	992 773	137	47
Lebensmittel ...	1 855 875	180 240	10	9
Medizinischer Bedarf dar. Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel ...	12 570 916	206 872	69	10
Wasser, Energie, Brennstoffe ...	3 418 546	86 578	19	4
Wirtschaftsbedarf ...	2 295 588	162 952	13	8
Verwaltungsbedarf ...	2 692 554	143 521	15	7
Instandhaltung ...	1 268 366	63 248	7	3
Übrige Sachkosten ...	2 455 068	120 289	13	6
Zinsen für Betriebsmittelkredite	202 232	11 063	1	1
Kosten der Ausbildungsstätten	505 750	33 879	3	2
Gesamtkosten ...	75 259 261	4 520 813	412	216
Abzüge ...	6 414 034	203 001	35	10
Bereinigte Kosten ...	68 845 228	4 317 812	377	207
Zusätzliche Selbstkosten	179 859	20 354	1	1

psychiatrisch/neurologischen Krankenhäuser im Durchschnitt 207 DM je Pfliegetag aus. Die durchschnittliche Behandlungsdauer betrug in den allgemeinen Krankenhäusern 13,4 Tage, in den psychiatrisch/neurologischen Krankenhäusern aber 80,4 Tage. Die geringeren Kosten je Pfliegetag gingen somit mit einer sechsmal höheren Verweildauer einher. Dies hatte zur Folge, daß die Kosten je Patient in psychiatrisch/neurologischen Krankenhäusern mit 16 610 DM 3,3mal höher waren als in allgemeinen Krankenhäusern.

Betrachtet man die Kosten je Pfliegetag näher, lassen sich systematische Unterschiede erkennen. Die Personalkosten pro Pfliegetag der psychiatrisch/neurologischen Krankenhäuser lagen um 39 % niedriger als die Personalkosten der allgemeinen Krankenhäuser. Besonders niedrig waren sie beim ärztlichen Dienst, hier machten sie mit 18 DM nur ein Drittel der Kosten der allgemeinen Krankenhäuser (57 DM) aus. Geringer war die Differenz bei den Kosten des Pflegepersonals, hier hatten psychiatrisch/neurologische Krankenhäuser um 14 % niedrigere Kosten als die allgemeinen Krankenhäuser (83 gegenüber 96 DM).

Bei den Sachkosten hatten die psychiatrisch/neurologischen Krankenhäuser pro Pfliegetag nur 35 % der Kosten allgemeiner Krankenhäuser. Die Differenz ist hauptsächlich auf den geringen medizinischen Bedarf der psychiatrisch/neurologischen Krankenhäuser zurückzuführen. Auf diesen Bereich entfielen hier 10 DM je Tag, in den allgemeinen Krankenhäusern hingegen 69 DM. Aber auch bei den übrigen Sachkosten lagen die Kosten der psychiatrisch/neurologischen Krankenhäuser unter den Kosten

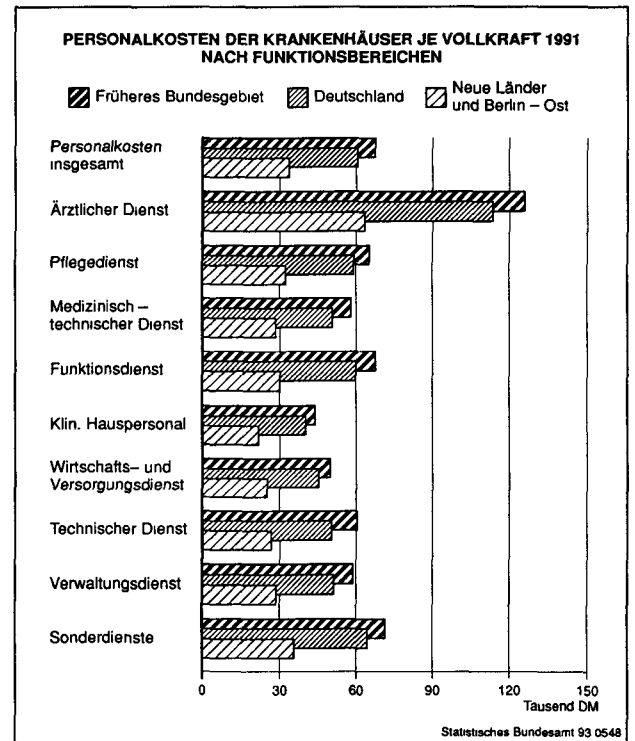
der allgemeinen Krankenhäuser. Sogar bei den Lebensmittelausgaben gaben sie mit 8,60 DM je Tag weniger aus als die allgemeinen Krankenhäuser mit 10,20 DM.

Personalkosten

Die Personalkosten sind in der Krankenhausstatistik nach Funktionsbereichen gegliedert. In der gleichen Gliederung wird auch die in Vollkräfte umgerechnete Zahl der Beschäftigten erhoben. Bei der Ermittlung der Zahl der Vollkräfte werden Teilzeitkräfte und Personen, die nicht während des ganzen Jahres beschäftigt waren, in Vollbeschäftigte umgerechnet. Dadurch können die Kosten errechnet werden, die die Krankenhäuser für eine Vollarbeitskraft ausgeben müssen.

Im Bundesdurchschnitt mußten die Krankenhäuser 1991 je Vollkraft 60 600 DM aufwenden. Im ärztlichen Dienst fielen Kosten in Höhe von 113 200 DM und im nichtärztlichen Bereich von 53 600 DM an.

Schaubild 1



Die Kosten je Vollkraft werden von der unterschiedlichen Tarifstruktur in den alten und neuen Bundesländern bestimmt. Im früheren Bundesgebiet betragen die Kosten je Vollkraft 67 400 DM, beim ärztlichen Personal 125 300 DM und beim nichtärztlichen Personal 59 600 DM. In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren die Kosten nur halb so hoch. Je Vollkraft betragen die Kosten insgesamt 33 900 DM, je Arzt 63 100 DM und je nichtärztlichem Beschäftigten 29 900 DM.

Zwischen den unterschiedlichen Krankenhaustypen unterschieden sich die Kosten je Vollkraft nur unwesentlich. Auffallend ist allerdings, daß die Kosten des ärztlichen Dienstes in den Hochschulkliniken mit 94 200 DM unter dem Bundesdurchschnitt lagen. Dies erklärt sich aus dem überdurchschnittlichen Anteil von Assistenzärzten am

Tabelle 6: Kosten der Krankenhäuser 1991

Kostenart	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	Kosten	Anteil an den Gesamtkosten	Kosten je Pfl egetag	Kosten	Anteil an den Gesamtkosten	Kosten je Pfl egetag
	1 000 DM	%	DM	1 000 DM	%	DM
Personalkosten	47 086 745	67,3	286	6 008 235	61,3	154
Ärztlicher Dienst	9 598 473	13,7	58	1 175 526	12,0	30
Pfl egedienst	17 226 252	24,6	105	2 013 359	20,6	52
Medizinisch-technischer Dienst	5 350 906	7,6	33	843 337	8,6	22
Funktionsdienst	4 227 261	6,0	26	484 771	4,9	12
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	3 883 459	5,5	24	445 868	4,6	11
Verwaltungsdienst	2 676 761	3,8	16	434 172	4,4	11
Übrige Personalkosten	4 123 633	5,9	25	611 202	6,2	16
Sachkosten	22 257 099	31,8	135	3 702 297	37,8	95
Lebensmittel	1 703 995	2,4	10	333 159	3,4	9
Medizinischer Bedarf	11 000 065	15,7	67	1 779 905	18,2	46
dar. Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel	2 834 818	4,0	17	670 963	6,9	17
Wasser, Energie, Brennstoffe	1 953 605	2,8	12	505 494	5,2	13
Wirtschaftsbedarf	2 339 872	3,3	14	496 609	5,1	13
Verwaltungsbedarf	1 136 956	1,6	7	195 391	2,0	5
Instandhaltung	2 430 741	3,5	15	144 927	1,5	4
Übrige Sachkosten	1 691 865	2,4	10	246 814	2,5	6
Zinsen für Betriebsmittelkredite	184 268	0,3	1	29 096	0,3	1
Kosten der Ausbildungsstätten	484 430	0,7	3	55 199	0,6	1
Gesamtkosten	70 012 542	100	426	9 794 828	100	251
Abzüge	5 751 237	8,2	35	867 586	8,9	22
Bereinigte Kosten	64 261 304	91,8	391	8 927 242	91,1	229
Zusätzliche Kosten	198 948	0,3	1	1 456	0,0	0

ärztlichen Personal in den Hochschulkliniken (76,0 %) bei einem allgemeinen Durchschnitt von 68,1 %. Dementsprechend war in den Hochschulkliniken der Anteil der höher bezahlten Leitenden Ärzte und Oberärzte niedriger als im Durchschnitt.

Kosten nach Bundesländern

Die bereinigten Kosten der Krankenhäuser lagen pro Pfl egetag zwischen 207 DM in Sachsen und 494 DM in Ham-

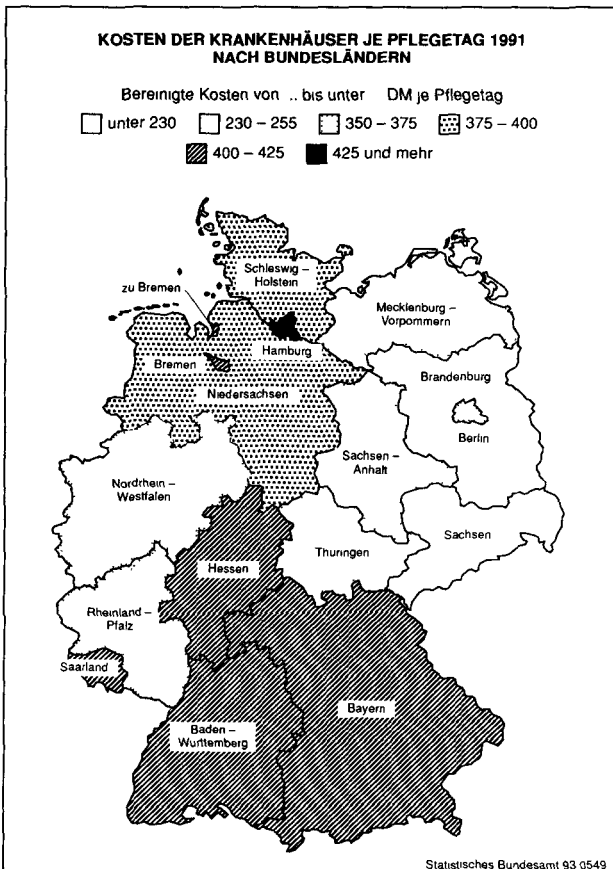
burg. Die zweithöchsten Kosten wies Baden-Württemberg mit 422 DM vor Bremen mit 414 DM auf. Am geringsten waren die Kosten in den fünf neuen Bundesländern mit 207 bis 251 DM. Berlin, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen treffen ungefähr den Bundesdurchschnitt (360 DM).

Die durchschnittlichen Kosten aller Krankenhäuser lagen in den alten Bundesländern mit 391 DM um 9 % über und in den neuen Ländern mit 229 DM um 36 % unter dem Bundesdurchschnitt. Nur ein geringer Teil der Kostenunterschiede läßt sich durch die unterschiedliche Struktur der Krankenhäuser in den Ländern erklären.

Die unterschiedlichen Kosten je Pfl egetag sind hauptsächlich auf die geringeren Personalkosten zurückzuführen. Insgesamt mußten die Krankenhäuser in den neuen Ländern 61 % der Gesamtkosten für Personal ausgeben, während es bei denen im früheren Bundesgebiet 67 % waren. Bei den Personalkosten je Pfl egetag lagen die alten Länder bei 110 % des Bundesdurchschnitts und die neuen bei 59 %. Die Differenz der Personalkosten ist ausschließlich durch die geringere Bezahlung des Personals und nicht durch eine schlechtere Personalausstattung bedingt. Für 100 belegte Betten waren im früheren Bundesgebiet 155 Vollkräfte und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 166 Vollkräfte verantwortlich.

Auch bei den Sachkosten zeigen sich Unterschiede, die allerdings weniger gravierend sind. Hier gaben die neuen Länder 95 DM und die alten 135 DM aus. Bezogen auf den Bundesdurchschnitt lagen die Sachkosten je Pfl egetag in den alten Ländern bei 106 % und in den neuen bei 74 %. Bei einzelnen Sachkostenarten haben sich die beiden Gebiete bereits angeglichen. So lagen die Kosten für Arznei-, Heil- und Hilfsmittel jeweils bei 17,20 DM je Pfl egetag. Für Wasser, Strom und Energie mußten die Krankenhäuser in den neuen Ländern und Berlin-Ost je Pfl egetag mit 12,90 DM sogar mehr ausgeben als die Häuser im früheren Bundesgebiet (11,90 DM).

Schaubild 2



Dipl.-Volkswirt Christopher Gräß

Vermögen und seine Besteuerung 1989

Nach dem Gesetz über Steuerstatistiken¹⁾ wird in Verbindung mit jeder Hauptveranlagung, mit der die Vermögensteuer in der Regel für drei Jahre allgemein festgesetzt wird²⁾, eine Vermögensteuerstatistik durchgeführt. In diese Statistik sind alle Vermögensteuerbescheide einbezogen, welche die Finanzämter aufgrund der von den Vermögensteuerpflichtigen zum Hauptveranlagungszeitpunkt 1. Januar 1989 abzugebenden Vermögensteuererklärungen erstellt haben. Für Steuerpflichtige in den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die Vermögensbesteuerung bis Ende 1995 ausgesetzt³⁾, so daß die Ergebnisse dieser Statistik bis auf weiteres auf das frühere Bundesgebiet beschränkt bleiben.

Methodische Hinweise

Vermögensteuerpflichtig sind natürliche und juristische (nichtnatürliche) Personen, bei Personengesellschaften des bürgerlichen und des Handelsrechts deren Gesellschafter entsprechend ihrem Anteil. Sie sind unbeschränkt, das heißt mit ihrem (in- und ausländischen) Gesamtvermögen steuerpflichtig, soweit nicht Doppelbesteuerungsabkommen mit anderen Ländern etwas Abweichendes regeln. Für nichtnatürliche Personen enthält § 3 Vermögensteuergesetz (VStG) einen Katalog von Tatbeständen, die zur persönlichen Befreiung von der Vermögensteuer führen, für beschränkt Steuerpflichtige aber nicht anwendbar sind.

Die Statistik erfaßt von den unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen alle, die eine Erklärung abgegeben haben, also sowohl die Steuerbelasteten, bei deren Veranlagung eine Jahressteuerschuld festgesetzt wurde, als auch die Steuerbefreiten, die hauptsächlich infolge von Freibeträgen wegen Alters oder Behinderung oder wegen zu geringer Steuerschuld keine Vermögensteuer zu zahlen hatten; lediglich Steuerpflichtige, deren Gesamtvermögen unter den persönlichen Freibetragsgrenzen liegt, werden nicht in die Statistik einbezogen. Dagegen sind die Bescheide von den übrigen Steuerpflichtigen nur berücksichtigt, wenn auch eine Jahressteuer vorhanden ist.

Die Vermögensteuer kennt die sogenannte Veranlagungsgemeinschaft, die als ein Steuerpflichtiger zählt; es werden

nicht nur Ehegatten zusammen veranlagt, sondern auch Eltern und Kinder, wenn die Kinder im maßgebenden Veranlagungszeitpunkt (1. Januar) das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Stehen die Kinder noch in Berufsausbildung u. ä., so werden sie auf gemeinsamen Antrag mit ihren Eltern bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres zusammen veranlagt, wenn sie nicht verheiratet sind oder von ihren Ehegatten dauernd getrennt leben. Das gleiche gilt, ohne Altersbeschränkung, für die Zusammenveranlagung mit behinderten Kindern.

Die Pflicht, auf den jeweiligen Hauptveranlagungszeitpunkt eine Vermögensteuererklärung abzugeben, hängt grundsätzlich von der Höhe des (auf 1 000 DM abgerundeten) Gesamt- bzw. Inlandsvermögens ab; die Grenzen werden auch von der Art der Steuerpflicht (unbeschränkt oder beschränkt) und von der Veranlagungsart (Einzel- oder Zusammenveranlagung) bestimmt. Im einzelnen müssen folgende Voraussetzungen vorliegen, die zur Abgabe einer Vermögensteuererklärung verpflichten:

Bei unbeschränkter Steuerpflicht von

- natürlichen Personen,
 - die allein veranlagt werden, muß das Gesamtvermögen den Freibetrag von 70 000 DM übersteigen,
 - die zusammen veranlagt werden, muß das Gesamtvermögen aller Personen den Betrag übersteigen, der sich ergibt, wenn für jede Person der Veranlagungsgemeinschaft 70 000 DM angesetzt werden;
- nichtnatürlichen Personen muß das Gesamtvermögen mindestens 20 000 DM betragen.

Bei beschränkt Vermögensteuerpflichtigen muß das Inlandsvermögen mindestens 20 000 DM betragen.

Bei der Berechnung des Gesamtvermögens werden nicht alle Vermögensteile berücksichtigt; einige bleiben von vornherein, andere aufgrund besonderer Freibeträge oder deshalb außer Ansatz, weil ihr Wert unter bestimmten Freigrenzen liegt. Außerdem gelten für die im Bewertungsgesetz unterschiedenen Vermögensarten und für bestimmte Wirtschaftsgüter unterschiedliche Bewertungsvorschriften, wenn auch grundsätzlicher Bewertungsmaßstab, soweit nichts anderes vorgeschrieben, der gemeine Wert⁴⁾ ist.

An einem Beispiel, dessen Angaben nicht repräsentativ, dessen Wertansätze aber realistisch sind, soll verdeutlicht werden, wie unterschiedliche Wertansätze und Freistellungsregelungen das Gesamt- und steuerpflichtige Vermögen beeinflussen. Eine Familie mit zwei Kindern erklärt zum 1. Januar 1989 — wie in der Übersicht auf der folgenden Seite dargestellt — ein Gesamtvermögen von 306 000 DM und ein steuerpflichtiges Vermögen in Höhe von 26 000 DM.

Wenn die Zusammenveranlagung mit den Kindern entfällt, errechnet sich ein Gesamtvermögen von 426 000 DM und

¹⁾ Gesetz vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665), zuletzt geändert durch Art. 3 des 2. Statistikerneuerungsgesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555)

²⁾ Siehe § 15 Abs. 1 Satz 1 Vermögensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1985 (BGBl. I S. 558). Nach Artikel 10 Steueränderungsgesetz 1991 vom 24. Juni 1991 (BGBl. I S. 1322) findet davon abweichend die nächste Hauptveranlagung der Vermögensteuer für das frühere Bundesgebiet auf den 1. Januar 1993 statt, so daß der Hauptveranlagungszeitraum 1989 vier Jahre umfaßt. Nach Artikel 26 des Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944) finden die darauffolgenden Hauptveranlagungen auf den 1. Januar 1995 und auf den 1. Januar 1999 statt.

³⁾ Siehe Artikel 10 des Standortsicherungsgesetzes vom 13. September 1993 (BGBl. I S. 1595).

⁴⁾ Der gemeine Wert wird durch den Preis bestimmt, der nach der Beschaffenheit des zu bewertenden Wirtschaftsguts bei einer Veräußerung im gewöhnlichen Geschäftsverkehr zu erzielen ist

	Vermögensart	Gemeiner Wert in DM	Vermögensteuerlicher Ansatz	DM
A	Einfamilienhaus (150 m ² Wohnfläche auf 500 m ² Grundstück)	500 000	Einheitswert (50 000 DM) × 140%	70 000
B	Betriebsvermögen des Ehegatten (mit Betriebsgrundstück Buchwert 375 000 DM, Einheitswert 75 000 DM)	825 000	Einheitswert des Betriebes 525 000 DM — Freibetrag 125 000 DM, davon 75 %	300 000
C	Hausrat (einschl. Privat-Pkw)	115 000	kein Ansatz	—
D	Geldvermögen (Sparguthaben)	5 000	Freibetrag 4 × 1 000 DM = 4 000 DM	1 000
E	Wertpapiere	70 000	in der Regel Nennwert	70 000
			Freibetrag 4 × 10 000 DM = 40 000 DM	— 40 000
F	Rückkaufswert Lebensversicherung	30 000	Freibetrag 4 × 10 000 DM = 40 000 DM	—
G	Munzsammlung	5 000	Freigrenze: 4 × 1 000 DM = 4 000 DM	5 000
H	Schmuck	15 000	Freigrenze 4 × 10 000 DM = 40 000 DM	—
I	Alte Gemälde	35 000	Freigrenze: 4 × 20 000 DM = 80 000 DM	—
J	Hypothekenschulden	— 100 000	voller Ansatz des Nennwerts	— 100 000
	Summe der Vermögensarten	1 500 000	Gesamtvermögen	306 000
			Persönliche Freibeträge 4 × 70 000 DM	— 280 000
			Steuerpflichtiges Vermögen	26 000

ein steuerpflichtiges Vermögen in Höhe von 286 000 DM. Die Jahressteuerschuld erhöht sich von 130 DM auf 1 430 DM.

Vergleichbarkeit und Aktualität

Änderungen der Vorschriften zur Vermögensbesteuerung sind seit der vorangegangenen Hauptveranlagung nur in wenigen speziellen Bereichen in Kraft getreten; sie wirken sich daher kaum auf die Vergleichbarkeit zur vorangegangenen Statistik aus. Es sei darauf hingewiesen, daß durch das Steuerreformgesetz 1990⁵⁾ Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen im Sinne des § 97 Abs. 1 Nr. 1—4 Bewertungsgesetz hinsichtlich der Behandlung von Sonderbetriebsvermögen⁶⁾ den natürlichen Personen und Personengesellschaften gleichgestellt sind. Nach Darstellung des Bundesministeriums der Finanzen ist in den Vermögensteuer-Richtlinien 1989⁷⁾ hervorzuheben, daß die als Normalverzinsung angesehene Spanne für langfristige Forderungen und Schulden von bisher 4 bis 10 % wieder auf die vor 1974 geltende Spanne (3 bis 8 %) zurückgenommen wurde. Der grundsätzlich anzusetzende Nennwert muß bei niedrig- oder hochverzinslichen Forderungen bzw. Schulden entsprechend nach unten oder oben korrigiert werden.

Einen nicht näher feststellbaren Mehrnachweis von Kapitalvermögen bewirkte das Gesetz über die strafbefreiende Erklärung von Einkünften aus Kapitalvermögen und von Kapitalvermögen⁸⁾. Nach einer Geschäftsstatistik des Bundesministeriums der Finanzen⁹⁾ sind allein bis zum 31. Dezember 1990 insgesamt über 750 000 strafbefreiende Nacherklärungen für die Veranlagungszeiträume ab 1986 abgegeben und dabei rund 21,9 Mrd. DM Kapitalvermögen dem Fiskus nachträglich offenbart worden. Ein Teil davon dürfte auf Vermögensteuerpflichtige entfallen, deren

Erklärungen auf den 1. Januar 1986 unvollständig waren und die deshalb in der vorangegangenen Statistik mit entsprechend zu niedrigem Kapitalvermögen nachgewiesen wurden, oder auf Veranlagungsfälle, die dadurch 1989 erstmals in diese Statistik einbezogen werden konnten.

Die sonst dreieinhalb Jahre nach dem Veranlagungszeitpunkt übliche Fertigstellung des Bundesergebnisses verzögerte sich, weil die Rechenzentren der Finanzverwaltung das anonymisierte Einzelmateriale generell später als sonst den Statistischen Ämtern bereitgestellt hatten und in einem Land durch zwischenzeitliche Änderungen der Steuernummern die Mehrfachfallprüfung erschwert war.

Gesamtüberblick

Mit 1 061 103 Vermögensteuerbescheiden wurde erstmals bei der Hauptveranlagung 1989 die Millionengrenze überschritten. Die Finanzämter haben damit 30,0 % mehr Steuerpflichtige veranlagt als zur Hauptfeststellung drei Jahre zuvor. Das festgestellte Gesamtvermögen¹⁰⁾ aller Steuerpflichtigen belief sich auf insgesamt 1 132 Mrd. DM, das sind 19,6 % mehr als 1986. Nach Abzug der persönlichen Freibeträge nach § 6 VStG in Form von Grund-, Alters- und Behindertenfreibeträgen verblieb ein steuerpflichtiges Vermögen von 1 015 Mrd. DM. 1 012 195 Veranlagte waren steuerbelastet (+ 30,6 %), die für sie festgesetzte Jahressteuerschuld war mit 5 508 Mill. DM um 18,2 % höher als drei Jahre zuvor.

Das Gesamtergebnis mit seinen Zuwächsen geht hauptsächlich auf die Entwicklung bei den unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen zurück; von diesem Personenkreis wurden 31,3 % mehr veranlagt als im vorherigen 3-Jahres-Turnus. Sie stellten damit 90,0 % aller Veranlagten und erreichten 60,3 % des Gesamt-(Inlands-)vermögens aller Vermögensteuerpflichtigen¹¹⁾. Die Bedeutung der Veranlagungen von unbeschränkt steuerpflichtigen nichtnatürlichen Personen, die mit 25,1 % mehr Veranlagten und 11,5 % höherem Gesamtvermögen unter den Steigerungsraten der natürlichen Personen blieben, ging entsprechend zurück; sie stellten noch 8,1 % (1986: 8,4 %) der Veranlagten mit 38,3 % (1986: 41,1 %) des Vermögens. Die

⁵⁾ BGBl. I 1988, S. 1093

⁶⁾ Bei Sonderbetriebsvermögen I handelt es sich um Wirtschaftsgüter, die im Eigentum einzelner Gesellschafter stehen und die der Gesellschaft zur Nutzung überlassen sind. Zum Sonderbetriebsvermögen II gehören Wirtschaftsgüter, die ein Mitunternehmer zwar nicht unmittelbar der Personengesellschaft zur Nutzung überlassen hat, die aber der Beteiligung an der Gesellschaft dienen oder zu dienen bestimmt sind.

⁷⁾ BStBl. I Sondernummer 1/1989, S. 25

⁸⁾ Artikel 17 des Steuerreformgesetzes 1990, a. a. O., S. 1128

⁹⁾ Siehe BMF — Finanznachrichten Nr. 20/91 vom 4. April 1991. In diesen Angaben sind nur Fälle enthalten, in denen ursprünglich unrichtige oder unvollständige Steuererklärungen nachträglich berichtigt oder vervollständigt worden sind

¹⁰⁾ Bei beschränkt Steuerpflichtigen wird nur das Inlandsvermögen herangezogen.

¹¹⁾ 1986 betragen die entsprechenden Anteile 89,1 bzw. 57,4 %.

Tabelle 1. Vermögen und Steuerschuld der veranlagten Vermögensteuerepflichtigen 1989

Früheres Bundesgebiet
Ergebnis der Vermögensteuerstatistik

Gegenstand der Nachweisung	Unbeschränkt Steuerpflichtige				Beschränkt Steuerpflichtige		Insgesamt	
	Natürliche Personen		Nichtnatürliche Personen		Naturliche und nichtnatürliche Personen			
	Fälle ¹⁾	Betrag	Fälle ¹⁾	Betrag	Fälle ¹⁾	Betrag	Fälle ¹⁾	Betrag
	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	173 712	3 019	135	21	1 876	28	175 723	3 067
Inländisches Grundvermögen	732 131	167 709	943	473	17 148	2 740	750 222	170 922
Ausländisches Grundvermögen	16 949	2 418	8	1	x	x	16 957	2 419
Betriebsvermögen ²⁾ 3)								
vor Ansatz § 117a BewG	212 398	202 459	83 998	583 630	3 169	13 992	299 565	800 082
nach Ansatz § 117a BewG	149 445	133 748	83 798	429 829	2 924	10 208	236 167	573 786
Negatives Betriebsvermögen ²⁾	22 890	4 107	38	122	96	13	23 024	4 242
Sonstiges Vermögen	947 727	501 715	2 240	4 424	2 658	3 990	952 625	510 129
Nachrichtlich bereits abgesetzter								
Freibetrag nach § 110 Abs 2 und 3 BewG	944 936	15 412	x	x	x	x	944 936	15 412
Rohvermögen	954 504	804 503	86 045	434 625	20 554	16 953	1 061 103	1 256 082
Schulden und sonstige Abzüge	679 401	121 760	1 142	892	11 084	1 336	691 627	123 988
Dar. Besonderer Abzug bei Landwirten (§ 118 Abs. 1 Nr. 3 BewG)	13 352	484	15	1	51	1 854	13 418	487
Gesamtvermögen (Inlandsvermögen) im Sinne des Vermögensteuerrechts (§ 4 Abs 1 Satz 1 VStG)	954 504	682 743	86 045	433 733	20 554	15 618	1 061 103	1 132 094
Freibeträge nach § 6 VStG ⁴⁾								
für den Steuerpflichtigen	954 504	66 815	—	—	—	—	954 504	66 815
für den Ehegatten	431 603	30 212	—	—	—	—	431 603	30 212
für Kinder	208 334	14 583	—	—	—	—	208 334	14 583
wegen Alters oder Behinderung bis								
10 000 DM	114 994	—	—	—	—	—	114 994	—
20 000 DM	43 254	—	—	—	—	—	43 254	—
50 000 DM	28 024	4 886	—	—	—	—	28 024	4 886
60 000 DM	21 491	—	—	—	—	—	21 491	—
100 000 DM	8 367	—	—	—	—	—	8 367	—
Freibeträge nach Abschn. 104 Abs 3 VStG	x	x	x	x	—	11	—	11
Steuerpflichtiges Vermögen		565 771	86 045	433 701	20 554	15 597	—	1 015 069
Jahressteuerschuld	906 596	2 824	86 045	2 598	20 554	86	1 012 195	5 508

¹⁾ Die Positionen dieser Spalte sind nicht addierbar, weil für die Steuerpflichtigen mehrere der in der Vorspalte angegebenen Nachweisungen zutreffen können — ²⁾ Im Gegensatz zu den übrigen Vermögensarten bereits Reinvermögenswerte. — ³⁾ Einschl. positivem ausländischen Betriebsvermögen — ⁴⁾ Nur soweit steuerbefreiend wirksam.

Veranlagungen der 20 554 beschränkt Steuerpflichtigen, deren Anzahl sich kaum verändert hat (+ 1,0%), bezog sich auf 15,6 Mrd. DM Inlandsvermögen, das sind 1,4% des insgesamt veranlagten Vermögens. 1986 hatten 20 350 beschränkt Steuerpflichtige ein Inlandsvermögen in Höhe von 14,8 Mrd. DM. Im folgenden bleiben die Ergebnisse dieses Personenkreises wegen ihrer geringen Bedeutung unberücksichtigt.

Natürliche Personen

Zum 1. Januar 1989 sind 954 504 unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen mit einem Rohvermögen von 804,5 Mrd. DM veranlagt worden. Nach Verrechnung mit Schulden und sonstigen Abzügen im Gesamtbetrag von 121,8 Mrd. DM verfügten sie über ein Gesamtvermögen von 682,7 Mrd. DM. Bei 48 908 Steuerpflichtigen führten ein Gesamtvermögen, das nur wenig über der Erklärungspflichtgrenze von 70 000 DM je Person der Veranlagungsgemeinschaft lag, oder der Abzug von Freibeträgen

Beteiligung am Erwerbsleben	Private Haushalte ¹⁾	Steuerpflichtige ²⁾	Anteil
			der Steuerpflichtigen
	1000		%
Erwerbstätige	16 405	438 ³⁾	2,7
Selbständige	2 019 ⁴⁾	266	13,2
Arbeiter	6 260	18	0,3
Angestellte	6 429	119	1,9
Beamte	1 698	25	1,5
Nichterwerbstätige	11 388	517	4,5
Insgesamt	27 793	955	3,4

¹⁾ Ergebnis des Mikrozensus April 1989. — ²⁾ Ergebnis der Vermögensteuerstatistik 1989. — ³⁾ Einschl. sonstiger Nichtselbständiger — ⁴⁾ Einschl. mithelfender Familienangehöriger

wegen Alters oder Behinderung dazu, daß die Jahressteuerschuld unter 50 DM blieb, so daß keine Vermögensteuer festgesetzt wurde.

Die Anzahl der in dieser Statistik erfaßten vermögenssteuerpflichtigen Personen bzw. Haushalte machte zwar insgesamt lediglich 3,4% aller privaten Haushalte aus, die entsprechende Erfassungsquote hatte drei Jahre vorher jedoch nur 2,7% betragen. Auf den ersten Blick verdeutlicht der globale Zuwachs an Vermögensteuerepflichtigen, daß vermehrt Haushalte von nichterwerbstätigen Rentnern, Pensionären u. ä. in die der Besteuerung zugrunde liegenden Vermögensgrenzen hineingewachsen sind (Anteil 1989: 4,5%, 1986: 3,3%), während die Entwicklung bei den Selbständigen weniger dynamisch verlief (Anteil 1989: 13,2%, 1986: 12,5%).

Zusammensetzung des Vermögens

Land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grundvermögen

Inländischer Grundbesitz wird seit der Hauptveranlagung 1974 mit Einheitswerten angesetzt, die in einem besonderen Verfahren auf den 1. Januar 1964 oder auf einen späteren Feststellungszeitpunkt nach den Wertverhältnissen vom 1. Januar 1964 festgestellt worden sind. Grundstücke, die nicht zu einem Betrieb der Land- und Forstwirtschaft gehören, und gewerbliche Betriebsgrundstücke werden seit 1974 u. a. für die Vermögensteuer mit 140% des Einheitswertes angesetzt, um der Wertsteigerung zwischen der Hauptfeststellung und dem erstmaligen Ansatz Rech-

Tabelle 2. Vermögensarten der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen nach der Höhe des Gesamtvermögens 1989

Früheres Bundesgebiet
Ergebnis der Vermögensteuerstatistik

Gesamtvermögen von bis unter DM	Vermögensarten										Gesamtvermögen
	Land- und forstwirtschaftliches Vermögen		Grundvermögen		Betriebsvermögen nach Ansatz § 117 a BewG ¹⁾		Sonstiges Vermögen		Rohvermögen		
	Fälle	Betrag	Fälle	Betrag	Fälle	Betrag	Fälle	Betrag	Steuerpflichtige	Betrag	
	Anzahl	Mill. DM	Anzahl ²⁾	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	
unter 100 000	4 066	35	19 487	1 392	1 590	120	39 151	2 901	39 906	4 400	3 495
100 000 — 200 000	29 150	294	138 949	12 828	10 964	1 021	222 125	25 748	224 887	39 657	34 290
200 000 — 300 000	33 629	417	151 615	19 885	17 736	2 267	200 880	36 077	202 382	58 254	50 010
300 000 — 400 000	25 200	378	108 405	18 324	18 041	3 004	133 202	33 181	133 924	54 567	46 358
400 000 — 500 000	17 480	282	72 284	14 987	14 891	3 090	85 418	27 367	85 803	45 442	38 287
500 000 — 1 Mill.	35 759	683	142 440	40 245	39 443	12 673	161 096	79 441	161 592	132 340	110 834
1 Mill. — 2,5 Mill.	18 785	430	69 098	32 439	28 699	21 256	74 512	79 983	74 633	133 265	110 954
2,5 Mill. — 5 Mill.	5 179	162	17 195	13 099	9 548	17 268	18 144	44 592	18 166	74 727	62 286
5 Mill. — 10 Mill.	2 408	107	7 342	7 428	4 786	17 672	7 678	37 671	7 689	62 618	52 796
10 Mill. — 20 Mill.	1 113	83	3 169	4 428	2 181	15 536	3 303	32 720	3 303	52 584	45 142
20 Mill. — 50 Mill.	645	64	1 546	3 387	1 131	17 881	1 593	34 101	1 593	55 119	47 872
50 Mill. — 100 Mill.	180	23	391	826	287	9 274	404	20 769	405	30 827	27 140
100 Mill. und mehr	118	61	210	859	148	12 687	221	47 164	221	60 701	53 279
Insgesamt	173 712	3 019	732 131	170 127	149 445	133 748	947 727	501 715	954 504	804 503	682 743
	Prozent										
unter 100 000	2,3	1,2	2,7	0,8	1,1	0,1	4,1	0,6	4,2	0,5	0,5
100 000 — 200 000	16,8	9,7	19,0	7,5	7,3	0,8	23,4	5,1	23,6	4,9	5,0
200 000 — 300 000	19,4	13,8	20,7	11,7	11,9	1,7	21,2	7,2	21,2	7,2	7,3
300 000 — 400 000	14,5	12,5	14,8	10,8	12,1	2,2	14,1	6,6	14,0	6,8	6,8
400 000 — 500 000	10,1	9,4	9,9	8,8	10,0	2,3	9,0	5,5	9,0	5,6	5,6
500 000 — 1 Mill.	20,6	22,6	19,5	23,7	26,4	9,5	17,0	15,8	16,9	16,4	16,2
1 Mill. — 2,5 Mill.	10,8	14,3	9,4	19,1	19,2	15,9	7,9	15,9	7,8	16,6	16,3
2,5 Mill. — 5 Mill.	3,0	5,4	2,3	7,7	6,4	12,9	1,9	8,9	1,9	9,3	9,1
5 Mill. — 10 Mill.	1,4	3,5	1,0	4,4	3,2	13,2	0,8	7,5	0,8	7,8	7,7
10 Mill. — 20 Mill.	0,6	2,8	0,4	2,6	1,5	11,6	0,3	6,5	0,3	6,5	6,6
20 Mill. — 50 Mill.	0,4	2,1	0,2	2,0	0,8	13,4	0,2	6,8	0,2	6,9	7,0
50 Mill. — 100 Mill.	0,1	0,8	0,1	0,5	0,2	6,9	0,0	4,1	0,0	3,8	4,0
100 Mill. und mehr	0,1	2,0	0,0	0,5	0,1	9,5	0,0	9,4	0,0	7,5	7,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Einschl. positivem ausländischen Betriebsvermögen — ²⁾ Ohne 16 949 Fälle mit ausländischem Grundvermögen.

nung zu tragen. Die seither eingetretene Wertentwicklung blieb steuerlich bis auf den heutigen Tag unberücksichtigt. Wegen der niedrigen und veralteten Einheitswerte lagen trotz einer um 23,5% höheren Fallzahl beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen bzw. um 25,8% beim inländischen Grundvermögen die entsprechenden Werte nur um 13,9 bzw. 13,6% über dem Niveau von 1986. Die dem gemeinen Wert entsprechenden Marktpreise liegen nach internen Berechnungen je nach Grundstücksart (z. B. unbebaute Grundstücke, Ein-/Zweifamilienhäuser, Eigen-

tumswohnungen, Mietwohngrundstücke, Geschäftsgrundstücke), Bewertungsmethode (Ertragswert- oder Sachwertverfahren), Baujahr und Lage (Ballungsgebiet) inzwischen um das Vier- bis mehr als Zehnfache über den Einheitswerten.

Betriebsvermögen

Natürliche Personen haben Betriebsvermögen, wenn ihnen selbständige Gewerbebetriebe gehören; dazu zählen

Tabelle 3: Begünstigungen des Betriebsvermögens der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen 1989
gegliedert nach der Höhe des Gesamtvermögens

Früheres Bundesgebiet
Ergebnis der Vermögensteuerstatistik

Gesamtvermögen von bis unter DM	Ansatz des Betriebsvermögens nach § 117 a BewG ¹⁾											
	begünstigtes steuerpflichtiges inländisches Betriebsvermögen vor Ansatz				Begünstigungen des Betriebsvermögens durch				anzusetzendes begünstigtes Betriebsvermögen insgesamt			
	Fälle		Betrag		Freibetrag		Minderansatz		Fälle		Betrag	
	Anzahl	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Anzahl	%	Mill. DM	%
unter 100 000	3 484	1,6	467	0,2	307	1,3	40	0,1	1 585	1,1	120	0,1
100 000 — 200 000	21 176	10,0	3 354	1,7	1 988	8,3	346	0,8	10 949	7,3	1 020	0,8
200 000 — 300 000	30 255	14,3	6 065	3,0	3 032	12,7	768	1,7	17 704	11,9	2 264	1,7
300 000 — 400 000	28 185	13,3	6 968	3,4	2 947	12,4	1 020	2,3	18 019	12,1	3 001	2,3
400 000 — 500 000	21 887	10,3	6 503	3,2	2 366	9,9	1 049	2,3	14 873	10,0	3 088	2,3
500 000 — 1 Mill.	53 416	25,2	23 010	11,4	6 073	25,5	4 273	9,5	39 382	26,4	12 664	9,5
1 Mill. — 2,5 Mill.	34 253	16,1	32 704	16,2	4 308	18,1	7 155	15,9	28 659	19,2	21 241	15,9
2,5 Mill. — 5 Mill.	10 499	4,9	24 498	12,1	1 454	6,1	5 796	12,9	9 534	6,4	17 248	12,9
5 Mill. — 10 Mill.	5 122	2,4	24 336	12,0	744	3,1	5 932	13,2	4 779	3,2	17 660	13,2
10 Mill. — 20 Mill.	2 310	1,1	21 091	10,4	347	1,5	5 221	11,6	2 179	1,5	15 524	11,6
20 Mill. — 50 Mill.	1 195	0,6	24 045	11,9	185	0,8	5 983	13,3	1 127	0,8	17 877	13,4
50 Mill. — 100 Mill.	298	0,1	12 398	6,1	49	0,2	3 075	6,9	287	0,2	9 274	7,0
100 Mill. und mehr	152	0,1	16 604	8,2	24	0,1	4 231	9,4	146	0,1	12 349	9,3
Insgesamt	212 232	100	202 042	100	23 822	100	44 889	100	149 223	100	133 331	100

¹⁾ Ausländisches Betriebsvermögen ist davon ausgenommen.

auch das der Ausübung eines freien Berufs gewidmete Vermögen oder die Beteiligung an einer offenen Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft oder ähnlichen Gesellschaft im Sinne des § 97 Abs. 1 Nr. 5 a) Bewertungsgesetz oder an einer gewerblich geprägten Personengesellschaft im Sinne des § 97 Abs. 1 Nr. 5 b) Bewertungsgesetz. Die Personengesellschaft selbst ist nicht vermögenssteuerpflichtig, wegen der einheitlichen Feststellung des gesamten Betriebsvermögens der Gesellschaft ist jedoch eine besondere Vermögensaufstellung abzugeben.

Bei inländischem Vermögen werden Einheitswerte des Betriebsvermögens festgestellt, wobei die Besitzposten (Anlage-, Umlaufvermögen) in der Regel mit dem Teilwert¹²⁾ angesetzt werden. Betriebsgrundstücke sind davon ausgenommen, weil sie wie Grundbesitz mit dem dafür vorgesehenen Einheitswert von 1964 (+ 40 v. H.) bewertet werden. Nach Abzug der in betrieblichem Zusammenhang stehenden Schulden wird das Betriebsvermögen auf volle 1 000 DM abgerundet und ergibt somit den Einheitswert des gewerblichen Betriebs. Auch ein verpachtetes gewerbliches Unternehmen ist immer dann ein gewerblicher Betrieb des Verpächters, wenn im wesentlichen das Anlagevermögen mitverpachtet ist.

Ist das inländische Betriebsvermögen, für das ein Einheitswert für Zwecke der Vermögensteuer festgestellt ist, insgesamt positiv, so bleibt für jedes Familienmitglied, dem Betriebsvermögen gehört, ein Betrag von maximal 125 000 DM außer Ansatz. Die Zahl der Veranlagungen war 1989 mit 212 232 geringfügig niedriger (— 586) als drei Jahre zuvor; die Summe des mit positiven Einheitswerten angesetzten Betriebsvermögens hat aber um 18,8% auf 202,0 Mrd. DM zugenommen. Durch den o. a. Freibetrag reduzierte sich der Ansatz um 23,8 Mrd. DM. Der verbleibende Betrag wird in der Regel mit 75 v. H. angesetzt, bei Betriebsvermögen, das auf Handelsschiffe¹³⁾ entfällt, nur mit 50 v. H., wenn sein Wert insgesamt positiv ist. Der Minderansatz machte 1989 insgesamt 44,9 Mrd. DM aus, so daß für mehr als 60 000 Veranlagte das Betriebsvermögen aus der Vermögensbesteuerung herausfiel und für 149 223 Veranlagungen noch insgesamt 133,3 Mrd. DM inländisches Betriebsvermögen zu versteuern war. 1989 machte die Begünstigung für Betriebsvermögen insgesamt 34,0%, 1986 noch 35,3% aus.

Sonstiges Vermögen

Fast alle veranlagten natürlichen Personen (99,3%) hatten Sonstiges Vermögen, das wiederum auch dem Betrag nach die bedeutendste Vermögensart war. Beim Sonstigen Vermögen, das sich überwiegend aus Kapital- und Geldvermögen zusammensetzt, sind die Vorschriften über besondere Freibeträge und Freigrenzen zu beachten. Beim Nachweis der Zahlungsmittel, Sparguthaben und dergleichen in Höhe von 146,8 Mrd. DM, die bei 866 452 Veranlagungen vorkamen, fehlt zum Beispiel ein Betrag

¹²⁾ Das ist der Betrag, den ein Erwerber des ganzen Unternehmens im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde

¹³⁾ Zur Ermittlung des begünstigten Vermögens sind vom Wert der Handelsschiffe die damit in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Schulden und Lasten abzuziehen

von 1,4 Mrd. DM, weil dieses Geldvermögen bereits durch den hierfür geltenden Freibetrag von je 1 000 DM für mehr als 1,4 Mill. Personen vermindert ist.

Statistisch besonders nachgewiesen wird der Freibetrag für Kapitalvermögen, der nach § 110 Abs. 2 Bewertungsgesetz für die dort genannten Wirtschaftsgüter (siehe auch Tabelle 4) je Steuerpflichtigen gewährt und nach § 110 Abs. 3 Bewertungsgesetz entsprechend der Zahl der Veranlagten vervielfacht wird. Dieser Freibetrag kam bei 944 936 Veranlagungen mit rund 1 570 000 einzeln oder zusammen veranlagten Personen vor. Die Höhe des statistisch erfaßten Abzugbetrags in Höhe von 15,4 Mrd. DM macht deutlich, daß in rund 30 000 Fällen das erklärte Kapitalvermögen niedriger als die Freibetragsgrenze war.

Nicht besonders nachgewiesene Freibeträge reduzieren in jedem Fall den statistisch dargestellten Wert, während bei Freigrenzen der gesamte Wert nur angesetzt wird, falls dieser die genannten Grenzen überschreitet. Deswegen sind alle Vermögenswerte der Steuerpflichtigen statistisch nicht nachweisbar, die unter diesen individuellen Befreiungsgrenzen geblieben sind. Dagegen besteht bei ohne Freibeträge nachgewiesenen Vermögenswerten die Möglichkeit, die fehlenden Freibeträge in etwa zuzuschätzen, wenn die Fallzahlen der veranlagten Vermögenswerte nach der Haushaltsgröße vorliegen.

Tabelle 4: Sonstiges Vermögen der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen 1989

Früheres Bundesgebiet
Ergebnis der Vermögensteuerstatistik

Sonstiges Vermögen	Fälle ¹⁾		Betrag		
	Anzahl	1986=100	Mill. DM	%	1986=100
Kapitalforderungen	637 145	128,4	75 588	15,5	130,6
Zahlungsmittel, Sparguthaben und dergleichen nach Abzug des Freibetrags	866 452	134,1	146 841	30,1	154,0
Anteile an Kapitalgesellschaften	324 844	125,3	168 115	34,5	113,3
Festverzinsliche Wertpapiere und Zerobonds	360 410	132,9	87 667	18,0	125,9
Investmentzertifikate und Anteile an offenen Immobilienfonds	98 378	262,4	9 286	1,9	307,7
Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	117 065	141,7	493	0,1	128,9
Kapitalvermögen insgesamt	944 936	132,2	487 989	100	130,3
Abzüglich: Freibetrag nach § 110 Abs. 2 und 3 BewG	944 936	132,2	15 412	x	128,8
Verbleibendes Kapitalvermögen			472 577	94,2	130,3
Ansprüche aus Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen nach Abzug des Freibetrags	156 183	130,7	8 911	1,8	155,6
Kapitalwert von Renten und Nießbrauchsrechten	58 927	105,1	13 393	2,7	105,8
Übriges sonstiges Vermögen	42 699	123,9	6 835	1,4	128,0
Insgesamt	947 727	132,0	501 715	100	129,9

¹⁾ Die Positionen dieser Spalte sind nicht addierbar, weil für die Steuerpflichtigen mehrere der in der Vorspalte angegebenen Nachweisungen zutreffen können.

Zum Sonstigen Vermögen gehören auch Ansprüche aus Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen, mit dem Kapitalwert angesetzte Renten- und Nießbrauchsrechte oder das sogenannte übrige Sonstige Vermögen (Edelmetalle, Edelsteine, Perlen, Münzen und Medaillen, Schmuckgegenstände, Bestände aus Edelmetall, Luxusgegenstände, Kunstgegenstände und Sammlungen).

Vom letztgenannten übrigen Sonstigen Vermögen brauchen zum Beispiel Schmuck, Tafelsilber und andere Luxusgegenstände (wertvolle Teppiche und Antiquitäten) nur angegeben werden, wenn ihr gemeiner Wert am Stichtag

insgesamt 10000 DM übersteigt. Im Falle der Zusammenveranlagung erhöht sich die Freigrenze von 10000 DM entsprechend der Anzahl der zusammen veranlagten Personen. Luxusgegenstände sind auch Rennställe, Motorflugzeuge (sofern nicht Betriebsvermögen), Segel- und Motorjachten, besonders wertvolle Personenkraftwagen und ähnliches. Die Rechtsprechung hat dabei den Grundsatz entwickelt, daß Wirtschaftsgüter, die zum Beispiel zu einer Wohnungseinrichtung gehören, nur dann Luxusgegenstände darstellen, wenn sie einen gehobenen Wohnstil eindeutig und zweifelsfrei überschreiten.¹⁴⁾

Für Kunstgegenstände und Sammlungen (z.B. Briefmarkensammlungen) beträgt die Freigrenze 20000 DM oder bei zusammen Veranlagten das entsprechende Vielfache davon. Davon sind wiederum Kunstgegenstände von noch lebenden Künstlern ausgenommen. Kunstsammlungen, wissenschaftliche Sammlungen, Bibliotheken und Archive werden von der Vermögensteuer befreit, wenn deren Erhaltung im öffentlichen Interesse liegt.

Bei Edelmetallen (z.B. Barrengold), Edelsteinen, Perlen, Münzen und Medaillen muß der Wert 1000 DM (bei Zusammenveranlagung das entsprechende Vielfache) übersteigen.

Für Ansprüche aus Rentenversicherungen und auf sonstige Renten und wiederkehrende Bezüge gelten ebenfalls besondere Befreiungsvorschriften. Die entsprechenden Angaben für Renten aus einer Witwen-, Waisen- oder Pensionskasse, betriebliche Alters- oder Invalidenrenten, Sozialversicherungsrenten und Renten aus einer Kranken- oder Unfallversicherung oder gesetzliche Versorgungsbezüge und ähnliches werden für die Gewährung des erhöhten Freibetrags wegen Alters oder wegen Behinderung in Höhe von 50000 DM bzw. 100000 DM herangezogen, falls die Versorgungsansprüche die Höhe von 4800 DM bzw. 9600 DM nicht übersteigen; die Versorgungsansprüche selbst sind jedoch von der Vermögensteuer befreit.

Auch steuerpflichtige Ansprüche aus Renten oder auf sonstige wiederkehrende Nutzungen und Leistungen, zum Beispiel Altenteile, Erbbauzinsen, Nießbrauch gehören nur insoweit zum Sonstigen Vermögen, wenn ihr Jahreswert insgesamt 4800 DM übersteigt. Dieser Freibetrag wird jedem Berechtigten über 60 Jahre im Falle einer Zusammenveranlagung gewährt.

Noch nicht fällige Ansprüche aus einer Rentenversicherung sind in vollem Umfang steuerfrei und statistisch nicht erfaßt, wenn diese mit Rücksicht auf ein Arbeits- oder Dienstverhältnis abgeschlossen wurden oder die Ansprüche erst fällig werden, wenn der Berechtigte das 60. Lebensjahr vollendet hat oder behindert ist. Nicht steuerfreie Ansprüche aus Lebens-, Kapital- oder Rentenversicherungen werden mit einem Betrag in Höhe von zwei Drittel der eingezahlten Prämien und Kapitalbeiträge oder dem gegebenenfalls niedrigeren Rückkaufswert bewertet. Für diese Versicherungsansprüche wird ein Freibetrag von 10000

DM gewährt, der im Falle einer Zusammenveranlagung entsprechend der Anzahl der Personen vervielfacht wird.

Schulden und sonstige Abzüge

Bei 679401 Veranlagungen wurden 1989 Schulden und ähnliches geltend gemacht, das sind 71,2% aller Fälle (1986: 74,1%). Der Anteil des Schuldenabzugs am Rohvermögen ging auf 15,1% (1986: 15,8%) zurück und betrug 121,8 Mrd. DM. Dabei dürfen nur Schulden abgezogen werden, die mit dem erklärten steuerpflichtigen Vermögen wirtschaftlich zusammenhängen, also nicht für eigenen Hausrat, Privat-Pkw usw. verwendet wurden. Da Schulden grundsätzlich mit dem Nennwert zu bewerten sind, entfällt oft die Vermögensteuerpflicht, wenn damit Grundbesitz finanziert ist, da wegen der sehr niedrigen Wertansätze für Grundbesitz die Schulden leicht über dem geltenden Einheitswert liegen können.

Vermögensverteilung und Großvermögen

Die Gliederung der Steuerpflichtigen nach der Höhe des Gesamtvermögens ist innerhalb von drei Jahren in zwei Ebenen dichter geworden, nämlich in den unteren Größenklassen bis 300000 DM Gesamtvermögen und in den oberen Größenklassen von 50 Mill. DM Gesamtvermögen und mehr; die relative Zunahme der Veranlagungen war in diesen Bereichen generell höher als für alle Veranlagungen zusammen. Auf die Veranlagten mit Gesamtvermögen bis unter 300000 DM, die knapp die Hälfte (48,9%) der natürlichen Personen stellten, kamen 1989 12,9% (1986: 11,8%) des insgesamt veranlagten Gesamtvermögens dieses Personenkreises. Mit 56,7% mehr Vermögensteuerpflichtigen war der Zuwachs in der Größenklasse 100 Mill. DM und mehr am ausgeprägtesten. Die in dieser Klasse nachgewiesenen 221 Veranlagten (1986: 141) besaßen 7,8% des Gesamtvermögens (1986: 7,0%).

Tabelle 5: Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen nach der Höhe des Gesamtvermögens 1989

Früheres Bundesgebiet
Ergebnis der Vermögensteuerstatistik

Gesamtvermögen von .. bis unter... DM	Steuerpflichtige		Gesamtvermögen		Jahressteuer- schuld	
	Anzahl	1986 = 100	Mill. DM	1986 = 100	Mill. DM	1986 = 100
unter 100 000 ...	39 906	137,4	3 495	137,8	2	148,9
100 000—200 000 ...	224 887	140,9	34 290	140,5	68	146,3
200 000—300 000 ...	202 382	135,2	50 010	135,0	128	138,6
300 000—400 000 ...	133 924	130,8	46 358	130,6	144	133,8
400 000—500 000 ...	85 803	127,5	38 287	127,4	133	129,4
500 000— 1 Mill. ...	161 592	124,4	110 834	124,0	438	124,9
1 Mill.— 2,5 Mill. ...	74 633	118,7	110 954	118,3	497	118,5
2,5 Mill.— 5 Mill. ...	18 166	117,9	82 286	118,0	296	118,1
5 Mill.—10 Mill. ...	7 689	120,8	52 796	120,9	257	121,0
10 Mill.—20 Mill. ...	3 303	121,9	45 142	121,7	222	121,7
20 Mill.—50 Mill. ...	1 593	126,6	47 872	125,4	237	125,4
50 Mill.—100 Mill. ...	405	133,7	27 140	131,8	135	132,2
100 Mill. und mehr ...	221	156,7	53 279	139,7	266	139,6
Insgesamt ...	954 504	131,3	682 743	125,7	2 824	125,6

Während der Anteil des Betriebsvermögens bei Steuerpflichtigen unter 2,5 Mill. DM Gesamtvermögen eine geringe Rolle spielte, hat hier nach dem Sonstigen Vermögen, das in allen Größenklassen am häufigsten vorkam, das Grundvermögen die dichteste Besetzung. Betriebsvermö-

¹⁴⁾ Siehe Urteil des Bundesfinanzhofs vom 17. Mai 1990 — IIR 181/87.

gen wird vorwiegend dagegen (nach Sonstigen Vermögen) in den darüberliegenden Größenklassen nachgewiesen.

Im früheren Bundesgebiet sind am 1. Januar 1989 106 010 natürliche Personen veranlagt worden, deren Gesamtvermögen 1 Mill. DM und mehr betrug. Das Vermögen dieses Personenkreises belief sich auf 399,5 Mrd. DM. Auf die Bevölkerungszahl des früheren Bundesgebiets am 31. Dezember 1988 bezogen, kamen auf je 10 000 Einwohner 17 „Millionäre“ (1986: 15). In den einzelnen Bundesländern schwankte diese Quote zwischen 28 (Hamburg) und 8 (Saarland). Beim Vergleich der Zuwachsraten hatte Schleswig-Holstein mit 26,5% die höchste Steigerungsrate, gefolgt vom Saarland (+ 24,6%), Baden-Württemberg (+ 23,1%), Rheinland-Pfalz (+ 22,0%) und Bayern

Tabelle 6: „Vermögensmillionäre“ nach Ländern und kreisfreien Städten oder Landkreisen mit den relativ meisten „Vermögensmillionären“ 1989
Früheres Bundesgebiet
Ergebnis der Vermögensteuerstatistik

Länder und kreisfreie Städte oder Landkreise	Steuerpflichtige			
	Anzahl	%	1986 = 100	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	3 544	3,3	126,5	14
Stormarn	421	0,4	132,0	22
Hamburg	4 509	4,3	105,8	28
Niedersachsen	9 227	8,7	117,2	13
Hannover	1 225	1,2	99,9	25
Bremen-Land	1 260	1,2	112,1	19
Bremen-Stadt	1 152	1,1	112,5	22
Nordrhein-Westfalen	29 627	27,9	117,5	18
Düsseldorf	2 087	2,0	111,8	37
Hessen	9 052	8,5	116,7	16
Hochtaunuskreis	910	0,9	103,3	44
Rheinland-Pfalz	4 222	4,0	122,0	12
Pirmasens	120	0,1	108,1	25
Baden-Württemberg	18 457	17,4	123,1	20
Baden-Baden	322	0,3	110,3	63
Bayern	20 748	19,6	121,9	19
Starnberg	692	0,7	114,2	62
Saarland	840	0,8	124,6	8
Stadtverband Saarbrücken	395	0,4	120,4	11
Berlin(West)	4 524	4,3	116,5	22
Früheres Bundesgebiet	106 010	100	119,0	17

(+ 21,9%); in diesen Bundesländern lag die Zahl der „Vermögensmillionäre“ 1989 jeweils um mehr als ein Fünftel über derjenigen von 1986. Dagegen verzeichnete Hamburg mit nur 5,8% mehr „Millionären“ den geringsten Zuwachs. Von dem am dichtesten je Land besetzten Kreisen bzw. kreisfreien Städten standen wiederum Baden-Baden mit 63, Starnberg mit 62 und der Hochtaunuskreis mit 44

„Millionären“ je 10 000 Einwohnern an führender Stelle in den jeweiligen Bundesländern, wenn auch hier die Zuwächse unter dem allgemeinen Niveau blieben. Diesbezüglich legte der Kreis Stormarn mit 32,0% mehr „Millionären“ am meisten zu.

Haushaltsgrößen und Beteiligung am Erwerbsleben

Die Ergebnisse in der Gliederung nach Haushaltsgrößen weisen gegenüber 1986 gewisse strukturelle Verschiebungen auf, die möglicherweise auch demographisch bedingt sind. Die Zahl der Veranlagten hat zwar in fast allen Haushaltsgrößen zugenommen, am wenigsten jedoch bei den Veranlagten mit Kindern, wobei mit (soweit feststellbar) zunehmender Kinderzahl eine immer geringer werdende Aufwärtsentwicklung, bei Haushalten mit drei und mehr Kindern sogar eine Abnahme um 2,9% eintrat. Die Gesamtzunahme der Veranlagungen um 31,3% beruht hauptsächlich auf der Entwicklung bei den Alleinstehenden ohne Kind (+ 37,1%), die damit 52,8% aller Veranlagungen stellten. Durch die persönlichen Freibeträge kommt bei den Mehrpersonenhaushalten erst eine Vermögensteuerveranlagung mit höherem Gesamtvermögen in Frage. Deshalb stellen diese Haushaltstypen einen größeren Anteil am Gesamtvermögen bzw. an der Steuerschuld, als es ihrer Häufigkeit bei den Steuerpflichtigen entspricht. Das meiste Gesamtvermögen entfiel mit 38,1% auf die Haushalte von Ehegatten ohne Kinder.

Die Zuordnung zu einer der zehn Arten der Erwerbstätigkeit nehmen die Steuerpflichtigen durch entsprechendes Ankreuzen in den Vermögensteuererklärungen selbst vor. Nach den Bundesergebnissen aufgrund dieser Angaben setzte sich auch 1989 der Zuwachs der Nichtselbständigen (+ 62,4%) verstärkt fort. Sie stellten 1989 18,0% (1980: 10,9%, 1983: 12,2%, 1986: 14,5%) aller Veranlagten. Ihr Anteil am Gesamtvermögen wuchs im gleichen Zeitraum von 9,5% (1980) auf 14,5% (1989). Der Anteil der selbständigen Steuerpflichtigen ging von 50,9% (1980) auf 27,9% (1989) zurück, sie besaßen 1989 noch 50,8% der Vermögenswerte (1980: 67,4%). Nach der Häufigkeit bauten die Nichterwerbstätigen mit 54,1% den ersten Platz weiter aus, wobei ihre Zuwachsraten gegenüber 1986 zwischen denen der beiden anderen sozialen Gruppen lagen (+ 40,4% bei den Steuerpflichtigen, + 35,4% beim Gesamtvermögen).

Tabelle 7: Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen nach Haushaltsgröße
Früheres Bundesgebiet
Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik

Haushaltsgröße	Steuerpflichtige				Rohvermögen				Gesamtvermögen				Jahressteuerschuld			
	1986		1989		1986		1989		1986		1989		1986		1989	
	Anzahl	%	1986 = 100	Mill. DM	%	1986 = 100	Mill. DM	%	1986 = 100	Mill. DM	%	1986 = 100	Mill. DM	%	1986 = 100	
Alleinstehende ohne Kind	367 794	504 343	52,8	137,1	211 789	272 581	33,9	128,7	187 093	241 442	35,4	129,0	799	1 021	36,1	127,8
Alleinstehende mit Kindern	16 244	18 558	1,9	114,2	22 449	21 074	2,6	93,9	18 523	17 270	2,5	93,2	79	71	2,5	89,9
Ehegatten ohne Kind	239 559	316 527	33,2	132,1	231 205	303 630	37,7	131,3	197 109	260 374	38,1	132,1	803	1 061	37,6	132,1
Ehegatten mit 1 Kind	52 436	61 325	6,4	117,0	65 955	80 584	10,0	122,2	52 143	63 944	9,4	122,6	205	254	9,0	124,2
Ehegatten mit 2 Kindern	38 005	41 152	4,3	108,3	69 048	83 773	10,4	121,3	53 442	65 832	9,6	123,2	214	271	9,6	126,9
Ehegatten mit 3 und mehr Kindern	12 972	12 599	1,3	97,1	44 684	42 862	5,3	95,9	34 845	33 882	5,0	97,2	150	146	5,2	97,3
Insgesamt	727 010	954 504	100	131,3	645 129	804 503	100	124,7	543 155	682 743	100	125,7	2 249	2 842	100	125,6

Tabelle 8. Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen nach der Beteiligung am Erwerbsleben

Früheres Bundesgebiet
Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik

Beteiligung am Erwerbsleben	Steuerpflichtige				Rohvermögen				Gesamtvermögen				Jahressteuerschuld			
	1986		1989		1986		1989		1986		1989		1986		1989	
	Anzahl	%	1986 = 100	Mill DM	%	1986 = 100	Mill. DM	%	1986 = 100	Mill DM	%	1986 = 100	Mill DM	%	1986 = 100	
Erwerbstatige	359 126	437 852	45,9	121,9	452 782	545 925	67,9	120,6	368 189	445 848	65,3	121,1	1 566	1 908	67,6	121,9
Selbständige	253 527	266 311	27,9	105,0	368 949	425 867	52,9	115,4	299 054	346 707	50,8	115,9	1 293	1 525	54,0	118,0
Land- und Forstwirte	16 299	21 770	2,3	133,6	16 073	20 674	2,6	128,6	12 550	16 173	2,4	128,9	50	64	2,3	129,2
Gewerbetreibende	184 276	184 186	19,3	100,0	279 793	323 555	40,2	115,6	229 075	267 250	39,1	116,7	998	1 192	42,2	119,4
Freie Berufe	45 839	50 031	5,2	109,1	48 114	56 800	7,1	118,1	37 647	44 770	6,6	118,9	151	183	6,5	121,9
Sonstige	7 113	10 324	1,1	145,1	24 969	24 839	3,1	99,5	19 782	18 513	2,7	93,6	94	85	3,0	90,9
Nichtselbständige	105 599	171 541	18,0	162,4	83 833	120 058	14,9	143,2	69 134	99 141	14,5	143,4	273	383	13,6	140,4
Arbeiter	8 296	18 320	1,9	220,8	2 414	4 860	0,6	201,3	2 178	4 473	0,7	205,3	6	13	0,5	203,6
Angestellte	74 881	119 360	12,5	159,4	66 536	94 158	11,7	141,5	54 347	76 664	11,2	141,1	219	303	10,7	138,3
Beamte	15 839	24 595	2,6	155,3	8 797	12 026	1,5	136,7	7 583	10 561	1,5	139,3	27	36	1,3	135,6
Sonstige	6 583	9 266	1,0	140,8	6 086	9 014	1,1	148,1	5 027	7 443	1,1	148,1	21	32	1,1	149,7
Nicht-erwerbstatige	367 884	516 652	54,1	140,4	192 347	258 578	32,1	134,4	174 966	236 895	34,7	135,4	684	916	32,4	134,0
Rentner, Pensionäre u. a. 2)	320 952	463 889	48,6	144,5	151 670	206 331	25,6	136,0	139 654	191 288	28,0	137,0	531	715	25,3	134,7
Sonstige	46 932	52 763	5,5	112,4	40 677	52 246	6,5	128,4	35 313	45 607	6,7	129,2	153	201	7,1	131,7
Insgesamt	727 010	954 504	100	131,3	645 129	804 503	100	124,7	543 155	682 743	100	125,7	2 249	2 824	100	125,6

1) Einschl. mithelfender Familienangehöriger, Heimarbeiter, Auszubildender u. ä. — 2) Einschl. Personen, die nach Abschluß einer früheren Erwerbstatigkeit eine Versorgung ähnlicher Art erhalten

Innerhalb dieser Gruppen fallen besonders die Entwicklungen bei den Arbeitern (120,8% mehr Steuerpflichtige und 105,3% mehr Gesamtvermögen) und bei den Gewerbetreibenden auf. Letztere stagnierten nach der Anzahl und verzeichneten mit + 16,7% höherem Gesamtvermögen die geringste Steigerungsrate, wenn man von der Entwicklung bei den sonstigen Selbständigen absieht, bei denen trotz 45,1% mehr Steuerpflichtigen das nachgewiesene Gesamtvermögen um 6,4% abnahm. Vermutlich ist die Eigenzuordnung der Steuerpflichtigen in diese „Aufangposition“ wenig aussagekräftig.

Nichtnatürliche Personen

Für die 86045 erfaßten unbeschränkt steuerpflichtigen nichtnatürlichen Personen ist ein Gesamtvermögen in Hö-

he von 433,7 Mrd. DM festgestellt und eine Jahressteuerschuld von 2598 Mill. DM festgesetzt worden. Ihre Gesamtzahl hat sich gegenüber 1986 um 25,1%, ihr steuerpflichtiges Gesamtvermögen gleichzeitig um 11,5% erhöht.

Zu dem Zuwachs sowohl von der Anzahl als auch vom Vermögen her haben vor allem kleinere Gesellschaften mit einem Gesamtvermögen von bis zu 500 000 DM beigetragen; sie stellten damit 66,6% (1986: 64,3%) der Steuerpflichtigen, aber nur 2,0% (1986: 1,7%) des Vermögens. Auf die betragsmäßig bedeutendste Vermögensgruppe (200 Mill. DM und mehr) entfiel wie 1986 die Hälfte des steuerpflichtigen Vermögens dieses Personenkreises, obwohl nur 345 Steuerpflichtige, das sind 0,4% aller verantwortlichen nichtnatürlichen Personen, zu dieser Gruppe zählten.

Tabelle 9: Unbeschränkt steuerpflichtige nichtnatürliche Personen nach der Höhe des Gesamtvermögens und Rechtsformen 1989

Früheres Bundesgebiet
Ergebnis der Vermögensteuerstatistik

Gesamtvermögen von . . . bis unter . . . DM Rechtsform	Steuerpflichtige			Gesamtvermögen			Jahressteuerschuld		
	1989		1986 = 100	1989		1986 = 100	1989		1986 = 100
	Anzahl	%	Mill DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
unter 30 000	4 697	5,5	130,7	116	0,0	130,5	1	0,0	130,6
30 000 — 50 000	7 936	9,2	130,0	312	0,1	130,0	2	0,1	130,0
50 000 — 100 000	13 755	16,0	129,4	997	0,2	129,6	6	0,2	129,6
100 000 — 150 000	8 580	10,0	129,8	1 059	0,2	129,9	6	0,2	129,9
150 000 — 250 000	10 228	11,9	131,3	1 994	0,5	131,1	12	0,5	131,1
250 000 — 500 000	12 067	14,0	127,1	4 263	1,0	126,8	26	1,0	126,8
500 000 — 1 Mill.	9 045	10,5	121,1	6 421	1,5	120,8	38	1,5	120,9
1 Mill. — 5 Mill.	12 409	14,4	115,7	28 057	6,5	116,8	168	6,5	116,8
5 Mill. — 10 Mill.	2 773	3,2	113,7	19 866	4,5	114,7	118	4,5	114,8
10 Mill. — 200 Mill.	4 210	4,9	116,5	151 415	34,9	113,6	907	34,9	113,6
200 Mill. und mehr	345	0,4	116,9	219 433	50,6	108,5	1 314	50,6	108,6
Insgesamt	86 045	100	125,1	433 733	100	111,5	2 598	100	111,6
Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Bergrechtliche Gewerkschaften	1 838	2,1	106,7	191 987	44,3	106,2	1 149	44,2	106,3
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	74 704	86,8	130,3	161 364	37,2	125,6	967	37,2	125,6
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	4 838	5,6	91,7	19 920	4,6	112,4	120	4,6	112,4
Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	115	0,1	95,0	3 895	0,9	79,6	23	0,9	79,5
Kreditanstalten des öffentlichen Rechts	607	0,7	97,3	43 368	10,0	96,2	260	10,0	96,2
Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	744	0,9	96,5	5 960	1,4	94,3	36	1,4	94,3
Sonstige nichtnatürliche Personen	3 199	3,7	109,6	7 240	1,7	130,1	43	1,7	130,1

Von den einzelnen Rechtsformen stellten die Gesellschaften mit beschränkter Haftung 86,8% der Steuerpflichtigen, sie beeinflussten mit 30,3% mehr Gesellschaften deutlich das Gesamtergebnis. Auch zum Vermögensvolumen trugen sie mit + 25,6% neben den weniger bedeutenden Sonstigen nichtnatürlichen Personen, die 30,1% Vermögenszuwachs verzeichneten, am meisten bei. Die Gruppe der Aktiengesellschaften nahm ebenfalls zu (+ 6,7%), erzielte aber nur einen Vermögenszuwachs von 6,2%. Dennoch hatten sie mit 44,3% (1986: 46,5%) noch den höchsten Anteil am Gesamtvermögen.

Dipl.-Volkswirt Roland Schöffel

Aufwendungen für Kinder

Vorbemerkung

Die Ermittlung der Höhe der Lebenshaltungskosten von Kindern ist seit vielen Jahren ein zentrales Anliegen der Familienpolitik und der Sozialwissenschaften. Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsmäßigkeit von § 10 Absatz 2 bzw. § 11 Absatz 2 des Kindergeldgesetzes bzw. von § 32 des Einkommensteuergesetzes (steuerfreier Grundfreibetrag) vom 29. Mai¹⁾ bzw. 12. Juni 1990²⁾ und vom 25. September 1992³⁾ hat diese Frage zusätzlich an Bedeutung gewonnen.

In der Vergangenheit sind von den verschiedensten Institutionen und Organisationen Berechnungen und Schätzungen anhand der Ausgabenstrukturen von Haushalten vorgelegt worden. Meist lagen derartigen Aussagen die Ergebnisse der Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte zugrunde. Erhebungs- und Darstellungseinheit dieser Erhebung ist aber der Haushalt und nicht das einzelne Haushaltsmitglied. In der Vergangenheit wurde deshalb durch schematische Rechenoperationen teilweise eine Aufteilung auf Erwachsene und Kinder vorgenommen.⁴⁾ Die einfachste Form war die Pro-Kopf-Rechnung, wie sie zum Beispiel im Dritten Familienbericht der Sachverständigenkommission der Bundesregierung⁵⁾ zu finden ist. Etwas differenzierter, aber nicht weniger formalistisch war die Verbrauchseinheitenrechnung, auf der das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit über „Leistungen für die nachwachsende Generation in der Bundesrepublik Deutschland“ aus dem Jahr 1979 basierte.⁶⁾ Modifiziert war das Verfahren, das für die Berechnung der Ausgaben für Kinder der in den laufenden Wirtschaftsrechnungen der amtlichen Statistik erfaßten Ehepaare mit Kindern entwickelt wurde⁷⁾, weil hier zumindest bei einem Teil der Ausgaben direkt auf die den Kindern zurechenbaren Beträge zurückgegriffen werden konnte. Es handelt sich jedoch auch hier im wesentlichen um eine Modellrechnung, die lediglich Bandbreiten der Kinderkosten aufzeigt.

Das (frühere) Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (jetzt: für Familie und Senioren) hat bereits Anfang der 80er Jahre nach Vorarbeiten des Insti-

tuts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik in Köln (ISG) eine Arbeitsgruppe „Lebenshaltungsaufwendungen Kinder“ gebildet, der Vertreter des Bundesministeriums für Justiz, des ISG und des Statistischen Bundesamtes sowie von verschiedenen wissenschaftlichen Instituten angehörten. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe war es, ein Verfahren zu entwickeln, um anhand der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 und anderer Erhebungen erstmals eine auf mikroökonomisch ermittelten Daten gestützte Aufteilung von Haushaltsaufwendungen auf Erwachsene und Kinder vornehmen zu können.

Besondere Bedeutung kam dabei den Bereichen „Ernährung“ und „Verkehr“ zu, für die eine Differenzierung nicht unmittelbar aus den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 abgeleitet werden konnte. Deshalb wurden Forschungsaufträge zur Entwicklung adäquater Verteilungsschlüssel vergeben. Das Institut für Sozialökonomik des Haushalts der Technischen Universität München-Weihenstephan entwickelte unter Zugrundelegung der Nationalen Verzehrstudie Mengenschlüssel für die in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 signierten Lebensmittelgruppen, die eine Aufteilung der Haushaltsausgaben für Nahrungsmittel und Getränke auf Erwachsene und Kinder ermöglichen. Die Ergebnisse dieser Arbeiten liegen in Form eines Forschungsberichtes „Bestimmung von personengruppenspezifischen Mengenschlüsseln für EVS-Lebensmittelgruppen“ (1991) vor.

Außerdem erarbeitete das Institut für angewandte Verkehrs- und Tourismusforschung e.V., Heilbronn, auf der Datengrundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 und der beiden repräsentativen Haushaltsbefragungen zum Verkehrsverhalten KONTIV 82 und Kinder-KONTIV 84—85 Aufteilungsschlüssel für die Zuordnung der Verkehrsausgaben in Familienhaushalten auf Eltern und Kinder. Einzelheiten enthält der Forschungsbericht „Verkehrsausgaben für Kinder in unterschiedlichen Haushaltstypen“ (1990).

Außerdem wurde zu Kontrollzwecken ein mathematisches Verfahren der Aufteilung von Haushaltsaufwendungen auf Haushaltsmitglieder angewandt. Die Untersuchung des Instituts für Ernährungswissenschaft und Verbrauchslehre der Christian-Albrechts-Universität Kiel wird im Forschungsbericht „Ermittlung des Einflusses von Kindern auf den Privaten Verbrauch mit Hilfe des Functionalized Extended Linear Expenditure System (FELES)“ (1991) dargestellt.

Darüber hinaus konnte auch in weiteren Einzelfällen nicht auf statistisch ermittelte Werte zurückgegriffen werden. Hier mußten von der Arbeitsgruppe normative Ansätze vorgegeben werden. So wurden zum Beispiel geleistete Einkommensübertragungen und die Ersparnis ausschließlich den Erwachsenen zugerechnet, so daß lediglich die Aufwendungen für den Privaten Verbrauch auf Erwachsene und Kinder aufgeteilt wurden. Innerhalb dieser Aufwendungen wurden die Ausgaben für Energie mangels geeigneter Statistiken pro Kopf auf die Haushaltsmitglieder aufgeteilt. Käufe von hochwertigen, langlebigen Gebrauchsgütern, zum Beispiel Personenkraftwagen,

¹⁾ Siehe Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 82. Band, Nr. 7, S. 60.

²⁾ Siehe Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 82. Band, Nr. 12, S. 198.

³⁾ Siehe Neue Juristische Wochenschrift 1992, Heft 49, S. 3153.

⁴⁾ Siehe Leitner, U.: „Verfahren der Ermittlung des Kostenaufwandes für Kinder, für Waren und Dienstleistungen zur Deckung des Lebensunterhalts von Kindern“, Sonderveröffentlichung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt 1982, S. 30ff.; ferner Kottkamp, M.: „Möglichkeiten und Probleme bei der Erfassung von Kinderkosten“ in Karg, G. (Hrsg.): „Haushaltswissenschaftliche Erklärungsmodelle für die Verfügbarkeit und Verwendung von Ressourcen in Haushalten mit Kindern“, Studien zur Haushaltsökonomie 7, Frankfurt 1992, S. 73ff.

⁵⁾ Bundestagsdrucksache 8/3121, Bonn 1979.

⁶⁾ Band 73 der Schriftenreihe des BMJFG, Stuttgart 1979.

⁷⁾ Siehe Euler, M.: „Zur Problematik der Ermittlung des Unterhaltsbedarfs und der Unterhaltskosten eines Kindes“ in WiSta 5/1974, S. 320ff.

wurden dagegen im Zweifel — das heißt, wenn nicht anders angegeben — als Ausgaben für die Erwachsenen verbucht. Für die Aufteilung der Wohnungsmieten bzw. der Mietwerte von Eigentumswohnungen wurde die Relation zwischen der erstmals in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 erhobenen Wohnfläche der Kinderzimmer und der für die übrigen Räume verbleibenden Wohnfläche herangezogen.

In die Berechnung einbezogen wurden aus Kosten- und Zeitgründen nur Alleinerziehende mit einem Kind unter 18 Jahren sowie Ehepaare mit einem Kind bzw. mit zwei Kindern unter 18 Jahren. Insgesamt liegen den Ergebnissen die Unterlagen von rund 6000 Haushalten zugrunde. Wichtig erscheint der Hinweis auf die Abgrenzung der Familientypen in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Erfaßt wurden

— Alleinerziehende mit einem Kind unter 18 Jahren ohne zusätzliche Personen im Haushalt, die einen eigenen Haushalt führten.

Nicht einbezogen sind also Alleinerziehende mit einem Kind unter 18 Jahren, die mit weiteren Personen in einem Haushalt leben.

— Ehepaare mit einem Kind unter 18 Jahren ohne zusätzliche Personen im Haushalt.

Nicht einbezogen sind also weder Ehepaare mit einem Kind unter 18 Jahren, die mit weiteren Personen in einem Haushalt leben, noch unverheiratete Lebenspartner mit einem Kind unter 18 Jahren (gleichgültig, ob ohne oder mit zusätzlichen Personen im Haushalt).

— Ehepaare mit zwei Kindern, beide unter 18 Jahren, ohne zusätzliche Personen im Haushalt.

Nicht einbezogen sind also weder Ehepaare mit zwei Kindern unter 18 Jahren, die mit weiteren Personen in einem Haushalt leben, noch unverheiratete Lebenspartner mit zwei Kindern unter 18 Jahren (gleichgültig, ob ohne oder mit zusätzlichen Personen im Haushalt).

Nicht erfaßt wurden ferner Haushalte von Ausländern, Haushalte mit besonders hohen Nettoeinkommen (monatlich 25 000 DM und mehr) sowie Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. Die hochgerechneten Haushaltszahlen sind somit aus definitorischen Gründen nicht mit den familienstatistischen Ergebnissen des Mikrozensus vergleichbar; sie liegen erheblich unter den letztgenannten.

Tabelle 1 vermittelt einen Überblick über die sozio-demographische Struktur der erfaßten Familientypen. Sie zeigt, daß sowohl hinsichtlich der sozialen Stellung und des Alters der Bezugsperson als auch hinsichtlich des Alters der Kinder und der Einkommensgliederung erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Familientypen bestehen, die bei der Analyse der im folgenden dargestellten Aufwendungen für den Privaten Verbrauch je Haushalt, je Erwachsener und je Kind berücksichtigt werden müssen. So waren beispielsweise bei Alleinerziehenden die Kinder deutlich älter als bei Ehepaaren mit einem Kind (bei Ehepaaren mit zwei Kindern ist ein Nachweis wegen der Fülle der denkbaren Alterskombinationen der Kinder nur erfolgt,

wenn beide Kinder der gleichen Altersgruppe angehörten) Nur rund 20% der Kinder von Alleinerziehenden waren jünger als 6 Jahre, das ist weniger als die Hälfte des Anteils dieser Altersgruppe bei Ehepaaren mit einem Kind. Beachtlich sind auch die Unterschiede in der Altersstruktur der Bezugspersonen bei Ehepaaren mit einem Kind und mit zwei Kindern. Bei den Ehepaaren mit einem Kind entfiel auf Bezugspersonen im Alter von 45 und mehr Jahren ein Anteil von 28%, bei den Ehepaaren mit zwei Kindern von nur 16%; dafür war bei letzteren die Altersgruppe von 35 bis unter 45 Jahren mit knapp 55% wesentlich stärker besetzt als bei den Ehepaaren mit einem Kind (rund 35%). Noch wichtiger als das Alter der Kinder ist freilich die wirtschaftliche Situation der Haushalte. Die Gliederung der Haushalte nach dem monatlichen Haus-

Tabelle 1 Sozio-ökonomische Daten für private Haushalte¹⁾ von Alleinerziehenden mit einem Kind²⁾ sowie von Ehepaaren mit einem und zwei Kind(ern)²⁾ 1988

Früheres Bundesgebiet
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Alleinerziehende mit 1 Kind	Ehepaare mit	
		1 Kind	2 Kindern
1000			
Haushalte insgesamt	392	1 980	1 683
Prozent nach der sozialen Stellung der Bezugsperson			
Selbständige(r)	1	(8,2)	11,5
Beamtin, Beamter	(4,8)	11,1	14,7
Angestellte(r)	32,8	34,6	36,1
Arbeiter(in)	1	(37,5)	32,5
Arbeitslose(r)	(17,0)	(3,3)	(2,7)
Nichterwerbstätige(r)	(27,0)	(5,3)	1
nach dem Alter der Bezugsperson			
von . . bis unter . . . Jahren			
unter 35	36,1	36,8	29,3
35 — 45	34,0	35,1	54,7
45 — 55	24,8	21,2	14,3
55 und mehr	1	6,9	(1,7)
nach dem Alter der Kinder			
von . . bis unter . . . Jahren			
unter 6	(19,9)	42,2	x
6 — 12	34,7	24,2	x
12 — 18	45,4	33,6	x
nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen			
von . . bis unter . . . DM			
unter 1 500	(23,7)	1	1
1 500 — 2 000	(23,2)	1	1
2 000 — 2 500	(17,6)	(4,7)	(2,4)
2 500 — 3 000	(16,6)	12,8	8,8
3 000 — 4 000	(10,5)	29,5	26,4
4 000 — 5 000	(5,1)	20,9	22,3
5 000 — 25 000	(3,3)	27,9	39,1

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften — ²⁾ Kinder unter 18 Jahren.

haltsnettoeinkommen macht deutlich, daß die Alleinerziehenden mit einem Kind finanziell am schlechtesten gestellt sind. Fast die Hälfte von ihnen verfügte lediglich über ein Nettoeinkommen von weniger als 2 000 DM, fast ein Viertel sogar nur über ein solches von weniger als 1 500 DM. Das ist angesichts des hohen Anteils von Arbeitslosen (17%) und von Nichterwerbstätigen (27%) an allen Alleinerziehenden mit einem Kind nicht verwunderlich.

Die unterschiedliche ökonomische Situation der dargestellten Familientypen verdeutlicht sich durch die Darstellung des gesamten Haushaltsbudgets (siehe Tabelle 2). Danach beliefen sich die ausgabefähigen Einkommen und

Tabelle 2: Haushaltsbudget in privaten Haushalten¹⁾ von Alleinerziehenden mit einem Kind²⁾ sowie von Ehepaaren mit einem und zwei Kind(ern)²⁾ 1988

Früheres Bundesgebiet
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Alleinerziehende mit 1 Kind		Ehepaare mit 1 Kind			Ehepaare mit 2 Kindern			
	DM	%	DM	%	Alleinerziehende = 100	DM	%	Alleinerziehende = 100	Ehepaare mit 1 Kind = 100
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 495	100	4 249	100	170	4 802	100	192	113
Privater Verbrauch	2 178	87,3	3 543	83,4	163	3 779	78,7	174	107
Übrige Ausgaben ³⁾	198	7,9	494	11,6	249	588	12,2	297	119
Ersparnis	119	4,8	212	5,0	178	435	9,1	366	205

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. — ²⁾ Kinder unter 18 Jahren. — ³⁾ Geleistete Einkommensübertragungen (Versicherungsbeiträge, Vereinsbeiträge, Unterhaltszahlungen u. ä.).

Einnahmen von Alleinerziehenden mit einem Kind im Durchschnitt je Haushalt und Monat auf 2 495 DM. Davon wurden 2 178 DM (87,3%) für den Privaten Verbrauch und 198 DM (7,9%) für sonstige Ausgaben aufgewendet, so daß lediglich 119 DM (4,8%) für die Ersparnisbildung (einschließlich Rückzahlung von Schulden) übrigblieben. Die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen der Ehepaare mit einem Kind beliefen sich auf 4 249 DM, waren also um 70% höher als diejenigen der Alleinerziehenden mit einem Kind. Trotzdem lag die Sparquote bei beiden Familientypen etwa gleich niedrig bei rund 5%. Ehepaare mit zwei Kindern hatten mit 4 802 DM absolut und im Verhältnis zu den Alleinerziehenden mit einem Kind auch relativ die höchsten ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen. Sie verfügten also im Schnitt monatlich über 553 DM mehr als Ehepaare mit einem Kind. Von diesem Mehrbe-

trag entfielen aber nur 236 DM (42,7%) auf den Privaten Verbrauch, ein fast gleich hoher Betrag (223 DM, 40,3%) auf die Ersparnisbildung. Die Sparquote der Ehepaare mit zwei Kindern war deshalb mit 9,1% fast doppelt so hoch wie die der beiden anderen Familientypen.

Kinderkosten bei Alleinerziehenden

Im Durchschnitt aller Alleinerziehenden mit einem Kind unter 18 Jahren wurden 1988 pro Haushalt und Monat insgesamt 2 178 DM für den Privaten Verbrauch ausgegeben; davon entfielen 1 634 DM (75,0%) auf den Erwachsenen, 544 DM (25,0%) auf das Kind (siehe Tabelle 3). Beim Erwachsenen waren die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren mit 23,9% der Gesamtaufwendungen anteilmäßig die stärkste Ausgabengruppe, dicht

Tabelle 3: Aufwendungen für den Privaten Verbrauch in privaten Haushalten¹⁾ von Alleinerziehenden mit einem Kind²⁾ 1988 nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen, Erwachsenen und Kindern

Früheres Bundesgebiet
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Ausgabengruppe	Haushalte insgesamt			Darunter mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von . . . bis unter . . . DM														
				unter 1 500			1 500 — 2 000			2 000 — 2 500			2 500 — 3 000			3 000 — 4 000		
	Haus-halt	Er-wach-sener	Kind	Durchschnittliche Aufwendungen je Monat und je														
	Haus-halt	Er-wach-sener	Kind	Haus-halt	Er-wach-sener	Kind	Haus-halt	Er-wach-sener	Kind	Haus-halt	Er-wach-sener	Kind	Haus-halt	Er-wach-sener	Kind	Haus-halt	Er-wach-sener	Kind
Haushalte insgesamt	392	x	x	(93)	x	x	(91)	x	x	(69)	x	x	(65)	x	x	(41)	x	x
	DM																	
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt	473	391	82	(335)	(278)	(57)	(446)	(369)	(77)	(436)	(359)	(77)	(525)	(434)	(91)	(649)	(541)	(108)
Kleidung, Schuhe	195	134	61	(103)	(58)	(45)	(163)	(111)	(52)	(223)	(145)	(78)	(200)	(143)	(57)	(305)	(220)	(85)
Wohnungsmieten u. ä.	484	353	131	(368)	(265)	(103)	(451)	(325)	(126)	(467)	(344)	(123)	(485)	(359)	(126)	(601)	(425)	(176)
Energie	160	80	80	(138)	(69)	(69)	(158)	(79)	(79)	(163)	(82)	(81)	(162)	(83)	(79)	(179)	(90)	(89)
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	162	149	13	(89)	(82)	(7)	(158)	(148)	(10)	(138)	(127)	(11)	(158)	(146)	(12)	(220)	(201)	(19)
Gesundheits- und Körperpflege	102	86	16	(55)	(46)	(9)	(77)	(67)	(10)	(84)	(72)	(12)	(147)	(123)	(24)	(131)	(110)	(21)
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	270	214	56	(110)	(86)	(24)	(161)	(119)	(42)	(306)	(252)	(54)	(267)	(205)	(82)	(567)	(475)	(92)
Bildung, Unterhaltung und Freizeit	246	167	79	(104)	(65)	(39)	(198)	(138)	(80)	(252)	(173)	(79)	(333)	(223)	(110)	(414)	(267)	(147)
Uhren, Schmuck, Reisen u. ä.	85	59	26	(20)	(15)	(5)	(70)	(49)	(21)	(77)	(52)	(25)	(124)	(83)	(41)	(122)	(83)	(39)
Privater Verbrauch	2 178	1 634	544	(1 321)	(964)	(357)	(1 893)	(1 407)	(476)	(2 145)	(1 604)	(541)	(2 401)	(1 799)	(602)	(3 187)	(2 409)	(778)
	%																	
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt	21,7	23,9	15,1	(25,4)	(28,8)	(15,9)	(23,7)	(26,3)	(16,1)	(20,3)	(22,4)	(14,3)	(21,9)	(24,1)	(15,1)	(20,4)	(22,5)	(13,9)
Kleidung, Schuhe	9,0	8,2	11,2	(7,8)	(6,0)	(12,6)	(8,7)	(7,9)	(10,9)	(10,4)	(9,0)	(14,4)	(8,3)	(8,0)	(9,5)	(9,6)	(9,1)	(11,0)
Wohnungsmieten u. ä.	22,2	21,6	24,1	(27,8)	(27,5)	(28,8)	(24,0)	(23,1)	(26,4)	(21,8)	(21,4)	(22,8)	(20,2)	(20,0)	(20,9)	(18,8)	(17,6)	(22,7)
Energie	7,4	5,0	14,7	(10,4)	(7,2)	(19,3)	(8,4)	(5,6)	(16,6)	(7,6)	(5,1)	(15,0)	(6,7)	(4,6)	(13,1)	(5,6)	(3,7)	(11,5)
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	7,4	9,1	2,4	(6,7)	(8,5)	(1,9)	(8,4)	(10,5)	(2,1)	(6,4)	(7,9)	(2,1)	(6,6)	(8,1)	(2,0)	(6,9)	(8,3)	(2,5)
Gesundheits- und Körperpflege	4,7	5,3	2,9	(4,2)	(4,8)	(2,5)	(4,1)	(4,8)	(2,1)	(3,9)	(4,5)	(2,2)	(6,1)	(6,8)	(4,0)	(4,1)	(4,6)	(2,7)
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	12,4	13,1	10,3	(8,3)	(8,9)	(6,7)	(8,5)	(8,5)	(8,8)	(14,3)	(15,7)	(10,0)	(11,1)	(11,4)	(10,3)	(17,8)	(19,7)	(11,8)
Bildung, Unterhaltung und Freizeit	11,3	10,2	14,5	(7,9)	(6,7)	(10,9)	(10,5)	(9,8)	(12,6)	(11,7)	(10,8)	(14,6)	(13,9)	(12,4)	(18,3)	(13,0)	(11,1)	(18,9)
Uhren, Schmuck, Reisen u. ä.	3,9	3,6	4,8	(1,5)	(1,6)	(1,4)	(3,7)	(3,5)	(4,4)	(3,6)	(3,2)	(4,6)	(5,2)	(4,6)	(6,8)	(3,8)	(3,4)	(5,0)

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. — ²⁾ Kinder unter 18 Jahren.

gefolgt von den Aufwendungen für Wohnungsmieten (einschl. Mietwert der Eigentümerwohnung) mit 21,6%. Bei dem Kind nahmen die Aufwendungen für die Wohnung, die — wie erwähnt — mit Hilfe der Relation Wohnfläche der Kinderzimmer zur Restfläche der Wohnung ermittelt worden waren, mit Abstand die erste Stelle ein (24,1%). Bemerkenswert ist, daß die Aufwendungen für Energie (Heizung, Strom, Gas, Warmwasserversorgung) mit 14,7% einen fast so hohen Anteil an den Gesamtaufwendungen ausmachten wie die Aufwendungen für die Ernährung (15,1%); hier schlägt die normative Entscheidung, die Energiekosten pro Kopf zu verteilen, voll durch. Dagegen ist der hohe Anteil der Ausgaben für Bildung, Unterhaltung und Freizeit (14,5%) dadurch zu erklären, daß innerhalb dieser Ausgabengruppe eine Reihe von Positionen enthalten sind, die ganz oder überwiegend den Kindern zuzurechnen sind, so zum Beispiel die Ausgaben für Spielwaren, Kindergärten und -horte sowie für Musik-, Sport- und Nachhilfeunterricht.

Für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, die vom Kind verzehrt wurden, wurde bei den Alleinerziehenden lediglich ein durchschnittlicher Monatsbetrag von 82 DM ermittelt. Wahrscheinlich wird bei erwerbstätigen Alleinerziehenden das Kind häufig Mahlzeiten außer Haus einnehmen, die entweder kostenlos sind (Essen bei Verwandten),

oder deren Kosten in den Zahlungen für Kindergärten, Kinderhorte oder Tagesschulen bereits enthalten sind.

Die Höhe der Aufwendungen für das Kind werden entscheidend von der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens beeinflusst. Bei einem Nettoeinkommen unter 1 500 DM, wie es bei fast einem Viertel der Alleinerziehenden mit einem Kind unter 18 Jahren anzutreffen war (siehe Tabelle 1), konnten pro Monat lediglich 357 DM für das Kind ausgegeben werden, bei einem Nettoeinkommen von 3 000 bis unter 4 000 DM mehr als das Doppelte (siehe Tabelle 3). Bei steigendem Einkommen wurden insbesondere höhere Ausgaben für das Kind bei den Ausgabengruppen Uhren, Schmuck, Reisen u. ä., Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Bildung, Unterhaltung und Freizeit festgestellt. Entsprechend veränderte sich die Ausgabenstruktur der Aufwendungen für das Kind, während der Anteil dieser Ausgaben an den Gesamtausgaben des Haushalts für den Privaten Verbrauch vom verfügbaren Einkommen kaum tangiert wurde. Einschränkend zu bemerken ist, daß viele der hier dargestellten und die folgenden Ergebnisse über die Kinderkosten bei Alleinerziehenden wegen der geringen Zahl der erfaßten Haushalte statistisch nicht voll gesichert sind. Darauf wird dadurch aufmerksam gemacht, daß die betroffenen Werte mit einer Klammer versehen sind; außerdem können nicht alle Merkmalsausprägungen nachgewiesen werden.

Tabelle 4: Aufwendungen für den Privaten Verbrauch in privaten Haushalten¹⁾ von Alleinerziehenden mit einem Kind²⁾ 1988 nach sozialer Stellung der Bezugsperson, Erwachsenen und Kindern

Früheres Bundesgebiet

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Ausgabengruppe	Haushalte insgesamt			Darunter mit einer/einem . . . als Bezugsperson											
				Beamtin/Beamten			Angestellten			Arbeitslosen			Nichterwerbstätigen		
	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Durchschnittliche Aufwendungen je Monat und je											
Haus-halt				Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	
Haushalte insgesamt	392	x	x	(19)	x	x	129	x	x	(67)	x	x	(106)	x	x
	1 000														
	DM														
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt	473	391	82	(638)	(527)	(111)	497	411	86	(376)	(319)	(57)	(425)	(347)	(78)
Kleidung, Schuhe	195	134	61	(323)	(244)	(79)	239	166	73	(136)	(86)	(50)	(162)	(111)	(51)
Wohnungsmieten u. ä	484	353	131	(592)	(426)	(166)	487	348	139	(403)	(309)	(94)	(490)	(358)	(132)
Energie	160	80	80	(173)	(87)	(86)	161	81	80	(148)	(74)	(74)	(150)	(76)	(74)
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	162	149	13	(391)	(360)	(31)	181	165	16	(145)	(134)	(11)	(118)	(108)	(10)
Gesundheits- und Körperpflege	102	86	16	(390)	(316)	(74)	96	83	13	(56)	(47)	(9)	(78)	(63)	(15)
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	270	214	56	(494)	(408)	(86)	316	253	63	(143)	(109)	(34)	(219)	(168)	(51)
Bildung, Unterhaltung und Freizeit	246	167	79	(448)	(305)	(143)	304	210	94	(157)	(100)	(57)	(204)	(136)	(68)
Uhren, Schmuck, Reisen u. ä.	85	59	26	(166)	(119)	(47)	118	84	34	(58)	(46)	(12)	(49)	(35)	(14)
Privater Verbrauch	2 178	1 634	544	(3 616)	(2 790)	(826)	2 400	1 802	598	(1 622)	(1 223)	(399)	(1 895)	(1 401)	(494)
	%														
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt	21,7	23,9	15,1	(17,6)	(18,9)	(13,5)	20,7	22,8	14,4	(23,2)	(26,1)	(14,3)	(22,4)	(24,8)	(15,8)
Kleidung, Schuhe	9,0	8,2	11,2	(8,9)	(8,7)	(9,6)	10,0	9,2	12,2	(8,4)	(7,0)	(12,6)	(8,5)	(7,9)	(10,3)
Wohnungsmieten u. ä	22,2	21,6	24,1	(16,4)	(15,3)	(20,1)	20,3	19,3	23,2	(24,8)	(25,3)	(23,6)	(25,9)	(25,5)	(26,7)
Energie	7,4	5,0	14,7	(4,8)	(3,1)	(10,5)	6,7	4,5	13,4	(9,1)	(6,0)	(18,6)	(7,9)	(5,4)	(15,0)
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	7,4	9,1	2,4	(10,8)	(12,9)	(3,8)	7,5	9,2	2,7	(8,9)	(10,9)	(2,8)	(6,2)	(7,7)	(2,1)
Gesundheits- und Körperpflege	4,7	5,3	2,9	(10,8)	(11,3)	(9,0)	4,0	4,6	2,2	(3,5)	(3,8)	(2,3)	(4,1)	(4,5)	(3,1)
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	12,4	13,1	10,3	(13,7)	(14,6)	(10,4)	13,2	14,0	10,5	(8,8)	(8,9)	(8,5)	(11,6)	(12,0)	(10,3)
Bildung, Unterhaltung und Freizeit	11,3	10,2	14,5	(12,4)	(10,9)	(17,4)	12,7	11,7	15,7	(9,7)	(8,2)	(14,3)	(10,8)	(9,7)	(13,8)
Uhren, Schmuck, Reisen u. ä.	3,9	3,6	4,8	(4,6)	(4,3)	(5,7)	4,9	4,7	5,7	(3,6)	(3,8)	(3,0)	(2,6)	(2,5)	(2,9)

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. — ²⁾ Kinder unter 18 Jahren.

Das Einkommen und die Aufwendungen für den Privaten Verbrauch werden von der sozialen Stellung der Bezugsperson, die bei Alleinlebenden mit einem Kind unter 18 Jahren in der Regel der einzige Einkommensbezieher ist, wesentlich bestimmt. Am höchsten waren die Ausgaben für den Privaten Verbrauch in Haushalten von Alleinerziehenden mit einem Kind, deren Bezugsperson Beamtin oder Beamter war (Ergebnisse für selbständig tätige Alleinerziehende konnten wegen der geringen Fallzahl nicht nachgewiesen werden). Sie beliefen sich auf 3616 DM, von denen 2790 DM auf die Bezugsperson und 826 DM auf das Kind entfielen (siehe Tabelle 4). Am niedrigsten waren die Ausgaben bei arbeitslosen Alleinerziehenden mit einem Kind unter 18 Jahren; hier beliefen sich die Gesamtaufwendungen für den Privaten Verbrauch auf 1 622 DM (1 223 DM für die Bezugsperson, 399 DM für das Kind). Trotz der erheblichen Unterschiede in der Höhe der Ausgaben bleiben die Anteile der auf das Kind entfallenden Beträge fast gleich.

Eine enge Relation besteht auch zwischen dem Alter der Kinder und der Höhe der auf sie entfallenden Ausgaben. Generell wurde in absoluten Beträgen um so mehr für sie aufgewendet, je älter sie waren. Für Kinder unter 6 Jahren wurden Ausgaben in Höhe von 482 DM ermittelt, für solche von 6 bis unter 12 Jahren wurden 534 DM und für Kinder von 12 bis unter 18 Jahren 579 DM ausgegeben (siehe Tabelle 5). Dagegen ging der Anteil der Ausgaben für das Kind an den Gesamtaufwendungen von 26,4% für Kinder unter 6 Jahren auf 24,0% für Kinder von 12 bis unter 18 Jahren zurück.

Kinderkosten bei Ehepaaren mit einem Kind

Ehepaare mit einem Kind unter 18 Jahren gaben im Jahr 1988 monatlich im Schnitt 3 543 DM für den Privaten Verbrauch aus. Für das Kind bestimmt waren Käufe von Waren und Dienstleistungen in Höhe von 691 DM, das sind 19,5% der Gesamtaufwendungen (siehe Tabelle 6 auf S. 764). Je Kind wurde also bei Ehepaaren mit einem Kind mehr als ein Viertel mehr aufgewendet als bei Alleinerziehenden, was angesichts der Unterschiede in der Höhe der verfügbaren Einkommen (siehe Tabelle 2) nicht überrascht. Rund ein Viertel der Kinderkosten entfiel bei den Ehepaaren mit einem Kind auf Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, knapp ein Fünftel auf Wohnungsmieten u.ä.

Gliedert man die Ergebnisse nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen, so steigen die Aufwendungen für das Kind ähnlich wie bei den Alleinerziehenden mit der Höhe des Einkommens. Bei einem Nettoeinkommen von 2 500 bis unter 3 000 DM (bei noch niedrigeren Einkommen sind die Ergebnisse wegen der geringen Zahl der Fälle statistisch nicht gesichert) wurden im Schnitt pro Monat für das Kind 565 DM ausgegeben, bei einem Einkommen von 5 000 bis unter 10 000 DM 846 DM, also etwa die Hälfte mehr. Mit höherem Einkommen sinken tendenziell die Anteile der „lebensnotwendigen“ Ausgabengruppen an den Kinderkosten (z. B. für Ernährung, Wohnung, Energie), die Anteile derjenigen Ausgabengruppen, in denen eine größere Flexibilität der Nachfrage gegeben ist (insbesondere bei Verkehr, Bildung und Unterhaltung sowie bei

Tabelle 5: Aufwendungen für den Privaten Verbrauch in privaten Haushalten¹⁾ von Alleinerziehenden mit einem Kind²⁾ 1988 nach Alter der Kinder, Erwachsenen und Kindern

Früheres Bundesgebiet
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Ausgabengruppe	Haushalte insgesamt			Davon mit Kindern von ... bis unter ... Jahren								
				unter 6			6-12			12-18		
	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Durchschnittliche Aufwendungen je Monat und je								
Haus-halt				Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	
Haushalte insgesamt	392	x	x	1000								
				(78)	x	x	136	x	x	178	x	x
				DM								
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt	473	391	82	(399)	(330)	(69)	427	354	73	540	444	96
Kleidung, Schuhe	195	134	61	(148)	(89)	(59)	194	125	69	216	159	57
Wohnungsmieten u.ä.	484	353	131	(435)	(309)	(126)	452	328	124	530	391	139
Energie	160	80	80	(140)	(70)	(70)	160	81	79	169	85	84
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	162	149	13	(138)	(127)	(11)	147	134	13	185	171	14
Gesundheits- und Körperpflege	102	86	16	(84)	(70)	(14)	95	77	18	115	100	15
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	270	214	56	(209)	(175)	(34)	272	233	39	295	217	78
Bildung, Unterhaltung und Freizeit	246	167	79	(221)	(136)	(85)	258	161	97	249	185	64
Uhren, Schmuck, Reisen u.ä.	85	59	26	(52)	(38)	(14)	74	51	23	109	76	33
Privater Verbrauch	2178	1634	544	(1 826)	(1 344)	(482)	2 080	1 546	534	2 408	1 829	579
				%								
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt	21,7	23,9	15,1	(21,9)	(24,6)	(14,3)	20,5	22,9	13,6	22,4	24,3	16,5
Kleidung, Schuhe	9,0	8,2	11,2	(8,1)	(6,6)	(12,2)	9,3	8,1	12,9	9,0	8,7	9,8
Wohnungsmieten u.ä.	22,2	21,6	24,1	(23,8)	(23,0)	(26,2)	21,7	21,2	23,2	22,0	21,4	24,0
Energie	7,4	5,0	14,7	(7,7)	(5,2)	(14,5)	7,7	5,3	14,8	7,0	4,6	14,5
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	7,4	9,1	2,4	(7,6)	(9,5)	(2,3)	7,1	8,7	2,4	7,7	9,3	2,4
Gesundheits- und Körperpflege	4,7	5,3	2,9	(4,6)	(5,2)	(2,9)	4,6	5,0	3,3	4,8	5,5	2,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	12,4	13,1	10,3	(11,4)	(13,0)	(7,1)	13,1	15,1	7,3	12,3	11,9	13,4
Bildung, Unterhaltung und Freizeit	11,3	10,2	14,5	(12,1)	(10,1)	(17,6)	12,4	10,4	18,2	10,3	10,1	11,1
Uhren, Schmuck, Reisen u.ä.	3,9	3,6	4,8	(2,8)	(2,8)	(2,9)	3,6	3,3	4,3	4,5	4,2	5,7

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften — ²⁾ Kinder unter 18 Jahren

Tabelle 6. Aufwendungen für den Privaten Verbrauch in privaten Haushalten¹⁾ von Ehepaaren mit einem Kind²⁾ 1988 nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen, Erwachsenen und Kindern

Fruheres Bundesgebiet
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Ausgabengruppe	Haushalte insgesamt			Darunter mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von bis unter ... DM											
				2 500 — 3 000			3 000 — 4 000			4 000 — 5 000			5 000 — 10 000		
	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind
	1 000														
Haushalte insgesamt	1 980	x	x	253	x	x	584	x	x	415	x	x	509	x	x
	DM														
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt	810	317	177	703	274	155	750	294	162	852	331	191	922	360	203
Kleidung, Schuhe	317	122	73	249	94	62	274	104	66	321	123	76	414	163	88
Wohnungsmieten u. ä.	627	247	133	499	192	116	546	215	117	677	267	143	791	318	156
Energie	193	65	64	172	58	57	187	63	62	191	64	63	217	73	72
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	334	154	26	252	117	19	290	135	21	350	162	27	449	206	38
Gesundheits- und Körperpflege	163	67	30	102	40	22	136	55	27	172	71	31	236	99	38
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	599	267	65	416	185	47	574	257	60	579	258	63	795	355	85
Bildung, Unterhaltung und Freizeit	376	143	91	287	108	71	320	122	76	405	154	97	493	186	121
Uhren, Schmuck, Reisen u. ä.	124	46	32	67	25	17	102	38	27	137	51	35	184	70	44
Privater Verbrauch	3 543	1 426	691	2 749	1 092	565	3 178	1 280	618	3 683	1 479	726	4 500	1 827	848
	%														
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt	22,9	22,2	25,6	25,6	25,1	27,4	23,6	22,9	26,2	23,1	22,4	26,3	20,5	19,6	24,0
Kleidung, Schuhe	8,9	8,6	10,5	9,1	8,6	11,0	8,6	8,1	10,7	8,7	8,3	10,5	9,2	8,9	10,4
Wohnungsmieten u. ä.	17,7	17,3	19,3	18,2	17,6	20,5	17,2	16,8	18,9	18,4	18,0	19,7	17,5	17,4	18,5
Energie	5,5	4,5	9,3	6,3	5,2	10,1	5,9	4,9	10,0	5,2	4,3	8,7	4,8	4,0	8,5
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	9,4	10,8	3,8	9,2	10,7	3,3	9,1	10,5	3,4	9,5	11,0	3,7	10,0	11,3	4,5
Gesundheits- und Körperpflege	4,6	4,7	4,3	3,7	3,7	3,9	4,3	4,3	4,4	4,7	4,8	4,3	5,2	5,4	4,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16,9	18,7	9,4	15,1	16,9	8,3	18,0	20,1	9,7	15,7	17,4	8,7	17,7	19,4	10,1
Bildung, Unterhaltung und Freizeit	10,6	10,0	13,2	10,4	9,9	12,6	10,1	9,5	12,3	11,0	10,4	13,3	11,0	10,2	14,3
Uhren, Schmuck, Reisen u. ä.	3,5	3,2	4,6	2,4	2,3	2,9	3,2	2,9	4,4	3,7	3,4	4,8	4,1	3,8	5,2

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. — ²⁾ Kinder unter 18 Jahren.

Uhren, Schmuck, Reisen u. ä.), steigen. So wurden zum Beispiel bei einem Einkommen von 5 000 bis unter 10 000 DM für das Kind 44 DM für Güter des gehobenen Bedarfs und für Reisen ausgegeben, das ist das 2,6fache des Betrages, der in Haushalten mit einem Einkommen von 2 500 bis unter 3 000 DM aufgewendet wurde.

In der Tabelle 7 werden die Ehepaare mit einem Kind unter 18 Jahren, deren Bezugsperson erwerbstätig war (der Nachweis der Nichterwerbstätigen ist wegen der geringen Fallzahl nicht sinnvoll), nachgewiesen. Die erkennbaren Unterschiede in Höhe und Struktur der Ausgaben für Haushalte, Erwachsene und Kinder sind weitgehend auf die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit der verschiedenen sozialen Gruppen zurückzuführen. Für Haushalte, deren Bezugsperson selbständig tätig war, wurden die höchsten Gesamtaufwendungen für den Privaten Verbrauch ermittelt (4 412 DM). Folgerichtig waren bei ihnen auch die durchschnittlichen Aufwendungen für ein Kind mit 848 DM deutlich höher als bei den anderen sozialen Gruppen; Ehepaare mit einer Arbeiterin oder einem Arbeiter als Bezugsperson konnten für das Kind pro Monat nur 611 DM ausgeben. In der Struktur der Ausgaben für das Kind zeigen sich mit einer Ausnahme angesichts der Einkommensunterschiede erstaunlicherweise ähnliche Werte. Die besagte eine Ausnahme bilden die Ausgaben für das Kind im Bereich Körper- und Gesundheitspflege.

Dafür wendeten Ehepaare mit Beamten oder Selbständigen als Bezugspersonen mit Abstand am meisten auf (57 bzw. 42 DM), Ehepaare mit Angestellten oder Arbeiter(innen) am wenigsten (28 bzw. 22 DM). Die höheren Ausgaben der Selbständigen- bzw. Beamtenehepaare sind freilich nicht etwa darauf zurückzuführen, daß ihre Kinder häufiger krank wären, sondern darauf, daß sie in der Regel nicht der gesetzlichen Krankenversicherung angehören und deshalb die Aufwendungen für das Kind zunächst selbst vorfinanzieren müssen. Die Erstattungen der Krankenkassen und die Beihilfen im öffentlichen Dienst werden zu einem späteren Zeitpunkt auf der Einnahmenseite verbucht.⁸⁾

Die Höhe der Kinderkosten wird in ähnlicher Weise und in etwa gleichen Relationen wie bei den Alleinerziehenden auch bei den Ehepaaren mit einem Kind unter 18 Jahren vom Alter der Kinder mit beeinflußt. Für ein Kind unter 6 Jahren wurden monatlich 640 DM aufgewendet, für ein Kind im Alter von 6 bis unter 12 Jahren 680 DM und für ein Kind im Alter von 12 bis unter 18 Jahren 764 DM (siehe Tabelle 8). Es ändert sich aber nicht nur die Höhe, sondern

⁸⁾ Zu den Auswirkungen dieser Verrechnungsart auf das Haushaltsbudget siehe Euler, M., „Steuer- und Abgabenbelastung ausgewählter Arbeitnehmerhaushalte 1966 bis 1984“ in WiSta 10/1985, S. 848ff., insbesondere Tabelle 8.

Tabelle 7: Aufwendungen für den Privaten Verbrauch in privaten Haushalten¹⁾ von Ehepaaren mit einem Kind²⁾ 1988 nach sozialer Stellung der Bezugsperson, Erwachsenen und Kindern

Früheres Bundesgebiet — Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Ausgabengruppe	Haushalte insgesamt			Darunter mit einer/einem als Bezugsperson											
				Gewerbetreibenden, freiberuflich Tätigen			Beamtin/Beamten			Angestellten			Arbeiterin/Arbeiter		
	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Durchschnittliche Aufwendungen je Monat und je											
	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind
Haushalte insgesamt	1 980	x	x	(146)	x	x	220	x	x	685	x	x	743	x	x
	1 000														
	DM														
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt	810	317	177	(932)	(368)	(196)	859	336	187	837	327	183	762	298	166
Kleidung, Schuhe	317	122	73	(418)	(164)	(91)	368	143	83	365	142	81	263	99	65
Wohnungsmieten u. ä.	627	247	133	(846)	(344)	(157)	683	271	141	669	263	142	555	216	123
Energie	193	65	64	(205)	(68)	(68)	200	67	67	200	67	66	183	61	61
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	334	154	26	(467)	(214)	(39)	373	172	28	362	166	30	306	141	23
Gesundheits- und Körperpflege	163	67	30	(210)	(84)	(42)	368	156	57	156	64	28	109	44	22
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	599	267	65	(728)	(324)	(81)	652	291	70	673	300	72	526	236	54
Bildung, Unterhaltung und Freizeit	376	143	91	(448)	(160)	(127)	442	169	104	428	161	107	311	119	73
Uhren, Schmuck, Reisen u. ä.	124	46	32	(158)	(56)	(47)	145	55	36	153	58	37	92	35	23
Privater Verbrauch	3 543	1 426	691	(4 412)	(1 782)	(848)	4 092	1 660	773	3 842	1 548	747	3 108	1 249	611
	%														
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt	22,9	22,2	25,6	(21,1)	(20,7)	(23,1)	21,0	20,3	24,2	21,8	21,1	24,5	24,5	23,9	27,2
Kleidung, Schuhe	8,9	8,6	10,5	(9,5)	(9,2)	(10,7)	9,0	8,6	10,7	9,5	9,2	10,9	8,5	7,9	10,6
Wohnungsmieten u. ä.	17,7	17,3	19,3	(19,2)	(19,3)	(18,5)	16,7	16,3	18,2	17,4	17,0	19,0	17,9	17,3	20,2
Energie	5,5	4,5	9,3	(4,6)	(3,8)	(8,0)	4,9	4,0	8,7	5,2	4,3	8,8	5,9	4,9	10,0
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	9,4	10,8	3,8	(10,6)	(12,0)	(4,6)	9,1	10,4	3,6	9,4	10,7	4,0	9,8	11,3	3,8
Gesundheits- und Körperpflege	4,6	4,7	4,3	(4,8)	(4,7)	(5,0)	9,0	9,4	7,4	4,1	4,1	3,8	3,5	3,5	3,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16,9	18,7	9,4	(16,5)	(18,2)	(9,6)	16,0	17,5	9,1	17,5	19,4	9,7	16,9	18,9	8,8
Bildung, Unterhaltung und Freizeit	10,6	10,0	13,2	(10,1)	(9,0)	(15,0)	10,8	10,2	13,4	11,1	10,4	14,3	10,0	9,5	12,0
Uhren, Schmuck, Reisen u. ä.	3,5	3,2	4,6	(3,6)	(3,1)	(5,5)	3,5	3,3	4,7	4,0	3,8	5,0	3,0	2,8	3,8

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. — ²⁾ Kinder unter 18 Jahren

Tabelle 8: Aufwendungen für den Privaten Verbrauch in privaten Haushalten¹⁾ von Ehepaaren mit einem Kind²⁾ 1988 nach Alter der Kinder, Erwachsenen und Kindern

Früheres Bundesgebiet — Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Ausgabengruppe	Haushalte insgesamt			Davon mit Kindern von . . . bis unter . . . Jahren								
				unter 6			6—12			12—18		
	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Durchschnittliche Aufwendungen je Monat und je								
	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind
Haushalte insgesamt	1 980	x	x	1 000								
	836											
	DM											
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt	810	317	177	722	294	135	818	323	172	914	340	234
Kleidung, Schuhe	317	122	73	290	112	67	333	126	81	339	132	75
Wohnungsmieten u. ä.	627	247	133	606	236	134	637	256	126	644	253	139
Energie	193	65	64	185	62	62	194	65	65	201	67	67
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	334	154	26	345	159	27	299	138	23	345	159	27
Gesundheits- und Körperpflege	163	67	30	169	65	40	154	66	22	162	70	23
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	599	267	65	614	278	59	612	276	60	572	248	76
Bildung, Unterhaltung und Freizeit	376	143	91	355	129	98	381	144	94	399	159	81
Uhren, Schmuck, Reisen u. ä.	124	46	32	91	36	19	147	56	36	150	53	44
Privater Verbrauch	3 543	1 426	691	3 379	1 370	640	3 575	1 448	680	3 726	1 481	764
	%											
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt	22,9	22,2	25,6	21,4	21,5	21,1	22,9	22,3	25,3	24,5	23,0	30,6
Kleidung, Schuhe	8,9	8,5	10,6	8,6	8,2	10,5	9,3	8,7	11,9	9,1	8,9	9,8
Wohnungsmieten u. ä.	17,7	17,3	19,2	17,9	17,2	20,9	17,8	17,7	18,6	17,3	17,1	18,2
Energie	5,5	4,6	9,3	5,5	4,5	9,7	5,4	4,5	9,6	5,4	4,5	8,7
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	9,4	10,8	3,8	10,2	11,6	4,2	8,4	9,5	3,4	9,3	10,7	3,5
Gesundheits- und Körperpflege	4,6	4,7	4,3	5,0	4,7	6,2	4,3	4,5	3,3	4,3	4,7	3,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16,9	18,7	9,4	18,2	20,3	9,2	17,1	19,0	8,8	15,4	16,8	9,9
Bildung, Unterhaltung und Freizeit	10,6	10,0	13,2	10,5	9,4	15,3	10,7	9,9	13,8	10,7	10,7	10,6
Uhren, Schmuck, Reisen u. ä.	3,5	3,2	4,6	2,7	2,6	2,9	4,1	3,9	5,3	4,0	3,6	5,7

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. — ²⁾ Kinder unter 18 Jahren.

auch die Struktur der Ausgaben mit dem Alter der Kinder. Am augenfälligsten ist das Ansteigen des Anteils der Aufwendungen für die Ernährung. Er lag bei unter 6 Jahre alten Kindern bei 21,1%, bei Kindern im Alter von 12 bis unter 18 Jahren bei 30,6%. Steigende Tendenz wiesen auch die Anteile der Ausgaben für Uhren, Schmuck, Reisen u. ä. auf, fallende diejenigen für Bildung, Unterhaltung und Freizeit.

Kinderkosten bei Ehepaaren mit zwei Kindern

Wie Tabelle 9 zeigt, wurden von Ehepaaren mit zwei Kindern unter 18 Jahren pro Kind und Monat 492 DM ausgegeben, also deutlich weniger als von Ehepaaren mit einem Kind und sogar weniger als von den finanziell schlechter gestellten Alleinerziehenden mit einem Kind. Diese Tatsache bedarf einer gründlichen Analyse, um Fehlinterpretationen auszuschließen. Zunächst müssen die in Tabelle 1 dargestellten Unterschiede im Alter der Bezugspersonen berücksichtigt werden, denen ähnliche Unterschiede in der Altersstruktur der Kinder entsprechen dürften. Allerdings ist bei zwei Kindern nur eine Aufteilung derjenigen Kinder nach dem Alter vorgenommen worden, die beide der gleichen Altersgruppe angehören; das traf aber nur für einen Teil der Fälle zu. Aus diesem Grund wird auf eine Darstellung der Aufwendungen von Ehepaaren mit zwei Kindern nach dem Alter der Kinder verzichtet.

Ferner tragen die in Tabelle 2 dargestellten erheblich höheren Aufwendungen der Ehepaare mit zwei Kindern für die Ersparnisbildung mit Sicherheit nicht unwesentlich dazu bei, daß die Aufwendungen für Kinder relativ niedrig sind. Ein Teil dieser Ersparnisbildung ist bedingt durch die Rückzahlung von Krediten für den Bau oder den Kauf von Grundvermögen, das um so häufiger erworben wird, je mehr Kinder im Haushalt leben. Zum Teil spielen auch mögliche Einsparungen durch Wiederverwendung gebrauchter Kleidung, Möbel, Spielsachen u. ä. für das zweite Kind sowie durch günstigere Einkaufsmöglichkeiten für größere Haushalte (z. B. Kauf von Großpackungen u. ä.) bei den relativ niedrigen Kinderkosten bei Ehepaaren mit zwei Kindern eine Rolle.

Schließlich führen die in dem Modell der Kinderkostenberechnung enthaltenen normativen Ansätze zu einer Verringerung der Aufwendungen für Kinder, je mehr Kinder sich im Haushalt befinden. Musterbeispiel dafür sind die Aufwendungen für Energie, die — wie bereits erwähnt — dadurch ermittelt werden, daß die Aufwendungen des Haushalts durch die Zahl der im Haushalt befindlichen Personen (Erwachsene und Kinder) geteilt werden. So entfiel zum Beispiel bei Alleinerziehenden mit einem Kind die Hälfte der Ausgaben des Haushalts für Energie (160 DM) auf das Kind (also 80 DM), bei den Ehepaaren mit zwei Kindern von den Gesamtausgaben in Höhe von

Tabelle 9: Aufwendungen für den Privaten Verbrauch in privaten Haushalten¹⁾ von Ehepaaren mit zwei Kindern²⁾ 1988 nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen, Erwachsenen und Kindern

Früheres Bundesgebiet
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Ausgabengruppe	Haushalte insgesamt			Darunter mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM											
				2 500 — 3 000			3 000 — 4 000			4 000 — 5 000			5 000 — 10 000		
	Haushalt	Erwachsener	Kind	Durchschnittliche Aufwendungen je Monat und je											
Haushalt				Erwachsener	Kind	Haushalt	Erwachsener	Kind	Haushalt	Erwachsener	Kind	Haushalt	Erwachsener	Kind	
Haushalte insgesamt	1 638	x	x	148	x	x	444	x	x	375	x	x	609	x	x
	1 000														
	DM														
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt	865	323	110	670	257	78	761	285	95	851	320	106	979	364	126
Kleidung, Schuhe	339	117	53	221	71	40	261	86	45	312	105	51	428	151	64
Wohnungsmieten u. ä.	704	243	109	478	167	72	594	204	93	687	236	108	841	290	131
Energie	213	54	53	188	47	47	198	50	50	207	52	52	229	58	57
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	346	159	15	259	118	12	261	120	10	320	147	14	430	196	19
Gesundheits- und Körperpflege	178	69	20	96	35	13	110	43	13	167	65	19	252	99	28
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	591	250	46	391	159	37	474	200	37	595	253	45	731	310	56
Bildung, Unterhaltung und Freizeit	422	147	65	271	95	41	332	115	52	393	140	57	534	185	82
Uhren, Schmuck, Reisen u. ä.	120	38	22	62	17	15	76	24	15	111	35	21	164	53	30
Privater Verbrauch	3 779	1 398	492	2 635	965	353	3 067	1 124	410	3 642	1 350	471	4 588	1 704	590
	%														
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt	22,9	23,1	22,3	25,5	26,6	22,0	24,8	25,3	23,2	23,4	23,7	22,4	21,4	21,3	21,3
Kleidung, Schuhe	9,0	8,3	10,8	8,4	7,3	11,3	8,5	7,6	11,0	8,6	7,8	10,8	9,3	8,9	10,8
Wohnungsmieten u. ä.	18,6	17,4	22,1	18,1	17,3	20,3	19,4	18,1	22,7	18,8	17,4	22,9	18,3	17,0	22,2
Energie	5,6	3,8	10,7	7,1	4,9	13,3	6,4	4,4	12,2	5,7	3,8	11,0	5,0	3,4	9,6
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	9,2	11,4	3,0	9,8	12,2	3,3	8,5	10,7	2,4	8,8	10,9	2,9	9,4	11,5	3,2
Gesundheits- und Körperpflege	4,7	4,9	4,1	3,6	3,6	3,6	3,6	3,8	3,2	4,6	4,8	4,0	5,5	5,8	4,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	15,6	17,9	9,3	14,8	16,5	10,4	15,5	17,8	9,0	16,3	18,7	9,5	15,9	18,2	9,4
Bildung, Unterhaltung und Freizeit	11,2	10,5	13,2	10,3	9,8	11,6	10,8	10,2	12,7	10,8	10,3	12,1	11,6	10,8	13,8
Uhren, Schmuck, Reisen u. ä.	3,2	2,7	4,5	2,4	1,8	4,2	2,5	2,1	3,6	3,0	2,6	4,4	3,6	3,1	5,0

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. — ²⁾ Kinder unter 18 Jahren.

213 DM nur ein Viertel (53 DM) je Kind. Ähnliche Effekte hat die vereinbarte Regelung, daß Käufe langlebiger hochwertiger Gebrauchsgüter im Zweifel den Erwachsenen zugerechnet werden.

Auch bei den Ehepaaren mit zwei Kindern führten unterschiedliche Haushaltseinkommen zu in der Höhe und der Struktur unterschiedlichen Aufwendungen je Kind. Ehepaare, deren Einkommen bei 2500 bis unter 3000 DM lagen, gaben je Kind durchschnittlich 353 DM aus, das entspricht fast genau dem Betrag, der für Alleinerziehende mit einem Einkommen unter 1500 DM ermittelt wurde. Im übrigen sind die Einflüsse des Einkommens auf Höhe und Struktur der Ausgaben für Kinder bereits bei den Alleinerziehenden und Ehepaaren mit einem Kind ausführlich dargestellt worden. In der Tendenz ähnlich sind die Ergebnisse für Ehepaare mit zwei Kindern; deshalb soll hier auf eine Kommentierung verzichtet werden, um Wiederholungen zu vermeiden. Gleiches gilt für die Darstellung der Ergebnisse nach der sozialen Stellung der Bezugsperson in Tabelle 10.

Vergleich mit anderen Berechnungen

Abschließend sollen die Ergebnisse der vorstehend beschriebenen Berechnungen von Aufwendungen für Kinder mit den Ansätzen einiger der im ersten Abschnitt beschriebenen Verfahren verglichen werden. Dem dort erwähnten

Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit aus dem Jahr 1979 lag die sogenannte Verbrauchseinheitenrechnung zugrunde, die weitgehend dem heute international (z. B. von der OECD und dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften) verwendeten sogenannten Äquivalenzverfahren entspricht.⁹⁾ Bei dieser Berechnung wird für den ersten Erwachsenen im Haushalt ein Verbrauchsäquivalent von 1,0 angesetzt, für jeden weiteren ein solcher von 0,7. Für Kinder wird von einem Äquivalenzwert von 0,5 ausgegangen. In der nachstehenden Übersicht werden für die in der Berechnung des Statistischen Bundesamtes erfaßten drei Familientypen die auf Erwachsene und auf Kinder entfallenden Anteile an den Gesamtaufwendungen für eine Familie einmal nach der Verbrauchseinheitenrechnung und einmal nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 gegenübergestellt.

	Alleinerziehende mit einem Kind		Ehepaare mit einem Kind		Ehepaare mit zwei Kindern	
	Erwachsener	Kind	Erwachsene	Kind	Erwachsene	Kinder
Verbrauchseinheitenrechnung	66,7	33,3	77,3	22,7	63,0	37,0
Stichprobe 1988	75,0	25,0	80,5	19,5	74,0	26,0

⁹⁾ Zum Verfahren siehe die im Auftrag von Eurostat erstellte Studie des Instituts für Sozialstudien (ISSAS) „Armut in Zahlen: Europa zu Beginn der achtziger Jahre“, Themenkreis Bevölkerung und soziale Bedingungen (3), Reihe Konten, Erhebungen und Statistiken (C), Hrsg. Eurostat, S. 11ff.

Tabelle 10: Aufwendungen für den Privaten Verbrauch in privaten Haushalten¹⁾ von Ehepaaren mit zwei Kindern²⁾ 1988 nach sozialer Stellung der Bezugsperson, Erwachsenen und Kindern

Ausgabengruppe	Haushalte insgesamt			Darunter mit einer/einem . . . als Bezugsperson											
				Gewerbetreibenden, freiberuflich Tätigen			Beamtin/Beamten			Angestellten			Arbeiterin/Arbeiter		
	Durchschnittliche Aufwendungen je Monat und je														
	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind	Haus-halt	Erwach-sener	Kind
Haushalte insgesamt	1 683	x	x	166	x	x	247	x	x	608	x	x	547	x	x
	1000														
	DM														
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt	865	323	110	1 071	401	134	890	330	115	896	335	113	788	296	98
Kleidung, Schuhe	339	117	53	443	160	61	369	127	58	372	130	56	276	91	47
Wohnungsmieten u. ä.	704	243	109	826	283	130	752	261	115	736	257	111	624	210	102
Energie	213	54	53	231	58	58	214	54	53	216	54	54	202	51	50
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	346	159	15	453	207	20	371	169	17	385	176	17	286	132	11
Gesundheits- und Körperpflege	178	69	20	210	82	23	416	162	46	146	57	16	100	39	11
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	591	250	46	589	238	57	657	280	49	634	267	50	538	231	38
Bildung, Unterhaltung und Freizeit	422	147	65	507	168	86	481	167	74	476	165	73	342	121	50
Uhren, Schmuck, Reisen u. ä.	120	38	22	151	49	27	141	44	27	146	48	25	84	26	16
Privater Verbrauch	3 779	1 398	492	4 482	1 647	594	4 292	1 594	552	4 007	1 488	516	3 241	1 196	425
	%														
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt	22,9	23,1	22,3	23,9	24,4	22,5	20,7	20,7	20,8	22,4	22,5	22,0	24,3	24,8	22,9
Kleidung, Schuhe	9,0	8,3	10,8	9,9	9,8	10,2	8,6	8,0	10,4	9,3	8,7	10,8	8,5	7,6	11,1
Wohnungsmieten u. ä.	18,6	17,4	22,1	18,4	17,2	21,8	17,5	16,3	20,9	18,4	17,3	21,6	19,2	17,6	23,9
Energie	5,6	3,8	10,7	5,2	3,5	9,7	5,0	3,4	9,7	5,4	3,6	10,5	6,2	4,2	11,9
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	9,2	11,4	3,0	10,1	12,5	3,4	8,7	10,6	3,0	9,6	11,8	3,3	8,8	11,0	2,7
Gesundheits- und Körperpflege	4,7	4,9	4,1	4,7	5,0	3,9	9,7	10,2	8,3	3,6	3,8	3,1	3,1	3,2	2,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	15,6	17,9	9,3	13,1	14,5	9,5	15,3	17,5	8,8	15,8	18,0	9,7	16,6	19,3	9,1
Bildung, Unterhaltung und Freizeit	11,2	10,5	13,2	11,3	10,2	14,5	11,2	10,5	13,3	11,9	11,1	14,1	10,7	10,1	11,8
Uhren, Schmuck, Reisen u. ä.	3,2	2,7	4,5	3,4	2,9	4,5	3,3	2,8	4,8	3,6	3,2	4,9	2,6	2,2	3,9

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. — ²⁾ Kinder unter 18 Jahren

Es zeigt sich, daß die aufgrund der Stichprobe ermittelten Anteilswerte für Kinder für alle drei Familientypen unter den nach der Verbrauchseinheitenrechnung berechneten Werten liegen, bei den Alleinerziehenden mit einem Kind und bei den Ehepaaren mit zwei Kindern sogar deutlich. Es muß dabei aber auf jeden Fall berücksichtigt werden, daß bei der Verbrauchseinheitenrechnung schematisch nach wissenschaftlich nicht gesicherten Relationen zwischen den Verbrauchseinheiten von Erwachsenen und Kindern einheitlich für alle Ausgabengruppen gleiche Verbrauchsanteile zugrunde gelegt werden, während den Werten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in den meisten Fällen statistisch gesicherte Einzelangaben zugrunde liegen, die für jede einzelne Ausgabenposition getrennt ermittelt wurden.

Interessant ist auch ein Vergleich mit der Modellrechnung von Kinderkosten anhand von Ergebnissen der laufenden Wirtschaftsrechnungen. Dabei werden für die beiden erfaßten Arbeitnehmer-Haushaltstypen mit zwei Kindern alle direkt dem Kind zurechenbaren Aufwendungen getrennt erfaßt und alle übrigen Gesamtausgaben nach willkürlich festgelegten Prozentwerten (40%, 35,7%, 33% und 25%) auf die Kinder aufgeteilt¹⁰⁾. Das Ergebnis dieser Modellrechnung findet sich in der Tabelle 11. Danach beliefen sich für den Haushaltstyp 2 die Aufwendungen für ein Kind 1988 bei einem Ansatz von 40% für den Anteil beider Kinder an den nicht aufteilbaren Aufwendungen auf 591,37 DM (das waren 17,9% der Gesamtaufwendungen), bei einem Ansatz von 25% auf 449,29 DM (13,6%). Die Haushalte des Typs 3 mit höherem Einkommen gaben pro Kind bei einem Ansatz von 40% für die übrigen Ausgaben 881,14 DM aus (18,2% der Gesamtausgaben), bei einem Ansatz von 25% 659,29 DM (13,6%). Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 beliefen sich die Aufwendungen pro Kind bei Beamten-ehepaaren mit zwei Kindern im Schnitt pro Monat auf 552 DM (12,9% der Gesamtaufwendungen), bei vergleich-

baren Angestelltehepaaren auf 516 DM (12,9%), bei vergleichbaren Arbeiterhaushalten auf 425 DM (13,1%).

Rein größenordnungsmäßig stimmen die ermittelten Kinderkosten bei den beiden statistikgestützten Berechnungen in etwa überein. Trotzdem führt ein direkter Vergleich angesichts der unterschiedlichen Ansätze zu keinem befriedigenden Ergebnis. So wurde zum Beispiel bei den laufenden Wirtschaftsrechnungen für die Ausgabengruppe Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke von einem Anteil für beide Kinder in Höhe von 35,7% der Gesamtausgaben für Ernährung ausgegangen (Verbrauchseinheitenrechnung), während sich nach der dieser Ausgabengruppe zugrunde gelegten Verzehrserhebung nur ein Anteilswert von 25,4% ergab.

Schlußbemerkung

Auch bei einer vorsichtigen Bewertung der anhand der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 und anderer Statistiken ermittelten Aufwendungen für Kinder kann kein Zweifel daran bestehen, daß von allen bisher bekannten Berechnungsverfahren das hier dargestellte das mit weitem Abstand statistisch am besten gesicherte ist. Das schließt nicht aus, daß aufgrund der vorliegenden Ergebnisse und unter Berücksichtigung zukünftiger Entwicklungen Verbesserungen und Veränderungen möglich sind. Die Ergebnisse für 1988 gelten nur für das frühere Bundesgebiet. Bei der ersten bundeseinheitlichen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 sollen anhand der 1988 ermittelten Relation der Erwachsenen- und Kinderanteile auch Ehepaare mit drei Kindern einbezogen werden.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß auch in dem dargestellten Verfahren auf gewisse normative Ansätze nicht verzichtet werden konnte. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern, obwohl im Detail Verbesserungen sicherlich möglich sein werden. Andererseits sollte man die Auswirkungen solcher Veränderungen auf das Gesamtergebnis nicht überschätzen.

Die vielseitige Verwendbarkeit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe als Instrument und Basis für die Lö-

¹⁰⁾ Näheres zum Verfahren enthält der in Fußnote 3 zitierte Beitrag

Tabelle 11: Ermittlung der Lebenshaltungskosten eines Kindes aufgrund der Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen 1988

		Früheres Bundesgebiet Aufwendungen je Monat							
Art der Aufwendung	Einheit	Haushaltstyp 2 ¹⁾				Haushaltstyp 3 ²⁾			
		Haushalt	Kinder			Haushalt	Kinder		
A Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	%	100	35,7	35,7	35,7	100	35,7	35,7	35,7
Säuglings- und Kleinkindernahrung	DM	672,27	240,00	240,00	240,00	864,80	308,73	308,73	308,73
	%	100	100	100	100	100	100	100	100
	DM	2,41	2,41	2,41	2,41	1,00	1,00	1,00	1,00
B Einzelne nachgewiesene Aufwendungen für Kinder	%	100	100	100	100	100	100	100	100
	DM	182,55	182,55	182,55	182,55	269,32	269,32	269,32	269,32
C Pauschal zu verteilender Aufwand	%	100	40	33	25	100	40	33	25
Wohnungsmieten, Energie	DM	853,61	341,44	281,69	213,40	1 172,44	468,98	386,91	293,11
Güter für die Haushaltsführung ³⁾	DM	266,22	106,49	87,85	66,56	409,38	163,75	135,10	102,35
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege ³⁾	DM	97,17	38,87	32,07	24,29	296,45	118,58	97,83	74,11
Güter für Verkehr, Nachrichtenübermittlung ^{3) 4)}	DM	291,20	116,48	96,10	72,80	439,75	175,90	145,12	109,94
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit ³⁾	DM	268,22	107,29	88,51	67,06	423,39	169,36	139,72	105,85
Güter für persönliche Ausstattung, Reisen ³⁾	DM	118,01	47,20	38,94	29,50	216,64	86,66	71,49	54,16
D Gesamtaufwendungen	DM	3 308,72	1 182,73	1 050,12	898,57	4 852,45	1 762,28	1 555,22	1 318,57
E Aufwendungen für ein Kind	DM	x	591,37	525,06	449,29	x	881,14	777,61	659,29
	%	x	17,9	15,9	13,6	x	18,2	16,0	13,6

¹⁾ Ehepaare von Angestellten und Arbeitern mit zwei Kindern und einem Einkommensbezieher, dessen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit 1988 zwischen 2900 und 4400 DM im Monat liegen sollte. Zusätzliche Einkommen waren bis zu 40% des Haupteinkommens zugelassen. — ²⁾ Ehepaare von Angestellten und Beamten mit zwei Kindern und einem oder zwei Einkommensbeziehern, deren Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit 1988 zwischen 5200 und 7000 DM im Monat liegen sollte. Zusätzliche Einkommen waren bis zu 40% des Haupteinkommens zugelassen. — ³⁾ Soweit nicht im einzelnen nachgewiesene Ausgaben für Kinder. — ⁴⁾ Ohne Käufe von Personenkraftwagen u. ä.

sung vieler anders nicht lösbarer Probleme der Sozialwissenschaft hat nach der Bereitstellung von Daten über Höhe, Art und Kumulierung staatlicher Transferzahlungen im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978¹¹⁾, nach der Ausweitung der Informationen über Urlaubs- und Erholungsreisen bei der Stichprobe 1983¹²⁾ und nach der Lieferung des Basismaterials für das neue Statistikmodell bei der Festlegung von Regelsätzen der Sozialhilfe¹³⁾ aus der Stichprobe 1983 durch die Bereitstellung solider, zuverlässiger Zahlen über die Aufwendungen für Kinder eine erneute Bestätigung erfahren. Daß es dazu einer langen zeit- und kostenintensiven Arbeit aller beteiligten Institutionen bedurfte, sei nur am Rande bemerkt.

Dipl.-Volkswirt Manfred Euler

¹¹⁾ Siehe Euler, M./Klanberg, K (Hrsg.) „Personen mit ausgewählten staatlichen Transferzahlungen“, Band 2, Teilband 1 der Schriften zum Bericht der Transfer-Enquête-Kommission „Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland“, Stuttgart, 1981, sowie dies.: „Haushalte mit ausgewählten staatlichen Transferzahlungen“, Band 2, Teilband 2 der Schriften zum Bericht der Transfer-Enquête-Kommission „Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland“, Stuttgart, 1981.

¹²⁾ Siehe Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen“, Sonderheft „Reisen privater Haushalte“ (Hrsg. Statistisches Bundesamt), März 1989

¹³⁾ Siehe Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge „Gutachtliche Äußerung. Neues Bedarfsbemessungssystem für die Regelsätze in der Sozialhilfe. Ableitung der Regelsätze für sonstige Haushaltsangehörige“, Eigenverlag, 1989

Wandel der Bodennutzung und Bodenbedeckung

1 Einführung

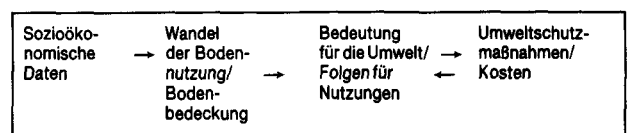
Der durchschnittliche tägliche „Landschaftsverbrauch“ für Siedlungs- und Verkehrsflächen in Deutschland lag in der jüngsten Vergangenheit bei rund 90 ha je Tag¹⁾. Wenn sich dieser Prozeß auch seit etwa 1970 verlangsamt hat, so steht doch fest, daß — zumindest im dichtbesiedelten Europa — die weitere Zunahme von Siedlungsflächen als bedenkliche Verknappung der endlichen natürlichen Ressource Boden anzusehen ist. Es ist darüber hinaus nicht nur der „Verbrauch“ für Siedlungsfläche, auch die intensivere Nutzung — meßbar beispielsweise an den ausgebrachten Mengen von Dünge- und Pflanzenbehandlungsmitteln — ändert und beeinträchtigt den Boden in seiner Funktion als Ressource. Diese Erkenntnisse haben dazu beigetragen, daß der Boden und seine Nutzung heute in der Umweltpolitik einen hohen Stellenwert eingenommen haben, nachdem die Qualität von Wasser und Luft, insbesondere hinsichtlich stofflicher Umweltbelastungen, lange Zeit im Vordergrund gestanden hatte.

In der Bodennutzung treffen das natürliche System (Natur, Umwelt) und das sozio-ökonomische System (Wirtschaft) aufeinander. Damit bildet sie die entscheidende Schnittstelle zwischen dem Naturhaushalt auf der einen und der anthropogenen Wirtschafts- und Kulturtätigkeit auf der anderen Seite. Moderne Methoden zur statistischen Erfassung von Veränderungen der Bodennutzung bedienen sich der Fernerkundung (Luft- und Satellitenbilder) und der Auswertung von Karten durch den Computer (Geographische Informationssysteme). Derartige methodische Neuerungen hat das Statistische Bundesamt in der Pilotstudie STABIS²⁾ getestet und setzt sie momentan flächendeckend zur Erfassung der Bodenbedeckung im Rahmen eines EG-Programms (CORINE Land Cover) ein. STABIS ist als zentraler methodischer Baustein in die Umweltökonomische Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes eingegangen, über die in dieser Zeitschrift bereits berichtet wurde.³⁾

Während bei Emittentenstruktur und Rohstoffverbrauch als Arbeitsbereiche der Umweltökonomischen Gesamtrechnung stoffliche Veränderungen zu erfassen sind, ist es in dem hier dargestellten Bereich das Ziel, den Wandel der

Bodennutzung und -bedeckung (vor allem aufgrund mechanisch-struktureller Eingriffe) sowie die Ursachen und Wirkungen dieses Wandels zu bilanzieren (siehe Übersicht 1). Vergegenwärtigt man sich die Bedeutung der Ressource Boden nach ihren Funktionen (Produktion regenerierbarer Rohstoffe, biologischer Lebensraum, Trägerfunktion für Bauwerke, Regelungsfunktion als chemischer Filter sowie landschafts- und kulturhistorisches Archiv), so stehen im folgenden die Trägerfunktion für Siedlung und Verkehr und die Produktionsfunktion im Vordergrund. Da damit ein Gebiet betreten wird, auf dem noch keine oder wenige Erfahrungen vorliegen, werden die zur Anwendung kommenden Methoden zuerst in einem ausgewählten Gebiet getestet. Die ersten Ergebnisse und die Entwicklungen eines auf zwei Jahre begrenzten Projekts werden in diesem Beitrag dargestellt.

Übersicht 1: Einbindung des Bodennutzungswandels in wirtschaftliche Zusammenhänge



Dieses Projekt liefert gleichzeitig den deutschen Beitrag zu einer internationalen Kooperation: Die Konferenz europäischer Statistiker bei der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE/CES) hat im Sommer 1992 beschlossen, zur Weiterentwicklung der Umweltgesamtrechnung eine Task Force "Physical Environmental Accounting" einzurichten. Das Mandat für diese Gruppe erstreckt sich ausdrücklich auf die Zusammenführung von physischen Umweltdaten in Kontensystemen, wobei "Accounting" in einem methodisch erheblich weiteren Sinn als in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu verstehen ist. Die konzeptionellen Fragen sollen an den zwei Themen "Nutrients" (Nährstoffe, als Form stofflicher Eingriffe in die Umwelt) und "Land Use Changes" („Wandel der Bodennutzung und Bodenbedeckung“ im Zusammenhang mit strukturellen Eingriffen) geklärt werden, bevor die Anwendbarkeit der Konzepte danach empirisch getestet wird. In der thematischen Gruppe "Land Use Changes" hat sich das Statistische Bundesamt engagiert. Die internationale Zusammenarbeit eröffnet die Möglichkeit, sich auf einheitliche Methoden zur Erfassung und Beschreibung der zu beobachtenden Sachverhalte zu einigen. Als weitere Mitglieder sind Frankreich (Federführung) und die statistischen Ämter Großbritanniens und Nordirlands, Österreichs sowie Polens beteiligt.

2 Ursachen des Landschaftsverbrauchs

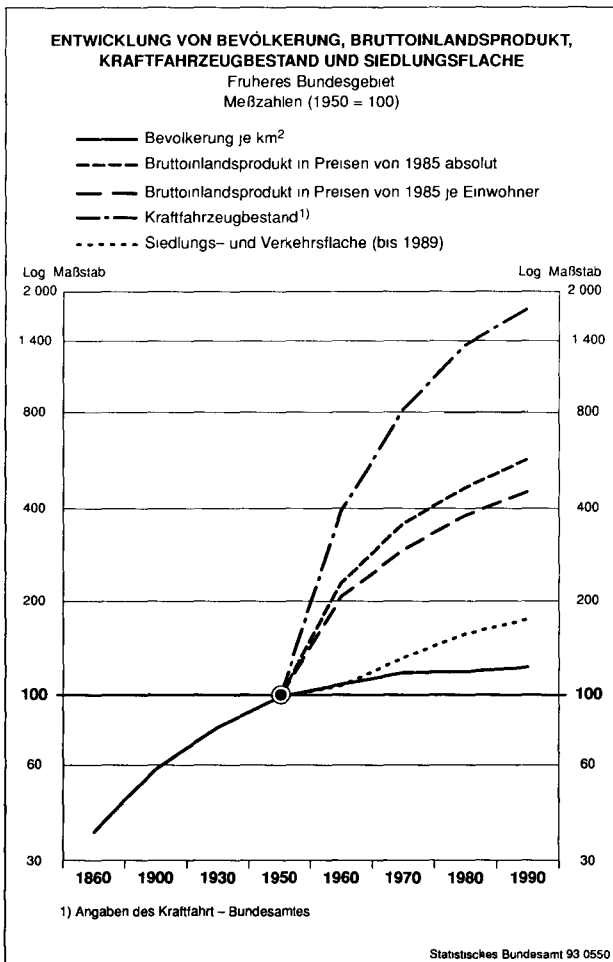
Die Betrachtung einiger langfristiger sozio-ökonomischer Entwicklungstendenzen in Deutschland beleuchtet die Hintergründe für den Wandel der Bodennutzung und den Landschaftsverbrauch. Der Anteil von Siedlungs- und Verkehrsflächen wird sowohl von der Bevölkerungszahl als auch vom Aktivitätsniveau je Einwohner bestimmt. Beide Komponenten sind im Zeitablauf starkem Wachstum un-

¹⁾ Siehe Beuerlein, I.: „Nutzung der Bodenfläche in der Bundesrepublik Deutschland“ in WiSta 6/1990, S. 389 ff. Danach betrug der Flächenverbrauch zwischen 1985 und 1988 im früheren Bundesgebiet 87 ha je Tag.

²⁾ Siehe Deggau, M. u. a.: „Methodik der Auswertung von Daten zur realen Bodennutzung im Hinblick auf den Bodenschutz“, UBA-Texte 51/1992.

³⁾ Siehe u. a. Bolleyer, R./Radermacher, W.: „Aufbau der Umweltökonomischen Gesamtrechnung“ in WiSta 2/1993, S. 138 ff.

Schaubild 1



terlegen (siehe Schaubild 1), und zwar nicht nur in der jüngeren Zeit, sondern bereits im letzten Jahrhundert.

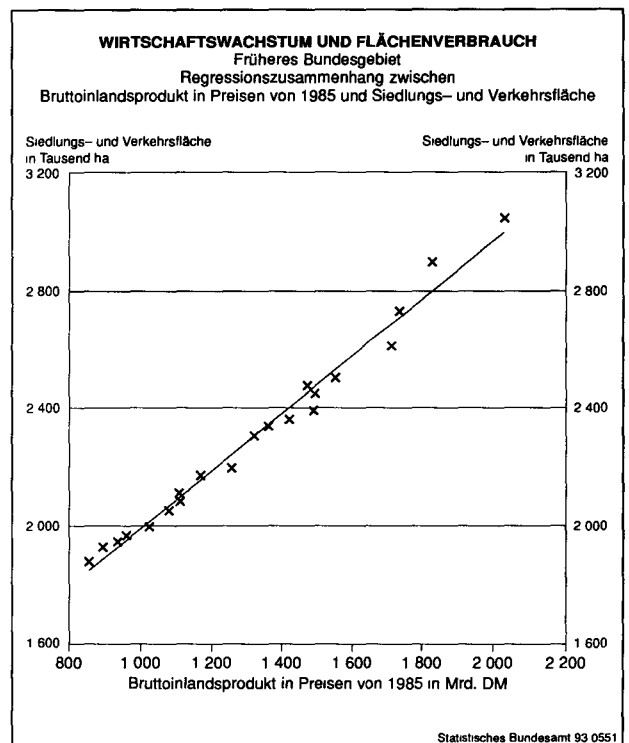
Die Bevölkerungsdichte hat seit Mitte des letzten Jahrhunderts, als je Quadratkilometer im früheren Bundesgebiet durchschnittlich 72 Personen zusammenlebten, stark zugenommen. Im Jahr 1900 waren es bereits 120, 1950 203 und 1990 254 Personen; erst in den letzten 20 Jahren ist die Bevölkerungszahl in der Größenordnung stabil geblieben. Auch das Zusammenleben der Menschen hat sich sehr verändert, denn die durchschnittliche Haushaltgröße verringerte sich, wodurch sich die Verbrauchsgewohnheiten ändern, sich also beispielsweise der Bedarf an Kraftfahrzeugen oder Wohnraum erheblich erhöht. Der Anteil der Einpersonenhaushalte lag um 1900 bei 7%, 1990 lag er dagegen bei rund 35%. Um die Jahrhundertwende betrug die durchschnittliche Haushaltgröße in Deutschland 4,5 Personen, 1990 waren es im früheren Bundesgebiet 2,3 Personen.

Ebenfalls sehr zugenommen hat das Aktivitätsniveau der einzelnen Personen. Das Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1985) je Einwohner hat sich von 1950 bis 1990 auf das Viereinhalbfache erhöht (siehe Schaubild 1), was gravierende Folgen für den Naturzustand hat. Im letzten Jahrhundert schuf die Ausweitung des Eisenbahnnetzes eine Grundlage für die zunehmende Industrialisierung. Es verfünffachte sich von Mitte des letzten Jahrhunderts bis zur Jahrhundertwende, trug damit unmittelbar zur Zerschnei-

dung der Landschaft bei und stellte eine Infrastruktur für die Mobilität bereit, die für weiteres wirtschaftliches Wachstum und Besiedlung Vorbedingung war. Das Verkehrsmittel der heutigen Zeit, das Kraftfahrzeug, hat in den letzten Jahrzehnten in außergewöhnlichem Maß an Bedeutung gewonnen, denn bis zum Jahr 1990 ist der Kraftfahrzeugbestand auf das über 17fache des Jahres 1950 angestiegen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche wuchs im selben Zeitraum um das knapp 1,8fache.

Aufschlußreich ist auch der in Schaubild 2 dargestellte Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Leistung, also dem Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985, und der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Der Zusammenhang beider Größen kann hinreichend genau durch eine lineare Regressionsfunktion angenähert werden. Danach betrug die durchschnittliche Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche 983 ha je zusätzlicher Milliarde des Bruttoinlandsprodukts. Auch wenn damit kein kausaler Zusammenhang zwischen Wachstum und Flächenverbrauch hergestellt wird, zeigt dies dennoch die Gleichläufigkeit in den entsprechenden Entwicklungen der letzten drei Jahrzehnte.

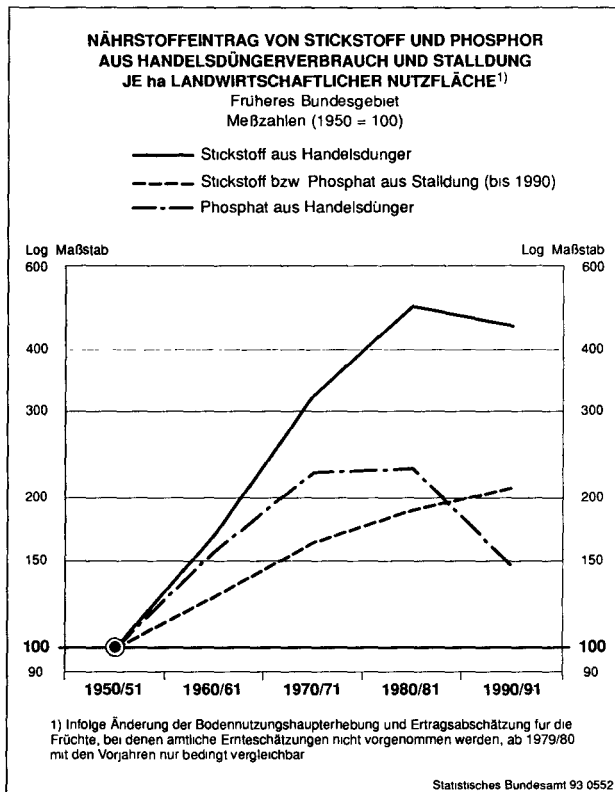
Schaubild 2



Auch wenn stoffliche Belastungen im Projekt ausdrücklich nicht behandelt werden — dies ist Aufgabe der Arbeitsgruppe "Nutrients" —, sei an dieser Stelle, stellvertretend für andere Stoffe, ein Blick auf den Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft geworfen, um den Gesamteindruck der Nutzungsintensivierung, insbesondere in der landwirtschaftlich genutzten Fläche, abzurunden. Danach stieg der Stickstoffverbrauch aus Handelsdünger je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche seit 1950 stark an, erreichte 1980 rund das Fünffache davon und fiel (nach Überschreitung eines Gipfelpunkts 1987 beim 5,2fachen bzw. 133,9 kg/ha absolut) ab auf das Niveau etwa vom

Beginn der 80er Jahre (siehe Schaubild 3). Der entsprechende Verbrauch von Phosphor aus Handelsdünger stieg zwischen 1950 und 1980 auf das 2,3fache (68,8 kg absolut), nahm aber seitdem wieder ab.⁴⁾ In der gleichen Zeit erhöhte sich aber die Nährstoffzufuhr aus Stallung für beide Stoffe um rund das Doppelte (absolut auf 72,3 kg Stickstoff und 36,2 kg Phosphat je ha in 1990); gleichzeitig nahmen die aus der Produktion genommenen Flächen zu, so daß für die letzten Jahre insgesamt ein geringer Rückgang des Nährstoffeintrags zu verzeichnen sein dürfte.⁵⁾ Auf weitere Einträge wie zum Beispiel Pflanzenschutzmittel sei hier nicht näher eingegangen.

Schaubild 3



Faßt man noch einmal die Einflußgrößen des Landschaftsverbrauchs im Vergleich zusammen, so zeigt sich, daß in Deutschland nicht (wie in Entwicklungsländern) das Bevölkerungs-, sondern hauptsächlich das Wirtschaftswachstum den Flächenwandel auslöst. Während die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner im Jahr 1970 noch bei 24 m² lag, betrug sie 1990 36 m². Damit einher ging eine Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche von 380 m² je Einwohner 1970 auf rund 480 m² je Einwohner 1990. Offenbar wird die knappe Naturressource Boden nach wie vor gebraucht, um höhere Produktionswerte zu erzielen. Eine Abkoppelung vom Wirtschaftswachstum hat beim Verbrauch dieser Ressource — im Gegensatz zum Beispiel zur Energie — noch nicht stattgefunden. Auch in Zukunft wird mit einer immer stärkeren Beanspruchung

⁴⁾ Brachflächen und stillgelegte Flächen sind in der Berechnungsgrundlage für die landwirtschaftlich genutzte Fläche enthalten

⁵⁾ Zu diesem Themenbereich siehe auch Herrmann, R. u. a. „Modellstudie zu umweltrelevanten Informationen aus der Agrarstatistik“, Forschungsprojekt im Auftrag des Statistischen Bundesamtes (noch nicht veröffentlicht)

des Bodens zu rechnen sein, sei es zum Beispiel durch den zunehmenden Güterfernverkehr im Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaften oder durch die anhaltend starke Neubautätigkeit im Wohnungssektor.

Die hier für die Gesamtheit der (alten) Bundesländer dargestellten allgemeinen Tendenzen gelten im Prinzip auch für einzelne Teilgebiete. Hier jedoch wird eine genauere Analyse nötig, da die spezifische regionale Struktur und die Datenbasis eine andere ist als die auf Bundesebene.

3 Aufbau des Projekts

3.1 Projektstruktur und Beschreibung des Testgebiets

Der mögliche Themenkatalog für die Beschreibung des Bodennutzungswandels durch strukturelle Eingriffe gliedert sich in das Kernthema „Wandel der Bodennutzung und Bodenbedeckung im Zeitvergleich“ und in eine Reihe sich anschließender Arbeitsthemen, die sich mit der allgemeinen ökologischen Bewertung des Nutzungswandels sowie mit Ausmaß und Folgen bestimmter Nutzungsformen befassen (siehe Schaubild 4):

- Bodennutzung und Bodenbedeckung im Zeitvergleich,
- Versiegelung des Bodens durch Wohnen, Industrie oder Verkehr,
- Zerschneidung durch Straßen oder Schienenverkehr,
- Erosion durch die Landwirtschaft,
- Bodenverdichtung,
- Bodenabtrag durch den Abbau oberflächennaher Rohstoffe.

Auf Basis dieses Themenkatalogs werden die wünschenswerte Datenbasis und die am besten geeigneten Erfassungsmethoden definiert. Schaubild 4 zeigt eine entsprechende fünfteilige Datenleiste, die der eingangs gezeigten Zuordnung in allgemeine Zusammenhänge entspricht (siehe Übersicht 1), und aus der sich die Anforderungen an Daten und an Methoden für zu erhebende Daten ergeben:

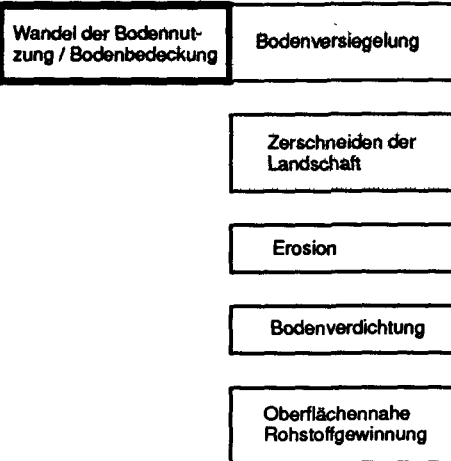
- Vorliegende Informationen beschreiben die aktuelle Naturausrüstung eines Untersuchungsraumes hinsichtlich seiner Bodenverhältnisse, hydrologischen, klimatischen und ähnlicher Eigenschaften.
- Sozio-ökonomische Daten liefern indirekte Informationen über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen, die für den Wandel der Bodennutzung bzw. bestimmte Flächennutzungen verantwortlich sind.
- Die Formen der Bodennutzung und -bedeckung als Folge der wirtschaftlichen Aktivitäten und der strukturellen Eingriffe werden durch bestimmte Methoden der Fernerkundung erfaßt.
- Die verschiedenen Nutzungsformen haben Umweltauswirkungen zur Folge, die durch geeignete Methoden und Indikatoren empirisch zu erfassen oder als potentielle Schädigungen zuzuordnen sind.

**MÖGLICHE THEMEN UND DATEN ZUR BESCHREIBUNG
VON WANDEL DER BODENNUTZUNG UND BODENBEDECKUNG**

THEMEN:

generell

speziell



DATEN:

Daten zur Naturausstattung	sozio – ökonomische Daten	Fernerkundungsdaten zur Bodennutzung / Bodenbedeckung	Umweltauswirkungen und Folgen von Eingriffen	Reaktion des Menschen (aktuelle Maßnahmen und Ausgaben für Umweltschutz)
----------------------------	---------------------------	---	--	--

Statistisches Bundesamt 93 0553

— Aktuell durchgeführte korrigierende Maßnahmen bzw. Kosten von Umweltbeeinträchtigungen spiegeln den gesellschaftlichen Aufwand für Umweltschutz im Bereich strukturell bedingter Belastungen wider.

Diese thematische Struktur wurde als Grundlage für die weitere Arbeit der erwähnten Task Force der ECE festgelegt. Sie dient gleichzeitig als Ausgangsraster für die Vereinbarung von sich ergänzenden nationalen Arbeitsschwerpunkten.

Aus den tatsächlich verfügbaren Daten in einem Testgebiet und aus der internationalen Arbeitsverteilung ergibt sich der tatsächliche Themenkatalog für den deutschen Arbeitsbereich (siehe Übersicht 2). Abgesehen vom für alle Teilnehmer der Task Force verbindlich zu erfassenden Nutzungswandel stehen hier eine allgemeine ökologische Bewertung sowie vor allem die Versiegelung und Zerschneidung von Flächen im Vordergrund. Frankreich wird ebenfalls die Themen Zerschneidung und ökologische Bewertung (unter dem Aspekt „Landschaftsstabilität“) bearbeiten. Großbritannien befaßt sich mit einer ökologischen Bewertung (unter dem Aspekt von Struktur- und Biodiversität), Österreich voraussichtlich mit Tourismus (was noch in die Grobstruktur des Projekts einzupassen wäre) und Polen mit Ausmaß und Folgen des Bodenab-

trags durch Tagebau. Die Themen Erosion und Bodenverdichtung bleiben damit allerdings noch offen.

Es ist vorgesehen, daß jeder Projektteilnehmer die jeweiligen Themen in einem ausgewählten Testgebiet seines Landes bearbeitet.

Als Testgebiet in Deutschland wurde der Main-Taunus-Kreis ausgewählt, der im Ballungsraum Rhein-Main zwischen den Großstädten Frankfurt am Main im Osten und Wiesbaden im Westen liegt. Es umfaßt ein Segment der Verdichtungszone um Frankfurt, hat den Charakter einer Übergangszone zwischen städtischer und ländlicher Struktur und erfüllt vornehmlich Wohnfunktion für die in den benachbarten Großstädten arbeitenden Bewohner. Die Flächengröße beträgt 222 km², die Einwohnerzahl rund 207 000 bei einer Einwohnerdichte von 931 Einwohner je km². Mehrere naturräumliche Einheiten gliedern das Untersuchungsgebiet: im Süden die Untermainebene auf etwa 90 m über NN, sich nördlich daran anschließend das Taunusvorland (100–200 m über NN) sowie in der Folge Bereiche des Vortaunus (300–500 m über NN). Die ersten beiden Einheiten sind durch Siedlung und landwirtschaftliche Nutzung geprägt; im Vortaunus erfolgt ein Übergang von landwirtschaftlicher Nutzung zu Wald. Diese Einheit des Vortaunus stellt der Eppsteiner

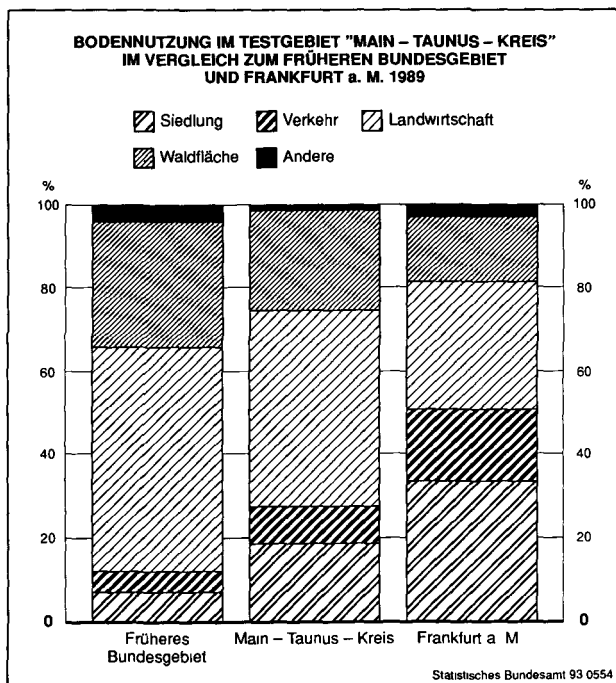
Übersicht 2. Themen und Daten für das Projekt Wandel der Bodennutzung und Bodenbedeckung
Operationale Ebene für das Testgebiet „Main-Taunus-Kreis“

Themen	Daten zur Naturausstattung	Sozioökonomische Daten	Daten zur Bodennutzung/ Bodenbedeckung	Folgen des Nutzungswandels für die Umwelt	Sozioökonomische Maßnahmen zum Schutz vor Umweltschäden
Allgemeines Thema: Wandel der Bodennutzung/Bodenbedeckung	Boden – Bodenart – Relief – Geologie Wasser – Niederschläge Biotop – Biotoptypen – (Schutzgebiete)	– Bevölkerungsdichte – Siedlungsstruktur – Wirtschaftsstruktur und Beschäftigungsstruktur – Wohnungsversorgung/ Haushaltsstruktur – Verkehr	– Erfassung durch CORINE LAND COVER Methode für 1984 und 1992 – Erfassung durch STABIS-Methode für 1952, 1972, 1992 – Erfassung der Vegetation/Biotoptypen durch Color InfraRot Photographie	Potentielle Umwelteffekte ausgedrückt in – Naturferne der Landschaft (Hemerobie) – Struktur- und Artenverarmung	Kosten für Kompensation/ Ausgleich von Eingriffen/ Bauvorhaben
Spezielle Themen: Versiegelung von Böden (durch Siedlung, Industrie, Verkehr)	– Niederschläge – Relief	– Freizeit	– Erfassung der Versiegelung durch Satellitenbilder (SPOT, LAND-SAT TM über Vegetationsindex)	Versiegelungsgrad als indirekter Indikator für ökologische Folgeschäden	Kosten für Entsiegelungsmaßnahmen
Zerschneidung der Landschaft (durch Straßen und Bahnlinien)	– Biotoptypen – (Schutzgebiete) – Erholungsgebiete	– Verkehr	– Erfassung von Straßen und Bahnlinien durch STABIS-Methode	Potentielle Störung und Schädigung von Biotopen und Arten, ausgedrückt durch – Größenklassen und Anzahl unzerschnittener Räume (v. a. Wälder)	Kosten für Schutzzäune u. ä.

Horst dar, der weit nach Süden vorspringt und das Main-Taunus-Vorland bis auf 2 km verengt und zugleich teilt. An dessen steil abfallendem südöstlichen Rand liegt die Kreisstadt Hofheim am Taunus.

Die Flächenstruktur des Gebietes kann vorläufig durch Daten aus der Flächenstatistik dargestellt werden (siehe Schaubild 5) und zeigt eine mittlere Situation zwischen der

Schaubild 5



Kernstadt Frankfurt am Main und den Mittelwerten für das frühere Bundesgebiet. Die durch das Projekt über Fernerkundung zu erhebende Nutzungsstruktur wird hierzu exaktere Angaben erlauben.

3.2 Aktuelle Methoden zur Erfassung des Bodennutzungswandels

3.2.1 CORINE Land Cover (CORINE LC)

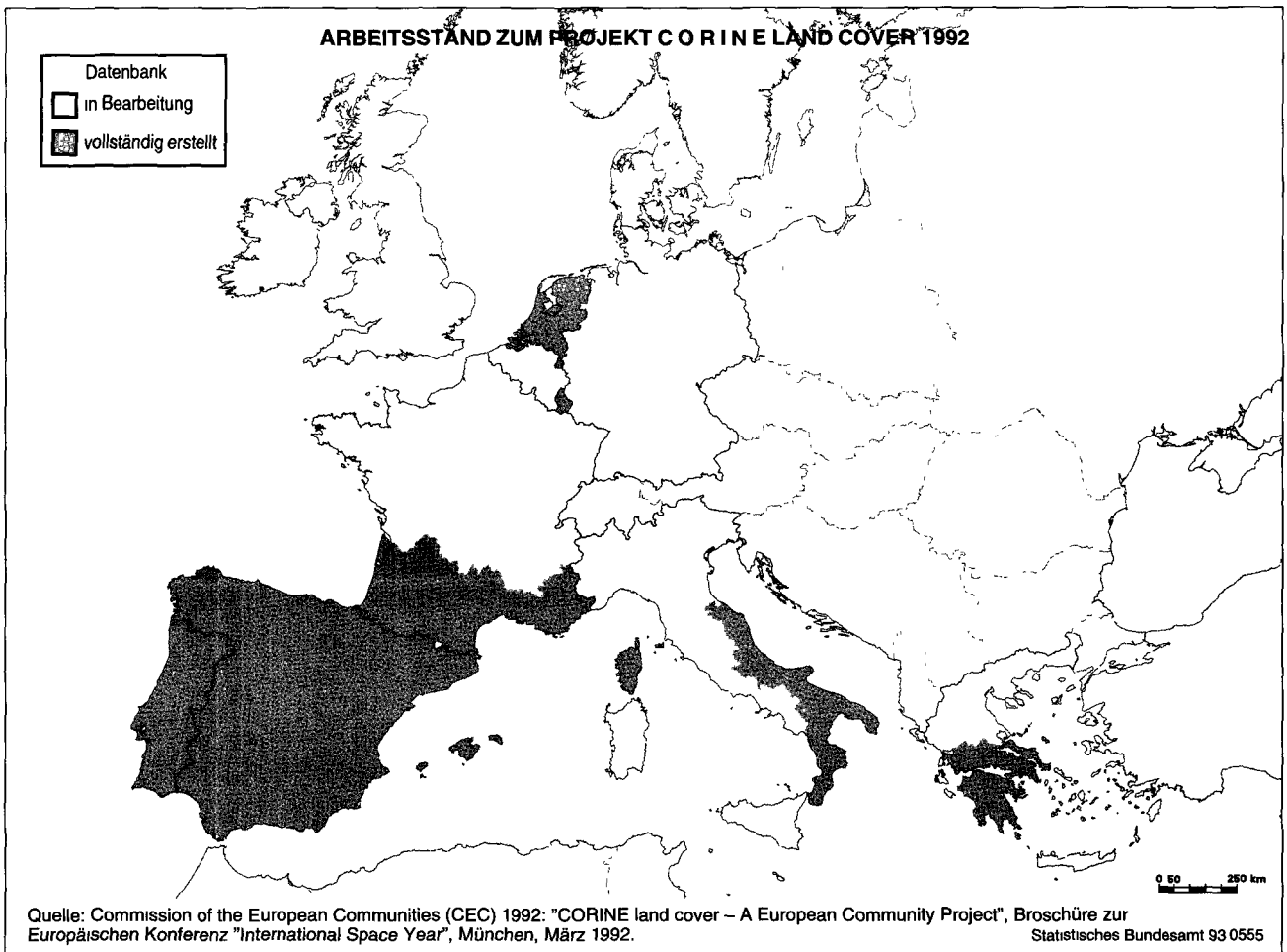
Je nach Standort des Betrachters läßt sich der Nutzungswandel unter einem übergeordneten, supranationalen Blickwinkel oder unter nationalem Blickwinkel angehen. Entsprechend gröber oder feiner werden der Betrachtungsmaßstab bzw. die zur Anwendung kommenden Methoden sein.

Um das Informationsbedürfnis der Europäischen Gemeinschaften über den Zustand der Umwelt und der natürlichen Ressourcen zu decken, wurde das CORINE-Programm entwickelt (COoRdination de l'INformation sur l'Environnement – Koordination der Informationen zur Umwelt⁶⁾). Zum Zwecke einer gemeinschaftlichen Umweltpolitik werden Informationen über den Zustand der Umwelt in bestimmten Bereichen gesammelt, der Informationsfluß koordiniert und einheitliche Definitionen und Nomenklaturen erstellt. CORINE umfaßt 22 Umweltbereiche⁷⁾, darunter den Bereich "Land Cover" entsprechend einem Inventar der biophysikalischen Bodenbedeckung. Die Erfassung der Bodenbedeckung erfolgt durch computergestützte Auswertung fotografischer Vergrößerungen von Satellitenbildern im Maßstab 1:100 000. Die Interpretation der Bodenbedeckung stützt sich auf eine 44 Positionen umfassende Nomenklatur. Endergebnis der Erfassung werden 1 500 digitalisierte kartographische Meßtischblätter für das gesamte EG-Gebiet sein.

⁶⁾ Siehe Amtsblatt der EG Nr. L 176 vom 5. Juli 1985, geändert durch Amtsblatt der EG Nr. L 120 vom 11. Mai 1990.

⁷⁾ Siehe Cornaert, M. "A better knowledge of the European Environment for its better management: The CORINE-Program 1985–1990" in Rademacher, W. u. a. "Neue Wege raumbezogener Statistik", Band 20 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Wiesbaden 1992, S. 33 ff.

Schaubild 6



Die Datenbank ist bis jetzt für Portugal, Luxemburg, Spanien und die Niederlande vollständig erstellt (siehe Schaubild 6). Für Frankreich, Italien und Griechenland ist jeweils der südliche Teil bearbeitet. In Finnland und Großbritannien wird getestet, inwieweit die bestehenden Landnutzungskarten auf Rasterbasis in CORINE-Standards konvertierbar sind. In Ergänzung zum Stand in Schaubild 6 werden in Irland derzeit die letzten Blätter digitalisiert; in Dänemark ist die Digitalisierung zu 13% erfolgt, in Österreich wurde damit begonnen⁸⁾. In der Bundesrepublik Deutschland wird zur Zeit, ausgehend von den östlichen Landesteilen, mit der Interpretation begonnen; verantwortlich für die Abwicklung des deutschen Projekts ist das Statistische Bundesamt. Die Daten werden für das Beitrittsgebiet im Osten voraussichtlich bis Mitte 1994 vorliegen, für die westlichen Bereiche bis Mitte 1996.

3.2.2 Statistisches Informationssystem zur Bodennutzung (STABIS)

In der Bundesrepublik wurde, unabhängig vom CORINE-Programm, das Statistische Informationssystem zur Bodennutzung (STABIS) konzipiert, ein geographisches Informationssystem in der amtlichen Statistik. Verbunden damit wurde ein neues Verfahren für eine moderne Bodennutzungsstatistik entwickelt. Die Erfassung der Bodennut-

zung erfolgt durch stereoskopische Auswertung panchromatischer Luftbilder im Bildmaßstab 1:32 000 und topographische Karten im Maßstab 1:25 000 (TK 25). Basis ist eine Systematik der Bodennutzung, die rund 70 Positionen umfaßt⁹⁾.

⁸⁾ Konzept und Zielsetzung von STABIS sind in mehreren Veröffentlichungen dargestellt, siehe Fußnote 2.

Übersicht 3: Gegenüberstellung von CORINE LC und STABIS-Methode zur Erfassung der Bodennutzung und -bedeckung

Kennzeichen	CORINE LAND COVER	STABIS
Informationsquelle	Satellitenbilder Topographische Karten	Luftbilder Topographische Karten
Methode	Computergestützte visuelle Interpretation	Stereoskopische visuelle Interpretation
Kartographische Grundlage	Photographische Vergrößerungen von Satellitenbildern	Topographische Karten
Datenmodell	Flächen	Flächen, Linien, Punkte
Maßstab	1:100 000	1:25 000
Erfassungsuntergrenze	25 ha	1 ha
Nomenklatur	44 Klassen	etwa 70 Klassen
Durchführung in Deutschland	etwa 3 Jahre	etwa 5 Jahre
Periodische Fortführung	10 Jahre	5 Jahre
Kostenrelation	etwa 1 zu	10
Zahl der Bodennutzungseinheiten	etwa 1 zu	10

⁹⁾ Siehe CORINE Land Cover Newsletter, 1st quarter 1993

Übersicht 3 zeigt eine Gegenüberstellung der wichtigsten Kennzeichen von CORINE Land Cover (CORINE LC) und der STABIS-Methode. STABIS hat aufgrund des größeren Maßstabs und der differenzierteren Nomenklatur eine größere Aussagekraft als CORINE LC, die Erhebung der Daten ist dafür aber mit höheren Kosten verbunden.

STABIS ist zur Zeit für rund 30 über das Bundesgebiet verteilte Testgebiete realisiert.

3.2.3 Anwendung im Testgebiet

In der Anwendung auf das Testgebiet Main-Taunus-Kreis wird die Bodennutzung sowohl nach der CORINE-Land-Cover-Methode als auch nach der STABIS-Methode zu verschiedenen Zeitpunkten erhoben (siehe Übersicht 4). Die Zeitpunkte für CORINE LC ergeben sich aus der Tatsache, daß Satellitenbildaufnahmen des Aufnahmesystems Landsat TM (Thematic Mapper) aus weiter zurückliegenden Jahren nicht vorliegen. Nur für Luftbilder kann auf frühere Zeitpunkte (hier im Abstand von 20 Jahren) zurückgegriffen werden.

Übersicht 4: Aufnahmezeitpunkte für die Erfassung des Wandels der Bodennutzung im „Main-Taunus-Kreis“

CORINE LC (Satellitenbilder)	STABIS (Luftbilder)
entfällt	1952
1984	1972
1992	1992

Als Ergebnis der Auswertung werden erwartet:

- Aussagen zur aktuellen Bodennutzung und deren Veränderung für den Zeitraum der letzten 40 Jahre,
- Aussagen über den Flächenwandel: das heißt, welche Flächen gingen ineinander über,
- Vergleich der Aussagefähigkeit beider Erfassungsmethoden (CORINE LC, STABIS) zum jeweiligen Zeitpunkt sowie bezogen auf die Darstellung des Flächenwandels.

Zusammenfassend ist dieser Teil als Kernstück des "Land Use Accounting" zu bewerten. An dieser Stelle und mit diesen Daten läßt sich die Veränderung der Bodennutzung mit Hilfe einer „Gewinn- und Verlustrechnung“ der einzelnen Nutzungsarten erfassen und bilanzieren.

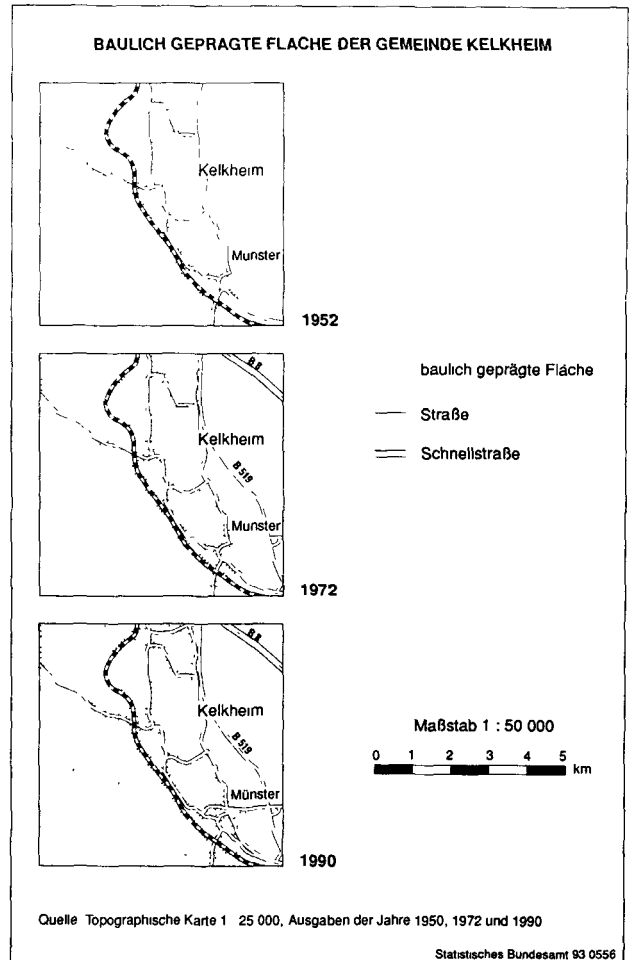
Zur Zeit wird die Erhebung und Digitalisierung des Testgebiets nach STABIS durchgeführt. Einen ersten optischen Eindruck über die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche in den vergangenen 40 Jahren vermittelt der Kartenausschnitt für den Bereich der Gemeinde Kelkheim (siehe Schaubild 7).

3.3 Erfassung der Umwelteffekte des Nutzungswandels

3.3.1 Ökologische Bewertung der aktuellen Bodenbedeckung

Die seit Jahrhunderten bestehenden Bodennutzungen in Mitteleuropa, die im Projekt für die jüngste Vergangenheit am Beispiel detailliert aufgezeigt werden, bedeuten einschneidende Änderungen des vorgegebenen Naturzu-

Schaubild 7



standes. Für eine im Vergleich zu ihren bisherigen Arbeitsgebieten erweiterte Form der Umweltstatistik stellt sich die Frage, wie diese Veränderungen der Bodennutzung und -bedeckung ökologisch zu bewerten sind.

3.3.1.1 Hemerobie als allgemeiner Indikator für den ökologischen Zustand der Landschaft

Im deutschen Testgebiet soll versucht werden, eine ökologische Bewertung der aktuellen Bodenbedeckung vorzunehmen, die sich am Begriff der „Hemerobie“ orientiert. Der Begriff stammt aus dem Griechischen und bedeutet soviel wie „gezähmtes“ bzw. „kultiviertes“ Leben. Er wird vom Geobotaniker benutzt, um die Wirkung der menschlichen Tätigkeit (im weitesten Sinne als „Kulturwirkung“ aufzufassen) auf die Natur, speziell die Vegetation, auszudrücken.

Die heutige Vegetation Mitteleuropas ist Ergebnis sowohl natürlicher Vorgänge als auch kultureller Einflüsse. Der stetig, aber sehr langsam ablaufende natürliche Wandel (z. B. aufgrund von Klimaveränderungen zwischen Warm- und Eiszeiten) wird durch menschliche Einflüsse überlagert. Durch die wachsende Zahl und Ausbreitung des Menschen in den letzten 100 Jahren schob sich die kulturelle Komponente der Naturveränderung derart in den Vordergrund, daß in der Folge in Mitteleuropa kaum noch Gebiete natürlicher Vegetation anzutreffen sind. Was Artenreichtum und Landschaftsvielfalt betrifft, so verlief die

Kultivierung in zwei Schritten: Durch die Rodung von Wäldern und durch extensive Landwirtschaft entstand ein reich strukturiertes Landschaftsbild. Es ergaben sich Lebensbedingungen für neue, nicht einheimische Arten, so daß sich die Artenzahl durch Zuwanderung beträchtlich erhöhte. Damit war eine erste Phase der Hemerobie erreicht, die in ihrer Ausprägung aus dem heutigen Blickwinkel der Naturbewertung (Naturschutzziele) als positiv angesehen wird und durch Artenvielfalt gekennzeichnet ist. Die damit verbundene, kleinräumig strukturierte und extensiv genutzte Kulturlandschaft aus der Mitte des vergangenen Jahrhunderts gilt heute als positives Leitbild. In einem zweiten Schritt führten die fortschreitende, intensivere Kultivierung und Industrialisierung wieder zum Rückgang und zum Aussterben, wobei sowohl die Vielfalt der anthropogen eingebrachten als auch einheimische Arten betroffen sind. Eine neue Phase der Hemerobie wird erreicht in Richtung auf Artenverarmung, Monotonie und den Verbleib weniger Arten, die gegenüber sich wandelnden Verhältnissen anpassungsfähig sind.

Die Wirkungen des menschlichen Einflusses auf die Vegetation lassen sich nach verschiedenen Hemerobieggraden abstufen. Die Wirkung ergibt sich aus der Intensität und Dauer der Einflüsse — ein starker Eingriff kann in kurzer Zeit dieselbe Wirkung haben wie ein langandauernder Eingriff geringerer Intensität. Sukopp¹⁰⁾ beispielsweise gliedert den Kultureinfluß auf Ökosysteme in sechs Stufen abnehmenden Einflusses. Ausgehend von künstlichen, das heißt metahemeroben Zuständen (z. B. Gebäude; vergiftete Ökosysteme) gliedert sich die Skala in polyhemerobe (z. B. kurzlebige Pionierstandorte), euhemerobe (z. B. Zierrasen), mesohemerobe (z. B. standortfremde Forsten, Fettweiden, Heiden), oligohemerobe (z. B. schwach durchforstete Wälder, Salzwiesen) und ahemerobe, das heißt natürliche Zustände (in Mitteleuropa nur unberührte Teile der Hochgebirgsvegetation). Der Vergleichsmaßstab für eine Landschaftseinteilung nach Hemerobieggraden ist die potentielle natürliche Vegetation. Dies sind sogenannte Primärbiotope, das heißt diejenigen Strukturen, die sich ohne Kultureinfluß auf einem gegebenen Standort heute natürlicherweise eingestellt hätten (in Deutschland vor allem großflächige Laubmischwälder). Damit fallen bestimmte, unter Naturschutzaspekten schützenswerte Agrarlandschaften, die nur durch stetig aufrechterhaltene Störungen (Nutzung oder Pflege) zu erhalten sind (das heißt „Sekundär-“ oder „Tertiärbiotope“), nicht in die höchsten Stufen der Hemerobieeinteilung.

Die Erfassung der Bodennutzung und -bedeckung ist die zwingende Voraussetzung für eine Bewertung nach Hemerobieggraden. Für eine Erfassung auf Grundlage von CORINE LC oder STABIS gilt allerdings die Einschränkung, daß eine detaillierte Vegetationserfassung nicht möglich ist und ein Zusammenhang zwischen der ermittelten Bodenbedeckung und dem Grad der Naturferne nur theoretisch ableitbar ist und in groben Kategorien erfolgen kann. Die Anzahl der Bodennutzungs- und -bedeckungs-

typen wird in eine geringere Zahl ihnen zuzuordnender Hemerobiegrade übersetzt.

Im Testgebiet erfolgt eine Verfeinerung der Aussage durch Berücksichtigung einer vorliegenden Biotoptypenkartierung aus Colorinfrarotbildern (Maßstab 1:10000), wobei das hohe Reflexionsvermögen der Vegetation im nahen Infrarotbereich für detailliertere Aussagen über deren Ausprägung genutzt wird. Unter dem Begriff Biotoptyp werden dabei Biotope gleicher Art zusammengefaßt; der Erfassung liegen Biotoptypenklassifizierungen zugrunde.¹¹⁾ Neben einer Verifizierung der Ergebnisse durch Geländebegehung hat die Biotoptypenkartierung auch den Vorteil, nach den Kriterien der Naturschutzgesetze ökologisch wertvolle Gebiete gezielt und flächendeckend erfassen zu können. Damit ergibt sich eine gute Grundlage für eine Hemerobiebewertung.

Die Abfolge der Arbeitsschritte wird darin bestehen, eine geeignete Hemerobieskala zu definieren und den Klassifizierungen von CORINE LC und STABIS zuzuordnen. Die Ergebnisse der Biotoptypenkartierung sind nach Möglichkeit in die jeweiligen Maßstäbe zu aggregieren, zu integrieren und bei der Klassifizierung zu berücksichtigen. Ökologisch wertvolle Habitats (Lebensräume), soweit im Programm CORINE biotopes¹²⁾ ermittelt, bzw. die ökologisch wertvollen Gebiete nach den Bundes- oder Landesnaturschutzgesetzen werden dabei gesondert hervorzuheben sein.

Ergebnis wird eine Aussage darüber sein, in welchem Grad sich die Kulturlandschaft von einem natürlichen Ursprung entfernt hat, das heißt wie hemerob sie geworden ist, und in welchem Ausmaß besonders schützenswerte Teile vorhanden sind. Es können die Flächenanteile verschiedener Hemerobieklassen ermittelt werden. Durch periodische Wiederholung derartiger Untersuchungen ist ein Biomonitoring allgemeiner Art bzw. eine Landschaftsbeobachtung möglich, die Zustandsveränderungen aufzeigt. Darüber hinaus ist im Rahmen des Projekts die Aussagefähigkeit der Maßstabsebenen von CORINE und STABIS zu vergleichen.

3.3.1.2 Strukturvielfalt auf der Basis von Nachbarschaftsanalysen

Als weiterer allgemeiner Indikator zur Beschreibung des Landschaftszustands ist die Strukturvielfalt innerhalb der Bodennutzungstypen geeignet. Vorgesehen ist die Erfassung der Häufigkeit bestimmter Übergangszonen zwischen verschiedenen Landschaftsformen, wie sie zum Beispiel an natürlichen Waldrändern (Waldsaum zwischen Hochwald und Wiesen) oder an Gewässern (Ufersäume zwischen aquatischem und terrestrischem Lebensraum) vorkommen. Diese Übergangszonen sind der zentrale Lebensraum für eine Vielzahl von Organismen, die Nutzungs-

¹⁰⁾ Siehe Sukopp, H., „Wandel von Flora und Vegetation in Mitteleuropa unter dem Einfluß des Menschen“, Berichte über Landwirtschaft, Band 50, 1972, S. 112 ff.

¹¹⁾ Eine bundeseinheitliche Klassifizierung wurde durch die Arbeitsgemeinschaft Naturschutz der Landesämter, Landesanstalten und Landesumweltämter, Arbeitsgruppe CIR-Bildflug, erstellt (im Druck).

¹²⁾ Siehe Commission of the European Communities: "CORINE biotopes. The design, compilation and use of an inventory of sites of major importance for nature conservation in the European Community", 1991.

ansprüche auch an die benachbarten Lebensräume haben. Hinzu kommt, daß auch der ästhetische Wert einer Landschaft durch entsprechende Grenzräume gewinnt. Als zusätzlicher Indikator soll daher die Analyse von Nachbarschaftsverhältnissen in Form von Wald- und Gewässerrandlängen berücksichtigt werden. Waldränder, die durch Straßeneinschnitte entstehen, sind dabei unberücksichtigt zu lassen, da der natürliche Waldsaum fehlt und es sich vielmehr um künstliche Einschnitte handelt, die nicht zwischen naturnahen Nutzungsformen verbinden.

3.3.1.3 Vorkommen von Brutvögeln als Indikator des Naturzustandes

Die periodische Erfassung von Brutvögeln, deren Vorkommen und Häufigkeit in einem bestimmten Lebensraum Rückschlüsse auf die Lebensqualität in diesem Gebiet zuläßt und als raumbezogener Indikator für Zwecke der Umweltökonomischen Gesamtrechnung von Kennweg vorgeschlagen wurde¹³⁾, wäre eine sinnvolle Ergänzung der Landschaftsbewertung auf der zoologischen Ebene. Hierfür muß eine Zuordnung zwischen bestimmten Biotop-typen und den hier normalerweise vorkommenden Vogelarten (anhand ausgewählter „Leitarten“) vorgenommen werden. Regelmäßige Beobachtungen dieser Leitarten vor Ort können dann Auskunft über die Umweltqualität des Landschaftsraums geben. Inwieweit im Testgebiet allerdings entsprechendes Datenmaterial vorliegt, ist noch zu überprüfen. Bundesweite Konzepte und methodisch einheitliche Beobachtungen liegen hierzu erst in Ansätzen vor.¹⁴⁾

3.3.2 Bodenversiegelung

3.3.2.1 Bedeutung der Bodenversiegelung

Die Formen der Bodennutzung, die mit Bodenversiegelung einhergehen, werden im Projekt quantitativ erfaßt und ergeben damit eine Grundlage für weitergehende Bewertungen von ökologischen Auswirkungen. Mit zunehmendem Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen hat auch die Versiegelung zugenommen. Nach Böcker bedeutet Bodenversiegelung, „... daß offener Boden sehr stark verdichtet und mit undurchlässigen Substanzen wie Teer, Beton oder mit Gebäuden bedeckt wird“¹⁵⁾. Die Versiegelung des Bodens bewirkt, daß die natürlichen Austauschvorgänge zwischen Boden und Atmosphäre beeinträchtigt werden. Die quantitative Inanspruchnahme von Freiflächen geht also mit qualitativen Veränderungen in den versiegelten Bereichen einher. Die negativen Auswirkungen sind vielfältig (siehe Übersicht 5).

Bodenversiegelung unterbindet sowohl die Wasserzufuhr aus Niederschlägen als auch die Verdunstung (Evapotranspiration). Bei herabgesetzter Verdunstung und erhöhter

Übersicht 5: Negative Folgen der Bodenversiegelung und Überbauung

Hydrologie <ul style="list-style-type: none"> – Herabsetzung der Grundwasserneubildungsrate – Verstärkung des oberflächlichen Abflusses (Hochwasser) – Erhöhung der wasserwirtschaftlichen Folgeinvestitionen 	Klimaökologie <ul style="list-style-type: none"> – Veränderung des lokalen Klimas – Erhöhung der Durchschnittstemperaturen – Verringerung der Luftfeuchte – Windschwäche und Verringerung des Luftaustausches
Pedologie <ul style="list-style-type: none"> – Beeinträchtigung der Filter- und Puffereigenschaften – Unterbindung biotischer und abiotischer Austauschprozesse 	Arten- und Biotopschutz <ul style="list-style-type: none"> – Veränderung der Lebensräume der Tier- und Pflanzenwelt – Zunahme nichtstandorttypischer, wärmeliebender Arten – Flächenzerschneidung, Verinselung der Lebensräume

Fließgeschwindigkeit gelangt Regenwasser von versiegelten Flächen direkt in Kanäle und Vorfluter. Mittlere Niederschläge können beachtliche Hochwasserabflüsse zur Folge haben, zu deren Vermeidung kostspielige wasserwirtschaftliche Investitionen nötig sind. Das auf diese Weise oberflächlich direkt abgeleitete Wasser geht für die Neubildung von Grundwasser verloren.

Das typische Stadtklima ist gekennzeichnet durch erhöhte Durchschnittstemperaturen in Verbindung mit verringerter Luftfeuchte, verringertem Luftaustausch in Verbindung mit Luftverunreinigungen und verringerter Sonneneinstrahlung. Nur größere Grünflächen ab etwa 1 ha oder vernetzte Grünflächen können das Stadtklima verbessern.

Durch Versiegelung werden die ursprünglichen Lebensräume für Fauna und Flora zerstört und die verbleibenden Lebensräume reduziert und verinselt. In urbanen Gebieten entstehen neue Biotope mit extremen Standorteigenschaften, denen nur Spezialisten, insbesondere wärmeliebende Arten und Kulturfolger (Organismen, die sich an urbane Verhältnisse anpassen können), gewachsen sind.

Böden sind in der Lage, Wasser bei der Bodenpassage zu reinigen. Dies ist insbesondere für die Trinkwasserqualität von Bedeutung.¹⁶⁾ Durch Versiegelung wird die Filter- und Pufferfunktion des Bodens aufgehoben, dessen Reinigungskapazität also nicht genutzt. Gleichzeitig werden biotische und abiotische Austauschprozesse unterbunden.

3.3.2.2 Erfassung der Versiegelung

Die Bodenversiegelung wird durch Auswertung von Satellitenbildern erfaßt. Hierbei wird der Versiegelungsgrad nicht direkt erhoben, sondern über den Vegetationsanteil bestimmt.¹⁷⁾

¹³⁾ Siehe Kennweg, H./Schilling, S. „Raumbezogene Indikatoren“, Forschungsprojekt im Auftrag des Statistischen Bundesamtes. Erscheint in Kürze als Heft 3 in der Reihe Arbeitsunterlagen zur Umweltökonomischen Gesamtrechnung

¹⁴⁾ Siehe dazu z. B. Flade, M.: „Langzeituntersuchungen der Bestände häufiger deutscher Brutvögel. Stand und Perspektiven“ in Die Vogelwelt, Heft 1, 1992, S. 2ff

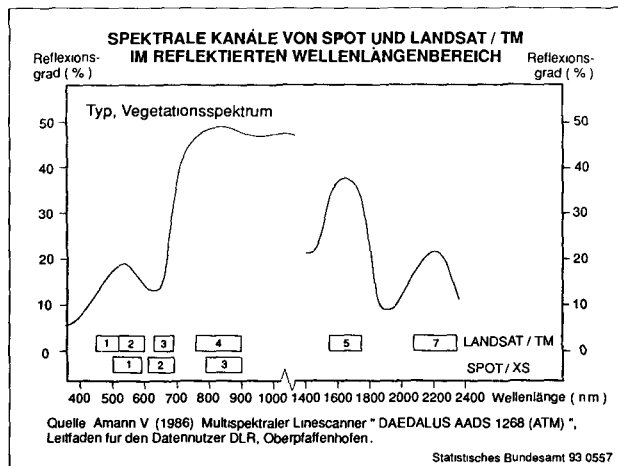
¹⁵⁾ Siehe Böcker, R.: „Bodenversiegelung – Verlust vegetationsbedeckter Flächen in Ballungsräumen – am Beispiel Berlin (West)“ in Landschaft und Stadt 17 (2), 1985

¹⁶⁾ Siehe Baestlein, A./Losch, S. „Kommunale Strategien und Maßnahmen zur Verminderung der Bodenversiegelung“ in Bodenschutz (Hrsg. Rosenkranz et al.) 1 Lfg. XI/88, Nr 4 785.

¹⁷⁾ Siehe Klaedtke, H G./Kleyer, M.: „Bodenversiegelung in Stuttgart“ in Natur und Landschaftsplanung 6/1991 Die Methode wurde zur Auswertung des Versiegelungsgrades in Stuttgart angewandt und mit einer mittels Auswertung von Luftbildern erhaltenen Kartierung verglichen, die gute Übereinstimmungen zeigte. Ökologisch können beide unterschiedlich beurteilt werden. So wird in einem Satelliten- oder Luftbild lediglich die Kronenoberfläche eines Baumes aufgenommen, unabhängig davon, ob der Boden rund um den Stammfuß versiegelt ist.

Die zur Auswertung des Vegetationsanteils verwendeten Satellitenbilder sind Aufnahmen des französischen Satelliten SPOT und des amerikanischen Satelliten Landsat TM. Sie registrieren die von der Erdoberfläche reflektierte Strahlungsenergie in verschiedenen, eng begrenzten Ausschnitten des elektromagnetischen Spektrums. Zur Bestimmung des Vegetationsanteils werden die Spektralbereiche des Rot (600–700 nm) und des Nahen Infrarot (800–900 nm) ausgewertet (siehe Schaubild 8).

Schaubild 8



Der Anteil des sichtbaren Rot (600–700 nm) wird von Chlorophyll bei der Photosynthese stark absorbiert. Je stärker die Photosynthese aktiviert ist, desto höher ist ebenfalls die Absorption in diesem Wellenlängenbereich. Die Infrarotstrahlung (800–900 nm) wird dagegen reflektiert. Zur Bestimmung des Vegetationsanteils wird das Ratioverfahren des Vegetationsindex der normalisierten Differenz (NDVI) berechnet.¹⁸⁾

$$NDVI = \sqrt{\frac{\text{Infrarot} - \text{Rot}}{\text{Infrarot} + \text{Rot}}} + 0,5$$

Der Wert des Index ist abhängig vom phänologischen Zustand der Vegetation. Der Wertebereich muß deshalb in jedem Bild ermittelt werden. Dies geschieht durch Bestimmung von Referenzflächen der niedrigsten und der höchsten Werte. Der Wertebereich wird dann in Klassen unterteilt, die direkt einem bestimmten Versiegelungsgrad zugeordnet werden können. Die Bestimmung des Versiegelungsgrades erfolgt nur in den Siedlungsflächen, die vorher mit der STABIS-Methode bzw. der Methode nach CORINE Land Cover erhoben wurden, um Fehlinterpretationen in landwirtschaftlich genutzten Flächen und Wasserflächen auszuschließen.

Eine alternative Versiegelungserfassung, die im Testgebiet vom Umlandverband Frankfurt auf Basis von Infrarotluftbildern durchgeführt wird und zwischen fünf Kategorien des Versiegelungsgrades differenziert, wird eine gute Vergleichsmöglichkeit zur Aussagefähigkeit der hier gewählten Methode bieten.

¹⁸⁾ Siehe Curran (1982), Hardinsky et al (1983), Richardson und Wiegand (1977) in Natur und Landschaftsplanung 6/1991.

Die Erfassung der Versiegelung ist Ausgangsbasis für die Ermittlung der Folgewirkungen auf den Naturhaushalt der betroffenen Region. Dabei sind die Zerstörung von Bioto- pen und produktiven Flächen und die Auswirkungen auf das regionale Klima vorrangig vor den Folgen auf den Wasserhaushalt (insbesondere Hochwasserabflüsse) und die Bodeneigenschaften zu nennen. Eine genaue Erfassung und Analyse der Wirkung zunehmender Boden- versiegelung auf Kleinklima, Wasserhaushalt u.a. wäre zweifellos wünschenswert und in einem ausgewählten Testraum auch in Teilen zu realisieren. Angesichts des eigentlichen Ziels, Methoden zu entwickeln, die auch bundesweit einsetzbar sind, ist dieses Ziel freilich nicht zu erreichen. Es wird deshalb auf eine detailliertere Wirkungsanalyse verzichtet. Bodenversiegelung ist mithin als Indikator für im Rahmen des Projekts nicht näher zu quanti- fizierende Veränderungen verschiedener Umweltmedien zu interpretieren.

3.3.3 Zerschneidungswirkung von Verkehrsstrassen

Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der am dichte- sten mit Verkehrswegen ausgerüsteten Länder Europas — mit weiterhin steigender Tendenz. Je dichter das Ver- kehrsnetz und dessen Auslastung, um so gravierender sind die umweltbelastenden Folgen. Abgesehen von Schadstoff- und Lärmemissionen und Versiegelung füh- ren Straßen (ebenso wie intensiv genutzte Kulturlächen) zur Zerschneidung, Verinselung und Isolierung ehemals zusammenhängender naturnaher Lebensräume wildle- bender Arten.

Um diese negative Entwicklung aufzuhalten, wurde von seiten der Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz (LA- NA) ein Handlungskonzept zum Verhältnis von Natur- schutz und Verkehr erarbeitet und von der 39. Umweltmini- sterkonferenz beschlossen. Darin werden u. a. die Erhal- tung großer, unzerschnittener und verkehrsarmer Räume, die Entwicklung verkehrsvermeidender Siedlungsstruktu- ren und die Verminderung des Flächenverbrauchs gefor- dert.¹⁹⁾ Periodische Statistiken über Flächengröße und -verteilung unzerschnittener Räume können aufzeigen, ob sich hier Naturschutzbelange gegen Wirtschaftsinter- esen durchsetzen können.

Tiere und Pflanzen haben je nach Spezies unterschiedliche Ansprüche an Beschaffenheit und Größe eines Le- bensraumes. Verkehrsstrassen führen bei störungsemp- findlichen Arten mit hohem Raumbedarf (z. B. Luchse) zum Rückgang, bei mobilen Arten mit mittlerem Raumbedarf zur Durchtrennung der benachbarten Lebensräume und zum Verlust durch Verkehrstod (z. B. Amphibien) und bei Arten mit geringer Mobilität zur vollständigen Isolierung einzelner Populationen. Deren Lebensräume können der- art klein werden, daß der notwendige genetische Aus- tausch nicht mehr stattfindet und Populationen ausster- ben.

¹⁹⁾ Siehe Berichte über die Arbeitsschwerpunkte der für Naturschutz und Landschafts- pflege zuständigen Fachinstitutionen der Länder in Natur und Landschaft 5/1993, S. 253f

Die Analyse wird nur auf STABIS-Basis vorgenommen, da über CORINE LC die Erfassung von Linienelementen (Straßen und Gleise) nicht möglich ist. Als Indikator für Zerschneidungseffekte werden die Größe und Verteilung unzerschnitten verbliebener naturnaher Bodennutzungseinheiten (Wald und ggf. bestimmte ökologisch wertvolle Räume oder Schutzgebiete) und deren Veränderung erfaßt.²⁰⁾ Dieser Indikator kann allerdings nur eine Aussage zur potentiellen Zerschneidungswirkung in verschiedenen Regionen liefern. Konkrete Aussagen über aktuelle Zerschneidungswirkungen haben zur Voraussetzung, daß die Mindestflächenansprüche für bestimmte Arten und Biotoptypen ausreichend bekannt sind und daß das Vorkommen dieser Arten und Biotoptypen und deren Veränderung aufgrund zu kleiner, zerschnittener Lebensräume regelmäßig überprüft wird. Diese Bedingungen können hier, ebenso wie für eine bundesweite Statistik, nicht erfüllt werden. Für die Mehrzahl der Arten können heute noch keine zuverlässigen Aussagen über die Mindestgröße von Biotoptypen gemacht werden.²¹⁾

3.3.4 Sonstige Daten im Projekt

Wie in Schaubild 4 aufgeführt, werden sowohl Hintergrundinformationen zur Charakterisierung der Naturausstattung des Testgebiets (in Form digitaler Höhenmodelle, Bodenarten oder Biotoptypen) als auch solche zu Umweltschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit negativen Auswirkungen des Flächenwandels aufgenommen (wie z.B. Ausgaben für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen bei flächenrelevanten Eingriffen oder Ausgaben für Biotop- und Artenschutz).

4 Ausblick

Die Kenntnis des Flächenwandels, darunter insbesondere des „Landschaftsverbrauchs“ und des Versiegelungsgrads des Bodens, unter Berücksichtigung seiner ökonomischen Ursachen, ist die Basis für die Erfassung und Bewertung sowohl der Effizienz des Einsatzes der knappen Ressource Boden als auch der möglichen ökologischen Folgewirkungen. Insofern stellt dieses am Beispiel eines Testgebietes durchgeführte Projekt einen Startpunkt für weitere Untersuchungen in der Fläche dar, deren Schwerpunkte zum einen bei der ergänzenden Erfassung des Spektrums struktureller Eingriffe, zum zweiten bei der Erfassung und Verknüpfung mit stofflichen Einträgen und Belastungen des Bodens und zum dritten in der weiteren Entwicklung von räumlichen Indikatoren zur Bewertung von Umweltfolgen der Bodennutzung liegen sollte. Hieraus ließe sich eine ökonomisch-ökologische Gesamteinschätzung einer Region ableiten, die im Prinzip auf andere Gebiete übertragbar ist und im Interesse der Bundesstatistik eine kontinuierliche Beobachtung einer Reihe von

ausgewählten Regionen ermöglichen würde. Einschränkend ist zu bemerken, daß die Datenlage im ausgewählten Testgebiet vergleichsweise gut ist, eine Erfassung in anderen Regionen teilweise mit geringeren Datenbeständen auskommen müßte. Das vorliegende Projekt ist auch von der Notwendigkeit geleitet, aufgrund abzuschätzender oder zu beobachtender Umweltfolgen sowie bestimmter Wertschätzungen Grenzen für Ausmaß und Intensität problematischer Flächennutzungen aufzeigen zu können.

*Dipl.-Biologin Regina Hoffmann-Kroll/
Dipl.-Geograph Albrecht Wirthmann*

²⁰⁾ Eine entsprechende bundesweite Auswertung zu unzerschnittenen verkehrsarmen Räumen über 100 km² findet sich bei Lassen, D.: „Unzerschnittene verkehrsarme Räume in der Bundesrepublik Deutschland“ in *Natur und Landschaft* 10/1979, S. 333f, ders.: „Fortschreibung 1987“ in *Natur und Landschaft* 12/1987, S. 532ff.

²¹⁾ Siehe Riecken, U.: „Grenzen der Machbarkeit von „Natur aus zweiter Hand““ in *Natur und Landschaft* 11/1992, S. 527ff.

Preise im September 1993

Bei den hier dargestellten Preisindizes für das frühere Bundesgebiet setzte sich die in den letzten Monaten zu erkennende Entspannung des Preisklimas auch im Berichtsmonat September 1993 fort. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte fielen von August auf September

Ausgewählte Preisindizes
Früheres Bundesgebiet
1985 = 100

Jahr Monat	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾			Groß- hand- ver- kaufs- preise ¹⁾	Ein- zel- hand- els- preise ³⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	
	ins- ge- samt	darunter				ins- ge- samt	ohne Saison- waren
		Investi- tions- güter ²⁾	Ver- brauchs- güter ²⁾				
1987 D	95,1	104,9	95,1	89,2	99,7	100,1	100,1
1988 D	96,3	107,0	95,5	89,9	100,3	101,4	101,4
1989 D	99,3	109,7	100,1	94,5	102,3	104,2	104,2
1990 D	101,0	112,9	102,9	95,2	104,4	107,0	106,9
1991 D	103,4	116,6	107,5	96,7	107,1	110,7	110,6
1992 D	104,8	120,0	110,5	96,8	109,8	115,1	115,2
1992 Juli	105,1	120,5	110,7	96,7	110,1	115,2	115,2
Aug.	105,1	120,6	110,5	96,0	109,9	115,4	115,6
Sept.	105,1	120,7	110,9	95,6	109,9	115,7	116,0
Okt.	104,9	120,8	111,1	95,5	110,1	116,1	116,5
Nov.	104,8	120,9	111,2	95,5	110,4	116,7	117,0
Dez.	104,6	121,0	111,0	95,1	110,4	116,8	117,2
1993 Jan.	104,8	121,6	111,4	95,8	111,3	118,1	118,3
Febr.	104,8	121,6	111,8	96,0	111,7	118,6	118,8
März	104,9	121,7	112,1	96,2	111,9	119,0	119,2
April	105,0	122,2	112,4	96,1	112,2	119,4	119,5
Mai	104,8	122,0	112,3	96,0	112,4	119,8	119,8
Juni	104,8	122,1	112,2	96,2	112,4	120,0	120,1
Juli	104,9	122,1	112,3	96,0	112,3	120,2	120,4
Aug.	104,8	122,2	112,3	95,6	112,1	120,2	120,5
Sept.	104,6	122,2	111,9	95,1	112,1	120,3	120,7
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %							
1992 Juli	-0,1	+0,2	-0,4	-1,3	-0,1	-	+0,1
Aug.	-	+0,1	-0,2	-0,7	-0,2	+0,2	+0,3
Sept.	-	+0,1	+0,4	-0,4	-	+0,3	+0,3
Okt.	-0,2	+0,1	+0,2	-0,1	+0,2	+0,3	+0,4
Nov.	-0,1	+0,1	+0,1	-	+0,3	+0,5	+0,4
Dez.	-0,2	+0,1	-0,2	-0,4	-	+0,1	+0,2
1993 Jan.	+0,2	+0,5	+0,4	+0,7	+0,8	+1,1	+0,9
Febr.	-	-	+0,4	+0,2	+0,4	+0,4	+0,4
März	+0,1	+0,1	+0,3	+0,2	+0,2	+0,3	+0,3
April	+0,1	+0,4	+0,3	-0,1	+0,3	+0,3	+0,3
Mai	-0,2	-0,2	-0,1	-0,1	+0,2	+0,3	+0,3
Juni	-	+0,1	-0,1	+0,2	-	+0,2	+0,3
Juli	+0,1	-	+0,1	-0,2	-0,1	+0,2	+0,2
Aug.	-0,1	+0,1	-	-0,4	-0,2	-	+0,1
Sept.	-0,2	-	-0,4	-0,5	-	+0,1	+0,2
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
1987 D	-2,5	+2,2	+0,4	-3,7	+0,1	+0,2	+0,2
1988 D	+1,3	+2,0	+0,3	+0,8	+0,6	+1,3	+1,3
1989 D	+3,1	+2,5	+4,8	+5,1	+2,0	+2,8	+2,8
1990 D	+1,7	+2,9	+2,8	+0,7	+2,1	+2,7	+2,6
1991 D	+2,4	+3,3	+4,5	+1,6	+2,6	+3,5	+3,5
1992 D	+1,4	+2,9	+2,8	+0,1	+2,5	+4,0	+4,2
1992 Juli	+1,1	+2,9	+1,3	-0,9	+2,4	+3,3	+3,6
Aug.	+1,1	+3,0	+1,1	-0,7	+2,4	+3,5	+3,8
Sept.	+0,8	+2,9	+0,8	-1,2	+2,3	+3,6	+3,8
Okt.	+0,5	+2,7	+0,8	-1,6	+2,2	+3,7	+3,9
Nov.	+0,5	+2,8	+1,1	-2,2	+1,9	+3,7	+4,1
Dez.	+0,5	+2,1	+1,6	-1,9	+1,9	+3,7	+4,2
1993 Jan.	+0,8	+3,1	+2,4	-1,4	+2,6	+4,4	+4,8
Febr.	+0,5	+2,7	+2,1	-1,8	+2,4	+4,2	+4,6
März	+0,3	+2,3	+2,0	-1,6	+2,3	+4,2	+4,6
April	+0,1	+2,0	+1,8	-2,0	+2,3	+4,3	+4,5
Mai	-0,3	+1,7	+1,4	-2,1	+2,0	+4,2	+4,4
Juni	-0,4	+1,5	+1,0	-1,8	+2,0	+4,2	+4,3
Juli	-0,2	+1,3	+1,4	-0,7	+2,0	+4,3	+4,5
Aug.	-0,3	+1,3	+1,6	-0,4	+2,0	+4,2	+4,2
Sept.	-0,5	+1,2	+0,9	-0,5	+2,0	+4,0	+4,1

¹⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — ²⁾ Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter — ³⁾ Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

1993 um 0,2 % und lagen um 0,5 % niedriger als im September 1992. Die Großhandelsverkaufspreise gaben von August auf September 1993 um 0,5 % nach, gegenüber dem Vorjahr lagen sie um ebenfalls 0,5 % niedriger. Die Einzelhandelspreise verharrten im September 1993 auf dem Niveau des Vormonats; die Jahresveränderungsrate blieb mit + 2,0 % zum fünften Mal in Folge auf einem vergleichsweise moderaten Niveau. Die Verbraucherpreise zogen allerdings wieder an, der Anstieg war aber mit + 0,1 % recht mäßig, nachdem der Index im August 1993 auf Juliniveau geblieben war. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 4,0 %, nachdem die Veränderungsrate im Juli 1993 noch bei + 4,3 % und im August 1993 bei + 4,2 % gelegen hatte.

Beruhigenden Einfluß auf die Indexveränderungen der Erzeugerpreise und Großhandelsverkaufspreise sowohl im Vormonats- als auch im Vorjahresvergleich übte die Preisentwicklung bei Mineralölzeugnissen aus. Die Preise für Saisonwaren zogen gegenüber September 1992 vor allem im Großhandel deutlich an, wogegen sie gegenüber August 1993 mit jeweils — 2,6 % auf der Groß- und Einzelhandelsstufe dämpfend auf die Veränderung der Gesamtindizes auf beiden Stufen wirkten.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (ohne Heizöl und Kraftstoffe) erhöhte sich im September 1993 gegenüber dem August des gleichen Jahres um 0,2 %, während sich der Abstand zum entsprechenden Vorjahresmonat September 1992 auf + 4,2 % belief. Dämpfend auf die Gesamtindexveränderung gegenüber dem Vormonat (+ 0,1 %) wirkte, neben dem Nachgeben der Preise bei Heizöl und Kraftstoffen, der mit — 2,8 % deutliche Indexrückgang bei „Saisonwaren“.

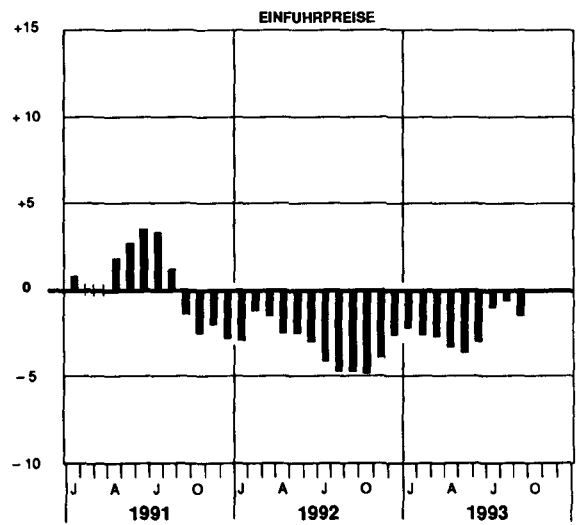
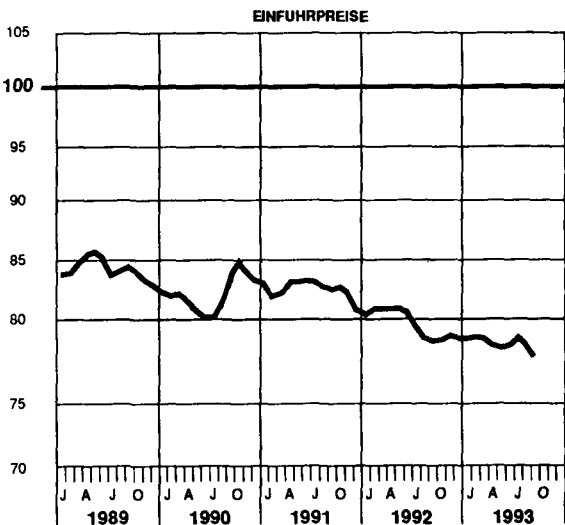
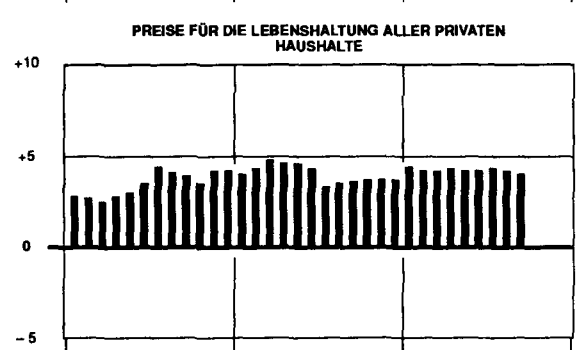
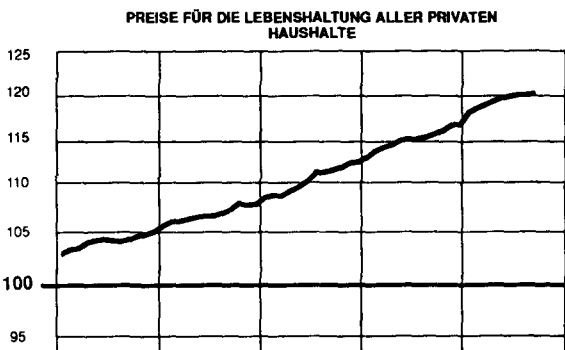
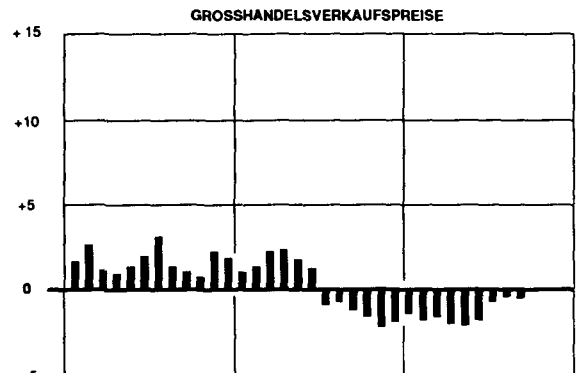
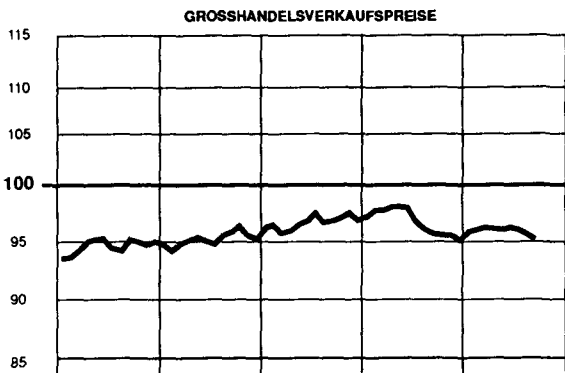
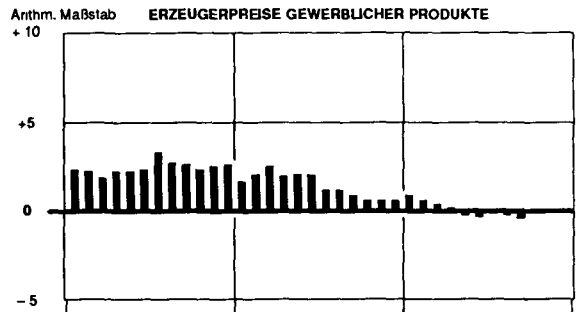
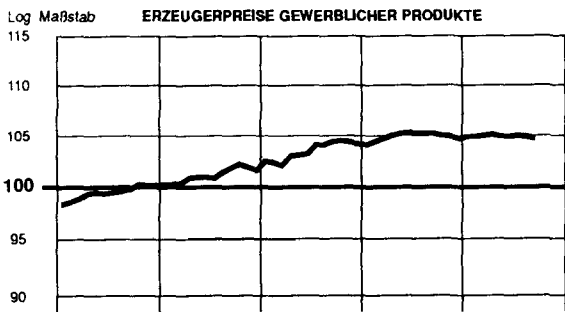
	Veränderungen September 1993 gegenüber	
	August 1993	September 1992
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	- 0,2	- 0,5
ohne Mineralölzeugnisse	- 0,1	- 0,4
Mineralölzeugnisse	- 2,0	- 3,0
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	- 0,5	- 0,5
ohne Mineralölzeugnisse	- 0,3	- 0,4
Mineralölzeugnisse	- 2,0	- 2,0
ohne Saisonwaren	- 0,3	- 0,8
Saisonwaren	- 2,6	+ 11,0
Index der Einzelhandelspreise		
insgesamt	-	+ 2,0
ohne Heizöl und Kraftstoffe	-	+ 2,1
Heizöl und Kraftstoffe	- 1,5	+ 0,3
ohne Saisonwaren	+ 0,1	+ 2,0
Saisonwaren	- 2,6	+ 2,1
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	+ 0,1	+ 4,0
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,2	+ 4,2
Heizöl und Kraftstoffe	- 1,5	+ 0,1
ohne Saisonwaren	+ 0,2	+ 4,1
Saisonwaren	- 2,8	+ 2,2

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) sank von August auf

AUSGEWÄHLTE PREISINDIZES
Früheres Bundesgebiet

Preisindex
1985 = 100

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



September 1993 um 0,2 %, nachdem er sich von Juli auf August um 0,1 % ermäßigt hatte. Binnen Jahresfrist veränderte sich der Gesamtindex um - 0,5 %; im August 1993 war er um 0,3 % gesunken.

Im Monatsvergleich unverändert blieb der Teilindex „Investitionsgüter“; der Teilindex „Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)“ sank dagegen um - 0,4 %. Auch andere Teilindizes wiesen Rückgänge auf, womit von der gewerblichen Produktion, wie schon im August, deutliche Impulse zur Preisstabilität auf nachgelagerten Stufen ausgehen. Im Vergleich zum September des Vorjahres stiegen der Teilindex für Investitionsgüter um + 1,2 % und der Teilindex für Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) um + 0,9 %. Die Veränderungen der Teilindizes für Investitions- und Verbrauchsgüter liegen damit im Vergleich zu September 1992 deutlich höher als die Veränderungsrate des Gesamtindex (- 0,5 %).

Der Index der Großhandelsverkaufspreise ermäßigte sich im September 1993 gegenüber dem Vormonat um 0,5 %; im August hatte die entsprechende Veränderungsrate bei - 0,4 % gelegen. Binnen Jahresfrist belief sich die Veränderungsrate des Gesamtindex auf ebenfalls - 0,5 %.

Einen wesentlichen Beitrag zu diesem Indexrückgang innerhalb Jahresfrist leisteten der Großhandel mit Getreide-, Futter-, Düngemitteln, Tieren mit - 7,5 %, der Großhandel mit Erzen, Stahl, NE-Metallen usw. mit - 4,7 % und der Großhandel mit festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen mit - 2,0 %. Die Veränderung des Index innerhalb Monatsfrist ist vor allem auf Preisrückgänge beim Großhandel mit Altmaterial, Reststoffen (- 2,1 %), beim Großhandel mit textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw. (- 1,6 %) und beim Großhandel mit festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen (- 1,4 %) zurückzuführen.

Im einzelnen wiesen die Teilindizes für die 14 Wirtschaftsgruppen des Großhandels im Februar 1993 folgende Monats- bzw. Jahresraten auf:

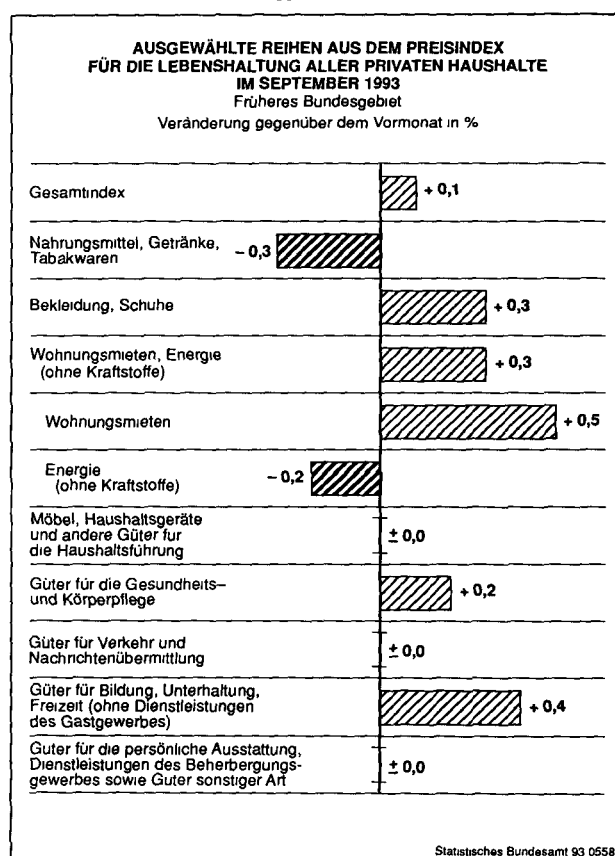
	Veränderungen September 1993 gegenüber	
	August 1993	September 1992
	%	
Großhandel mit		
Rohstoffen und Halbwaren	- 0,9	- 2,5
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	- 0,7	- 7,5
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	- 1,6	+ 4,3
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	-	- 3,8
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	- 1,4	- 2,0
Erzen, Stahl, NE-Metallen	- 0,8	- 4,7
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	+ 0,1	+ 2,5
Altmaterial, Reststoffen	- 2,1	+ 13,1
Fertigwaren	- 0,2	+ 0,9
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	- 0,6	- 0,1
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	- 0,1	+ 1,8
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	-	+ 1,1
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	- 0,1	+ 1,2
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	-	+ 2,0
pharmazeutischen, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen	+ 0,2	+ 0,8
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art	- 0,2	- 0,1

Der Index der Einzelhandelspreise verharrte im Berichtsmonat auf dem Vormonatsstand. Im Vergleich zum Vorjahresmonat erhöhte sich der Index im September 1993 mit + 2,0 % ebenso stark wie im August dieses Jahres; damit bleibt die Veränderungsrate im Jahresvergleich zum fünften Mal in Folge + 2,0 %.

Von den neun Wirtschaftsgruppen des Einzelhandels wiesen vier keine Indexveränderung gegenüber dem Vormonat auf. Rückläufig waren der Index des Einzelhandels mit Kraft- und Schmierstoffen (- 0,6 %) und der Index des Einzelhandels mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren (- 0,2 %), während drei Wirtschaftsgruppen Indexsteigerungen aufwiesen. Gegenüber September 1992 gab es nur Preissenkungen im Einzelhandel mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, medizinischen Artikeln, Reinigungsmitteln, Anstrichbedarf (- 1,0 %). Alle anderen Wirtschaftsgruppen wiesen im Jahresvergleich Indexsteigerungen zwischen + 0,7 % (Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten) und + 4,1 % (Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen) auf.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet stieg von Mitte August 1993 bis Mitte September 1993 um 0,1 % auf einen Stand von 120,3 (1985 = 100); die Jahresrate, die im August 1993 noch bei + 4,2 % gelegen hatte, ging im September 1993 leicht auf + 4,0 % zurück.

Schaubild 2



Der Gesamtindex ohne Heizöl und Kraftstoffe erhöhte sich von August 1993 auf September 1993 um 0,2 %. Die Verän-

derung zum Vergleichsmonat des Vorjahres belief sich auf + 4,2 %.

Der Preisindex für die Kraftfahrzeuganschaffung und -unterhaltung sank gegenüber dem Vormonat um 0,2 % und lag um + 4,1 % über dem Stand vom September 1992.

Die für spezielle Haushaltstypen berechneten Preisindizes weisen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat folgende Veränderungen auf:

	Veränderungen September 1993 gegenüber	
	August 1993	September 1992
	%	
Preisindex für		
die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	+ 0,1	+ 4,0
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	+ 0,1	+ 4,1
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	+ 0,1	+ 3,7
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	+ 0,1	+ 3,8
die einfache Lebenshaltung eines Kindes	- 0,1	+ 2,8

Veränderungen
September 1993
gegenüber

August
1993 September
1992
%

Verbraucherpreise		
Unterrichtsleistungen	+ 2,3	+ 8,4
Garagenmieten	+ 1,1	+ 4,0
Dienstleistungen der Krankenhäuser u. a.	+ 0,8	+ 4,7
Fische und Fischfilets, frisch oder tiefgefroren	+ 0,6	- 2,1
Kleingebäck aus Brotteig	+ 0,5	+ 5,5
Feste Brennstoffe	+ 0,5	+ 3,0
Herrenoberbekleidung	+ 0,3	+ 2,7
Friseurleistungen	+ 0,3	+ 6,4
Teppiche und andere Bodenbeläge	+ 0,2	+ 2,8
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	+ 0,1	+ 2,9
Kaffee	± 0,0	- 0,9
Fernsehempfangsgeräte	- 0,1	- 1,0
Schokoladen und Schokoladenerzeugnisse	- 0,4	- 1,7
Obstkonserven	- 0,7	- 8,1
Flüssige Brennstoffe	- 1,4	+ 0,7
Kraftstoffe	- 1,4	± 0,0
Blatt- und Stengelgemüse, frisch	- 5,4	- 11,3
Äpfel	- 5,8	- 7,8

Dr. Helmut Liely

Auf den verschiedenen Wirtschaftsstufen sind bei einzelnen Gütern bzw. Gütergruppen größere Preisveränderungen im Vergleich zum Vormonat bzw. Vergleichsmonat des Vorjahres hervorzuheben, fortlaufend geordnet nach der Höhe der Veränderungen zum Vormonat:

	Veränderungen September 1993 gegenüber	
	August 1993	September 1992
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Bitumen	- 10,5	- 31,7
Elektrolytkupfer	- 8,3	- 14,3
Wellpappenpapier	- 6,9	- 24,8
Schweres Heizöl	- 5,3	- 7,5
Halbzeug aus Kupfer und Kupferlegierungen	- 5,2	- 11,0
Betonstahlmatten	- 4,9	- 12,0
Polyäthylen	- 4,1	- 17,7
Packpapier aus Altpapier	- 3,6	- 22,3
Leichtes Heizöl	- 2,8	- 4,4
Betonstahl	- 2,5	+ 4,4
Walzdraht	- 2,5	- 2,1
Flachglas	- 2,5	- 6,2
Motorenbenzin	- 1,9	- 1,5
Dieselmotorenstoff	- 1,7	- 1,4
Kabel	- 1,6	- 6,3
Großhandelsverkaufspreise		
Frische Zitrus- und tropische Früchte	+ 8,8	+ 46,3
Frische Eier	+ 4,8	+ 13,8
Organische Grundstoffe und Chemikalien	+ 4,0	+ 5,2
Brotgetreide	+ 2,4	- 18,8
Dieselmotorenstoff	- 1,3	+ 0,4
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	- 1,6	- 9,7
Stahlrohre	- 1,7	- 11,0
Motorenbenzin	- 1,9	- 2,2
Betonstahl	- 2,3	- 1,2
Heizöle	- 2,9	- 2,1
Gekühltes Fleisch	- 3,1	- 14,6
Frischgemüse	- 4,0	- 10,7
Ölkuchen und -schrote	- 5,4	+ 11,6
Speisekartoffeln	- 21,3	- 8,3

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Systematiken		
Zur Organisation des Statistischen Systems innerhalb der Europäischen Gemeinschaften . . .	7	463
Die deutsche Außenhandelsstatistik im EG-Binnenmarkt	1	25
Revidiertes System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	10	711
Aspekte der Verbreitung statistischer Ergebnisse	5	319
Piloterhebung zum EG-Haushaltspanel	5	326
1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe am 30. September 1993	9	651
Konzeption und erste methodische Ergebnisse der Tourismusstichprobe 1992	9	655
Zum Aufbau einer nationalen Gesundheitsberichterstattung	1	33
Todesursachen 1990/91 im vereinten Deutschland	4	257
Werbung und Beteiligung der Haushalte an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993	6	385
Einführung der laufenden Verdiensterhebung im Handwerk in den neuen Ländern und Berlin-Ost	8	579
Sozialproduktsberechnung für die ehemalige DDR	7	466
Gebrauchsvermögen privater Haushalte	8	527
Aufbau der Umweltökonomischen Gesamtrechnung	2	138
Nachhaltiges Einkommen	5	331
Aufbau der Emittentenstruktur der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnung	6	432
Verbrauch von Rohstoffen	8	585
Wandel der Bodennutzung und Bodenbedeckung	10	770
Bevölkerung		
Piloterhebung zum EG-Haushaltspanel	5	326
Haushalte und Familien	3	191
Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle 1990 und 1991	9	644
Ehescheidungen 1990/91	1	43
Erwerbstätigkeit		
Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost	2	91
Entwicklung der Erwerbsbeteiligung in den neuen Ländern und Berlin-Ost	8	538
Ergebnisse des Mikrozensus Mai 1992	10	723
Beruf und Tätigkeitsmerkmale der Erwerbstätigen	4	233
Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Berufen	1	48
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1992	8	562
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Insolvenzen 1992	3	200
Insolvenzverluste 1991	7	483
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Ausgewählte Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1991	2	98
Zur Entwicklung der Viehbestände 1989 bis 1992 in den neuen Ländern und Berlin-Ost	3	205
Beschäftigte und Arbeitsleistung in den landwirtschaftlichen Betrieben Deutschlands	6	398
Weinmosternte 1992	5	340
Tierische Erzeugung 1992	6	391
Bautätigkeit und Wohnungen		
1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe am 30. September 1993	9	651
Wohngeld in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1991	5	358
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr		
Konzeption und erste methodische Ergebnisse der Tourismusstichprobe 1992	9	655
Ergebnisse der Jahresherhebungen 1991 im Großhandel und in der Handelsvermittlung	10	732
Inlandstourismus 1992	7	489

	Heft	Seite
Außenhandel		
Die deutsche Außenhandelsstatistik im EG-Binnenmarkt	1	25
Außenhandel 1992	3	212
nach Waren	6	406
nach Ursprungs- und Bestimmungsländern	5	343
mit den Entwicklungsländern	10	739
im dritten Vierteljahr 1992	1	55
im vierten Vierteljahr 1992	4	241
Verkehr		
Schätzung von Umfang und Struktur des Transportaufkommens gefährlicher Güter	5	351
Unternehmen der Binnenschifffahrt 1992	9	663
Geld und Kredit		
Bauspargeschäft 1992	9	671
Aktienmarkt im Jahr 1992	1	62
Bildung und Kultur		
Wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen 1989	4	249
Öffentliche Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Kultur 1975 bis 1990	2	103
Studenten im Wintersemester 1992/93	8	545
Gesundheitswesen		
Zum Aufbau einer nationalen Gesundheitsberichterstattung	1	33
Todesursachen 1990/91 im vereinten Deutschland	4	257
Krankenhausstatistik 1991	7	498
Kosten der Krankenhäuser 1991	10	745
Sozialleistungen		
Wohngeld in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1991	5	358
Einmalige Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 21 BSHG im Jahr 1991	2	113
Sozialhilfeempfänger 1991	4	279
Einrichtungen der Jugendhilfe in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1991	4	292
Adoptionen 1991	7	505
Erziehungsberatung 1991	8	552
Finanzen und Steuern		
Finanzplanung von Bund und Ländern 1992 bis 1996	1	68
Kommunale Finanzplanungen 1992 bis 1996	4	301
Öffentliche Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Kultur 1975 bis 1990	2	103
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1992	8	562
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Februar 1993	5	364
Vermögen und seine Besteuerung 1989	10	750
Planungen der öffentlichen Haushalte 1993	6	413
Schulden der öffentlichen Haushalte 1992	9	677
Wirtschaftsrechnungen und Versorgung		
Werbung und Beteiligung der Haushalte an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993	6	385
Aufwendungen für Kinder	10	759
Ausgaben für Freizeitgüter in ausgewählten privaten Haushalten im früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost	2	125
Einkommen und Verbrauch von Angestellten- und Arbeiterhaushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost	9	682
Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte im früheren Bundesgebiet sowie in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1992	8	568
Löhne und Gehälter		
Einführung der laufenden Verdiensterhebung im Handwerk in den neuen Ländern und Berlin-Ost	8	579
Ergebnisse der laufenden Lohnstatistik für 1992	6	421
Bruttojahresverdienste in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe 1991 in den neuen Ländern und Berlin-Ost	2	132

	Heft	Seite
Preise		
Preise im Jahr 1992	1	72
Januar 1993	2	153
Februar 1993	3	217
März 1993	4	305
April 1993	5	368
Mai 1993	6	447
Juni 1993	7	511
Juli 1993	8	597
August 1993	9	691
September 1993	10	781
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Revidiertes System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	10	711
Sozialproduktsberechnung für die ehemalige DDR	7	466
Gebrauchsvermögen privater Haushalte	8	527
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1992	3	167
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1. Halbjahr 1993	9	613
Bruttoinlandsprodukt 1992	1	11
Umwelt		
Aufbau der Umweltökonomischen Gesamtrechnung	2	138
Nachhaltiges Einkommen	5	331
Aufbau der Emittentenstruktur der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Umwelt- ökonomischen Gesamtrechnung	6	432
Verbrauch von Rohstoffen	8	585
Wandel der Bodennutzung und Bodenbedeckung	10	770

Tabellenteil

Inhalt

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen / Veränderungen	612*	monatlich
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	640*	"
Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Volkseinkommen	643*	"
Ausgewählte Tabellen		
Erwerbstätigkeit		
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen	644*	vierteljährlich
Produzierendes Gewerbe		
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen	646*	monatlich
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	649*	"
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe — Fachliche Unternehmensteile	652*	"
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr		
Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz, Wareneinsatz, Rohertrag, Investitionen im Großhandel	658*	einmalig
Finanzen und Steuern		
Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte; Nettokreditaufnahme, Schulden und Gemeindesteuern	660*	vierteljährlich
Preise		
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes	662*	monatlich
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	663*	"
Preisindex für die Lebenshaltung	667*	"
Preisindizes für Bauwerke; Kaufwerte für Bauland	671*	vierteljährlich

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1991	1992	1993						
					März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Bevölkerung 1)											
Erwerbstätigkeit											
Früheres Bundesgebiet											
Erwerbstätige 2)	1 000	28 486	28 993p	29 141p	28 719p	28 695p	28 632p	28 599p	28 442p	28 490p	...
dar. Abhängige	1 000	25 460	25 949p	26 086p	25 670p	.	.	25 582p
Arbeitsmarkt 3)											
Arbeitslose	1 000	1 883	1 689	1 808	2 223	2 197	2 148	2 166	2 326	2 315p	2 288p
und zwar:											
Männer	1 000	968	898	983	1 273	1 233	1 198	1 204	1 289	1 282p	1 271p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	66	54	58	68	62	58	63	76	74p	70p
Ausländer	1 000	203	208	254	337	340	332	330	339	342p	349p
Arbeitslosenquote	%	7,2	6,3	6,6	8,0	7,9	7,8	7,8	8,4	8,4p	8,3p
Zugang an Arbeitslosen	1 000	309	305	330	323	392	288	315	502	340p	334p
Offene Stellen	1 000	314	331	324	266	272	271	273	263	251p	229p
Arbeitsvermittlungen	1 000	197	200	196	189	179	192	191	221	181p	198p
Kurzarbeiter	1 000	56	145	283	1 042	1 061	939	897	525	398p	590p
Neue Länder und Berlin-Ost											
Arbeitsmarkt 3)											
Arbeitslose 4)	1 000	—	913	1 170	1 141	1 118	1 097	1 100	1 167	1 175p	1 159p
und zwar:											
Männer	1 000	—	383	428	433	412	397	392	415	414p	402p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	—	42	30	23	20	18	19	26	26p	25p
Ausländer	1 000	—	14	16	15	15	15	15	15	15p	14p
Arbeitslosenquote	%	—	10,3	14,8	15,7	15,4	15,1	15,1	16,0	16,2p	15,9p
Zugang an Arbeitslosen	1 000	—	120	131	103	113	94	106	168	108p	113p
Offene Stellen	1 000	—	31	33	32	32	36	38	37	40p	38p
Arbeitsvermittlungen	1 000	—	56	55	54	56	48	51	61	57p	71p
Kurzarbeiter	1 000	—	1 616	370	246	231	215	201	155	143p	143p
Unternehmen und Arbeitsstätten											
Früheres Bundesgebiet											
Insolvenzen	Anzahl	13 271	12 922	14 107	1 454	1 456	1 306	1 487
Unternehmen	Anzahl	8 730	8 445	9 828	1 064	1 039	982	1 087
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	1 530	1 436	1 827	220	196	176	196
Baugewerbe	Anzahl	1 724	1 703	1 890	218	190	183	208
Handel	Anzahl	2 197	2 160	2 456	228	258	253	263
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	Anzahl	2 545	2 431	2 803	284	292	278	308
Übrige Gemeinschuldner 5)	Anzahl	4 541	4 477	4 289	390	417	324	400
Beantragte Konkursverfahren	Anzahl	13 243	12 903	14 094	1 445	1 453	1 298	1 488
dar. mangels Masse abgelehnt	Anzahl	10 029	9 667	10 403	1 038	1 048	968	1 105
Eröffnete Vergleichsverfahren	Anzahl	42	39	37	9	5	8	2
Neue Länder und Berlin-Ost											
Gesamtvollstreckungsverfahren	Anzahl	—	401	1 185	195	250	188	268
dar.: Unternehmen	Anzahl	—	392	1 092	185	210	170	217
Deutschland											
Wechselproteste	Anzahl	60 413	53 723	61 769	5 572	5 045	4 892	5 531
Wechselsumme	Mill. DM	727	671	959	105	83	72	110
Neue Länder und Berlin-Ost											
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	281 096	292 997	213 832	18 788	16 683	15 996	16 594	14 792	15 294	...
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	26 694	99 767	120 555	10 658	9 807	9 383	9 723	9 519	9 270	...

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S. 640* ff. dargestellt. — 2) Jährliche, vierteljährliche und monatliche Erwerbstätigenrechnung (Durchschnittsrechnung; für Abhängige nur Jahres- und Quartalsdurchschnitt). — Methodische Erläuterungen hierzu in „Erwerbstätige 1970 bis 1989“, WiSta 4/1990, und „Grundzüge der Schätzung monatlicher Erwerbstätigenzahlen“, WiSta 8/1986. — 3) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter. — 4) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“. — 5) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlass.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1990	1991	1992	Juni 93	Juli 93	Aug. 93	Sept. 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93	Sept. 93
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
1989	1990	1991	Juni 92	Juli 92	Aug. 92	Sept. 92	Mai 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93	
Bevölkerung¹⁾											
Erwerbstätigkeit											
Früheres Bundesgebiet											
Erwerbstätige²⁾	+ 2,6	+ 1,8p	+ 0,5p	- 1,9p	- 2,1p	- 2,2p	...	- 0,1p	- 0,5p	+ 0,2p	...
dar. Abhängige	+ 2,9	+ 1,9p	+ 0,5p	- 1,9p	- 0,3p
Arbeitsmarkt³⁾											
Arbeitslose⁴⁾	- 7,6	- 10,3	+ 7,0	+ 26,3	+ 27,2	+ 27,1p	+ 28,3p	+ 0,9	+ 7,4	- 0,5p	- 1,2p
und zwar:											
Männer	- 9,5	- 7,2	+ 9,5	+ 30,7	+ 32,3	+ 32,3p	+ 33,4p	+ 0,5	+ 7,0	- 0,5p	- 0,9p
Jugendliche unter 20 Jahren	- 15,7	- 17,6	+ 6,8	+ 16,0	+ 18,9	+ 14,8p	+ 13,7p	+ 9,0	+ 20,2	- 2,4p	- 6,4p
Ausländer	- 12,7	+ 2,5	+ 22,2	+ 35,9	+ 36,1	+ 35,7p	+ 36,2p	- 0,8	+ 2,9	+ 0,7p	+ 2,1p
Arbeitslosenquote	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Zugang an Arbeitslosen	- 2,7	- 1,2	+ 8,2	+ 11,4	+ 29,6	+ 15,6p	+ 7,1p	+ 9,3	+ 59,5	- 32,3p	- 1,8p
Offene Stellen	+ 24,7	+ 5,7	- 2,4	- 23,3	- 23,0	- 25,1p	- 28,1p	+ 0,4	- 3,6	- 4,4p	- 9,0p
Arbeitsvermittlungen	+ 3,7	+ 1,4	- 2,1	- 10,8	- 2,2	- 12,3p	- 5,5p	- 0,2	+ 15,9	- 18,3p	+ 9,4p
Kurzarbeiter	- 48,3	+159,8	+ 95,2	+291,9	+231,2	+210,8p	+188,7p	- 4,4	- 41,5	- 24,3p	+ 48,5p
Neue Länder und Berlin-Ost											
Arbeitsmarkt³⁾											
Arbeitslose⁴⁾	-	-	+ 28,2	- 2,1	- 1,8	+ 0,5p	+ 4,4p	+ 0,3	+ 6,1	+ 0,7p	- 1,3p
und zwar:											
Männer	-	-	+ 12,1	- 4,1	- 3,1	- 0,4p	+ 2,4p	- 1,2	+ 5,9	- 0,2p	- 3,0p
Jugendliche unter 20 Jahren	-	-	+ 27,1	- 25,1	- 21,5	- 19,3p	- 15,2p	+ 8,0	+ 34,4	- 0,3p	- 4,8p
Ausländer	-	-	+ 12,9	- 3,2	- 3,8	- 6,8p	- 6,6p	+ 0,4	- 1,1	- 2,1p	- 4,3p
Arbeitslosenquote	-	-	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Zugang an Arbeitslosen	-	-	+ 9,1	+ 15,3	- 6,3	+ 20,9p	+ 3,8p	+ 12,3	+ 58,5	- 35,5p	+ 4,2p
Offene Stellen	-	-	+ 4,1	+ 18,5	+ 18,2	+ 27,1p	+ 17,5p	+ 4,9	- 2,3	+ 7,6p	- 4,6p
Arbeitsvermittlungen	-	-	- 1,5	- 4,1	+ 4,0	+ 12,5p	+ 19,9p	+ 7,3	+ 18,8	- 6,9p	+ 24,4p
Kurzarbeiter	-	-	- 77,1	- 51,9	- 54,0	- 50,1p	- 43,0p	- 6,7	- 22,6	- 7,7p	+ 0,1p
Unternehmen und Arbeitsstätten											
Früheres Bundesgebiet											
Insolvenzen	- 9,4	- 2,6	+ 9,2	+ 18,5	+ 13,9
Unternehmen	- 9,0	- 3,3	+ 16,4	+ 24,4	+ 10,7
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	- 7,0	- 6,1	+ 27,2	+ 13,3	+ 11,4
Baugewerbe	- 16,2	- 1,2	+ 11,0	+ 35,9	+ 13,7
Handel	- 13,1	- 1,7	+ 13,7	+ 28,3	+ 4,0
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	- 4,3	- 4,5	+ 15,3	+ 17,1	+ 10,8
Übrige Gemeinschaften ⁵⁾	- 10,1	- 1,4	- 4,2	+ 5,0	+ 23,5
Beantragte Konkursverfahren	- 9,3	- 2,6	+ 9,2	+ 18,7	+ 14,6
dar. mangels Masse abgelehnt	- 10,5	- 3,6	+ 7,6	+ 15,7	+ 14,2
Eröffnete Vergleichsverfahren	- 26,3	- 7,1	- 5,1	- 33,3	- 75,0
Neue Länder und Berlin-Ost											
Gesamtvollstreckungsverfahren	-	-	+195,5	+201,1	+ 42,6
dar.: Unternehmen	-	-	+178,6	+158,3	+ 27,6
Deutschland											
Wechselproteste	- 12,3	- 11,1	+ 15,0	+ 10,6	+ 13,1
Wechselsumme	+ 6,9	- 7,7	+ 42,9	+ 59,4	+ 52,8
Neue Länder und Berlin-Ost											
Gewerbebeanmeldungen	-	+ 4,2	- 27,0	- 9,4	- 17,3	+ 9,4	...	+ 3,7	- 10,9	+ 3,4	...
Gewerbeabmeldungen	-	+273,7	+ 20,8	- 10,5	- 4,4	+ 15,0	...	+ 3,6	- 2,1	- 2,6	...

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S. 640* ff. dargestellt. - 2) Jährliche, vierteljährliche und monatliche Erwerbstätigenrechnung (Durchschnittsrechnung; für Abhängige nur Jahres- und Quartalsdurchschnitt bzw. Veränderung gegenüber Vorjahresquartal oder Vorquartal). - Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 4/1990 und WiSta 8/1988. - 3) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter. - 4) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“. - 5) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlässe.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1991	1992	1993						
					Febr.	März	April	Ma	Juni	Juli	Aug.
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei											
Deutschland											
Viehbestand¹⁾											
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	19 488	17 134	16 207	16 151	.	.
Schweine	1 000	30 819	26 063	26 514	.	.	26 335	.	.	.	26 755
Gewerbliche Schlachtungen											
Rinder	1 000	.	6 793	5 466p	362	456	385	355	398	347	375
Kälber	1 000	.	610	530p	37	50	48	43	42	37	37
Schweine	1 000	.	42 216	39 545p	3 000	3 548	3 192	3 251	3 494	3 193	3 361
Schlachtmenge	1 000 t	.	5 928	5 365p	396	478	424	419	453	405	430
dar.: Rinder	1 000 t	.	2 060	1 719p	117	146	124	115	129	112	121
Kälber	1 000 t	.	73	65p	5	6	6	6	5	5	5
Schweine	1 000 t	.	3 770	3 559p	273	323	292	297	316	287	303
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	.	537 814	569 176p	42 478	52 250	51 161	46 461	47 790	49 697	52 222
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	.	510 026	540 962p	42 044	48 469	44 824	44 178	48 713	43 758	47 477
Hochsee- und Küstenfischerei											
Fangmenge	1 000 t	.	200	212	17	19	19	15
Früheres Bundesgebiet											
Viehbestand¹⁾											
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	14 541	13 869	13 377	13 376	.	.
Schweine	1 000	22 036	21 362	22 115	.	.	22 207	.	.	.	22 712
Gewerbliche Schlachtungen											
Rinder	1 000	5 323	6 206	5 170p	344	432	365	336	378	330	356
Kälber	1 000	496	562	515p	36	48	47	42	41	36	36
Schweine	1 000	36 784	36 146	34 737p	2 665	3 157	2 820	2 883	3 114	2 848	2 985
Schlachtmenge	1 000 t	5 026	5 224	4 842p	360	435	384	380	412	369	391
dar.: Rinder	1 000 t	1 697	1 909	1 634p	111	139	118	109	123	107	115
Kälber	1 000 t	62	70	64p	5	6	6	5	5	5	5
Schweine	1 000 t	3 243	3 222	3 123p	242	288	258	264	282	257	270
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	444 951	470 654	460 767p	31 201	39 905	37 565	34 027	36 601	36 795	38 611
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	414 755	442 012	445 796p	31 990	36 556	33 394	33 390	36 496	32 819	35 281
Neue Länder und Berlin-Ost											
Viehbestand¹⁾											
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	4 947	3 264	2 831	2 775	.	.
Schweine	1 000	8 783	4 702	4 400	.	.	4 129	.	.	.	4 043
Gewerbliche Schlachtungen											
Rinder	1 000	.	587	298p	18	23	20	19	20	17	19
Kälber	1 000	.	47	15p	1	1	1	1	1	1	1
Schweine	1 000	.	6 070	4 808p	335	392	372	368	380	345	376
Schlachtmenge	1 000 t	.	704	523p	36	42	40	39	40	36	39
dar.: Rinder	1 000 t	.	151	85p	5	7	6	6	6	5	6
Kälber	1 000 t	.	3	1p	0	0	0	0	0	0	0
Schweine	1 000 t	.	548	436p	31	35	34	33	34	31	34
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	67 159	108 408p	11 277	12 345	13 596	12 434	11 189	12 902	13 611	
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	68 014	95 166p	10 054	11 913	11 430	10 787	12 217	10 939	12 196	
Produzierendes Gewerbe											
Früheres Bundesgebiet											
Index der Nettoproduktion ^{4) 5)}	1985=100	117,7	121,0	119,4	104,9	119,5	111,3	108,9	112,9	106,0	102,9p
Elektrizitäts- und Gasversorgung Index der Nettoproduktion ^{4) 5)}	1985=100	111,8	114,8	115,8	125,8	129,8	109,5	99,1	96,9	94,0	92,4p
Deutschland											
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	—	—	536 740	46 716	48 766	42 145	39 180	38 976
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	—	—	488 570	42 608	44 569	38 367	35 989	35 744
Gaserzeugung	Mill. kWh	—	—	364 464	31 924	34 342	28 957	25 028
Inlandsversorgung mit Gas	Mill. kWh	—	—	789 648
Früheres Bundesgebiet											
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	449 952	458 681	462 422	40 172	42 069	36 364	34 039	33 732
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	415 818	424 892	423 599	36 842	38 684	33 332	31 519	31 192
Gaserzeugung	Mill. kWh	319 927	329 913	324 410	28 840	31 297	24 058	22 375
Inlandsversorgung mit Gas	Mill. kWh	706 489	726 172	720 483
Neue Länder und Berlin-Ost											
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	—	—	74 318	6 544	6 697	5 781	5 141	5 244
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	—	—	64 971	5 766	5 885	5 035	4 470	4 552
Gaserzeugung	Mill. kWh	—	—	40 054	3 084	3 045	2 899	2 653
Inlandsversorgung mit Gas	Mill. kWh	—	—	69 165

1) 1990 bis 1992: Viehzählung im Dezember. — 2) In Brütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. — 3) In Geflügelachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat. — 4) Arbeitstäglich bereinigt. — 5) Fachliche Untereinheiten.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum											
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat				
	1990	1991	1992	Mar 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93	Mar 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93	
	gegenüber			gegenüber				gegenüber				
	1989	1990	1991	Mar 92	Juni 92	Juli 92	Aug. 92	April 93	Mar 93	Juni 93	Juli 93	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei												
Deutschland												
Viehbestand¹⁾												
Rinder (einschl. Kälber)	- 3,9	- 12,1	- 5,4	.	- 3,7
Schweine	- 9,8	- 15,4	+ 1,7	.	.	.	- 0,6
Gewerbliche Schlachtungen												
Rinder	.	.	- 19,5p	- 17,9	- 12,1	- 22,5	- 15,3	- 7,8	+ 12,1	- 12,8	+ 8,1	.
Kälber	.	.	- 13,1p	- 0,3	- 7,1	- 10,1	+ 2,8	- 11,1	- 2,4	- 12,6	+ 0,2	.
Schweine	.	.	- 6,3p	- 0,0	+ 3,0	- 0,6	+ 3,2	+ 1,9	+ 7,5	- 8,6	+ 5,3	.
Schlachtmenge	.	.	- 9,5p	- 4,3	- 0,7	- 6,5	- 1,5	- 1,1	+ 8,0	- 10,5	+ 6,2	.
dar.: Rinder	.	.	- 16,6p	- 16,0	- 10,1	- 20,6	- 13,7	- 7,2	+ 12,4	- 13,4	+ 7,8	.
Kälber	.	.	- 10,1p	+ 2,4	- 5,6	- 8,0	+ 6,6	- 11,4	- 2,9	- 13,0	- 0,2	.
Schweine	.	.	- 5,6p	+ 1,0	+ 3,8	+ 0,6	+ 4,2	+ 1,9	+ 6,5	- 9,2	+ 5,6	.
Geflügel												
Eingelegte Bruteier ²⁾	.	.	+ 5,8p	+ 0,6	- 2,9	+ 0,2	+ 3,1	- 9,2	+ 2,9	+ 4,0	+ 5,1	.
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	.	.	+ 6,1p	+ 3,6	+ 5,4	- 1,4	+ 12,6	- 1,4	+ 10,3	- 10,2	+ 8,5	.
Hochsee- und Küstenfischerei												
Fangmenge	.	+ 29,6	+ 6,0	- 7,7	- 20,2
Früheres Bundesgebiet												
Viehbestand¹⁾												
Rinder (einschl. Kälber)	- 0,1	- 4,6	- 3,6	.	- 2,8
Schweine	- 0,6	- 3,1	+ 3,5	.	.	.	+ 0,3
Gewerbliche Schlachtungen												
Rinder	+ 15,3	+ 16,6	- 16,7p	- 18,1	- 12,0	- 22,1	- 15,1	- 7,9	+ 12,2	- 12,6	+ 8,0	.
Kälber	+ 2,3	+ 13,3	- 8,5p	- 0,3	- 6,2	- 9,1	+ 3,2	- 10,7	- 1,9	- 12,7	- 0,4	.
Schweine	+ 4,5	- 1,7	- 3,9p	+ 1,3	+ 4,9	+ 0,5	+ 4,0	+ 2,2	+ 8,0	- 8,5	+ 4,8	.
Schlachtmenge	+ 9,0	+ 3,9	- 7,3p	- 3,7	+ 0,4	- 5,8	- 1,1	- 1,0	+ 8,5	- 10,4	+ 5,9	.
dar.: Rinder	+ 14,2	+ 12,5	- 14,4p	- 16,3	- 10,0	- 20,2	- 13,5	- 7,3	+ 12,5	- 13,2	+ 7,7	.
Kälber	+ 0,5	+ 12,2	- 8,0p	+ 2,6	- 5,2	- 7,7	+ 6,7	- 11,1	- 2,7	- 13,2	- 0,4	.
Schweine	+ 6,6	- 0,6	- 3,1p	+ 2,6	+ 6,0	+ 2,0	+ 5,3	+ 2,3	+ 7,0	- 9,1	+ 5,2	.
Geflügel												
Eingelegte Bruteier ²⁾	+ 3,1	+ 5,8	- 2,1p	- 9,7	- 10,1	- 10,5	- 6,1	- 9,4	+ 7,6	+ 0,5	+ 4,9	.
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	+ 7,6	+ 6,6	+ 0,9p	- 5,8	- 4,7	- 11,0	+ 0,5	- 0,0	+ 9,3	- 10,1	+ 7,5	.
Neue Länder und Berlin-Ost												
Viehbestand⁴⁾												
Rinder (einschl. Kälber)	- 13,6	- 34,0	- 13,3	.	- 8,1
Schweine	- 26,9	- 46,5	- 6,4	.	.	.	- 5,1
Gewerbliche Schlachtungen												
Rinder	.	.	- 49,6p	- 13,7	- 14,3	- 29,4	- 18,4	- 7,5	+ 9,2	- 16,3	+ 10,7	.
Kälber	.	.	- 67,6p	- 2,4	- 39,5	- 43,3	- 11,2	- 26,1	- 26,4	- 8,9	+ 32,2	.
Schweine	.	.	- 20,8p	- 9,6	- 10,4	- 9,1	- 2,8	- 1,1	+ 3,3	- 9,2	+ 9,0	.
Schlachtmenge	.	.	- 25,7p	- 10,4	- 11,2	- 13,0	- 5,8	- 2,3	+ 3,8	- 11,1	+ 9,6	.
dar.: Rinder	.	.	- 43,9p	- 10,1	- 11,9	- 27,8	- 17,7	- 6,5	+ 10,2	- 17,2	+ 10,0	.
Kälber	.	.	- 64,2p	- 11,4	- 37,6	- 32,6	+ 1,4	- 31,1	- 24,2	+ 2,1	+ 24,6	.
Schweine	.	.	- 20,4p	- 10,5	- 11,0	- 10,0	- 3,7	- 1,5	+ 2,8	- 10,1	+ 9,4	.
Geflügel												
Eingelegte Bruteier ²⁾	.	.	+ 61,4p	+ 45,7	+ 32,0	+ 51,9	+ 42,5	- 8,5	- 10,0	+ 15,3	+ 5,5	.
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	.	.	+ 39,9p	+ 49,6	+ 54,2	+ 45,6	+ 72,3	- 5,6	+ 13,3	- 10,5	+ 11,5	.
Produzierendes Gewerbe												
Früheres Bundesgebiet												
Index der Nettoproduktion ^{5) 6)}	+ 5,3	+ 2,8	- 1,3	- 8,2	- 6,8	- 8,3	- 4,6p	- 2,2	+ 3,7	- 6,1	- 2,9p	.
Elektrizitäts- und Gasversorgung												
Index der Nettoproduktion ^{5) 6)}	+ 2,9	+ 2,7	+ 0,9	- 4,6	- 0,9	- 4,6	- 2,4p	- 9,5	- 2,2	- 3,0	- 1,7p	.
Deutschland												
Elektrizitätserzeugung	-	-	-	- 4,3	- 0,8	- 7,0	- 0,5
Inlandsversorgung mit Elektrizität	-	-	-	- 4,0	- 0,1	- 6,2	- 0,7
Gaserzeugung	-	-	-	- 7,4	- 7,2
Inlandsversorgung mit Gas	-	-	-
Früheres Bundesgebiet												
Elektrizitätserzeugung	+ 2,1	+ 1,9	+ 0,8	- 3,7	- 0,7	- 6,4	- 0,9
Inlandsversorgung mit Elektrizität	+ 1,8	+ 2,2	- 0,3	- 3,5	- 0,1	- 5,4	- 1,0
Gaserzeugung	- 0,5	+ 3,1	- 1,7	- 7,3	- 7,0
Inlandsversorgung mit Gas	+ 3,1	+ 2,8	- 0,8
Neue Länder und Berlin-Ost												
Elektrizitätserzeugung	-	-	-	- 8,3	+ 1,2	- 11,1	+ 2,0
Inlandsversorgung mit Elektrizität	-	-	-	- 7,5	- 0,2	- 11,2	+ 1,8
Gaserzeugung	-	-	-	- 7,8	- 8,5
Inlandsversorgung mit Gas	-	-	-

1) 1990 bis 1992: Viehzählung im Dezember - 2) In Brütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. - 3) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat. - 4) 1989: Viehzählung im Oktober, 1990 bis 1992: Viehzählung im Dezember - 5) Arbeitstaglich bereinigt. - 6) Fachliche Unternehmensteile.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1991	1992	1993						
					Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
Produzierendes Gewerbe											
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾											
Deutschland											
Beschäftigte ²⁾	1 000	—	9 274	8 275	7 794,5	7 746,2	7 706,9	7 640,4	7 594,2	7 566,4	7 514,8
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	—	3 027	2 759	2 648	2 642	2 635	2 617	2 611	2 603	2 585
Arbeiter ⁴⁾	1 000	—	6 246	5 517	5 146	5 105	5 071	5 023	4 983	4 963	4 930
Bergbau	1 000	—	286	235	209	209	206	204	199	197	192
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	—	8 988	8 040	7 585	7 538	7 501	7 436	7 395	7 370	7 322
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1 000	—	1 712	1 526	1 430	1 422	1 421	1 413	1 407	1 404	1 395
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	—	4 899	4 393	4 147	4 119	4 092	4 051	4 027	4 004	3 969
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	—	1 735	1 530	1 443	1 435	1 428	1 414	1 404	1 401	1 394
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1 000	—	642	591	565	562	560	558	557	561	565
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mill. Std	—	9 369	8 615	627	635	709	657	613	643	597
Bruttolohnsumme ²⁾	Mill. DM	—	243 420	244 404	17 742	16 968	17 900	18 001	18 305	19 625	19 381
Bruttogehaltssumme ²⁾	Mill. DM	—	187 195	196 301	15 550	14 852	15 663	15 413	16 211	17 169	15 871
Kohleverbrauch ^{2) 5)}	1 000 t/SKE	—	56 228	45 310	.	.	10 585	.	.	9 486	.
Heizölverbrauch ²⁾	1 000 t	—	17 859	12 607	.	.	3 426	.	.	2 598	.
Gasverbrauch ^{2) 6)}	Mill. m ³	—	37 159	34 908	.	.	9 611	.	.	7 732	.
Stromverbrauch ²⁾	Mill. kWh	—	223 752	216 651	16 997	16 751	18 464	17 100	16 612	17 225	16 676
Früheres Bundesgebiet											
Beschäftigte ²⁾	1 000	7 411	7 515	7 333	7 019,5	6 977,3	6 946,1	6 884,5	6 846,3	6 823,0	6 785,0
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	2 387	2 444	2 450	2 401	2 395	2 391	2 375	2 371	2 364	2 350
Arbeiter ⁴⁾	1 000	5 024	5 071	4 883	4 619	4 582	4 555	4 509	4 475	4 459	4 435
Bergbau	1 000	173	165	155	148	148	148	146	146	145	145
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	7 238	7 350	7 177	6 872	6 829	6 799	6 738	6 700	6 678	6 640
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1 000	1 365	1 371	1 343	1 284	1 277	1 277	1 270	1 265	1 262	1 255
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	4 007	4 050	3 947	3 772	3 745	3 723	3 686	3 662	3 641	3 613
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	1 388	1 419	1 381	1 324	1 317	1 310	1 297	1 288	1 285	1 279
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1 000	478	509	506	492	490	488	486	485	489	493
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mill. Std	7 993	7 952	7 643	559	568	634	589	551	573	533
Bruttolohnsumme ²⁾	Mill. DM	211 839	225 599	229 282	16 679	15 919	16 775	16 859	17 135	18 402	18 180
Bruttogehaltssumme ²⁾	Mill. DM	161 833	175 420	185 813	14 808	14 104	14 906	14 634	15 417	16 324	15 050
Kohleverbrauch ^{2) 5)}	1 000 t/SKE	36 114	35 514	33 645	.	.	8 093	.	.	7 591	.
Heizölverbrauch ²⁾	1 000 t	11 362	11 100	10 865	.	.	2 878	.	.	2 267	.
Gasverbrauch ^{2) 6)}	Mill. m ³	29 682	29 595	28 767	.	.	7 876	.	.	6 727	.
Stromverbrauch ²⁾	Mill. kWh	194 819	195 830	193 994	15 181	15 029	16 589	15 376	15 084	15 547	15 121
Neue Länder und Berlin-Ost											
Beschäftigte ²⁾	1 000	—	1 759	943	775,0	768,9	760,8	755,9	747,9	743,4	729,8
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	—	583	309	248	247	244	242	240	240	235
Arbeiter ⁴⁾	1 000	—	1 175	634	527	522	517	514	508	504	495
Bergbau	1 000	—	121	80	62	60	59	58	53	51	48
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	—	1 638	863	713	708	702	698	695	692	682
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1 000	—	341	183	147	145	144	143	142	142	140
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	—	848	446	375	373	369	366	365	363	356
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	—	316	148	119	118	118	117	116	115	114
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1 000	—	133	85	72	72	72	72	72	72	72
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mill. Std	—	1 417	972	68	67	75	69	62	70	64
Bruttolohnsumme ²⁾	Mill. DM	—	17 821	15 122	1 063	1 049	1 125	1 142	1 170	1 222	1 201
Bruttogehaltssumme ²⁾	Mill. DM	—	11 775	10 488	742	748	757	778	794	845	821
Kohleverbrauch ^{2) 5)}	1 000 t/SKE	—	20 714	11 665	.	.	2 492	.	.	1 895	.
Heizölverbrauch ²⁾	1 000 t	—	6 760	1 742	.	.	549	.	.	331	.
Gasverbrauch ^{2) 6)}	Mill. m ³	—	7 564	6 141	.	.	1 735	.	.	1 005	.
Stromverbrauch ²⁾	Mill. kWh	—	27 922	22 657	1 816	1 721	1 874	1 724	1 528	1 678	1 555

1) 1993 vorläufiges Ergebnis. — 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. — Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. — 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. — 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen. — 5) Heizwert $H_u = 29,3076$ GigaJoule/t. = $8,1410$ kWh/m³. — 6) Brennwert $H_o = 35 169$ kJ/m³ = $9,7692$ kWh/m³.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1990	1991	1992	April 93	Mai 93	Juni 93	Juli 93	April 93	Mai 93	Juni 93	Juli 93
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1989	1990	1991	April 92	Mai 92	Juni 92	Juli 92	März 93	April 93	Mai 93	Juni 93
Produzierendes Gewerbe											
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾											
Deutschland											
Beschäftigte ²⁾	-	-	- 10,8	- 8,8	- 8,8	- 8,9	- 9,1	- 0,9	- 0,6	- 0,4	- 0,7
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	-	-	- 8,9	- 5,9	- 5,8	- 5,7	- 5,6	- 0,7	- 0,3	- 0,3	- 0,7
Arbeiter ⁴⁾	-	-	- 11,7	- 10,2	- 10,3	- 10,5	- 10,8	- 1,0	- 0,8	- 0,4	- 0,7
Bergbau	-	-	- 17,8	- 16,3	- 17,8	- 16,5	- 16,7	- 1,0	- 2,7	- 1,0	- 2,2
Verarbeitendes Gewerbe	-	-	- 10,5	- 8,6	- 8,6	- 8,7	- 8,8	- 0,9	- 0,5	- 0,3	- 0,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	-	-	- 10,9	- 8,6	- 8,3	- 8,4	- 8,5	- 0,5	- 0,4	- 0,3	- 0,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	-	-	- 10,3	- 8,8	- 9,0	- 9,2	- 9,6	- 1,0	- 0,6	- 0,6	- 0,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	-	-	- 11,8	- 9,0	- 9,0	- 8,9	- 8,6	- 1,0	- 0,7	- 0,3	- 0,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	-	-	- 7,9	- 5,4	- 5,0	- 4,9	- 4,9	- 0,4	- 0,1	+ 0,8	+ 0,6
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	-	-	- 8,0	- 11,7	- 13,2	- 10,5	- 14,8	- 7,2	- 6,8	+ 4,9	- 7,1
Bruttolohnsumme ²⁾	-	-	+ 0,4	- 6,1	- 7,4	- 8,4	- 9,9	+ 0,6	+ 1,7	+ 7,2	- 1,2
Bruttogehaltsumme ²⁾	-	-	+ 4,9	- 0,0	- 1,0	- 2,0	- 3,1	- 1,6	+ 5,2	+ 5,9	- 7,6
Kohleverbrauch ^{2) 5)}	-	-	- 13,0	- 10,4 ^{a)}	...
Heizölverbrauch ²⁾	-	-	- 3,4	- 24,2 ^{a)}	...
Gasverbrauch ^{2) 6)}	-	-	- 6,0	- 19,6 ^{a)}	...
Stromverbrauch ²⁾	-	-	- 3,2	- 5,5	- 6,4	- 3,1	- 8,1	- 7,4	- 2,9	+ 3,7	- 3,2
Früheres Bundesgebiet											
Beschäftigte ²⁾	+ 2,7	+ 1,4	- 2,4	- 6,7	- 6,9	- 7,3	- 7,8	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,6
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	+ 2,5	+ 2,4	+ 0,2	- 3,1	- 3,2	- 3,6	- 3,8	- 0,7	- 0,2	- 0,3	- 0,6
Arbeiter ⁴⁾	+ 2,9	+ 0,9	- 3,7	- 8,5	- 8,8	- 9,1	- 9,8	- 1,0	- 0,8	- 0,4	- 0,5
Bergbau	- 5,5	- 4,7	- 5,8	- 7,2	- 6,8	- 6,4	- 6,5	- 0,8	- 0,3	- 0,4	- 0,6
Verarbeitendes Gewerbe	+ 3,0	+ 1,5	- 2,3	- 6,7	- 6,9	- 7,3	- 7,9	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 1,1	+ 0,5	- 2,1	- 5,9	- 6,0	- 6,4	- 7,1	- 0,6	- 0,4	- 0,3	- 0,6
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 3,3	+ 1,1	- 2,6	- 7,3	- 7,6	- 8,1	- 8,8	- 1,0	- 0,6	- 0,6	- 0,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 3,0	+ 2,2	- 2,6	- 7,1	- 7,2	- 7,3	- 7,5	- 1,0	- 0,7	- 0,2	- 0,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+ 5,2	+ 6,5	- 0,6	- 3,0	- 2,9	- 3,2	- 3,8	- 0,4	- 0,1	+ 0,8	+ 0,8
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	+ 1,7	- 0,5	- 3,9	- 10,7	- 12,1	- 10,0	- 14,8	- 7,1	- 6,5	+ 4,0	- 6,9
Bruttolohnsumme ²⁾	+ 7,9	+ 6,5	+ 1,6	- 6,1	- 7,5	- 8,6	- 10,1	+ 0,5	+ 1,6	+ 7,4	- 1,2
Bruttogehaltsumme ²⁾	+ 7,7	+ 8,4	+ 5,9	+ 0,4	- 0,6	- 1,9	- 3,0	- 1,8	+ 5,3	+ 5,9	- 7,8
Kohleverbrauch ^{2) 5)}	- 3,2	- 1,7	- 5,3	- 9,0	- 6,2 ^{a)}	...
Heizölverbrauch ²⁾	+ 1,4	- 2,3	- 2,1	- 5,2	- 21,2 ^{a)}	...
Gasverbrauch ^{2) 6)}	+ 1,2	- 0,3	- 2,8	- 1,6	- 14,6 ^{a)}	...
Stromverbrauch ²⁾	+ 1,2	+ 0,5	- 0,9	- 5,1	- 5,5	- 2,6	- 7,9	- 7,3	- 1,9	+ 3,1	- 2,7
Neue Länder und Berlin-Ost											
Beschäftigte ²⁾	-	-	- 46,4	- 24,1	- 23,2	- 21,6	- 19,0	- 0,6	- 1,1	- 0,6	- 1,8
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	-	-	- 47,0	- 26,4	- 25,3	- 22,6	- 19,9	- 0,8	- 1,0	+ 0,1	- 2,0
Arbeiter ⁴⁾	-	-	- 46,1	- 23,0	- 22,2	- 21,1	- 18,6	- 0,6	- 1,1	- 0,9	- 1,8
Bergbau	-	-	- 34,1	- 32,8	- 37,6	- 35,9	- 37,3	- 1,5	- 8,9	- 2,7	- 6,8
Verarbeitendes Gewerbe	-	-	- 47,3	- 23,3	- 21,9	- 20,3	- 17,4	- 0,6	- 0,4	- 0,4	- 1,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	-	-	- 46,2	- 27,1	- 24,5	- 22,6	- 19,6	- 0,2	- 0,8	- 0,3	- 1,5
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	-	-	- 47,4	- 21,5	- 20,7	- 19,4	- 16,9	- 0,8	- 0,3	- 0,6	- 1,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	-	-	- 53,0	- 26,2	- 24,8	- 23,3	- 19,1	- 0,4	- 0,6	- 0,8	- 1,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	-	-	- 35,9	- 18,9	- 17,0	- 14,6	- 11,9	- 0,3	+ 0,0	+ 0,6	- 0,5
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	-	-	- 31,4	- 19,4	- 21,5	- 14,4	- 15,6	- 8,6	- 9,5	+ 13,2	- 9,1
Bruttolohnsumme ²⁾	-	-	- 15,1	- 5,6	- 5,2	- 5,3	- 6,7	+ 1,5	+ 2,4	+ 4,5	- 1,7
Bruttogehaltsumme ²⁾	-	-	- 10,9	- 8,2	- 8,2	- 4,7	- 3,8	+ 2,8	+ 2,0	+ 6,4	- 2,9
Kohleverbrauch ^{2) 5)}	-	-	- 26,3	- 23,9 ^{a)}	...
Heizölverbrauch ²⁾	-	-	+ 10,9	- 39,7 ^{a)}	...
Gasverbrauch ^{2) 6)}	-	-	- 27,5	- 42,1 ^{a)}	...
Stromverbrauch ²⁾	-	-	- 18,9	- 9,2	- 14,5	- 7,3	- 10,1	- 8,0	- 11,4	+ 9,8	- 7,4

1) 1993 vorläufiges Ergebnis. - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. - 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. - 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen. - 5) Heizwert $H^u = 29.3076 \text{ Gigajoule/t.} = 8.1410 \text{ kWh/m}^3$. - 6) Brennwert $H^o = 35.169 \text{ kJ/m}^3 = 9,7692 \text{ kWh/m}^3$.

a) 2. Vj 1993 gegenüber 1. Vj 1993.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1991	1992	1993						
					Febr.	Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug
Produzierendes Gewerbe Deutschland											
Index des Auftragseingangs für ¹⁾ das Verarbeitende Gewerbe	2. Hj 1990 = 100	—	99,9	97,4	89,5	100,9	88,4	86,1	92,2	88,3	...
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2. Hj 1990 = 100	—	98,3	96,0	87,3	99,3	90,8	87,2	96,2	89,5	...
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	2. Hj 1990 = 100	—	100,2	96,9	87,0	96,8	85,4	85,7	90,4	87,7	...
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	2. Hj 1990 = 100	—	101,3	100,8	100,7	116,6	94,6	85,7	92,4	88,4	...
Index der Nettoproduktion^{2) 3)}											
Bergbau	2. Hj 1990 = 100	—	87,4	77,3	70,9	76,1	67,2	64,3	62,5	61,3	...
Verarbeitendes Gewerbe	2. Hj 1990 = 100	—	98,9	97,1	85,7	97,1	90,1	88,3	92,4	86,3	...
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2. Hj 1990 = 100	—	99,0	99,9	90,8	101,4	98,2	95,8	100,7	98,9	...
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	2. Hj 1990 = 100	—	98,3	95,4	80,9	93,5	84,9	83,4	87,3	78,1	...
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	2. Hj 1990 = 100	—	99,9	96,9	90,8	100,8	91,7	88,4	91,7	85,4	...
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2. Hj 1990 = 100	—	100,9	99,2	91,3	100,8	95,4	95,9	99,7	100,7	...
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	1 000 t	—	66 438	65 906	5 086	5 714	4 924	4 557	4 456	4 589	...
Braunkohle, roh (Förderung)	1 000 t	—	—	241 745	19 062	20 111	18 090	16 778	17 083	16 453	...
Erdöl, roh	1 000 t	—	—	3 304	240	270	262	264	252	259	...
Zement (ohne Zementklinker)	1 000 t	—	34 240	37 194	2 060	3 065	3 510	3 582	3 583	3 667	...
Rohesen für die Stahlherzeugung	1 000 t	—	29 878	27 586	2 054	2 231	2 209	2 170	2 346	2 243	...
Stahlrohblöcke und -brammen	1 000 t	—	40 939	38 819	2 863	3 204	3 099	2 955	—	—	...
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalbezeug)	1 000 t	—	32 747	28 959	2 361	2 880	2 498	2 315	2 689	2 401	...
Synthetische Spinnfasern, synthetische Filamentgarne	1 000 t	—	—	—	67	77	69	67	66	56	...
Motorenbenzin	1 000 t	—	24 306	25 329	1 995	2 020	2 102	2 236	2 189	2 404	...
Heizöl	1 000 t	—	—	—	3 484	3 548	3 239	3 388	3 472	3 760	...
Schmittholz	1 000 m ³	—	13 051	13 135	768	965	993	969	1 074	1 024	...
Personenkraftwagen	1 000 St	—	—	—	265	359	292	266	290	214	...
Fernsehempfangsgeräte	1 000 St	—	—	—	230	251	180	211	200	135	...
Geräte und Einrichtungen für die ADV ⁴⁾	Mill. DM	—	—	13 042	921	991	971	792	977	922	...
Baumwollgarn	t	—	184 467	168 958	12 916	14 776	12 631	12 323	13 633	8 954	...
Fleischwaren	t	—	153 252	156 655	11 794	13 541	12 801	12 950	13 257	13 213	...
Zigaretten	Mill. St	—	—	—	16 183	18 721	15 496	15 538	17 633	18 914	...
Gesamtumsatz^{5) 6) 7)}											
Bergbau	Mrd. DM	—	2 046,2	2 048,6	148,5	175,8	159,4	150,8	167,1	152,4	...
Verarbeitendes Gewerbe	Mill. DM	—	38 698	35 157	2 941	3 051	3 019	2 593	2 567	2 391	...
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Mrd. DM	—	2 007,5	2 013,4	145,6	172,7	156,4	148,2	164,5	150,0	...
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	—	521 844	516 452	37 478	44 480	41 675	39 664	43 497	40 984	...
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	—	954 411	962 642	66 849	81 129	71 888	68 218	76 740	67 074	...
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	Mill. DM	—	287 547	287 740	22 665	25 985	22 358	20 687	22 802	22 029	...
dar.. Auslandsumsatz ⁸⁾	Mill. DM	—	243 671	246 601	18 608	21 112	20 485	19 642	21 489	19 871	...
dar.. Auslandsumsatz ⁸⁾	Mill. DM	—	536 768	536 270	39 918	47 006	41 068	39 685	44 215	38 766	...
Früheres Bundesgebiet											
Index des Auftragseingangs für ¹⁾ das Verarbeitende Gewerbe	1985=100	129,5	132,4	129,3	118,5	133,2	116,5	113,7	121,1	116,6	109,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985=100	110,0	110,6	108,9	98,8	111,9	102,2	98,6	108,2	100,7	93,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985=100	137,9	141,3	136,7	122,4	135,7	119,6	120,3	126,0	123,3	110,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985=100	133,7	140,9	140,1	139,4	161,4	130,5	118,3	127,3	121,7	133,0
Index der Nettoproduktion^{2) 3)}											
Bergbau	1985=100	85,1	82,6	79,3	75,1	82,5	69,3	67,9	65,0	65,2	64,9
Verarbeitendes Gewerbe	1985=100	118,7	122,3	119,8	105,1	119,0	110,4	108,4	113,0	105,5	102,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985=100	110,9	112,2	113,3	102,4	115,3	110,7	108,2	113,3	110,8	107,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985=100	123,0	126,1	121,9	102,7	118,2	107,8	106,4	110,8	98,9	94,5
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985=100	118,1	123,4	119,8	111,7	123,9	112,5	108,5	112,6	105,0	104,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1985=100	119,7	129,5	127,4	115,0	126,2	119,6	119,7	123,9	125,0	124,1
Index der Bruttonettoproduktion²⁾ für											
Investitionsgüter	1985=100	119,5	124,3	119,3	95,0	112,3	100,2	100,2	106,3	93,9	91,0
Verbrauchsgüter	1985=100	117,5	121,0	117,6	106,5	121,4	110,4	106,6	109,7	95,5	95,5
Index der Arbeitsproduktivität											
Produktionsergebnis je Beschäftigten	1985=100	111,6	113,5	113,5	105,1	119,1	111,0	109,6	114,3	107,4	...
Produktionsergebnis je Arbeiter	1985=100	113,6	116,4	118,0	110,9	125,8	117,4	116,1	121,1	114,1	...

1) 1992 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen – 2) Arbeitstäglich bereinigt. – 3) Fachliche Unternehmensteile. – 4) Einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile – 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1 – 6) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer – 7) 1993 vorläufiges Ergebnis. – 8) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1990	1991	1992	Mai 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93	Mai 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
1989	1990	1991	Mai 92	Juni 92	Juli 92	Aug. 92	April 93	Mai 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93
Produzierendes Gewerbe Deutschland											
Index des Auftragseingangs für ¹⁾ das Verarbeitende Gewerbe	-	-	- 2,5	- 7,2	- 5,3	- 7,3	...	- 2,6	+ 7,1	- 4,2	...
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	-	-	- 2,3	- 9,1	- 4,8	- 8,0	...	- 4,0	+ 10,3	- 7,0	...
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	-	-	- 3,3	- 6,7	- 7,0	- 7,4	...	+ 0,4	+ 5,5	- 3,0	...
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	-	-	- 0,5	- 6,0	- 0,4	- 6,5	...	- 9,4	+ 7,8	- 4,3	...
Index der Nettoproduktion ^{2) 3)}											
Bergbau	-	-	- 11,6	- 12,6	- 12,2	- 18,4	...	- 4,3	- 2,8	- 1,9	...
Verarbeitendes Gewerbe	-	-	- 1,8	- 8,5	- 6,9	- 7,7	...	- 2,0	+ 4,6	- 6,6	...
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	-	-	+ 0,9	- 5,2	- 0,7	- 1,6	...	- 2,4	+ 5,1	- 1,8	...
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	-	-	- 3,0	- 12,5	- 12,0	- 12,4	...	- 1,8	+ 4,7	- 10,5	...
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	-	-	- 3,0	- 5,8	- 3,8	- 7,1	...	- 3,6	+ 3,7	- 6,9	...
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	-	-	- 1,7	+ 0,6	- 0,4	- 1,2	...	+ 0,5	+ 4,0	+ 1,0	...
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	-	-	- 0,8	- 13,0	- 16,3	- 20,7	...	- 7,5	- 2,2	+ 2,5	...
Braunkohle, roh (Förderung)	-	-	-	- 9,3	- 4,5	- 10,4	...	- 7,3	+ 1,8	- 3,7	...
Erdöl, roh	-	-	-	- 9,8	- 9,7	- 10,4	...	+ 0,8	- 4,5	+ 2,8	...
Zement (ohne Zementklinker)	-	-	- 8,6	+ 0,8	+ 5,4	+ 2,8	...	+ 2,1	+ 0,0	+ 2,3	...
Roheisen für die Stahlerzeugung	-	-	- 7,7	- 20,6	+ 1,6	- 2,4	...	- 1,8	+ 8,1	- 4,4	...
Stahlrohblöcke und -brammen	-	-	- 5,2	- 18,4	- 6,4
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalbzeug)	-	-	- 1,2	- 15,3	- 2,0	- 10,9	...	- 7,4	+ 16,2	- 10,7	...
Synthetische Spinnfasern, synthetische Filamentgarne	-	-	-	- 14,8	- 17,6	- 14,0	...	- 2,9	- 0,4	- 16,0	...
Motorenbenzin	-	+ 4,2	+ 7,5	+ 7,8	+ 11,6	...	+ 6,4	- 2,1	+ 9,8	...	
Heizöl	-	-	+ 4,3	+ 7,8	+ 11,5	...	+ 4,6r	+ 2,5	+ 8,3	...	
Schmittholz	-	+ 0,6	- 14,9	- 9,6	- 14,5	...	- 2,4	+ 10,8	- 4,7	...	
Personenkraftwagen	-	-	-	+ 8,9	+ 9,0	- 26,2	...
Fernsehempfangsgeräte	-	-	-	+ 17,2	- 5,2	- 32,5	...
Geräte und Einrichtungen für die ADV ⁴⁾	-	-	- 26,7	- 21,4	- 3,6	- 8,5	...	- 18,4	+ 23,4	- 5,6	...
Baumwollgarn	-	-	- 8,4	- 15,3	- 8,4	- 27,0	...	- 2,4	+ 10,6	- 34,3	...
Fleischwaren	-	+ 2,1	+ 4,3	+ 5,8	- 1,4	+ 0,5	+ 6,8	- 4,5	...
Zigaretten	-	-	-	-	-	+ 0,3	+ 13,5	+ 7,3	...
Gesamtumsatz ^{5) 6) 7)}	-	+ 0,1	- 8,5	- 4,8	- 9,5	...	- 5,4	+ 10,8	- 8,8	...	
Bergbau	-	- 9,2	- 2,9	+ 3,3	- 7,0	...	- 14,1	- 1,0	- 6,9	...	
Verarbeitendes Gewerbe	-	+ 0,3	- 8,6	- 4,9	- 9,5	...	- 5,2	+ 11,0	- 8,9	...	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	-	-	- 1,0	- 8,0	- 2,8	- 7,3	...	- 4,8	+ 9,7	- 5,8	...
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	-	-	+ 0,9	- 11,5	- 8,7	- 12,2	...	- 5,1	+ 12,5	- 12,6	...
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	-	-	+ 0,1	- 5,1	- 1,9	- 8,1	...	- 7,5	+ 10,2	- 3,4	...
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	-	-	+ 1,2	- 2,5	+ 2,6	- 6,2	...	- 4,1	+ 9,4	- 7,5	...
dar.: Auslandsumsatz ⁸⁾	-	-	- 0,1	- 8,3	- 4,8	- 10,5	...	- 3,4	+ 11,4	- 12,3	...
Früheres Bundesgebiet											
Index des Auftragseingangs für ¹⁾ das Verarbeitende Gewerbe	+ 5,8	+ 2,3	- 2,3	- 8,2	- 6,3	- 8,5	- 3,7	- 2,4	+ 6,5	- 3,7	- 5,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 0,6	- 0,4	- 1,5	- 9,9	- 5,8	- 9,0	- 3,8	- 3,5	+ 9,7	- 6,9	- 6,8
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 17,9	+ 2,5	- 3,3	- 8,0	- 7,9	- 8,7	- 5,5	+ 0,6	+ 4,7	- 2,1	- 10,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 9,1	+ 5,3	- 0,6	- 6,5	- 1,2	- 7,6	+ 1,7	- 9,3	+ 7,6	- 4,4	+ 9,3
Index der Nettoproduktion ^{2) 3)}											
Bergbau	- 0,9	- 2,9	- 4,0	- 11,7	- 12,8	- 15,3	- 13,2	- 2,0	- 4,3	+ 0,3	- 0,5
Verarbeitendes Gewerbe	+ 5,5	+ 3,0	- 2,0	- 9,1	- 7,8	- 9,0	- 5,3	- 1,8	+ 4,2	- 6,6	- 3,1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 2,1	+ 1,2	+ 1,0	- 6,0	- 1,8	- 3,7	- 2,1	- 2,3	+ 4,7	- 2,2	- 3,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 5,7	+ 2,5	- 3,3	- 12,9	- 13,0	- 13,6	- 8,8	- 1,3	+ 4,1	- 10,7	- 4,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 6,3	+ 4,5	- 2,9	- 6,3	- 4,6	- 8,2	- 1,1	- 3,6	+ 3,8	- 6,7	- 0,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+ 12,7	+ 8,2	- 1,6	- 0,7	- 1,6	- 2,2	- 3,2	+ 0,1	+ 3,5	+ 0,9	- 0,7
Index der Bruttonettoproduktion ²⁾ für											
Investitionsgüter	+ 6,8	+ 4,0	- 4,0	- 14,6	- 15,2	- 14,1	- 7,8	0	+ 6,1	- 11,7	- 3,1
Verbrauchsgüter	+ 5,1	+ 3,0	- 2,8	- 8,1	- 7,0	- 9,6	- 1,3	- 3,4	+ 2,9	- 12,9	- 0,0
Index der Arbeitsproduktivität											
Produktionsergebnis je Beschäftigten	+ 2,8	+ 1,7	- 0,0	- 2,5	- 0,7	- 1,9	...	- 1,3	+ 4,3	- 6,0	...
Produktionsergebnis je Arbeiter	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,4	- 0,4	+ 1,4	+ 0,6	...	- 1,1	+ 4,3	- 5,8	...

1) 1992 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen. - 2) Arbeitstäglich bereinigt. - 3) Fachliche Unternehmensteile. - 4) Einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. - 6) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 7) 1993 vorläufiges Ergebnis. - 8) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1991	1992	1993						
					Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
Produzierendes Gewerbe											
Früheres Bundesgebiet											
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	1000 t	70159	66438	65906							
Braunkohle, roh (Förderung)	1000 t	107525	111678	112328	9127	8458	9670	8554	8227	8323	8277
Zement (ohne Zementklinker)	1000 t	30403	31828	32906	1436	1792	2624	3003	3073	3052	3096
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalbezeug)	1000 t	29729	29300	28063	1984	2146	2567	2212	2226	2402	2163
Motorenbenzin	1000 t	21124	21484	22348	2041	1761	1848	1872	1965	1944	2119
Schnittholz	1000 m ³	11848	12254	12572	632	740	930	946	925	1023	973
Personenkraftwagen	1000 St	4163	3986	4160							
Geräte und Einrichtungen für die ADV ¹⁾											
Baumwollgarn	Mill. DM	16342	17627	12807	805	897	980	951	776	958	907
Fleischwaren	t	184829	170784	152499	10367	11412	13108	11271	10995	12160	7561
Fleischwaren	t	1210819	1333689	1366118	104670	102725	117785	111463	110572	118784	113369
Gesamtumsatz ²⁾³⁾⁴⁾	Mrd. DM	1823,3	1949,6	1955,8	134,6	141,7	167,3	151,5	143,5	158,0	144,4
Bergbau	Mill. DM	27674	28745	28170	2329	2375	2520	2489	2160	2085	1936
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	1795,6	1920,8	1927,5	132,3	139,3	164,8	149,1	141,4	155,9	142,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Mill. DM	479725	498467	495153	35712	35945	42536	39806	38002	41480	39035
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	851167	919445	926685	58517	64371	77874	68990	65569	73037	64095
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	258274	277905	277746	21127	21845	25004	21450	19809	21827	21114
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Mill. DM	206441	224994	227869	17170	17133	19374	18813	18007	19597	18257
dar.: Auslandsumsatz ⁵⁾	Mill. DM	531822	522690	523391	34290	39148	45881	40277	38889	42842	37971
Neue Länder und Berlin-Ost											
Index des Auftragseingangs für ⁶⁾ das Verarbeitende Gewerbe											
	2. Hj 1990 = 100	—	78,9	73,0	68,9	73,1	87,1	79,9	73,0	88,3	76,1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe											
	2. Hj 1990 = 100	—	66,6	56,1	53,0	54,2	66,8	61,2	53,9	66,8	61,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe											
	2. Hj 1990 = 100	—	93,6	88,6	80,8	87,4	103,3	95,8	89,7	109,4	88,6
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe											
	2. Hj 1990 = 100	—	66,1	68,4	72,0	76,0	88,3	78,4	69,7	78,2	75,3
Index der Nettoproduktion ⁷⁾⁸⁾											
Bergbau	2. Hj 1990 = 100	—	70,3	50,4	48,0	42,3	41,0	41,3	37,6	38,3	33,8
Verarbeitendes Gewerbe	2. Hj 1990 = 100	—	66,1	64,6	58,0	61,1	68,5	66,5	63,7	72,9	69,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2. Hj 1990 = 100	—	75,9	78,5	70,0	70,2	79,5	84,0	82,4	90,6	91,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	2. Hj 1990 = 100	—	56,2	50,7	43,5	49,2	53,5	49,7	45,8	57,6	52,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	2. Hj 1990 = 100	—	69,7	73,9	74,3	75,2	84,6	82,2	80,3	84,4	80,5
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	2. Hj 1990 = 100	—	90,7	94,3	86,6	84,9	101,3	97,8	96,5	101,0	99,1
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	1000 t	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Braunkohle, roh (Förderung)	1000 t	—	—	129417	11594	10604	10441	9536	8551	8760	8176
Zement (ohne Zementklinker)	1000 t	—	2411	4290	209	268	441	507	509	531	571
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalbezeug)	1000 t	—	3442	3337	237	215	314	286	89	287	239
Motorenbenzin	1000 t	—	2822	2981	263	234	172	230	271	245	285
Schnittholz	1000 m ³	—	797	588	26	28	35	47	44	51	51
Personenkraftwagen	1000 St	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Geräte und Einrichtungen für die ADV ¹⁾											
Baumwollgarn	Mill. DM	—	13683	16460	1390	1505	1688	1359	1328	1473	1393
Fleischwaren	t	—	198563	198440	15018	15217	16756	17338	18932	19493	18644
Gesamtumsatz ²⁾³⁾⁴⁾	Mrd. DM	—	96,6	93,0	6,5	6,9	8,4	7,9	7,3	9,1	7,9
Bergbau	Mill. DM	—	9953	6987	606	566	531	530	432	482	455
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	—	86,7	86,0	5,9	6,3	7,9	7,3	6,8	8,6	7,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Mill. DM	—	23377	21298	1462	1533	1943	1869	1663	2017	1949
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	—	34967	35957	2303	2478	3255	2899	2649	3703	2979
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	—	9642	9994	762	819	982	908	878	974	916
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Mill. DM	—	18677	18732	1377	1476	1738	1672	1635	1892	1814
dar.: Auslandsumsatz ⁵⁾	Mill. DM	—	14079	12878	704	769	1125	790	796	1373	796

1) Einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile. — 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. — Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. — 3) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 4) 1993 vorläufiges Ergebnis. — 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und — soweit einwandfrei erkennbar — Umsatz mit deutschen Exporteuren. — 6) 1992 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen. — 7) Arbeitstäglichkeit bereinigt. — 8) Fachliche Unternehmensteile.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1990	1991	1992	April 93	Mar 93	Juni 93	Juli 93	April 93	Mar 93	Juni 93	Juli 93
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1989	1990	1991	April 92	Mai 92	Juni 92	Juli 92	März 93	April 93	Mar 93	Juni 93
Produzierendes Gewerbe											
Früheres Bundesgebiet											
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	- 1,8	- 5,3	- 0,8	-	-	-	-	- 11,5	- 3,8	+ 1,2	- 0,6
Braunkohle, roh (Förderung)	- 2,1	+ 3,9	+ 0,6	- 6,3	- 10,5	- 7,8	- 8,2	- 11,5	- 3,8	+ 1,2	- 0,6
Zement (ohne Zementklinker)	+ 6,8	+ 4,7	+ 3,4	+ 0,5	- 3,9	+ 0,9	- 1,1	+ 14,5	+ 2,3	- 0,7	+ 1,4
Walzstahl (ohne vorgewalztes											
Stahlhalbzeug	- 6,2	- 1,4	- 4,2	- 6,4	- 9,0	- 2,0	- 9,7	- 13,8	+ 0,8	+ 7,9	- 10,0
Motorenbenzin	- 6,8	+ 1,7	+ 4,0	+ 3,8	+ 8,4	+ 10,5	+ 9,2	+ 1,3	+ 5,0	- 1,1	+ 9,0
Schnittholz	+ 5,8	+ 3,5	+ 2,6	- 13,2	- 15,1	- 9,6	- 13,5	+ 1,7	- 2,2	+ 10,6	- 4,9
Personenkraftwagen	+ 1,2	- 4,3	+ 4,4	-	-	-	-	-	-	-	-
Geräte und Einrichtungen für die ADV 1)											
Baumwollgarn	+ 0,0	+ 7,9	- 27,3	- 10,5	- 21,8	- 3,7	- 8,8	- 0,9	- 18,4	+ 23,5	- 5,3
Fleischwaren	- 1,4	- 7,6	- 10,7	- 20,8	- 16,1	- 9,8	- 30,7	- 14,0	- 2,4	+ 10,6	- 37,8
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	+ 14,1	+ 10,2	+ 2,4	- 3,5	+ 2,8	+ 4,1	- 3,0	- 5,4	- 0,8	...	- 4,5
Bergbau	+ 7,0	+ 6,9	+ 0,3	- 8,5	- 8,9	- 5,8	- 10,2	- 9,4	- 5,3	+ 10,1	- 8,6
Verarbeitendes Gewerbe	+ 2,9	+ 3,9	- 2,0	+ 13,2	- 0,8	+ 2,3	- 5,9	- 1,2	- 13,2	- 3,5	- 7,1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 7,2	+ 7,0	+ 0,3	- 8,8	- 9,0	- 5,9	- 10,3	- 9,5	- 5,1	+ 10,3	- 8,6
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 2,9	+ 3,9	- 0,7	- 6,8	- 8,2	- 3,4	- 8,1	- 6,4	- 4,5	+ 9,2	- 5,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 8,5	+ 8,0	+ 0,8	- 12,3	- 11,8	- 10,0	- 12,8	- 11,4	- 5,0	+ 11,4	- 12,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+ 9,4	+ 7,6	- 0,1	- 5,7	- 5,7	- 2,8	- 9,1	- 14,2	- 7,6	+ 10,2	- 3,3
dar.: Auslandsumsatz 5)	+ 9,1	+ 9,0	+ 1,3	- 2,3	- 3,1	+ 1,6	- 7,0	- 2,9	- 4,3	+ 8,8	- 6,8
dar.: Auslandsumsatz 5)	+ 1,3	- 1,7	+ 0,1	- 10,2	- 7,9	- 5,5	- 10,4	- 12,2	- 3,4	+ 10,2	- 11,4
Neue Länder und Berlin-Ost											
Index des Auftragseingangs für 6)											
das Verarbeitende Gewerbe	-	-	- 7,5	+ 4,7	+ 19,7	+ 17,9	+ 26,8	- 8,3	- 8,6	+ 21,0	- 13,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	-	-	- 15,8	+ 16,1	+ 9,8	+ 20,6	+ 14,9	- 8,4	- 11,9	+ 23,9	- 8,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	-	-	- 5,3	- 3,3	+ 29,6	+ 15,2	+ 34,7	- 7,3	- 6,4	+ 22,0	- 19,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	-	-	+ 3,5	+ 17,2	+ 7,4	+ 23,5	+ 26,3	- 11,2	- 11,1	+ 12,2	- 3,7
Index der Nettoproduktion 7) 8)											
Bergbau	-	-	- 28,3	- 15,4	- 15,1	- 7,9	- 27,3	+ 0,7	- 9,0	+ 1,9	- 11,7
Verarbeitendes Gewerbe	-	-	- 2,3	+ 6,9	+ 6,5	+ 14,8	+ 15,3	- 2,9	- 4,2	+ 14,4	- 4,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	-	-	+ 3,4	+ 3,6	+ 6,7	+ 14,5	+ 25,3	+ 5,7	- 1,9	+ 10,0	+ 1,2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	-	-	- 9,8	+ 8,3	+ 3,6	+ 17,3	+ 11,3	- 7,1	- 7,8	+ 25,8	- 9,7
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	-	-	+ 6,0	+ 11,8	+ 10,8	+ 18,7	+ 23,1	- 2,8	- 2,3	+ 5,1	- 4,6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	-	-	+ 4,0	+ 5,3	+ 8,9	+ 7,3	+ 6,8	- 3,5	- 1,3	+ 4,7	- 1,9
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Braunkohle, roh (Förderung)	-	-	-	- 8,5	- 8,1	- 1,2	- 12,5	- 8,7	- 10,3	+ 2,4	- 6,7
Zement (ohne Zementklinker)	-	-	+ 77,9	+ 44,0	+ 43,4	+ 41,2	+ 38,9	+ 15,0	+ 0,4	+ 4,3	+ 7,5
Walzstahl (ohne vorgewalztes											
Stahlhalbzeug	-	-	- 3,1	+ 7,9	- 69,1	- 2,0	- 9,1	- 8,9	- 68,9	+ 222,5	- 16,7
Motorenbenzin	-	-	+ 5,6	- 1,7	+ 1,1	- 9,9	+ 41,1	+ 33,7	+ 17,8	- 9,8	+ 16,3
Schnittholz	-	-	- 26,2	- 13,0	- 15,4	- 8,9	+ 4,1	+ 34,3	- 6,4	+ 15,9	± 0,0
Personenkraftwagen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Geräte und Einrichtungen für die ADV 1)											
Baumwollgarn	-	-	+ 20,3	+ 33,3	± 0,0	± 0,0	+ 7,1	- 35,5	- 20,0	+ 18,8	- 21,1
Fleischwaren	-	-	- 0,1	+ 2,7	- 7,6	+ 5,7	+ 2,1	- 18,5	- 2,3	+ 10,9	- 5,4
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	-	-	- 0,1	+ 1,2	+ 14,0	+ 17,5	+ 9,5	+ 3,5	+ 9,2	+ 1,3	- 4,3
Bergbau	-	-	- 3,8	+ 2,8	- 0,8	+ 17,7	+ 7,4	- 6,8	- 7,9	+ 25,0	- 12,8
Verarbeitendes Gewerbe	-	-	- 29,8	- 4,1	- 12,0	+ 8,0	- 11,6	- 0,2	- 18,5	+ 11,6	- 5,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	-	-	- 0,8	+ 3,3	+ 0,1	+ 18,3	+ 8,8	- 7,2	- 7,1	+ 25,8	- 13,2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	-	-	- 8,9	- 2,6	- 2,7	+ 9,7	+ 14,3	- 3,8	- 11,0	+ 21,3	- 3,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	-	-	+ 2,8	+ 4,8	- 3,9	+ 26,4	+ 4,6	- 10,9	- 8,6	+ 39,8	- 19,6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	-	-	+ 3,7	+ 8,5	+ 10,8	+ 18,1	+ 23,1	- 7,5	- 3,3	+ 11,0	- 6,0
dar.: Auslandsumsatz 5)	-	-	+ 0,3	+ 5,1	+ 4,6	+ 13,6	+ 3,6	- 3,8	- 2,2	+ 15,7	- 14,7
dar.: Auslandsumsatz 5)	-	-	- 8,5	- 27,6	- 23,3	+ 27,0	+ 16,5	- 29,8	+ 0,7	+ 72,4	- 42,0

1) Einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. - 3) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 4) 1993 vorläufiges Ergebnis - 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren. - 6) 1992 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen. - 7) Arbeitstäglich bereinigt. - 8) Fachliche Unternehmensteile.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1991	1992	1993							
					Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	
Produzierendes Gewerbe												
Deutschland												
Bauhauptgewerbe												
Beschäftigte	1000	—	1 391	1 412	1 354	1 375	1 393	1 397	1 404	1 407	...	
dar.: Angestellte	1000	—	219	220	221	221	222	222	223	222	...	
Arbeiter	1000	—	1 115	1 135	1 078	1 100	1 117	1 121	1 128	1 131	...	
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	—	1 723,6	1 827,6	1 06,8	1 53,8	1 59,0	1 53,3	1 71,3	1 58,5	...	
im Hochbau	Mill. Std	—	1 170,5	1 225,3	75,6	1 05,2	1 06,0	1 02,1	1 14,1	1 08,2	...	
dar.: Wohnungsbau	1000 Std	—	578 935	616 897	37 165	54 237	56 885	55 797	62 917	57 107	...	
Gewerblicher Hochbau	1000 Std	—	426 505	446 605	28 737	38 063	36 377	34 347	37 892	36 317	...	
Öffentlicher Hochbau	1000 Std	—	151 362	148 929	8 891	12 077	11 731	11 076	12 187	11 583	...	
im Tiefbau	1000 Std	—	553 182	602 371	31 130	48 604	53 040	51 254	57 160	52 316	...	
Straßenbau	1000 Std	—	167 530	176 874	7 987	12 531	15 187	15 232	17 045	15 351	...	
Gewerblicher Tiefbau	1000 Std	—	148 896	163 020	9 786	14 188	14 371	13 658	15 338	14 300	...	
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1000 Std	—	238 756	262 477	13 957	21 885	23 482	22 364	24 777	22 665	...	
Bruttolohnsumme	Mill. DM	—	43 769	49 123	2 893	3 896	4 095	4 073	4 307	4 348	...	
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	—	11 291	12 917	1 032	1 054	1 088	1 114	1 198	1 183	...	
Index des Auftragseingangs ⁴⁾	2. Hj 1990 =100	—	113,3	127,6	104,6	156,3	131,8	132,9	158,6	144,5	140,3	
Index des Auftragsbestands	2. Hj 1990 =100	—	111,8	127,6	.	136,2	.	.	138,2	.	.	
Produktionsindex ^{1) 2)}	2. Hj 1990 =100	—	99,2	110,3	79,1	109,6	120,0	119,0	124,7	122,0	...	
Gesamtumsatz	Mill. DM	—	183 983	217 018	10 860	15 417	16 897	17 506	20 327	20 078	...	
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	—	180 015	212 711	10 636	15 089	16 358	17 158	19 933	19 682	...	
Früheres Bundesgebiet												
Bauhauptgewerbe												
Beschäftigte ³⁾	1000	1 034	1 061	1 076	1 023	1 044	1 059	1 063	1 070	1 071	...	
dar.: Angestellte ³⁾	1000	157	164	171	174	175	175	176	176	176	...	
Arbeiter ³⁾	1000	825	845	854	799	820	835	838	845	847	...	
Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	Mill. Std	1 346,6	1 330,6	1 376,1	79,8	116,2	120,3	116,4	128,6	117,7	...	
im Hochbau ³⁾	Mill. Std	912,8	897,9	929,1	56,7	80,3	81,6	78,7	87,0	80,1	...	
dar.: Wohnungsbau ³⁾	1000 Std	502 625	492 171	522 014	31 343	46 129	48 455	47 264	52 401	46 968	...	
Gewerblicher Hochbau ³⁾	1000 Std	290 376	297 273	299 504	18 890	25 258	24 043	22 875	25 093	24 095	...	
Öffentlicher Hochbau ³⁾	1000 Std	108 020	99 896	98 814	5 843	8 388	8 359	7 926	8 687	8 265	...	
im Tiefbau ³⁾	1000 Std	433 785	432 653	446 957	22 872	35 851	38 748	37 670	41 530	37 539	...	
Straßenbau ³⁾	1000 Std	134 538	133 575	136 862	5 931	10 005	11 870	11 928	13 225	11 783	...	
Gewerblicher Tiefbau ³⁾	1000 Std	110 044	112 571	118 665	6 966	10 179	10 029	9 536	10 544	9 820	...	
Sonstiger öffentlicher Tiefbau ³⁾	1000 Std	189 203	186 507	191 430	9 975	15 667	16 849	16 206	17 761	15 936	...	
Bruttolohnsumme ³⁾	Mill. DM	34 370	37 234	40 314	2 297	3 150	3 284	3 269	3 464	3 499	...	
Bruttogehaltsumme ³⁾	Mill. DM	8 589	9 493	10 734	844	866	890	910	993	980	...	
Index des Auftragseingangs ⁴⁾	1985=100	152,1	168,1	179,1	144,0	218,3	181,2	178,4	213,1	188,9	183,0	
Index des Auftragsbestands	1985=100	141,5	165,2	180,2	.	186,4	.	.	186,0	.	.	
Produktionsindex ^{1) 2)}	1985=100	124,1	127,8	135,7	95,0	133,1	145,7	144,9	150,2	145,4	141,8p	
Gesamtumsatz ³⁾	Mill. DM	142 158	157 527	178 829	8 797	12 606	13 508	14 100	16 174	16 010	...	
dar.: Baugewerblicher Umsatz ³⁾	Mill. DM	139 665	154 881	175 802	8 640	12 383	13 262	13 846	15 884	15 718	...	
Neue Länder und Berlin-Ost												
Bauhauptgewerbe												
Beschäftigte	1000	—	330	335	331	331	334	335	335	336	...	
dar.: Angestellte	1000	—	55	49	47	46	47	47	46	46	...	
Arbeiter	1000	—	270	281	279	280	282	283	283	284	...	
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	—	393,0	451,6	27,2	37,6	38,7	37,0	42,7	40,8	...	
im Hochbau	Mill. Std	—	272,5	296,1	18,9	24,9	24,4	23,4	27,1r	26,0	...	
dar.: Wohnungsbau	1000 Std	—	86 764	94 883	5 822	8 108	8 430	8 533	10 516	10 139	...	
Gewerblicher Hochbau	1000 Std	—	129 232	147 101	9 847	12 805	12 334	11 472	12 799	12 222	...	
Öffentlicher Hochbau	1000 Std	—	51 466	50 115	3 048	3 689	3 372	3 150	3 500	3 318	...	
im Tiefbau	1000 Std	—	120 529	155 414	8 258	12 753	14 292	13 584	15 630	14 777	...	
Straßenbau	1000 Std	—	33 955	40 012	1 456	2 526	3 317	3 304	3 820	3 568	...	
Gewerblicher Tiefbau	1000 Std	—	34 325	44 355	2 820	4 009	4 342	4 122	4 794	4 480	...	
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1000 Std	—	52 249	71 047	3 982	6 218	6 633	6 158	7 016	6 729	...	
Bruttolohnsumme	Mill. DM	—	6 535	8 808	596	746	811	804	843	849	...	
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	—	1 798	2 182	188	188	197	203	205	204	...	
Index des Auftragseingangs ⁴⁾	2. Hj 1990 =100	—	143,4	212,3	188,2	265,2	238,2	261,8	311,7	310,5	303,4	
Index des Auftragsbestands	2. Hj 1990 =100	—	91,1	144,0	.	181,0	.	.	199,0	.	.	
Produktionsindex ^{1) 2)}	2. Hj 1990 =100	—	99,7	128,7	97,6	132,1	146,3	143,2	155,0	156,3	...	
Gesamtumsatz	Mill. DM	—	26 456	38 189	2 063	2 811	3 190	3 407	4 153	4 068	...	
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	—	25 134	36 909	1 996	2 706	3 095	3 312	4 049	3 964	...	
Früheres Bundesgebiet												
Handwerk⁵⁾												
Beschäftigte	1000	3 747,3	3 821,2	3 872,0	.	3 818,3	.	.	3 843,9	.	.	
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	440 649	492 487	527 668	.	105 083	.	.	126 288	.	.	

1) Arbeitstäglich bereinigt. — 2) Fachliche Unternehmensteile. — 3) Ab 1988 sind die Ergebnisse der Arbeitsstättenzahlung 1987 berücksichtigt. — 4) 1992 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen. — 5) Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum											
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat				
	1990	1991	1992	Mai 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93	Mai 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93	
	gegenüber			gegenüber				gegenüber				
	1989	1990	1991	Mai 92	Juni 92	Juli 92	Aug. 92	April 93	Mai 93	Juni 93	Juli 93	
Produzierendes Gewerbe Deutschland												
Bauhauptgewerbe												
Beschäftigte	-	-	-	- 2,3	- 1,7	- 1,9	...	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,2
dar.: Angestellte	-	-	-	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,8	...	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2
Arbeiter	-	-	-	- 2,6	- 1,9	- 2,1	...	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3
Geleistete Arbeitsstunden	-	-	-	- 2,6	+ 2,8	- 5,6	...	- 3,6	+ 11,7	- 7,5
im Hochbau	-	-	-	- 2,8	+ 3,2	- 4,6	...	- 3,7	+ 11,8	- 7,0
dar.: Wohnungsbau	-	-	-	+ 3,5	+ 10,3	+ 2,2	...	- 1,9	+ 12,8	- 9,2
Gewerblicher Hochbau	-	-	-	- 8,3	- 3,8	- 11,2	...	- 5,6	+ 10,3	- 4,2
Öffentlicher Hochbau	-	-	-	- 11,2	- 5,5	- 12,4	...	- 5,6	+ 10,0	- 5,0
im Tiefbau	-	-	-	- 2,4	+ 2,1	- 7,5	...	- 3,4	+ 11,5	- 8,5
Straßenbau	-	-	-	- 3,3	- 0,1	- 10,5	...	+ 0,3	+ 11,9	- 9,9
Gewerblicher Tiefbau	-	-	-	- 0,9	+ 3,8	- 5,9	...	- 5,0	+ 12,3	- 6,8
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	-	-	-	- 2,7	+ 2,5	- 6,4	...	- 4,8	+ 10,8	- 8,5
Bruttolohnsumme	-	-	-	+ 0,0	+ 2,6	- 1,2	...	- 0,5	+ 5,8	+ 0,9
Bruttogehaltsumme	-	-	-	+ 8,4	+ 10,0	+ 4,4	...	+ 2,4	+ 7,6	- 1,3
Index des Auftragsingangs ⁴⁾	-	-	+ 12,6	+ 5,7	+ 4,3	+ 10,2	+ 13,2	+ 0,8	+ 19,3	- 8,9	- 2,9	...
Index des Auftragsbestands	-	-	+ 14,1	...	+ 4,5 ^{a)}	+ 1,5 ^{b)}
Produktionsindex ^{1) 2)}	-	-	+ 11,2	+ 2,3	+ 4,2	+ 1,8	...	- 0,8	+ 4,8	- 2,2
Gesamtumsatz	-	-	-	+ 2,2	+ 7,9	+ 2,9	...	+ 4,8	+ 16,1	- 1,2
dar.: Baugewerblicher Umsatz	-	-	-	+ 2,3	+ 8,1	+ 2,9	...	+ 4,9	+ 16,2	- 1,3
Früheres Bundesgebiet												
Bauhauptgewerbe												
Beschäftigte ³⁾	+ 3,5	+ 2,7	+ 1,4	- 1,7	- 1,6	- 1,9	...	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,2
dar.: Angestellte ³⁾	+ 4,5	+ 4,7	+ 4,5	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,7	...	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1
Arbeiter ³⁾	+ 3,5	+ 2,5	+ 1,1	- 2,5	- 2,3	- 2,6	...	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,3
Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	+ 2,6	- 1,2	+ 3,4	- 2,7	+ 2,3	- 6,6	...	- 3,3	+ 10,5	- 8,4
im Hochbau ³⁾	+ 3,8	- 1,6	+ 3,5	- 1,7	+ 3,8	- 4,5	...	- 3,5	+ 10,6	- 7,9
dar.: Wohnungsbau ³⁾	+ 7,4	- 2,1	+ 6,1	+ 3,4	+ 9,7	+ 0,4	...	- 2,5	+ 10,9	- 10,4
Gewerblicher Hochbau ³⁾	+ 2,0	+ 2,4	+ 0,8	- 8,9	- 5,4	- 11,8	...	- 4,9	+ 9,7	- 4,0
Öffentlicher Hochbau ³⁾	- 7,3	- 7,5	- 1,1	- 5,4	+ 0,2	- 8,0	...	- 5,2	+ 9,6	- 4,9
im Tiefbau ³⁾	+ 0,1	- 0,3	+ 3,3	- 4,9	- 0,8	- 11,0	...	- 2,8	+ 10,2	- 9,6
Straßenbau ³⁾	- 1,9	- 0,7	+ 2,5	- 4,1	- 0,8	- 11,8	...	+ 0,5	+ 10,9	- 10,9
Gewerblicher Tiefbau ³⁾	+ 3,4	+ 2,3	+ 5,4	- 6,7	- 1,5	- 10,5	...	- 4,9	+ 10,6	- 6,9
Sonstiger öffentlicher Tiefbau ³⁾	- 0,3	- 1,4	+ 2,6	- 4,5	- 0,4	- 10,7	...	- 3,8	+ 9,6	- 10,3
Bruttolohnsumme ³⁾	+ 10,6	+ 8,3	+ 8,3	- 1,1	+ 1,3	- 2,7	...	- 0,5	+ 6,0	+ 1,0
Bruttogehaltsumme ³⁾	+ 11,3	+ 10,5	+ 13,1	+ 8,7	+ 10,7	+ 3,7	...	+ 2,3	+ 9,1	- 1,4
Index des Auftragsingangs ⁴⁾	+ 15,1	+ 10,5	+ 6,5	+ 0,2	- 1,8	+ 2,9	+ 6,6	- 1,5	+ 19,5	- 11,4	- 3,1	...
Index des Auftragsbestands	+ 18,6	+ 16,7	+ 9,1	...	- 1,2 ^{a)}	- 0,2 ^{b)}
Produktionsindex ^{1) 2)}	+ 5,5	+ 3,0	+ 6,2	- 0,2	+ 1,6	- 1,2	+ 2,7 ^{p)}	- 0,5	+ 3,7	- 3,2	- 2,5 ^{p)}	...
Gesamtumsatz ³⁾	+ 12,1	+ 10,8	+ 13,5	- 1,2	+ 3,6	- 1,2	...	+ 4,4	+ 14,7	- 1,0
dar.: Baugewerblicher Umsatz ³⁾	+ 12,2	+ 10,9	+ 13,5	- 1,2	+ 3,6	- 1,3	...	+ 4,4	+ 14,7	- 1,0
Neue Länder und Berlin-Ost												
Bauhauptgewerbe												
Beschäftigte	-	-	-	- 4,2	- 1,8	- 1,8	...	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,3
dar.: Angestellte	-	-	-	- 8,7	- 6,2	- 6,0	...	- 0,4	- 0,6	- 0,4
Arbeiter	-	-	-	- 3,0	- 0,8	- 0,8	...	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,4
Geleistete Arbeitsstunden	-	-	-	- 2,3	+ 4,5	- 2,3	...	- 4,5	+ 15,6	- 4,6
im Hochbau	-	-	-	- 6,3	+ 1,3	- 4,9	...	- 4,2	+ 15,9	- 4,1
dar.: Wohnungsbau	-	-	-	+ 4,3	+ 13,7	+ 11,6	...	+ 1,2	+ 23,2	- 3,6
Gewerblicher Hochbau	-	-	-	- 7,1	- 0,4	- 10,0	...	- 7,0	+ 11,6	- 4,5
Öffentlicher Hochbau	-	-	-	- 23,0	- 17,1	- 21,7	...	- 6,6	+ 11,1	- 5,2
im Tiefbau	-	-	-	+ 5,4	+ 10,5	+ 2,7	...	- 5,0	+ 15,1	- 5,5
Straßenbau	-	-	-	- 0,5	+ 2,4	- 6,1	...	- 0,4	+ 15,6	- 6,6
Gewerblicher Tiefbau	-	-	-	+ 15,7	+ 17,8	+ 6,0	...	- 5,1	+ 16,3	- 6,5
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	-	-	-	+ 2,5	+ 10,6	+ 5,7	...	- 7,2	+ 13,9	- 4,1
Bruttolohnsumme	-	-	-	+ 4,8	+ 8,2	+ 5,2	...	- 0,8	+ 4,8	+ 0,6
Bruttogehaltsumme	-	-	-	+ 6,9	+ 6,8	+ 8,1	...	+ 2,9	+ 1,1	- 0,9
Index des Auftragsingangs ⁴⁾	-	-	+ 48,0	+ 29,8	+ 32,6	+ 41,0	+ 39,6	+ 9,9	+ 19,1	- 0,4	- 2,3	...
Index des Auftragsbestands	-	-	+ 58,1	...	+ 40,1 ^{a)}	+ 9,9 ^{b)}
Produktionsindex ^{1) 2)}	-	-	+ 29,1	+ 10,6	+ 12,8	+ 11,4	...	- 2,1	+ 8,2	+ 0,8
Gesamtumsatz	-	-	-	+ 18,9	+ 28,7	+ 22,7	...	+ 6,8	+ 21,9	- 2,0
dar.: Baugewerblicher Umsatz	-	-	-	+ 20,7	+ 30,7	+ 23,7	...	+ 7,0	+ 22,3	- 2,1
Früheres Bundesgebiet												
Handwerk⁵⁾												
Beschäftigte	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,3	...	- 0,1 ^{a)}	+ 0,7 ^{b)}
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	+ 11,6	+ 11,8	+ 7,1	...	- 3,0 ^{a)}	+ 20,2 ^{b)}

1) Arbeitstäglich bereinigt. - 2) Fachliche Unternehmensteile. - 3) Ab 1988 sind die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 berücksichtigt. - 4) 1992 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen. - 5) Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen.

a) 2. Vj 93 gegenüber 2. Vj 92. - b) 2. Vj 93 gegenüber 1. Vj 93.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1991	1992	1993						
					Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Bautätigkeit und Wohnungen											
Deutschland											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl
Rauminhalt	1000 m ³
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl
Rauminhalt	1000 m ³
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	318 956
Früheres Bundesgebiet											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	152 957	142 241p	...	11 021	15 803	14 545	15 445	17 482	16 448	...
Rauminhalt	1000 m ³	181 361	179 559p	...	14 227	20 444	18 716	20 259	22 801	21 641	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	63 378	65 930p	...	5 701	8 257	7 556	8 133	9 072	8 909	...
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	34 849	35 100p	...	2 094	2 664	2 537	2 719	3 013	3 031	...
Rauminhalt	1000 m ³	189 034	193 428p	...	11 138	14 266	13 032	13 631	14 401	15 057	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	41 253	44 085p	...	3 027	4 029	3 626	3 618	3 789	4 173	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	391 430	400 586p	...	31 844	44 865	40 500	45 068	49 831	48 175	...
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³	131 641	150 544p	...	5 021	5 838	5 068	5 406	6 983	6 928	...
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³	156 048	167 119p	...	4 137	5 092	4 501	5 569	5 009	5 306	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	256 488	314 544p	...	11 196	13 595	11 983	12 669	15 947	15 458	...
Neue Länder und Berlin-Ost											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl
Rauminhalt	1000 m ³
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl
Rauminhalt	1000 m ³
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	62 468
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl
Handel ¹⁾, Gastgewerbe ¹⁾, Reiseverkehr											
Früheres Bundesgebiet											
Großhandel (Umsatzwerte) ^{2) 3)}	1986=100	118,0	126,2	124,8	109,5	133,8	122,4	115,1	125,6	117,5	116,3
davon mit:											
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	1986=100	100,3	104,1	103,4	87,9	118,8	115,2	98,7	97,3	78,1	89,2
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	1986=100	92,1	84,4	72,5	60,5	73,5	60,7	52,8	64,1	50,1	50,2
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	1986=100	116,1	105,8	94,2	83,1	97,9	90,9	85,6	88,6	88,7	80,7
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	1986=100	91,1	102,0	94,3	83,7	100,6	92,3	86,8	94,5	94,3	92,9
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.	1986=100	114,8	109,1	99,8	83,7	96,2	87,8	85,6	99,1	88,6	83,8
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	1986=100	130,3	150,9	166,4	133,5	176,6	173,9	170,5	193,9	186,2	114,2
Altmaterial, Reststoffen	1986=100	147,0	124,6	116,9	104,0	129,3	115,6	111,0	129,1	126,7	114,2
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1986=100	118,2	130,1	131,2	117,7	140,1	132,7	127,7	139,1	130,1	127,3
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1986=100	121,6	132,7	129,0	131,3	150,1	111,3	94,8	105,0	122,3	148,7
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	1986=100	137,9	147,7	149,0	133,0	158,3	138,4	128,3	140,8	133,9	134,3
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	1986=100	127,7	133,8	131,0	110,7	135,2	110,2	109,0	121,1	108,8	118,0
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	1986=100	124,6	142,5	139,7	124,1	155,1	138,6	129,0	139,9	123,2	116,0
pharmazeutischen, kosmetischen u.ä. Erzeugnissen	1986=100	129,4	149,5	161,0	137,4	167,9	153,0	142,6	161,0	158,1	146,9
Papier, Druckzeugnissen, Waren verschiedener Art, o.a.S.	1986=100	136,4	130,5	130,2	112,8	140,8	126,7	120,9	126,6	124,2	120,9
Binnengroßhandel	1986=100	117,3	127,0	127,7	111,0	137,0	126,6	118,6	129,7	121,8	120,1
Produktionsverbindungshandel	1986=100	116,8	123,0	121,9	102,9	128,4	120,7	112,4	124,5	114,1	113,1
Konsumtionsverbindungshandel	1986=100	118,0	133,0	136,2	122,8	149,6	135,4	127,7	137,2	133,1	130,4
Streckengroßhandel	1986=100	102,7	103,0	97,3	85,7	103,4	93,9	89,9	99,1	92,2	90,5
Lagergroßhandel	1986=100	127,7	140,9	142,2	124,7	153,1	140,5	131,1	142,5	133,6	132,6

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 3) In jeweiligen Preisen.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1990	1991	1992	Mai 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93	Mai 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1989	1990	1991	Mai 92	Juni 92	Juli 92	Aug. 92	April 93	Mai 93	Juni 93	Juli 93
Bautätigkeit und Wohnungen											
Deutschland											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude
Rauminhalt
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes
Genehmigte Nichtwohngebäude
Rauminhalt
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 3,6
Früheres Bundesgebiet											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	+ 12,3	- 7,0p	..	+ 1,1	+ 17,4	+ 4,0	..	+ 6,2	+ 13,2	- 5,9	..
Rauminhalt	+ 24,5	- 1,0p	..	+ 6,1	+ 21,7	+ 9,1	..	+ 8,2	+ 11,6	- 4,2	..
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 27,8	+ 4,0p	..	+ 11,6	+ 27,2	+ 15,8	..	+ 7,6	+ 11,5	- 1,8	..
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 4,0	+ 0,7p	..	- 8,5	- 2,9	- 13,8	..	+ 7,2	+ 10,8	+ 0,6	..
Rauminhalt	+ 8,3	+ 2,3p	..	- 6,8	- 19,2	- 17,4	..	+ 4,6	+ 5,6	+ 4,6	..
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 17,1	+ 6,9p	..	- 4,1	- 11,4	- 17,0	..	- 0,2	+ 4,7	+ 10,1	..
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 41,8	+ 2,3p	..	+ 10,8	+ 23,0	+ 10,6	..	+ 11,3	+ 10,6	- 3,3	..
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	- 1,6	+ 14,4p	..	+ 10,5	+ 21,0	+ 2,5	..	+ 6,7	+ 29,2	- 0,8	..
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 5,1	+ 7,1p	..	+ 12,6	+ 15,5	- 12,3	..	+ 23,7	- 10,1	+ 5,9	..
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 7,5	+ 22,6p	..	+ 11,5	+ 19,1	- 0,1	..	+ 5,7	+ 25,9	- 3,1	..
Neue Länder und Berlin-Ost											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude
Rauminhalt
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes
Genehmigte Nichtwohngebäude
Rauminhalt
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 32,4
Handel¹⁾, Gastgewerbe¹⁾, Reiseverkehr											
Früheres Bundesgebiet											
Großhandel (Umsatzwerte)^{2) 3)}											
davon mit:	+ 6,7	+ 6,9	- 1,1	- 5,6	- 1,9	- 5,8	+ 2,2	- 6,0	+ 9,1	- 6,4	- 1,1
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	+ 0,5	+ 3,8	- 0,7	- 9,4	- 11,6	- 13,8	- 3,8	- 14,3	- 1,4	- 19,7	+ 14,3
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	- 8,2	- 8,4	- 14,1	- 25,5	- 23,4	- 23,7	- 12,9	- 13,0	+ 21,4	- 21,8	+ 0,2
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	- 7,6	- 8,9	- 11,0	- 11,6	- 12,5	- 7,4	- 5,4	- 5,8	+ 3,5	+ 0,1	- 9,0
festen Brennstoffen, Mineralerzeug- nissen	+ 6,3	+ 12,0	- 7,5	- 7,0	+ 1,7	- 5,5	+ 1,6	- 6,0	+ 8,9	- 0,2	- 1,4
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw	- 4,6	- 5,0	- 8,5	- 13,8	- 8,8	- 15,3	- 9,5	- 2,5	+ 15,8	- 10,6	- 5,4
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf Altmaterial, Reststoffen	+ 12,0	+ 15,8	+ 10,3	+ 2,6	+ 12,0	+ 3,5	- 12,9	- 2,0	+ 13,7	- 4,0	- 1,4
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 10,1	+ 10,1	+ 0,8	- 1,4	+ 2,8	- 1,4	+ 5,9	- 3,8	+ 8,9	- 6,5	- 2,2
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 12,8	+ 9,1	- 2,8	- 2,1	+ 3,4	- 1,7	+ 4,5	- 14,8	+ 10,8	+ 16,5	+ 21,5
Metallwaren, Einrichtungsgegen- ständen	+ 12,0	+ 7,1	+ 0,9	- 4,6	+ 2,3	- 3,9	+ 4,1	- 7,3	+ 9,7	- 4,9	+ 0,3
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	+ 11,6	+ 4,8	- 2,1	- 6,4	- 5,7	- 6,9	+ 1,8	- 1,1	+ 11,1	- 10,2	+ 8,4
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	+ 12,8	+ 14,4	- 2,0	- 8,8	- 9,0	- 12,1	+ 0,7	- 6,9	+ 8,4	- 11,9	- 5,8
pharmazeutischen, kosmetischen u a Erzeugnissen	+ 10,4	+ 15,5	+ 7,7	- 5,4	- 3,4	- 2,8	+ 3,0	- 6,8	+ 12,9	- 1,8	- 7,1
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o.a.S.	+ 7,8	- 4,3	- 0,2	- 4,0	- 1,2	- 3,0	- 0,3	- 4,6	+ 4,7	- 1,9	- 2,7
Binnengroßhandel	+ 8,0	+ 8,3	+ 0,6	- 5,5	- 1,3	- 5,5	+ 2,5	- 6,3	+ 9,4	- 6,1	- 1,4
Produktionsverbindungshandel	+ 5,9	+ 5,3	- 0,9	- 7,8	- 2,7	- 7,9	+ 1,0	- 6,9	+ 10,8	- 8,4	- 0,9
Konsumtionsverbindungshandel	+ 11,0	+ 12,7	+ 2,4	- 2,4	+ 0,4	- 2,3	+ 4,6	- 5,7	+ 7,4	- 3,0	- 2,0
Streckengroßhandel	+ 0,4	+ 0,3	- 5,5	- 7,0	- 2,9	- 6,5	+ 0,7	- 4,3	+ 10,2	- 7,0	- 1,9
Lagergroßhandel	+ 10,2	+ 10,3	+ 1,0	- 5,0	- 1,4	- 5,4	+ 2,9	- 6,7	+ 8,7	- 6,2	- 0,7

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 3) In jeweiligen Preisen.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1991	1992	1993						
					Febr.	Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug
Handel¹⁾, Gastgewerbe¹⁾, Reiseverkehr											
Neue Länder und Berlin-Ost											
Großhandel (Umsatzwerte)^{2) 3)}	1991=100	—	100,0	82,6	81,9	87,8	82,6	77,4	82,3	80,8	73,0
davon mit:											
festen Brennstoffen, Mineralölzeug-	1991=100	—	100,0	76,4	97,8	78,3	65,6	54,4	58,7	57,0	40,2
nissen	1991=100	—	100,0	187,2	85,3	41,8	38,7	41,5	87,1	84,5	279,4
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	1991=100	—	100,0	90,7	76,6	87,2	92,3	85,6	86,9	87,2	81,3
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1991=100	—	100,0	54,1	30,1	42,6	40,3	36,1	31,1	29,0	32,1
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1991=100	—	100,0	104,3	92,1	105,9	101,2	96,5	105,0	108,5	104,1
Metallwaren, Einrichtungsgegen-	1991=100	—	100,0	81,4	53,4	68,1	66,0	72,7	82,2	73,5	65,0
ständen	1991=100	—	100,0	46,6	51,4	60,8	58,4	62,4	66,3	66,1	65,1
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	1991=100	—	100,0	—	—	—	—	—	—	—	—
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o.a.S.	1991=100	—	100,0	—	—	—	—	—	—	—	—
Früheres Bundesgebiet											
Einzelhandel (Umsatzwerte)³⁾	1986=100	125,5	136,5	138,3	116,5	144,6	142,0	128,1	129,8	135,2	123,0p
davon mit:											
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1986=100	120,6	125,1	125,6	112,6	127,6	131,4	122,1	123,7	127,4	117,8p
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1986=100	114,8	123,7	124,6	91,7	131,8	135,3	114,4	104,8	122,1	108,0p
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	1986=100	138,3	152,7	161,7	150,4	182,4	168,0	154,8	162,3	165,1	145,6p
elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	1986=100	129,2	131,7	127,3	108,2	119,9	107,2	100,8	109,5	115,9	109,2p
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	1986=100	130,0	146,2	151,1	136,8	153,8	137,6	125,9	136,7	143,7	147,1p
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	1986=100	122,6	134,6	144,5	119,9	139,2	134,8	127,3	135,7	136,2	130,4p
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankst.)	1986=100	135,9	149,5	148,0	119,3	166,0	167,2	145,3	143,3	143,5	140,1p
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	1986=100	146,8	172,2	170,3	134,3	192,5	182,6	159,3	167,0	156,6	130,6p
Waren verschiedener Art	1986=100	120,8	131,5	134,5	114,5	136,5	132,9	120,8	120,3	132,8	124,6p
darunter nach Erscheinungsformen:											
Warenhäuser	1986=100	110,4	113,8	113,5	90,3	104,2	102,8	90,0	93,2	118,8	100,5p
SB-Warenhäuser	1986=100	136,6	148,3	157,8	137,5	157,6	164,3	147,9	146,4	154,8	139,5p
Verbrauchermärkte	1986=100	135,3	127,1	162,2	146,3	164,5	179,8	161,3	162,1	173,1	158,4p
Supermärkte	1986=100	124,7	127,1	133,5	119,9	134,3	139,3	127,9	128,8	133,9	123,7p
Gastgewerbe (Umsatzwerte)³⁾	1986=100	116,9	121,1	123,8	107,0	118,2	122,4	144,1	134,9	130,9	...
Beherbergungsgewerbe	1986=100	127,1	133,6	135,7	112,4	126,3	124,0	154,0	146,4	138,1	...
Gaststättengewerbe	1986=100	110,0	113,2	115,3	101,1	109,7	119,1	137,4	126,3	125,1	...
Kantinen	1986=100	134,8	136,4	149,7	143,3	169,2	153,5	159,3	164,4	154,8	...
Reiseverkehr											
Ankünfte ⁴⁾	1000	74 332	75 419	75 320	4 619	5 485	5 773	7 325	7 158	6 974	...
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1000	15 627	14 295	13 844	806	897	936	1 188	1 243	1 470	...
Übernachtungen ⁴⁾	1000	255 725	266 209	266 790	15 711	17 959	20 099	25 112	26 101	29 439	...
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1000	34 842	33 246	31 953	2 007	2 163	2 074	2 712	2 773	3 463	...
Innerdeutscher Warenverkehr											
Lieferungen des Bundesgebietes	Mill. DM	21 326	46 733	63 385	4 798	5 697	4 860	4 829
Bezüge des Bundesgebietes	Mill. DM	8 274	8 985	10 228	891	906	697	703
Neue Länder und Berlin-Ost											
Einzelhandel (Umsatzwerte)³⁾	1991=100	...	100,0	103,8	86,5	102,3	108,9	100,6	100,3	107,6	...
davon mit:											
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1991=100	...	100,0	104,0	92,4	105,7	116,8	108,2	101,7	108,7	...
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	1991=100	...	100,0	132,6	129,7	158,5	158,5	154,8	168,6	174,2	...
Waren verschiedener Art	1991=100	...	100,0	82,5	88,5	78,7	83,8	75,8	77,0	82,7	...
Gastgewerbe (Umsatzwerte)³⁾	1991=100	...	100,0	140,3	110,1	128,4	138,7	171,8	160,2	160,6	...
Gaststättengewerbe	1991=100	...	100,0	118,9	93,9	106,3	118,7	143,4	130,0	135,2	...
Reiseverkehr											
Ankünfte ⁴⁾	1000	—	—	8 795	536	689	772	1 060	1 089	981	...
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1000	—	—	670	27	45	49	64	73	76	...
Übernachtungen ⁴⁾	1000	—	—	27 047	1 625	1 941	2 162	2 972	3 182	3 502	...
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1000	—	—	1 867	87	134	131	168	191	202	...

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 3) In jeweiligen Preisen - 4) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum											
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat				
	1990	1991	1992	Mai 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93	Mai 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93	
	gegenüber			gegenüber				gegenüber				
	1989	1990	1991	Mai 92	Juni 92	Juli 92	Aug. 92	April 93	Mai 93	Juni 93	Juli 93	
Handel¹⁾, Gastgewerbe¹⁾, Reiseverkehr												
Neue Länder und Berlin-Ost												
Großhandel (Umsatzwerte)^{2) 3)}	-	-	- 17,4	- 3,9	- 5,0	- 1,7	- 9,2	- 6,3	+ 6,3	- 1,8	- 9,7	
davon mit:												
festen Brennstoffen, Mineralölzeug-	-	-	- 3,6	+ 1,5	+ 7,7	- 15,8	- 48,4	- 17,1	+ 7,9	- 2,9	- 29,6	
nissen	-	-	+ 87,2	+ 42,6	+ 47,7	+ 36,1	+ 39,7	+ 1,2	+ 18,9	- 0,9	- 1,8	
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	-	-	- 9,3	- 6,9	- 13,2	- 10,2	- 8,4	- 7,3	+ 1,5	+ 0,3	- 6,7	
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	-	-	- 45,9	- 42,3	- 35,2	- 22,5	- 11,0	- 10,4	- 13,9	- 6,8	+ 10,7	
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	-	-	+ 4,3	- 1,9	+ 5,1	+ 2,1	+ 10,2	- 4,6	+ 8,8	+ 3,3	- 4,1	
Metallwaren, Einrichtungsgegen-	-	-	- 18,6	- 11,1	- 22,2	- 4,9	- 9,4	+ 10,2	+ 13,1	- 10,6	- 11,6	
ständen	-	-	- 53,4	+ 42,1	+ 54,2	+ 51,3	+ 37,1	+ 6,8	+ 6,3	- 0,3	- 1,5	
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	-	-										
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Waren	-	-										
verschiedener Art, o.a.S.	-	-										
Früheres Bundesgebiet												
Einzelhandel (Umsatzwerte)³⁾	+ 10,6	+ 8,7	+ 1,4	- 4,3	- 0,8	- 2,5	+ 1,5p	- 9,8	+ 1,3	+ 4,2	- 9,0p	
davon mit:												
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 8,1	+ 3,8	+ 0,4	- 1,9	- 0,9	- 1,0	- 1,1p	- 7,1	+ 1,3	+ 3,0	- 7,5p	
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 9,7	+ 7,8	+ 0,8	- 6,6	+ 3,0	+ 7,0	+ 10,3p	- 15,4	- 8,4	+ 16,5	- 11,5p	
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	+ 8,9	+ 10,4	+ 5,9	+ 4,2	+ 10,0	+ 3,8	+ 9,0p	- 7,9	+ 4,8	+ 1,7	- 11,8p	
elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	+ 14,2	+ 1,9	- 3,4	- 0,0	+ 2,2	+ 0,8	- 0,2p	- 6,0	+ 8,6	+ 5,8	- 5,8p	
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	+ 9,5	+ 12,5	+ 3,4	+ 4,7	+ 4,6	+ 3,2	+ 4,7p	- 8,5	+ 8,6	+ 5,1	+ 2,4p	
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	+ 7,5	+ 9,8	+ 7,4	- 7,5	- 5,2	- 7,7	- 2,4p	- 5,6	+ 6,6	+ 0,4	- 4,3p	
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankst.)	+ 8,3	+ 9,9	- 0,9	- 5,5	- 5,1	- 9,1	- 4,1p	- 13,1	- 1,4	+ 0,1	- 2,4p	
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	+ 17,3	+ 17,4	- 1,1	- 12,9	- 9,0	- 14,6	- 2,4p	- 12,8	+ 4,8	- 6,2	- 16,6p	
Waren verschiedener Art	+ 10,8	+ 8,8	+ 2,3	- 0,9	+ 2,3	+ 0,5	+ 2,6p	- 9,1	- 0,4	+ 10,4	- 6,2p	
darunter nach Erscheinungsformen:												
Warenhäuser	+ 7,3	+ 3,0	- 0,3	- 2,8	+ 2,0	+ 3,8	+ 5,3p	- 12,5	+ 3,6	+ 27,5	- 15,5p	
SB-Warenhäuser	+ 8,9	+ 8,6	+ 6,4	- 2,4	- 3,9	- 4,3	- 4,4p	- 10,0	- 1,0	+ 5,7	- 9,7p	
Verbrauchermärkte	+ 8,3	- 6,0	+ 27,6	- 0,1	+ 1,2	+ 2,0	+ 0,2p	- 10,3	+ 0,5	+ 6,8	- 8,4p	
Supermärkte	+ 9,5	+ 3,2	+ 3,7	- 3,2	- 2,0	- 1,4	- 2,2p	- 8,2	+ 0,7	+ 4,0	- 7,3p	
Gastgewerbe (Umsatzwerte)³⁾	+ 5,7	+ 3,6	+ 2,3	+ 6,3	+ 5,1	- 0,7	...	+ 17,2	- 6,8	- 3,1	...	
Beherbergungsgewerbe	+ 7,9	+ 5,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 2,8	- 4,1	...	+ 24,1	- 6,0	- 6,0	...	
Gaststättengewerbe	+ 4,0	+ 2,9	+ 1,9	+ 9,7	+ 6,1	+ 1,6	...	+ 15,0	- 8,1	- 1,2	...	
Kantinen	+ 10,6	+ 1,9	+ 9,7	+ 5,1	+ 11,2	- 2,3	...	+ 3,6	+ 2,7	- 5,9	...	
Reiseverkehr												
Ankünfte ⁴⁾	+ 6,8	+ 1,5	- 0,1	- 2,8	- 2,7	- 5,9	...	+ 26,9	- 2,3	- 2,6	...	
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 7,7	- 8,5	- 3,2	- 6,3	- 10,4	- 14,9	...	+ 27,0	+ 4,6	+ 18,3	...	
Übernachtungen ⁴⁾	+ 5,1	+ 4,1	+ 0,2	- 0,9	- 2,2	- 4,1	...	+ 24,9	+ 3,9	+ 12,8	...	
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 5,4	- 4,6	- 3,9	- 2,4	- 5,9	- 12,3	...	+ 30,8	+ 2,2	+ 24,9	...	
Innerdeutscher Warenverkehr												
Lieferungen des Bundesgebietes	+163,2	+119,1	+ 35,6	- 8,3	- 0,6	
Bezüge des Bundesgebietes	+ 14,8	+ 8,6	+ 13,8	- 14,5	+ 0,9	
Neue Länder und Berlin-Ost												
Einzelhandel (Umsatzwerte)³⁾	+ 3,8	+ 1,5	- 0,6	± 0,0	...	- 7,6	- 0,3	+ 7,3	...	
davon mit:												
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 4,0	+ 7,7	- 3,1	- 1,4	...	- 7,4	- 6,0	+ 6,9	...	
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	+ 32,6	+ 22,9	+ 30,6	+ 25,2	...	- 2,3	+ 8,9	+ 3,3	...	
Waren verschiedener Art	- 17,5	- 0,1	+ 2,4	- 2,2	...	- 9,5	+ 1,6	+ 7,4	...	
Gastgewerbe (Umsatzwerte)³⁾	-	-	+ 40,3	+ 5,8	+ 1,5	+ 3,4	...	+ 23,9	- 6,8	+ 0,3	...	
Gaststättengewerbe	-	-	+ 18,9	+ 6,5	- 1,2	+ 0,4	...	+ 20,8	- 9,3	+ 4,0	...	
Reiseverkehr												
Ankünfte ⁴⁾	-	-	+ 73,2	+ 11,8	+ 12,1	+ 10,2	...	+ 37,3	+ 2,8	- 10,0	...	
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	-	-	+ 56,1	- 9,5	- 1,5	- 16,2	...	+ 30,5	+ 12,6	+ 5,5	...	
Übernachtungen ⁴⁾	-	-	+ 72,8	+ 9,2	+ 9,5	+ 6,4	...	+ 37,5	+ 7,1	+ 10,1	...	
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	-	-	+ 73,0	- 10,0	- 1,9	- 13,0	...	+ 28,6	+ 13,8	+ 5,9	...	

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 3) In jeweiligen Preisen. - 4) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1990	1991	1992	März 93	April 93	Mai 93	Juni 93	März 93	April 93	Mai 93	Juni 93
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1989	1990	1991	März 92	April 92	Mai 92	Juni 92	Febr. 93	März 93	April 93	Mai 93
Außenhandel											
Deutschland											
Einfuhr (Spezialhandel)	+ 4,7	+ 12,3	- 1,0	- 16,0	- 16,7	- 19,6	- 11,0	+ 1,3	- 0,7	- 15,4	+ 7,7
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	-	-	+ 2,4
Gewerbliche Wirtschaft	-	-	- 1,7
Rohstoffe	-	-	- 2,4
Halbwaren	-	-	- 9,8
Fertigwaren	-	-	- 0,5
Ländergruppen (Ursprungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	+ 7,5	+ 14,0	- 1,0
dar. EG-Länder	+ 10,1	+ 15,8	- 1,0
Mittel- und osteuropäische Länder	- 19,3	- 11,1	+ 7,5
Entwicklungsländer	+ 4,5	+ 10,9	- 4,9
Ausfuhr (Spezialhandel)	- 0,2	- 2,2	+ 0,8	- 14,8	- 18,1	- 11,7	- 2,3	+ 5,5	- 7,7	- 7,1	+ 9,3
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	-	-	+ 3,2
Gewerbliche Wirtschaft	-	-	+ 0,6
Rohstoffe	-	-	- 5,2
Halbwaren	-	-	- 2,4
Fertigwaren	-	-	+ 0,9
Ländergruppen (Bestimmungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	- 0,3	- 0,7	- 0,1
dar. EG-Länder	- 0,8	+ 1,9	+ 1,3
Mittel- und osteuropäische Länder	- 0,4	- 29,7	- 0,3
Entwicklungsländer	+ 4,2	+ 8,3	+ 6,6
Früheres Bundesgebiet											
Einfuhr (Spezialhandel)	+ 8,7	+ 15,0	- 0,8
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	+ 5,5	+ 13,8	+ 2,1
Gewerbliche Wirtschaft	+ 9,4	+ 15,5	- 1,5
Rohstoffe	+ 4,5	- 1,9	+ 1,6
Halbwaren	- 1,6	+ 2,5	- 10,0
Fertigwaren	+ 11,9	+ 19,2	- 0,6
Ländergruppen (Ursprungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	+ 8,6	+ 14,5	- 1,2
dar. EG-Länder	+ 10,8	+ 16,0	- 1,0
Mittel- und osteuropäische Länder	+ 13,2	+ 21,4	+ 14,9
Entwicklungsländer	+ 6,3	+ 12,0	- 4,6
Ausfuhr (Spezialhandel)	+ 0,3	+ 0,9	+ 1,4
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	- 2,8	+ 9,6	+ 4,8
Gewerbliche Wirtschaft	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,2
Rohstoffe	- 3,6	+ 0,8	- 4,4
Halbwaren	- 6,8	+ 1,7	- 2,4
Fertigwaren	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,4
Ländergruppen (Bestimmungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	+ 0,0	- 0,6	- 0,2
dar. EG-Länder	- 0,6	+ 1,9	+ 1,3
Mittel- und osteuropäische Länder	- 4,3	+ 10,9	+ 15,8
Entwicklungsländer	+ 5,3	+ 9,7	+ 6,1
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	+ 8,7	+ 14,9	- 0,8
Ausfuhr	+ 0,3	+ 0,9	+ 1,4
Index des Volumens											
Einfuhr	+ 11,5	+ 13,1	+ 2,3
Ausfuhr	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,0
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	- 2,5	+ 1,7	- 3,0
Ausfuhr	- 1,2	+ 0,6	- 0,7
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	+ 1,4	- 2,3	+ 2,4
Neue Länder und Berlin-Ost											
Einfuhr (Spezialhandel)	- 44,5	- 52,5	- 11,6
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	-	-	+ 32,4
Gewerbliche Wirtschaft	-	-	- 13,2
Rohstoffe	-	-	- 42,0
Halbwaren	-	-	- 2,4
Fertigwaren	-	-	+ 2,8
Ländergruppen (Ursprungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	- 38,8	- 30,5	+ 14,4
dar. EG-Länder	- 36,2	- 12,7	- 5,5
Mittel- und osteuropäische Länder	- 43,2	- 58,8	- 24,6
Entwicklungsländer	- 44,6	- 45,8	- 38,2
Ausfuhr (Spezialhandel)	- 7,4	- 54,2	- 21,0
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	-	-	- 29,3
Gewerbliche Wirtschaft	-	-	- 19,7
Rohstoffe	-	-	- 25,7
Halbwaren	-	-	- 3,2
Fertigwaren	-	-	- 21,1
Ländergruppen (Bestimmungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	- 26,2	- 12,7	+ 4,4
dar. EG-Länder	- 18,5	+ 1,6	+ 6,3
Mittel- und osteuropäische Länder	+ 2,9	- 61,7	- 37,1
Entwicklungsländer	- 21,3	- 34,0	- 28,1

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1991	1992	1993						
					Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Verkehr											
Deutschland											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	Mill.	1642,6	1 509,5	1 565,1
Straßenverkehr ¹⁾	Mill.	—	7 860,8 ^p
Luftverkehr ¹⁾	Mill.	—	62,5
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	1 000 t	—	407 541	380 177
Straßenverkehr (ohne Nahverkehr im Bundesgebiet) ¹⁾	1 000 t	—	570 189	610 689
Binnenschifffahrt ¹⁾	1 000 t	—	229 967 ^r	232 627 ^p
Seeschifffahrt ¹⁾	1 000 t	—	162 557	174 687 ^p
Luftverkehr ¹⁾	1 000 t	—	1 104
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1 000 t	74 067	79 291	81 512
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1 000	—	4 668,2	4 475,3	268,1	434,1	408,9	337,1	337,9	310,6	246,0
dar. Personenkraftwagen	1 000	—	4 158,7	3 929,6	238,4	364,2	339,8	282,0	286,1	267,2	210,5
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1 000	—	8 744,3	8 237,2	625,8	867,7	823,9	703,6	762,6	731,0	686,5
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	389 350	385 147	395 462	23 190	27 106	31 010	38 508	36 896	36 216	34 840
Getötete	Anzahl	11 046	11 300	10 631	614	728	701	905	870	942	908
Schwerverletzte	Anzahl	510 931	505 535	516 797	30 989	35 470	40 292	50 074	47 364	47 994	45 726
Leichtverletzte	Anzahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Unfälle mit nur Sachschaden	1 000	—	1 926,3	1 989,1	152,1	153,9	151,8	161,4	158,0	162,0	146,5
Früheres Bundesgebiet											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	Mill.	1 172,2	1 173,5 ^p	1 234,2
Straßenverkehr	Mill.	5 893,9	6 109,8 ^p
Luftverkehr	Mill.	62,6	60,9
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	1 000 t	310 433	309 567	290 115
Straßenverkehr (ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	1 000 t	492 718	529 996	553 416
Binnenschifffahrt	1 000 t	231 574	210 173	211 242 ^p
Seeschifffahrt	1 000 t	143 763	149 728	160 244 ^p
Luftverkehr	1 000 t	1 148	1 100
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1 000 t	64 364	66 981	68 414
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1 000	3 386,5	3 837,5	3 564,4	211,8	351,7	331,7	269,7	268,4	247,3	191,6
dar. Personenkraftwagen	1 000	3 040,8	3 428,6	3 152,1	189,5	293,6	274,8	225,2	227,5	213,3	164,4
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1 000	7 033,8	6 862,6	6 993,1	517,8	726,3	684,2	582,4	625,1	599,5 ^r	558,0
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	340 043	321 374	325 301	18 657	22 297	25 402	31 693	30 100	29 333	28 356
Getötete	Anzahl	7 906	7 541	7 298	399	519	498	640	604	640	639
Schwerverletzte	Anzahl	103 403	421 941	425 783	24 978	29 344	33 165	41 235	38 613	38 911	37 157
Leichtverletzte	Anzahl	344 755	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Unfälle mit nur Sachschaden	1 000	1 670,5	1 632,3	1 599,0	118,2	121,0	120,3	126,2	122,2	125,4	112,5
Neue Länder und Berlin-Ost											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	Mill.	470,4	335,9	330,9
Straßenverkehr ²⁾	Mill.	2 802,0	1 751,0 ^p
Luftverkehr	Mill.	1,0 ^p	1,5
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	1 000 t	230 975	118 997	110 479
Straßenverkehr (ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	1 000 t	—	50 668	82 508
Binnenschifffahrt	1 000 t	13 620	5 019 ^r	4 676 ^p
Seeschifffahrt	1 000 t	13 049	12 829	14 443 ^p
Luftverkehr	1 000 t	21	6
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1 000 t	9 703	12 310	13 098
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1 000	—	830,7	910,9	56,3	82,4	77,2	67,4	69,6	63,2	54,4
dar. Personenkraftwagen	1 000	—	730,1	777,5	48,9	70,6	65,0	56,9	58,6	53,9	46,1
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1 000	—	1 881,7	1 244,1	108,0	141,4	139,6	121,2	137,5	131,5	128,5
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	49 307	63 773	70 161	4 533	4 809	5 608	6 815	6 796	6 883 ^r	6 484
Getötete	Anzahl	3 140	3 759	3 333	215	209	203	265	266	302	269
Schwerverletzte	Anzahl	62 773	83 594	91 014	6 011	6 126	7 127	8 839	8 751	9 083	8 569
Leichtverletzte	Anzahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Unfälle mit nur Sachschaden	1 000	—	294,0	390,1	33,9	32,9	31,5	35,2	35,8	36,6	34,0
Geld und Kredit											
Deutschland											
Bargeldumlauf ³⁾	Mrd. DM	158,6	171,8	200,5	191,7	191,8	194,1	195,3	195,1	199,2	197,6 ^p
Deutsche Bundesbank³⁾											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ⁴⁾	Mrd. DM	106,4	97,3	144,0	122,6	110,3	108,1	109,4	107,7	121,2	165,3
Kredite an inländische Kreditinstitute	Mrd. DM	208,5	225,3	188,9	221,8	231,2	217,6	231,1	236,9	215,3	190,5

1) Aus methodischen Gründen sind die Angaben für das Gebiet der ehemaligen DDR für die Jahre 1988 bis 1990 nicht mit denen für das frühere Bundesgebiet vergleichbar; insbesondere können Einzelwerte nicht addiert werden. — 2) Beförderte Personen im öffentlichen Straßenverkehr, ohne Werkverkehr. — 3) Zeitreihen ab Juni 1990 auf das gesamte Währungsgebiet der D-Mark umgestellt. — 4) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1990	1991	1992	Mai 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93	Mai 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1989	1990	1991	Mai 92	Juni 92	Juli 92	Aug. 92	April 93	Mai 93	Juni 93	Juli 93
Verkehr											
Deutschland											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	- 6,0	- 8,1	+ 3,7
Straßenverkehr ¹⁾	-	-
Luftverkehr ¹⁾	-	-
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	-	-	- 6,7
Straßenverkehr (ohne Nahverkehr im Bundesgebiet) ¹⁾	-	-	+ 7,1
Binnenschiffahrt ¹⁾	-	-	+ 1,2
Seeschiffahrt ¹⁾	-	-	+ 7,5
Luftverkehr ¹⁾	-	-
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	+ 4,3	+ 7,1	+ 2,8
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen	-	-	- 4,1	- 19,3	- 19,0	- 22,7	- 6,8	- 17,5	+ 0,2	- 8,1	- 20,8
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	-	-	- 5,5	- 21,2	- 19,8	- 24,1	- 8,9	- 17,0	+ 1,5	- 6,6	- 21,2
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	+ 3,2	- 1,1	+ 2,7	- 5,4	- 1,7	- 3,3	- 3,6	+ 24,2	- 4,2	- 1,8	- 3,7
Getötete	+ 13,0	+ 2,3	- 5,9	- 2,3	- 4,9	- 2,5	- 10,0	+ 29,1	- 3,9	+ 8,3	- 3,6
Schwerverletzte	+ 4,2	- 1,1	+ 2,2	- 4,0	- 2,2	- 2,2	- 3,4	+ 24,3	- 5,4	+ 1,3	- 3,4
Leichtverletzte	-	-	+ 3,3	- 3,5	+ 1,1	+ 1,8	- 4,3	+ 6,3	- 2,1	+ 2,5	- 9,6
Unfälle mit nur Sachschaden	-	-
Früheres Bundesgebiet											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	+ 0,1	+ 0,1	+ 5,2
Straßenverkehr	+ 3,4	+ 3,7
Luftverkehr	+ 11,8	- 2,7
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	- 1,6	- 0,3	- 6,3
Straßenverkehr (ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	+ 5,3	+ 7,6	+ 4,4
Binnenschiffahrt	- 1,4	- 9,2	+ 0,5
Seeschiffahrt	+ 2,0	+ 4,2	+ 7,0
Luftverkehr	+ 2,8	- 4,2
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	+ 9,5	+ 4,1	+ 2,1
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen	+ 8,1	+ 13,3	- 7,1	- 20,5	- 18,9	- 22,3	- 5,8	- 18,7	- 0,5	- 7,8	- 22,6
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	+ 7,4	+ 12,8	- 8,1	- 23,0	- 20,6	- 24,0	- 6,9	- 18,0	+ 1,0	- 6,2	- 23,0
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	- 1,0	- 5,5	+ 1,2	- 6,7	- 3,1	- 5,5	- 4,9	+ 24,8	- 5,0	- 2,5	- 3,3
Getötete	- 1,1	- 4,6	+ 3,2	+ 1,3	- 5,0	- 4,5	- 8,3	+ 28,5	- 5,6	+ 6,0	- 0,2
Schwerverletzte	- 4,1	- 5,8	- 0,9	- 4,9	- 3,5	- 3,8	- 4,7	+ 24,3	- 6,4	+ 0,8	- 4,5
Leichtverletzte	+ 0,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Unfälle mit nur Sachschaden	+ 1,0	- 2,3	- 2,0	- 7,3	- 3,4	- 2,1	- 7,4	+ 4,9	- 3,2	+ 2,6	- 10,3
Neue Länder und Berlin-Ost											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	- 20,3	- 28,6	- 1,5
Straßenverkehr ²⁾	- 18,3	- 37,5p
Luftverkehr	- 50,0	+ 50,0p
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	- 30,8	- 48,5	- 7,2
Straßenverkehr (ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	-	-	+ 62,8
Binnenschiffahrt	- 33,2	- 63,1r	- 5,7
Seeschiffahrt	- 7,0	- 1,7	+ 12,6
Luftverkehr	- 32,3	- 71,4
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	- 20,7	+ 26,9	+ 6,4
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen	-	-	+ 9,6	- 14,2	- 19,2	- 24,3	- 13,8	- 12,7	+ 3,3	- 9,1	- 13,9
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	-	-	+ 6,5	- 13,3	- 16,7	- 24,7	- 14,9	- 12,5	+ 3,1	- 8,1	- 14,5
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	+ 46,0	+ 29,1	+ 9,3	+ 0,9	+ 4,7	+ 7,1	+ 2,3	+ 21,5	- 0,3	+ 1,3	- 5,8
Getötete	+ 76,0	+ 18,9	- 9,5	- 9,9	- 4,7	+ 2,0	- 13,8	+ 30,5	+ 1,0	+ 13,5	- 10,9
Schwerverletzte	+ 53,0	+ 33,1	+ 7,6	+ 0,5	+ 4,0	+ 5,5	+ 3,0	+ 24,0	- 1,4	+ 3,8	- 5,7
Leichtverletzte	-	-
Unfälle mit nur Sachschaden	-	-	+ 34,0	+ 12,6	+ 20,2	+ 18,3	+ 7,5	+ 11,8	+ 1,7	+ 2,2	- 7,1
Geld und Kredit											
Deutschland											
Bargeldumlauf³⁾											
Deutsche Bundesbank ³⁾	+ 8,0	+ 8,3	+ 16,7	+ 13,3	+ 13,0	+ 12,2	+ 11,4p	+ 0,6	- 0,1	+ 2,1	- 0,8p
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva⁴⁾											
Kredite an inländische Kreditinstitute	+ 6,4	- 8,6	+ 48,0	+ 10,4	+ 7,9	+ 20,7	+ 58,3	+ 1,2	- 1,6	+ 12,5	+ 36,4
	+ 18,9	+ 8,1	- 16,2	+ 10,2	+ 7,6	- 3,7	- 15,1	+ 6,2	+ 2,5	- 9,1	- 11,5

1) Aus methodischen Gründen sind die Angaben für das Gebiet der ehemaligen DDR für die Jahre 1988 bis 1990 nicht mit denen für das frühere Bundesgebiet vergleichbar; insbesondere können Einzelwerte nicht addiert werden. - 2) Beförderte Personen im öffentlichen Straßenverkehr, ohne Werkverkehr. - 3) Zeitreihen ab Juni 1990 auf das gesamte Währungsgebiet der D-Mark umgestellt. - 4) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1991	1992	1993						
					Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
Finanzen und Steuern											
Früheres Bundesgebiet											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder											
Gemeinschaftsteuern											
(gem. Art. 106 Abs. 3 GG) ¹⁾	Mill. DM	402 617	462 549	507 907	41 473	35 789	50 897	34 040	35 557	56 002	37 458
dar.: Lohnsteuer	Mill. DM	177 590	204 578	230 146	20 710	16 870	16 680	17 537	17 721	19 147	20 722
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	36 519	41 202	42 744	- 15	695	10 500	- 1 308	- 1 287	9 561	- 1 531
Körperschaftsteuer	Mill. DM	30 090	31 368	32 187	1 050	811	7 732	- 333	- 44	7 392	- 600
Umsatzsteuer ²⁾	Mill. DM	78 012	94 312	112 202	12 678	15 754	10 857	12 863	14 105	13 794	13 589
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	69 573	79 741	79 584	5 722	3 093	3 565	3 433	3 032	3 214	3 078
Landesteuern	Mill. DM	25 368	27 117	30 123	2 412	3 119	2 713	2 124	3 328	2 299	2 243
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	6 333	6 712	6 765	171	1 354	215	117	1 418	169	108
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	8 314	9 536	11 361	1 163	818	1 212	1 109	1 007	1 112	1 088
Biersteuer	Mill. DM	1 355	1 537	1 472	173	4	145	116	127	191	189
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage ³⁾	Mill. DM	5 572	5 961	6 923	- 94	42	6	783	238	4	714
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ³⁾	Mill. DM	- 32 116	- 36 867	- 40 610	- 3 104	- 2 480	- 4 194	- 2 552	- 2 537	- 4 444	- 2 979
Neue Länder und Berlin-Ost											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder											
Gemeinschaftsteuern											
(gem. Art. 106 Abs. 3 GG) ¹⁾	Mill. DM	-	15 927	21 114	2 182	2 022	1 713	1 849	2 027	2 345	2 144
dar.: Lohnsteuer	Mill. DM	-	9 597	17 176	1 719	1 426	1 345	1 553	1 554	1 587	1 766
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	-	331	- 1 213	- 148	- 304	- 96	- 218	- 221	- 12	- 180
Körperschaftsteuer	Mill. DM	-	348	- 1 004	- 227	- 26	- 127	- 105	- 83	- 84	- 105
Umsatzsteuer	Mill. DM	-	4 426	5 072	771	843	471	528	617	551	565
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	-	1 134	853	34	53	90	55	42	94	62
Landesteuern	Mill. DM	-	1 997	2 840	188	294	311	291	308	350	318
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	-	17	- 15	0	0	11	0	0	1	0
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	-	1 475	1 956	103	221	191	176	189	209	191
Biersteuer	Mill. DM	-	110	152	14	5	17	21	18	21	15
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage ³⁾	Mill. DM	-	25	-	-	-	-	5	-	-	-
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ³⁾	Mill. DM	-	- 1 489	- 2 718	- 236	- 215	- 189	- 202	- 256	- 238	- 239
Wirtschaftsrechnungen											
Früheres Bundesgebiet											
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁴⁾											
2-Pers.-Haush. von Renten- u. Sozialhilfempfl. m. geringem Einkommen	DM	1 785,70	1 892,48	1 992,87	1 834,44	1 934,48
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	491,03	515,08	526,89	447,86	453,86
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	138,55	153,55	155,59	152,26	153,63
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	DM	3 452,39	3 773,13	3 976,24	3 759,18	3 461,55
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	830,52	880,59	892,51	775,71	768,28
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	182,76	202,81	207,72	187,80	194,71
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	DM	5 182,62	5 434,39	5 762,57	5 331,11	5 181,35
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	1 037,22	1 099,69	1 124,29	968,68	963,26
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	232,72	245,91	250,45	225,60	206,11
Löhne und Gehälter											
Früheres Bundesgebiet⁶⁾											
Arbeiter(innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std	39,7	39,3	39,0
Index	1985=100	97,6	96,7	95,8
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	20,21	21,45	22,66
Index	1985=100	122,5	130,0	137,6
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	803	845	885
Index	1985=100	119,6	125,7	131,9
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	4 382	4 651	4 888
Index	1985=100	119,5	126,3	133,3
Tarifentwicklung i.d. gewerbl. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften											
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	1985=100	96,4	96,0	95,8	95,7	94,7
Index der tariflichen Stundenlöhne	1985=100	121,4	129,3	137,3	141,0	145,0
Index der tariflichen Monatsgehälter	1985=100	116,7	123,8	130,1	134,1	136,0
Neue Länder und Berlin-Ost											
Arbeiter(innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std	-	40,7	41,0
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	-	10,45	13,43
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	-	425	553
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	-	2 081	2 796

1) Vor der Steuerverteilung. - 2) 1990 USt-Ausgleich nach Art. 31 Abs. 2 des Staatsvertrages vom 18.5.1990 zugunsten des Beitrittsgebietes gekürzt. - 3) Gem. Gemeindefinanzreformgesetz. - 4) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar. - 5) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen. - 6) 1992: ohne Bremen; vorläufige Werte.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum											
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat				
	1990	1991	1992	April 93	Mai 93	Juni 93	Juli 93	April 93	Mai 93	Juni 93	Juli 93	
	gegenüber			gegenüber				gegenüber				
	1989	1990	1991	April 92	Mai 92	Juni 92	Juli 92	März 93	April 93	Mai 93	Juni 93	
Finanzen und Steuern												
Früheres Bundesgebiet												
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder												
Gemeinschaftsteuern												
(gem. Art. 106 Abs. 3 GG) 1)	+ 1,4	+ 14,9	+ 9,8	+ 8,6	+ 5,5	+ 5,9	+ 1,2	- 32,9	+ 4,5	+ 57,5	- 33,1	
dar.: Lohnsteuer	- 2,3	+ 15,2	+ 12,5	+ 6,5	+ 4,9	+ 7,3	+ 0,8	+ 5,1	+ 1,0	+ 8,1	+ 8,2	
Veranlagte Einkommensteuer	- 9,8	+ 12,8	+ 3,7	X	X	- 3,9	X	X	X	X	X	
Körperschaftsteuer	- 12,0	+ 4,2	+ 2,6	X	X	- 8,6	X	X	X	X	X	
Umsatzsteuer 2)	+ 14,7	+ 20,9	+ 19,0	+ 65,6	+ 49,4	+ 53,3	+ 60,7	+ 18,5	+ 9,7	- 2,2	- 1,5	
Einfuhrumsatzsteuer	+ 9,6	+ 14,6	- 0,2	- 51,4	- 54,4	- 52,7	- 56,9	- 3,7	- 11,7	+ 6,0	- 4,2	
Landessteuern	+ 4,8	+ 6,9	+ 11,1	- 5,4	- 1,8	+ 12,9	+ 3,9	- 21,7	+ 56,6	- 30,9	- 2,4	
dar.: Vermögensteuer	+ 9,7	+ 5,9	+ 0,8	- 8,4	- 0,9	+ 40,8	- 4,2	X	X	X	X	
Kraftfahrzeugsteuer	+ 9,3	+ 14,7	+ 19,1	+ 1,1	+ 9,7	+ 12,2	+ 4,5	- 8,5	- 9,2	+ 10,5	- 2,1	
Biersteuer	+ 7,6	+ 13,4	- 4,2	+ 0,7	- 4,3	+ 47,7	+ 11,1	- 20,0	+ 9,5	+ 50,3	- 11,6	
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage 3)	+ 4,9	+ 7,0	+ 16,1	- 39,5	- 34,1	+ 17,0	- 45,4	X	X	X	X	
Gemeindeanteil an Einkommensteuer 3)	- 2,1	+ 14,8	+ 10,2	+ 9,3	+ 0,9	+ 6,6	+ 1,7	X	X	X	X	
Neue Länder und Berlin-Ost												
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder												
Gemeinschaftsteuern												
(gem. Art. 106 Abs. 3 GG) 1)	-	X	+ 32,6	+ 45,0	+ 73,8	+ 62,7	+ 58,0	+ 7,9	+ 9,6	+ 15,7	- 8,6	
dar.: Lohnsteuer	-	X	+ 79,0	+ 49,0	+ 43,9	+ 36,8	+ 23,0	+ 15,5	+ 0,1	+ 2,1	+ 11,3	
Veranlagte Einkommensteuer	-	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Körperschaftsteuer	-	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Umsatzsteuer	-	X	+ 13,1	+ 43,7	+ 100,8	+ 65,5	+ 219,4	+ 11,6	+ 17,4	- 10,7	+ 2,5	
Einfuhrumsatzsteuer	-	X	- 24,7	+ 3,7	- 48,1	+ 28,0	- 9,5	- 38,5	- 23,6	+ 123,9	- 34,5	
Landessteuern	-	X	+ 42,1	+ 3,1	- 39,9	+ 53,5	+ 42,8	- 6,2	+ 5,1	+ 14,3	- 9,2	
dar.: Vermögensteuer	-	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Kraftfahrzeugsteuer	-	X	+ 32,6	- 17,6	- 56,9	+ 29,0	+ 37,9	- 7,8	+ 7,6	+ 10,4	- 8,5	
Biersteuer	-	X	+ 39,2	+ 136,7	+ 83,7	+ 10,4	+ 8,7	+ 23,8	- 15,4	+ 16,4	- 25,9	
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage 3)	-	-	X	X	-	-	-	X	-	-	-	
Gemeindeanteil an Einkommensteuer 3)	-	X	+ 82,5	+ 37,9	+ 76,9	+ 44,7	+ 30,0	X	X	X	X	
Wirtschaftsrechnungen												
Früheres Bundesgebiet												
Ausgaben für den Privaten Verbrauch 4)												
2-Pers.-Haush. von Renten- u. Sozialhilfeempf. m. geringem Einkommen	+ 6,7	+ 6,0	+ 5,3	
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren 5)	+ 3,4	+ 4,9	+ 2,3	
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 2,4	+ 10,7	+ 1,3	
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	+ 3,8	+ 9,3	+ 5,4	
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren 5)	+ 4,8	+ 6,0	+ 1,4	
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 2,0	+ 11,0	+ 2,4	
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 4,6	+ 4,9	+ 6,0	
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren 5)	+ 2,8	+ 6,0	+ 2,2	
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 4,6	+ 5,7	+ 1,9	
Löhne und Gehälter												
Früheres Bundesgebiet 6)												
Arbeiter(innen) in der Industrie												
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	- 1,0	- 1,0	
Index	- 1,0	- 0,9	
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 5,5	+ 6,1	
Index	+ 5,2	+ 6,1	
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 4,6	+ 5,2	
Index	+ 4,2	+ 5,1	
Angestellte in Industrie und Handel												
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 4,6	+ 6,1	
Index	+ 4,2	+ 5,7	
Tarifentwicklung i.d. gewerbl. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften												
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	- 1,0	- 0,4	- 0,2	- 1,1	- 1,0 8)	
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 4,8	+ 6,5	+ 6,2	+ 5,8	+ 2,8 8)	
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 3,6	+ 6,1	+ 5,1	+ 5,2	+ 1,4 8)	
Neue Länder und Berlin-Ost												
Arbeiter(innen) in der Industrie												
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	-	-	
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	-	-	
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	-	-	
Angestellte in Industrie und Handel												
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	-	-	

1) Vor der Steuerverteilung. - 2) 1990 USt-Ausgleich nach Art. 31 Abs. 2 des Staatsvertrages vom 18.5.1990 zugunsten des Beitrittsgebietes gekürzt. - 3) Gem. Gemeindefinanzreformgesetz. - 4) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar. - 5) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen. - 6) 1992: ohne Bremen; vorläufige Werte. a) April 1993 gegenüber Januar 1993.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1991	1992	1993						
					März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Preise											
Früheres Bundesgebiet											
Index der Einkaufspreise¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	1985=100	95,7	98,3	100,8	101,2	100,9	100,7	100,6	99,9	99,1 p	...
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1985=100	91,6	93,6	95,3	95,0	94,6	94,3	94,1	93,3	92,3 p	...
Neubauten und neue Maschinen	1985=100	113,6	119,0	124,4	127,6	128,0	128,3	128,4	128,3	128,3 p	...
Index der Erzeugerpreise¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	1985=100	94,7	94,1	91,9	88,3	87,2	86,1	86,6	85,0 p	82,9 p	...
Pflanzliche Produkte	1985=100	97,4	101,8	88,7	90,6	91,2	89,9	88,8	86,3	80,6	...
Tierische Produkte	1985=100	93,7	91,1	93,1	87,4	85,7	84,7	85,8	84,6 p	83,8 p	...
Index der Erzeugerpreise¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	1985=100	115,9	79,1	91,6	85,7	83,5	78,4	72,6	72,4	74,6	...
Neue Länder und Berlin-Ost											
Index der Einkaufspreise¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	1989=100	.	74,5	79,6	83,4	84,5	84,6	84,6	84,9
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1989=100	.	73,9	78,5	82,3	83,6	83,6	83,5	83,9
Neubauten und neue Maschinen	1989=100	.	80,9	90,3	93,6	93,7	94,6	94,6	94,6
Index der Erzeugerpreise¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	1989=100	.	35,4	36,6	36,0	35,8	35,7	35,4	34,5
Pflanzliche Produkte	1989=100	.	52,5	51,4	54,1	54,6	54,3	52,1	49,7
Tierische Produkte	1989=100	.	29,1	31,1	29,4	28,9	28,9	29,2	28,9
Index der Erzeugerpreise¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	1989=100	.	36,5	36,3	30,9	29,6	28,5	27,1	27,7
Früheres Bundesgebiet											
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes²⁾	1985=100	91,4	91,0	89,9	88,5	88,2	88,1	88,3	88,5	88,0	...
Inländischer Herkunft	1985=100	99,4	99,4	99,6	98,6	98,5	98,3	98,6	98,5	98,1	...
Ausländischer Herkunft	1985=100	75,7	74,7	71,0	68,9	68,2	68,2	68,4	69,1	68,4	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	1985=100	101,0	103,4	104,8	104,9	105,0	104,8	104,8	104,9	104,8	104,6
Investitionsgüter ³⁾	1985=100	112,9	116,6	120,0	121,7	122,2	122,0	122,1	122,1	122,2	122,2
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ³⁾	1985=100	102,9	107,5	110,5	112,1	112,4	112,3	112,2	112,3	112,3	111,9
Elektrizität, Fernwärme, Wasser ⁴⁾	1985=100	105,0	104,6	105,9	106,7	107,1	107,1	107,1	107,3	107,3	107,3
Bergbauliche Erzeugnisse	1985=100	71,6	79,4	78,0	75,8	75,7	75,6	75,6	76,0	76,3	76,4
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1985=100	103,7	105,8	107,5	107,8	107,8	107,7	107,6	107,7	107,6	107,3
Erz. des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	1985=100	93,1	93,6	92,4	90,6	90,5	90,1	89,8	90,0	89,6	89,1
dar.: Mineralölzeugnisse	1985=100	72,9	79,2	78,5	78,9	78,8	78,3	77,3	77,4	76,9	75,4
Eisen und Stahl	1985=100	98,2	93,4	90,8	84,6	85,0	84,6	84,8	85,3	85,3	85,3
Chemische Erzeugnisse	1985=100	93,8	93,2	91,4	89,4	89,5	89,3	89,1	89,2	88,9	88,8
Erz. des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1985=100	110,7	114,0	117,2	118,7	119,0	118,9	118,9	119,0	119,0	118,9
dar.: Maschinenbauerzeugnisse ⁵⁾	1985=100	116,9	121,7	126,1	128,2	128,8	129,0	129,1	129,2	129,2	129,2
Straßenfahrzeuge ⁶⁾	1985=100	114,0	118,0	122,3	125,1	125,4	125,4	125,4	125,4	125,4	125,5
Elektrotechnische Erzeugnisse	1985=100	105,1	107,2	108,9	109,4	109,5	109,1	109,2	109,2	109,2	109,2
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1985=100	109,4	112,9	116,0	116,9	117,3	117,2	117,2	117,1	117,1	117,1
Erz. des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1985=100	109,1	112,1	114,1	114,7	114,9	114,8	114,8	114,9	114,8	114,8
dar.: Textilien	1985=100	102,8	103,6	105,2	105,1	105,0	104,9	104,8	104,8	104,9	104,8
Bekleidung	1985=100	109,0	111,3	114,0	115,9	116,1	116,1	116,2	116,8	116,9	116,8
Erz. des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	1985=100	100,7	102,3	105,5	105,9	105,8	105,7	105,6	105,7	105,6	105,4
Neue Länder und Berlin-Ost											
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	1989=100	.	63,2	63,8	64,3	64,4	64,4	64,4	64,4	64,3	...
Investitionsgüter ³⁾	1989=100	.	63,3	63,9	64,2	64,3	64,4	64,3	64,5	64,6	...
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ³⁾	1989=100	.	61,1	62,9	63,9	64,0	64,1	64,1	64,2	64,2	...
Elektrizität, Fernwärme, Wasser ⁴⁾	1989=100	.	136,7	144,5	149,2	151,3	151,2	151,2	151,2	151,2	...
Bergbauliche Erzeugnisse	1989=100	.	87,6	93,1	95,1	95,1	93,0	93,0	93,0	93,1	...
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1989=100	.	58,6	58,7	58,9	58,9	59,0	59,0	59,0	58,9	...
Erz. des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	1989=100	.	51,8	51,3	51,3	51,3	51,2	51,2	51,2	51,1	...
dar.: Mineralölzeugnisse	1989=100	.	34,7	34,8	37,9	37,9	37,7	37,4	37,4	37,1	...
Eisen und Stahl	1989=100	.	41,5	38,5	38,2	37,9	38,0	38,5	38,8	39,0	...
Chemische Erzeugnisse	1989=100	.	54,5	54,6	54,3	54,5	54,5	54,3	54,1	53,8	...
Erz. des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1989=100	.	64,8	64,3	64,8	64,9	65,0	64,9	64,9	64,9	...
dar.: Maschinenbauerzeugnisse ⁵⁾	1989=100	.	74,9	74,6	75,3	75,5	75,4	75,6	75,6	75,8	...
Elektrotechnische Erzeugnisse	1989=100	.	57,6	56,7	57,4	57,5	57,6	57,4	57,3	57,2	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1989=100	.	76,8	78,0	78,5	78,5	78,5	78,5	78,5	78,4	...
Erz. des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1989=100	.	52,0	52,1	52,6	52,7	52,7	52,7	52,8	52,9	...
dar.: Textilien	1989=100	.	37,1	36,8	36,8	36,6	36,5	36,5	36,5	36,5	...
Bekleidung	1989=100	.	58,8	60,0	60,0	60,1	60,1	60,1	60,1	60,0	...
Erz. des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	1989=100	.	67,4	69,7	69,3	69,3	69,5	69,6	69,6	69,4	...

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. - 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung. - 4) Bei Elektrizität und Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverarbeiter. - 5) Einschl. Ackerschleppern - 6) Ohne Ackerschlepper.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1990	1991	1992	Juni 93	Juli 93	Aug. 93	Sept. 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93	Sept. 93
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
1989	1990	1991	Juni 92	Juli 92	Aug. 92	Sept. 92	Mai 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93	Sept. 93
Preise											
Früheres Bundesgebiet											
Index der Einkaufspreise 1) landwirtschaftlicher Betriebsmittel	- 0,7	+ 2,7	+ 2,5	- 1,9	- 1,4	- 1,2p	...	- 0,1	- 0,7	- 0,8p	...
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	- 2,0	+ 2,2	+ 1,8	- 3,6	- 2,8	- 2,4p	...	- 0,2	- 0,9	- 1,1p	...
Neubauten und neue Maschinen	+ 3,9	+ 4,8	+ 4,5	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,8p	...	+ 0,1	- 0,1	± 0,0p	...
Index der Erzeugerpreise 1) landwirtschaftlicher Produkte	- 5,1	- 0,6	- 2,3	- 10,1	- 9,3p	- 10,0p	...	+ 0,6	- 1,8p	- 2,5p	...
Pflanzliche Produkte	± 0,0	+ 4,5	- 12,9	- 11,1	- 8,6	- 10,8	...	- 1,2	- 2,8	- 6,6	...
Tierische Produkte	- 7,0	- 2,8	+ 2,2	- 9,7	- 9,5p	- 9,7p	...	+ 1,3	- 1,4p	- 0,9p	...
Index der Erzeugerpreise 1) forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	+ 6,9	- 31,8	+ 15,8	- 18,2	- 19,8	- 16,6	...	- 7,4	- 0,3	+ 3,0	...
Neue Länder und Berlin-Ost											
Index der Einkaufspreise 1) landwirtschaftlicher Betriebsmittel	+ 6,8	+ 4,4	+ 4,9	± 0,0	+ 0,4
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	+ 6,2	+ 4,4	+ 5,0	- 0,1	+ 0,5
Neubauten und neue Maschinen	+ 11,6	+ 4,5	+ 4,4	± 0,0	± 0,0
Index der Erzeugerpreise 1) landwirtschaftlicher Produkte	+ 3,4	- 7,1	- 6,8	- 0,8	- 2,5
Pflanzliche Produkte	- 2,1	- 5,1	- 4,2	- 4,1	+ 4,6
Tierische Produkte	+ 6,9	- 8,5	- 8,0	+ 1,0	- 1,0
Index der Erzeugerpreise 1) forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	- 0,5	- 26,0	- 21,1	- 4,9	+ 2,2
Früheres Bundesgebiet											
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes 2)	- 1,5	- 0,4	- 1,2	- 2,5	- 1,8	- 1,9	...	+ 0,2	+ 0,2	- 0,6	...
Inländischer Herkunft	- 0,5	± 0,0	+ 0,2	- 1,5	- 1,4	- 1,7	...	+ 0,3	- 0,1	- 0,4	...
Ausländischer Herkunft	- 4,2	- 1,3	- 5,0	- 5,1	- 2,8	- 2,3	...	+ 0,3	+ 1,0	- 1,0	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	+ 1,7	+ 2,4	+ 1,4	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,5	± 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,2
Investitionsgüter 3)	+ 2,9	+ 3,3	+ 2,9	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	± 0,0
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) 3)	+ 2,8	+ 4,5	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,6	+ 0,9	- 0,1	+ 0,1	± 0,0	- 0,4
Elektrizität, Fernwärme, Wasser 4)	- 1,1	- 0,4	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	± 0,0	+ 0,2	± 0,0	± 0,0
Bergbauische Erzeugnisse	+ 11,0	+ 10,9	- 1,8	- 4,9	- 3,2	- 2,2	- 2,1	± 0,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,6	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,5	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,3
Erz. des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	- 0,3	+ 0,5	- 1,3	- 3,4	- 2,8	- 2,9	- 3,4	- 0,3	+ 0,2	- 0,4	- 0,6
dar.: Mineralerzeugnisse	+ 6,0	+ 8,6	- 0,9	- 3,0	- 0,5	- 0,4	- 3,0	- 1,3	+ 0,1	- 0,6	- 2,0
Eisen und Stahl	+ 1,3	- 4,9	- 2,8	- 7,5	- 6,5	- 6,3	- 5,8	+ 0,2	+ 0,6	± 0,0	± 0,0
Chemische Erzeugnisse	- 1,5	- 0,6	- 1,9	- 2,6	- 2,8	- 2,7	- 2,6	- 0,2	+ 0,1	± 0,3	± 0,1
Erz. des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,8	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	- 0,1
dar.: Maschinenbauerzeugnisse 5)	+ 4,0	+ 4,1	+ 3,6	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,1	± 0,0	± 0,0
Straßenfahrzeuge 6)	+ 2,7	+ 3,5	+ 3,6	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	± 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Eisen-, Blech- und Metallwaren	+ 2,4	+ 3,2	+ 2,7	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	± 0,0	- 0,1	± 0,0	± 0,0
Erz. des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 2,4	+ 2,7	+ 1,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	± 0,0	+ 0,1	± 0,1	± 0,0
dar.: Textilien	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,1	± 0,0	+ 0,1	± 0,1
Bekleidung	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,1	- 0,1
Erz. des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	+ 0,3	+ 1,6	+ 3,1	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,2
Neue Länder und Berlin-Ost											
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	..	± 0,0	± 0,0	- 0,2	..
Investitionsgüter 3)	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	..	- 0,2	+ 0,3	+ 0,2	..
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) 3)	+ 2,9	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,6	..	± 0,0	+ 0,2	± 0,0	..
Elektrizität, Fernwärme, Wasser 4)	+ 5,7	+ 4,4	+ 4,2	+ 4,1	..	± 0,0	± 0,0	± 0,0	..
Bergbauische Erzeugnisse	+ 6,3	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	..	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	..
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	..	± 0,0	± 0,0	- 0,2	..
Erz. des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	- 1,0	- 0,6	- 0,6	- 0,6	..	± 0,0	± 0,0	- 0,2	..
dar.: Mineralerzeugnisse	+ 0,3	+ 4,8	+ 6,3	+ 7,2	..	- 0,8	± 0,0	- 0,8	..
Eisen und Stahl	- 7,2	- 0,5	+ 0,8	+ 1,8	..	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,5	..
Chemische Erzeugnisse	+ 0,2	- 0,7	- 1,5	- 2,4	..	- 0,4	- 0,4	- 0,6	..
Erz. des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	- 0,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9	..	- 0,2	± 0,0	± 0,0	..
dar.: Maschinenbauerzeugnisse 5)	- 0,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	..	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	..
Elektrotechnische Erzeugnisse	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,9	..	- 0,3	- 0,2	- 0,2	..
Eisen-, Blech- und Metallwaren	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	..	± 0,0	± 0,0	- 0,1	..
Erz. des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5	..	± 0,0	+ 0,2	+ 0,2	..
dar.: Textilien	- 0,8	- 0,8	- 1,1	- 0,8	..	± 0,0	± 0,0	± 0,0	..
Bekleidung	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,2	..	± 0,0	± 0,0	- 0,2	..
Erz. des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	+ 3,4	- 0,7	- 0,7	- 0,9	..	+ 0,1	± 0,0	- 0,3	..

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. - 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung. - 4) Bei Elektrizität und Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverarbeiter. - 5) Einschl. Ackerschleppern. - 6) Ohne Ackerschlepper.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1991	1992	1993						
					Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Preise											
Früheres Bundesgebiet											
Preisindizes für Bauwerke											
Wohngebäude 1)	1985=100	116,4	124,3	131,3	.	.	137,4	.	.	138,0	...
Bürogebäude 2)	1985=100	117,0	124,4	131,2	.	.	135,8	.	.	136,4	...
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude 2)	1985=100	116,8	124,7	132,0	.	.	136,6	.	.	137,3	...
Gewerbliche Betriebsgebäude 2)	1985=100	117,1	124,4	130,5	.	.	134,4	.	.	135,0	...
Straßenbau 1)	1985=100	113,2	121,0	127,7	.	.	131,6	.	.	131,2	...
Brücken im Straßenbau 1)	1985=100	115,6	122,1	126,8	.	.	130,8	.	.	131,1	...
Neue Länder und Berlin-Ost											
Preisindizes für Bauwerke											
Wohngebäude 1)	1989=100	.	164,3	182,4	.	.	194,9	.	.	196,3	...
Gewerbliche Betriebsgebäude 2)	1989=100	.	145,1	163,4	.	.	171,2	.	.	172,2	...
Straßenbau 1)	1989=100	.	115,4	124,6	.	.	127,5	.	.	126,5	...
Früheres Bundesgebiet											
Index der Großhandelsverkaufspreise 2)											
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1985=100	95,2	96,7	96,8	96,2	96,1	96,0	96,2	96,0	95,6	95,1
Index der Einzelhandelspreise 1)	1985=100	104,4	107,1	109,8	111,9	112,2	112,4	112,4	112,3	112,1	112,1
dar.: Mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1985=100	104,2	106,7	109,7	111,2	111,7	112,1	111,9	111,6	111,1	110,9
Preisindex für die Lebenshaltung											
aller privaten Haushalte	1985=100	107,0	110,7	115,1	119,0	119,4	119,8	120,0	120,2	120,2	120,3
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985=100	105,6	108,6	112,1	114,2	114,8	115,2	115,1	114,8	114,3	114,0
Bekleidung, Schuhe	1985=100	107,5	110,1	113,3	115,9	116,0	116,4	116,4	116,5	116,6	116,9
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	1985=100	104,7	109,2	113,9	118,4	118,7	119,0	119,3	119,6	120,0	120,4
Wohnungsmieten	1985=100	112,5	117,3	123,8	129,5	129,9	130,4	130,9	131,4	131,9	132,5
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985=100	85,5	89,4	89,8	91,3	91,2	91,1	90,7	90,9	90,9	90,7
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1985=100	107,3	110,5	114,4	117,2	117,5	118,0	118,1	118,3	118,5	118,5
Güter f. die Gesundheits- und Körperpflege	1985=100	110,3	113,8	117,9	121,7	121,9	122,1	122,5	122,6	122,8	123,1
Güter f. Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1985=100	106,1	112,1	117,1	120,9	121,5	121,5	122,1	122,3	122,2	122,2
Güter f. Bildung, Unterhaltung, Freizeit 3)	1985=100	106,1	108,1	112,7	115,2	115,3	115,5	115,6	115,7	115,9	116,4
Güter f.d. persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1985=100	115,3	118,0	124,3	133,3	133,5	134,5	135,2	136,0	136,1	136,1
4-Pers.-Haush. v. Beamten und Angest. mit höherem Einkommen	1985=100	107,6	111,3	115,8	119,9	120,2	120,6	120,8	121,0	121,1	121,2
4-Pers.-Haush. von Arbeitern und Angest. mit mittl. Einkommen	1985=100	106,7	110,5	114,9	118,5	118,9	119,2	119,4	119,6	119,6	119,7
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempf. mit geringem Einkommen	1985=100	107,0	110,8	115,2	118,7	119,2	119,6	119,8	119,8	119,8	119,9
Einfache Lebenshaltung eines Kindes 4)	1985=100	107,7	111,3	114,7	117,0	118,0	119,0	118,6	118,0	117,8	117,7
Neue Länder und Berlin-Ost											
Preisindex für die Lebenshaltung aller Arbeitnehmerhaushalte											
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	2. Hj 90/ 1. Hj 91 = 100	.	108,3	120,4	130,3	130,8	130,9	131,4	131,4	131,3	...
Bekleidung, Schuhe	II	.	102,7	105,7	106,7	107,1	107,3	107,8	107,4	107,0	...
Wohnungsmieten, Energie 5) (ohne Kraftstoffe)	II	.	104,1	105,5	106,6	106,7	106,8	106,5	106,3	106,3	...
Wohnungsmieten	II	.	167,6	304,7	420,5	420,0	420,4	420,5	419,9	419,8	...
Energie 5) (ohne Kraftstoffe)	II	.	176,6	400,0	636,1	634,1	635,4	635,7	634,8	634,3	...
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	II	.	159,2	214,3	216,2	217,3	216,7	216,6	216,2	216,7	...
Güter f. die Gesundheits- und Körperpflege	II	.	102,8	105,6	107,2	107,6	107,7	107,8	107,9	107,9	...
Güter f. Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	II	.	104,1	111,6	117,5	117,9	117,9	118,1	118,2	118,3	...
Güter f. Bildung, Unterhaltung, Freizeit 3)	II	.	105,3	112,1	117,9	118,5	118,4	119,5	119,7	119,6	...
Güter f.d. persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	II	.	106,0	113,0	118,1	118,7	118,9	119,0	119,3	119,5	...
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit höherem Einkommen	II	.	115,7	122,5	133,5	135,4	135,5	136,9	138,2	138,3	...
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	II	.	107,9	119,2	128,7	129,2	129,3	129,8	129,8	129,7	...
2-Personen-Rentnerhaushalte	II	.	108,2	119,8	128,8	129,4	129,6	130,0	130,0	129,9	...
	II	.	108,3	121,0	131,1	131,7	131,8	132,4	132,3	132,2	...
Früheres Bundesgebiet											
Index der Einfuhrpreise											
dar.: Güter aus EG-Ländern	1985=100	82,5	82,8	80,1	79,0	78,5	78,3	78,5	79,1	78,5	...
Güter aus Drittländern	1985=100	87,2	87,9	85,7	84,3	83,8	83,5	83,4	83,6	82,9	...
	1985=100	77,6	77,5	74,4	73,6	73,0	73,0	73,4	74,4	73,9	...
Index der Ausfuhrpreise											
dar.: Güter für EG-Länder	1985=100	102,2	103,5	104,5	104,6	104,7	104,8	104,9	105,1	105,0	...
Güter für Drittländer	1985=100	100,6	101,8	102,6	101,9	102,0	102,1	102,2	102,2	102,0	...
	1985=100	103,6	105,2	106,3	107,2	107,3	107,4	107,6	107,9	107,9	...

1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 3) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. - 4) Aufgrund eines Bedarfsschemas für 1978, nach der Preisentwicklung auf 1985 hochgerechnet. - 5) Ohne Preisrepräsentante für extra leichtes Heizöl.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1990	1991	1992	Juni 93	Juli 93	Aug. 93	Sept. 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93	Sept. 93
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1989	1990	1991	Juni 92	Juli 92	Aug. 92	Sept. 92	Mai 93	Juni 93	Juli 93	Aug. 93
Preise											
Früheres Bundesgebiet											
Preisindizes für Bauwerke											
Wohngebäude 1)	+ 6,4	+ 6,8	+ 5,6	.	.	+ 4,0	.	.	.	+ 0,4 ^{a)}	.
Bürogebäude 2)	+ 5,8	+ 6,3	+ 5,5	.	.	+ 3,0	.	.	.	+ 0,4 ^{a)}	.
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude 2)	+ 6,9	+ 6,8	+ 5,9	.	.	+ 3,0	.	.	.	+ 0,5 ^{a)}	.
Gewerbliche Betriebsgebäude 2)	+ 6,2	+ 6,2	+ 4,9	.	.	+ 2,4	.	.	.	+ 0,4 ^{a)}	.
Straßenbau 1)	+ 6,2	+ 6,9	+ 5,5	.	.	+ 1,8	.	.	.	- 0,3 ^{a)}	.
Brücken im Straßenbau 1)	+ 6,1	+ 5,6	+ 3,8	.	.	+ 2,5	.	.	.	+ 0,2 ^{a)}	.
Neue Länder und Berlin-Ost											
Preisindizes für Bauwerke											
Wohngebäude 1)	.	.	+ 11,0	.	.	+ 6,5	.	.	.	+ 0,7 ^{a)}	.
Gewerbliche Betriebsgebäude 2)	.	.	+ 12,6	.	.	+ 4,0	.	.	.	+ 0,6 ^{a)}	.
Straßenbau 1)	.	.	+ 8,0	.	.	+ 1,6	.	.	.	- 0,8 ^{a)}	.
Früheres Bundesgebiet											
Index der Großhandelsverkaufspreise 2)											
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 0,7	+ 1,6	+ 0,1	- 1,8	- 0,7	- 0,4	- 0,5	+ 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,5
Index der Einzelhandelspreise 1)											
dar.: Mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	± 0,0	- 0,1	- 0,2	± 0,0
Preisindex für die Lebenshaltung											
aller privaten Haushalte	+ 2,7	+ 3,5	+ 4,0	+ 4,2	+ 4,3	+ 4,2	+ 4,0	+ 0,2	+ 0,2	± 0,0	+ 0,1
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,2	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,1	- 0,1	- 0,3	- 0,4	- 0,3
Bekleidung, Schuhe	+ 1,4	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,6	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 3,6	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,8	+ 4,9	+ 4,8	+ 4,8	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Wohnungsmieten	+ 3,4	+ 4,3	+ 5,5	+ 6,1	+ 6,1	+ 5,9	+ 5,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 4,3	+ 4,6	+ 0,4	+ 6,1	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1	- 0,4	+ 0,2	± 0,0	- 0,2
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 2,3	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	± 0,0
Güter f. die Gesundheits- und Körperpflege	+ 1,6	+ 3,2	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Güter f. Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	+ 2,7	+ 5,7	+ 4,5	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,8	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	± 0,0
Güter f. Bildung, Unterhaltung, Freizeit 3)	+ 2,2	+ 1,9	+ 4,3	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4
Güter f.d. persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	+ 1,9	+ 2,3	+ 5,3	+ 10,0	+ 10,7	+ 9,5	+ 8,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,1	± 0,0
4-Pers.-Haush. v. Beamten und Angest. mit höherem Einkommen	+ 2,6	+ 3,4	+ 4,0	+ 4,3	+ 4,5	+ 4,4	+ 4,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
4-Pers.-Haush. von Arbeitern und Angest. mit mittl. Einkommen	+ 2,7	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,6	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,7	+ 0,2	+ 0,2	± 0,0	+ 0,1
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempf. mit geringem Einkommen	+ 2,9	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,8	+ 0,2	± 0,0	± 0,0	+ 0,1
Einfache Lebenshaltung eines Kindes 4)	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,8	- 0,3	- 0,5	- 0,2	- 0,1
Neue Länder und Berlin-Ost											
Preisindex für die Lebenshaltung											
aller Arbeitnehmerhaushalte	.	.	+ 11,2	+ 8,8	+ 8,9	+ 8,9	...	+ 0,4	± 0,0	- 0,1	...
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	.	.	+ 2,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3	...	+ 0,5	- 0,4	- 0,4	...
Bekleidung, Schuhe	.	.	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	...	- 0,1	- 0,2	± 0,0	...
Wohnungsmieten, Energie 5) (ohne Kraftstoffe)	.	.	+ 81,8	+ 38,5	+ 38,3	+ 37,9	...	± 0,0	- 0,1	± 0,0	...
Wohnungsmieten	.	.	+ 126,5	+ 58,9	+ 58,7	+ 58,5	...	± 0,0	- 0,1	± 0,1	...
Energie 5) (ohne Kraftstoffe)	.	.	+ 34,6	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,5	...	± 0,0	- 0,2	+ 0,2	...
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	.	.	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	...	+ 0,1	+ 0,1	± 0,0	...
Güter f. die Gesundheits- und Körperpflege	.	.	+ 7,2	+ 5,5	+ 5,3	+ 5,0	...	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	...
Güter f. Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	.	.	+ 6,5	+ 5,9	+ 5,9	+ 6,0	...	+ 0,9	+ 0,2	- 0,1	...
Güter f. Bildung, Unterhaltung, Freizeit 3)	.	.	+ 6,6	+ 5,8	+ 6,0	+ 5,9	...	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	...
Güter f.d. persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	.	.	+ 5,9	+ 10,5	+ 11,4	+ 11,3	...	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,1	...
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit höherem Einkommen	.	.	+ 10,5	+ 8,5	+ 8,6	+ 8,5	...	+ 0,4	± 0,0	- 0,1	...
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	.	.	+ 10,5	+ 8,3	+ 8,4	+ 8,4	...	+ 0,3	± 0,0	- 0,1	...
2-Personen-Rentnerhaushalte	.	.	+ 11,7	+ 9,1	+ 9,1	+ 9,1	...	+ 0,5	- 0,1	- 0,1	...
Früheres Bundesgebiet											
Index der Einfuhrpreise											
dar.: Güter aus EG-Ländern	- 0,8	+ 0,8	- 2,5	- 3,5	- 2,3	- 2,2	...	- 0,1	+ 0,2	- 0,8	...
Güter aus Drittländern	- 3,8	- 0,1	- 4,0	- 2,4	+ 0,4	+ 1,0	...	+ 0,5	+ 1,4	- 0,7	...
Index der Ausfuhrpreise											
dar.: Güter für EG-Länder	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,0	± 0,0	+ 0,4	+ 0,4	...	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	...
Güter für Drittländer	- 0,1	+ 1,2	+ 0,8	- 0,9	- 0,7	- 0,7	...	+ 0,1	± 0,0	- 0,2	...
Güter für Drittländer	+ 0,1	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,5	...	+ 0,2	+ 0,3	± 0,0	...

1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 3) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. - 4) Aufgrund eines Bedarfsschemas für 1976, nach der Preisentwicklung auf 1985 hochgerechnet. - 5) Ohne Preisrepräsentante für extra leichtes Heizöl.

a) August 1993 gegenüber Mai 1993.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1991	1992 1)	1992 1)			1993 1)	1993 1)		
					2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	Juni	Juli	Aug
Absolute Zahlen											
Bevölkerungsstand	1 000	79 753	80 275	...	80 570	80 818	80 980
dar. Ausländer	1 000	...	5 882	6 496	6 496
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	Anzahl	516 388	454 291	453 422	140 722	150 868	101 807	55 606	48 491	49 535	50 089
Ehescheidungen	Anzahl	154 786	136 317	135 010
Lebendgeborene	Anzahl	905 675	830 019	809 083	199 479	214 395	200 002	192 464	69 662	70 595	71 679
dar. Ausländer	Anzahl	...	90 753	100 090	24 464	26 478	27 727	23 010
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	138 755	125 187	120 432	28 949	32 158	30 702	28 124
Gestorbene ²⁾	Anzahl	921 445	911 245	885 439	215 659	210 404	231 343	237 438	71 360	68 253	68 762
dar. Ausländer	Anzahl	...	10 604	11 258	2 719	2 704	3 226	2 753
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	6 385	5 711	4 992	1 223	1 111	1 376	1 116
Totgeborene	Anzahl	3 202	2 741	2 660	660	702	700	598	211	214	203
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-15 770	-81 226	-76 356	-16 180	+3 991	-31 341	-44 974	-1 698	+2 342	+2 917
Deutsche	Anzahl	...	-161 375	-165 188	-37 925	-19 783	-55 842	-65 231
Ausländer	Anzahl	...	+80 149	+88 832	+21 745	+23 774	+24 501	+20 257
Wanderungen											
Zuzüge	Anzahl	-	1 182 927	...	307 669	439 685
dar. Ausländer	Anzahl	-	920 491	...	299 001	353 240
Fortzüge	Anzahl	-	582 240	...	144 569	192 921
dar. Ausländer	Anzahl	-	497 476	...	123 712	164 809
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	-	600 687	...	+214 222	+246 764
dar. Ausländer	Anzahl	-	423 015	...	+175 289	+188 431
Verhältniszahlen											
Bevölkerungsstand											
Ausländer	% der Bevölkerung	...	7,3	8,0	8,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	6,5	5,7	5,6	7,3 ⁴⁾	7,2 ⁴⁾	7,3 ⁴⁾
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner	19,5	17,1	16,8
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	11,4	10,4	10,0	10,5 ⁴⁾	10,3 ⁴⁾	10,5 ⁴⁾
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	...	15,4	15,4	13,9
	% aller Lebendgeb.	...	10,9	12,4	12,3	12,4	...	12,0
Zusammengefaßte Geburtenziffer ³⁾		...	1 332	X	X	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	15,3	15,1	14,9	14,5	15,0	15,4	14,6
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner	11,6	11,4	11,0	10,7 ⁴⁾	9,9 ⁴⁾	10,0 ⁴⁾
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	...	1,8	1,7
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,7	0,7	0,6	0,6	0,5	0,7	0,6
Wanderungen											
Zuzüge											
dar. Ausländer	% aller Zuzüge	-	77,8	...	83,3	80,3
Fortzüge											
dar. Ausländer	% aller Fortzüge	-	85,4	...	85,6	85,4
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %											
Bevölkerungsstand	%	+ 0,8	+ 0,7	...	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,9
dar. Ausländer	%	+ 10,4	+ 10,4
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	%	- 2,5	- 12,0	- 0,2	- 0,7	+ 1,0	- 0,1	- 7,4	- 4,5	- 3,0	- 3,5
Ehescheidungen	%	- 12,4	- 11,9	- 1,0
Lebendgeborene	%	+ 2,9	- 8,4	- 2,5	- 4,0	- 1,9	- 1,8	- 1,4	+ 0,2	- 2,9	- 1,3
dar. Ausländer	%	...	+ 5,1	+ 10,3	+ 6,3	+ 11,3	+ 13,8	+ 7,4
Gestorbene ²⁾	%	+ 2,0	- 1,1	- 2,8	- 3,7	- 2,0	- 5,0	+ 4,1	- 2,0	- 3,7	+ 0,5
Wanderungen											
Zuzüge	%	-	+ 36,6	+ 28,3
dar. Ausländer	%	-	+ 53,7	+ 28,7
Fortzüge	%	-	+ 25,6	+ 18,0
dar. Ausländer	%	-	+ 27,5	+ 18,8

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Totgeborene. - 3) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 4) Bevölkerung geschätzt.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1991	1992 ¹⁾	1992 ¹⁾			1993 ¹⁾	1993 ¹⁾		
					2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	Juni	Juli	Aug.
Absolute Zahlen											
Bevölkerungsstand	1 000	63 726	64 485	...	64 847	65 111	65 289
dar. Ausländer ²⁾	1 000	5 343
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	Anzahl	414 475	403 762	405 190	125 293	133 860	92 035	50 003	43 189	43 303	43 735
Ehescheidungen	Anzahl	122 869	127 341	124 698
Lebendgeborene	Anzahl	727 199	722 250	720 794	177 586	191 223	179 171	172 379	62 806	63 281	64 601
dar. Ausländer	Anzahl	86 320	89 502	97 963	24 011	25 912	27 017	22 491
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	76 300	80 228	83 516	19 791	22 496	22 070	19 820
Gestorbene ³⁾	Anzahl	713 335	708 818	695 268	189 757	164 807	182 084	188 518	56 974	54 243	54 383
dar. Ausländer	Anzahl	9 482	10 297	10 872	2 641	2 589	3 112	2 665
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	5 076	4 862	4 350	1 067	971	1 199	1 001
Totgeborene	Anzahl	2 490	2 345	2 310	573	614	597	520	194	188	182
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	+ 13 864	+ 13 432	+ 25 526	+ 7 829	+ 26 416	- 2913	- 16 139	+ 5 831	+ 9 038	+ 10 218
Deutsche	Anzahl	- 62 974	- 65 773	- 61 565	- 13 541	+ 3 093	- 26 818	- 35 965
Ausländer	Anzahl	+ 76 838	+ 79 205	+ 87 091	+ 21 370	+ 23 323	+ 23 905	+ 19 826
Wanderungen											
Zuzüge	Anzahl	1 651 593 ⁴⁾	1 134 791	...	341 868	400 103
dar. Ausländer	Anzahl	842 364 ⁴⁾	885 885	...	284 281	329 121
Fortzüge	Anzahl	610 595 ⁴⁾	555 592	...	140 708	187 643
dar. Ausländer	Anzahl	466 038 ⁴⁾	471 999	...	120 148	160 027
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+1040998 ⁴⁾	+579 199	...	+201 160	+212 460
dar. Ausländer	Anzahl	+ 376 326 ⁴⁾	+413 886	...	+164 133	+169 094
Verhältniszahlen											
Bevölkerungsstand											
Ausländer ²⁾	% der Bevölkerung	8,4
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	6,6	6,3	6,2	8,0 ⁶⁾	7,8 ⁶⁾	7,9 ⁶⁾
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner	19,3	19,9	19,2
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	11,5	11,3	11,1	11,7 ⁶⁾	11,4 ⁶⁾	11,7 ⁶⁾
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	16,2
	% aller Lebendgeb.	11,9	12,4	13,6	13,5	13,6	15,1	13,0
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁵⁾		1 450	1 422	..	X	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	10,5	11,1	11,6	11,1	11,8	12,3	11,5
Gestorbene ³⁾	je 1 000 Einwohner	11,3	11,1	10,7	10,6 ⁶⁾	9,8 ⁶⁾	9,9 ⁶⁾
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	1,8
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,7	0,7	0,6	0,6	0,5	0,7	0,6
Wanderungen⁴⁾											
Zuzüge											
dar. Ausländer	% aller Zuzüge	51,0	78,1	...	83,2	82,3
Fortzüge											
dar. Ausländer	% aller Fortzüge	76,3	85,0	...	85,4	85,3
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %											
Bevölkerungsstand	%	+ 1,7	+ 1,2	...	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,2
dar. Ausländer ²⁾	%	+ 10,2
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	%	+ 4,0	- 2,6	+ 0,4	- 0,6	+ 1,9	- 0,1	- 7,4	- 4,1	- 4,0	- 4,1
Ehescheidungen	%	- 3,0	+ 3,6	- 2,1
Lebendgeborene	%	+ 6,7	- 0,7	- 0,2	- 1,8	- 0,6	- 0,5	- 0,3	+ 1,2	- 2,4	- 0,5
dar. Ausländer	%	+ 8,1	+ 3,7	+ 9,5	+ 5,5	+ 10,5	+ 12,9	+ 7,0
Gestorbene ³⁾	%	+ 2,2	- 0,6	- 1,9	- 2,2	- 2,0	- 4,4	+ 5,5	+ 0,7	- 2,8	+ 1,1
Wanderungen⁴⁾											
Zuzüge	%	+ 8,5	- 9,7	...	+ 34,9	+ 22,2
dar. Ausländer	%	+ 9,3	+ 6,0	...	+ 51,3	+ 24,8
Fortzüge	%	+ 12,0	- 3,3	...	+ 27,8	+ 19,4
dar. Ausländer	%	+ 6,3	+ 1,4	...	+ 30,3	+ 20,5

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ergebnisse der Auszahlungen des Ausländerzentralregisters. - 3) Ohne Totgeborene. - 4) Über die Grenzen des Bundesgebietes, ab 1988 ohne ungeklart und ohne Angabe; für 1989 und 1990 sowie für das 3. Vj. 1990 einschl. Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern. - 5) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben - 6) Bevölkerung geschätzt.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Neue Länder und Berlin-Ost

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1991	1992 ¹⁾	1992 ¹⁾			1993 ¹⁾	1993 ¹⁾		
					2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	Juni	Juli	Aug.
Absolute Zahlen											
Bevölkerungsstand	1 000	16 028	15 790	...	15 723	15 707	15 691
dar. Ausländer	1 000
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	Anzahl	101 913	50 529	48 232	15 429	17 008	9 772	5 603	5 302	6 232	6 354
Ehescheidungen	Anzahl	31 917	8 976	10 312
Lebendgeborene	Anzahl	178 476	107 769	88 289	21 893	23 172	20 831	20 085	6 857	7 314	7 078
dar. Ausländer	Anzahl	...	1 251	2 127	453	566	710	519
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	62 455	44 959	36 916	9 158	9 662	8 632	8 304
Gestorbene ²⁾	Anzahl	208 110	202 427	190 171	45 902	45 597	45 259	48 920	14 386	14 010	14 379
dar. Ausländer	Anzahl	...	307	386	78	115	114	88
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	1 309	849	642	156	140	177	115
Totgeborene	Anzahl	712	396	350	87	88	103	78	17	26	21
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 29 634	- 94 658	- 101 882	- 24 009	- 22 425	- 28 428	- 28 835	- 7 529	- 6 696	- 7 301
Deutsche	Anzahl	...	- 95 734	- 103 623	- 24 384	- 22 876	- 29 024	- 29 266
Ausländer	Anzahl	...	+ 944	+ 1 741	+ 375	+ 451	+ 596	+ 431
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	Anzahl	...	48 136	...	16 923	39 582
dar. Ausländer	Anzahl	...	34 606	...	14 720	24 119
Fortzüge	Anzahl	...	26 648	...	3 861	5 278
dar. Ausländer	Anzahl	...	25 477	...	3 564	4 782
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	...	21 488	...	+ 13 062	+ 34 304	+ 34 304
dar. Ausländer	Anzahl	...	9 129	...	+ 11 156	+ 19 337
Verhältniszahlen											
Bevölkerungsstand											
Ausländer	% der Bevölkerung
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	6,3	3,2	3,1	4,1 ⁵⁾	4,7 ⁵⁾	4,8 ⁵⁾
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner	19,8	5,6	6,6
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	11,1	6,8	5,6	5,3 ⁵⁾	5,5 ⁵⁾	5,3 ⁵⁾
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer
	% aller Lebendgeb.	...	1,2	2,4	2,1	2,4	3,4	2,6
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁴⁾		...	977	...	X	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	35,0	41,7	41,8	41,8	41,7	41,4	41,3
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner	12,9	12,7	12,1	11,2 ⁵⁾	10,6 ⁵⁾	10,9 ⁵⁾
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,7	0,8	0,7	0,7	0,6	0,8	0,6
Wanderungen³⁾											
Zuzüge											
dar. Ausländer	% aller Zuzüge	...	71,9	...	87,0	60,9
Fortzüge											
dar. Ausländer	% aller Fortzüge	...	95,6	...	92,3	90,6
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %											
Bevölkerungsstand	%	- 2,5	- 1,5	...	- 0,2	- 0,9	- 0,6
dar. Ausländer	%
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	%	- 22,2	- 50,4	- 4,5	- 2,0	- 5,8	- 0,3	- 7,0	- 7,2	+ 4,1	+ 1,5
Ehescheidungen	%	- 36,2	- 71,9	+ 14,9
Lebendgeborene	%	- 10,3	- 39,6	- 18,1	- 18,8	- 11,9	- 11,5	- 10,3	- 7,6	- 7,0	- 8,3
dar. Ausländer	%	+ 70,0	+ 72,9	+ 66,0	+ 60,3	+ 30,4
Gestorbene ²⁾	%	+ 1,2	- 2,7	- 6,1	- 8,9	- 1,7	- 7,1	- 1,0	- 2,0	- 7,2	- 1,8
Wanderungen											
Zuzüge	%	+ 85,5	+ 158,9
dar. Ausländer	%	+ 121,3	+ 125,2
Fortzüge	%	- 22,8	- 18,0
dar. Ausländer	%	- 26,0	- 19,7

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Totgeborene. - 3) Über die Grenzen des Bundesgebietes; ab 1988 ohne ungeklärt und ohne Angabe. - 4) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 5) Bevölkerung geschätzt.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer¹⁾ nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen²⁾

1 000

Jahr Stichtag	Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt				Organisa- tionen ohne Erwerbs- charakter und Private Haushalte	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung			Ohne Angabe
	zusammen	darunter				zusammen	Gebiets- körper- schaften	Sozial- versicherung	
		Reinigung (einschl. Schornstein- feger- gewerbe) und Körperpflege	Wissen- schaft, Bildung, Kunst und Publizistik	Gesundheits- und Veterinär- wesen					

Insgesamt

1988 JD	4 281,7	341,0	890,2	1 238,3	479,7	1 445,9	1 265,0	180,9	12,1
1989 JD	4 436,1	345,0	908,7	1 273,7	489,1	1 443,7	1 258,4	185,3	6,5
1990 JD	4 687,1	363,1	935,5	1 328,5	505,8	1 456,7	1 266,1	190,6	2,4
1991 JD	4 952,1	377,7	962,2	1 389,9	530,4	1 471,9	1 270,8	201,2	1,0
1992 JD	5 178,5	390,6	987,1	1 456,3	554,5	1 480,4	1 270,1	210,4	0,7
1991 30. Sept.	5 060,0	388,3	968,1	1 411,0	536,0	1 485,0	1 278,6	206,4	1,1
31. Dez.	5 056,8	382,9	977,5	1 428,4	543,8	1 475,3	1 268,6	206,7	0,8
1992 31. März	5 116,7	387,3	984,6	1 442,2	550,9	1 480,0	1 270,1	209,9	0,8
30. Juni	5 180,8	389,3	983,5	1 449,1	553,4	1 480,7	1 271,0	209,7	0,8
30. Sept.	5 272,4	399,2	992,9	1 475,7	559,5	1 485,8	1 272,9	213,0	0,6
31. Dez.	5 231,6	390,4	997,0	1 487,6	564,2	1 475,1	1 264,1	211,0	0,6
Männlich	1 801,9	88,7	377,1	270,3	189,3	709,4	637,9	71,5	0,2
Weiblich	3 429,6	301,7	619,9	1 217,3	374,8	765,7	626,1	139,6	0,4

dar.: ausländische Arbeitnehmer

1988 JD	315,9	46,6	45,6	64,8	19,3	48,2	46,3	1,9	0,6
1989 JD	336,9	50,4	47,8	67,3	20,3	48,2	46,1	2,1	0,3
1990 JD	367,7	58,0	50,1	72,1	21,5	49,7	47,4	2,3	0,2
1991 JD	405,3	65,9	52,4	79,4	23,0	50,6	47,9	2,7	0,2
1992 JD	460,9	77,0	55,4	89,8	25,8	52,2	49,1	3,1	0,1
1991 30. Sept.	427,5	70,7	53,4	82,6	23,5	51,6	48,7	2,9	0,2
31. Dez.	414,5	69,0	53,3	83,4	23,8	50,2	47,4	2,8	0,2
1992 31. März	437,5	72,9	54,2	85,8	24,6	51,0	48,0	3,0	0,1
30. Juni	462,6	76,4	54,8	88,4	25,2	52,2	49,1	3,1	0,1
30. Sept.	484,7	81,7	56,5	93,6	26,8	53,0	49,7	3,3	0,1
31. Dez.	503,3	85,1	58,6	99,8	29,1	55,2	51,7	3,5	0,1
Männlich	215,2	24,0	27,2	18,4	12,0	29,1	28,3	0,9	0,0
Weiblich	288,1	61,0	31,4	81,4	17,1	26,0	23,4	2,6	0,1
Ausländerquote ⁵⁾ ...	9,6	21,8	5,9	6,7	5,2	3,7	4,1	1,7	16,7

1) Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. – 2) Systematik der Wirtschaftszweige – Fassung für die Berufszählung 1970. – 3) Einschl. Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung. – 4) Ohne Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung. – 5) Anteil der Ausländer an den Beschäftigten insgesamt in Prozent.

Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr

Zum Aufsatz: „Ergebnisse der Jahreserhebungen im Großhandel und in der Handelsvermittlung“

Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz, Wareneinsatz, Rohertrag,
Investitionen im Großhandel¹⁾

Früheres Bundesgebiet

Ergebnisse der Jahreserhebungen 1990 und 1991

Wirtschaftsgliederung Jahr (Großhandel mit ...)	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatz ²⁾	Wareneinsatz	Rohertrag	Rohertrags- quote ³⁾	Investitionen
	am 31. 12.						
	Anzahl		Mill. DM		%	Mill. DM	
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren							
1990	4 330	58 633	67 773	61 849	5 924	8,7	611
1991	4 150	56 667	71 550	64 357	7 193	10,1	803
Veränderung in %	- 4,2	- 3,4	+ 5,6	+ 4,1	+ 21,4	X	+ 31,4
Textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.							
1990	366	4 358	6 737	5 895	841	12,5	(47)
1991	335	4 032	6 209	5 315	895	14,4	(53)
Veränderung in %	- 8,4	- 7,5	- 7,8	- 9,8	+ 6,4	X	+ 12,8
Technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk							
1990	567	14 753	25 067	21 650	3 417	13,6	/
1991	544	15 128	22 536	19 061	3 475	15,4	/
Veränderung in %	- 4,0	+ 2,5	- 10,1	- 12,0	+ 1,7	X	/
Festen Brennstoffen, Mineral- ölerzeugnissen							
1990	851	26 508	82 224	74 936	7 288	8,9	698
1991	807	28 068	92 170	84 087	8 083	8,8	712
Veränderung in %	- 5,2	+ 5,9	+ 12,1	+ 12,2	+ 10,9	X	+ 2,0
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.							
1990	1 438	63 523	97 008	85 981	11 027	11,4	676
1991	1 376	64 810	94 613	84 784	9 829	10,4	792
Veränderung in %	- 4,3	+ 2,0	- 2,5	- 1,4	- 10,9	X	+ 17,2
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf							
1990	3 908	106 702	57 536	46 315	11 221	19,5	1 056
1991	3 817	116 048	66 891	53 698	13 193	19,7	1 386
Veränderung in %	- 2,3	+ 8,8	+ 16,3	+ 15,9	+ 17,6	X	+ 31,3
Altmaterial, Reststoffen							
1990	764	16 764	13 506	11 005	2 501	18,5	330
1991	722	16 613	11 376	8 807	2 569	22,6	279
Veränderung in %	- 5,4	- 0,9	- 15,8	- 20,0	+ 2,7	X	- 15,5
Rohstoffen und Halbwaren							
1990	12 224	291 241	349 851	307 631	42 219	12,1	3 650
1991	11 751	301 366	365 346	320 109	45 237	12,4	4 235
Veränderung in %	- 3,9	+ 3,5	+ 4,4	+ 4,1	+ 7,1	X	+ 16,0

1) Nur Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 1 Mill. DM und mehr. - 2) Erlöse aus Eigen- und Fremdgehäuf. - 3) Anteil des Rohertrages am Umsatz in %.

**Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz, Wareneinsatz, Rohertrag,
Investitionen im Großhandel¹⁾**

Früheres Bundesgebiet

Ergebnisse der Jahreserhebungen 1990 und 1991

Wirtschaftsgliederung Jahr (Großhandel mit ...)	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatz ²⁾	Wareneinsatz	Rohertrag	Rohertrags- quote ³⁾	Investitionen
	am 31.12.						
	Anzahl		Mill. DM		%	Mill. DM	
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren							
1990	7 818	205 107	206 091	182 660	23 431	11,4	1 955
1991	7 535	214 692	225 255	199 311	25 944	11,5	2 782
Veränderung in %	- 3,6	+ 4,7	+ 9,3	+ 9,1	+ 10,7	X	+ 42,3
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren							
1990	2 254	54 014	32 823	25 030	7 793	23,7	360
1991	2 137	55 959	36 004	26 933	9 071	25,2	489
Veränderung in %	- 5,2	+ 3,6	+ 9,7	+ 7,6	+ 16,4	X	+ 35,8
Metallwaren, Einrichtungs- gegenständen							
1990	5 203	149 354	84 962	65 679	19 283	22,7	1 070
1991	5 033	159 603	92 044	70 106	21 938	23,8	1 347
Veränderung in %	- 3,3	+ 6,9	+ 8,3	+ 6,7	+ 13,8	X	+ 25,9
Feinmechanischen und opti- schen Erzeugnissen, Schmuck usw.							
1990	1 064	23 118	14 378	10 937	3 441	23,9	(158)
1991	1 038	23 874	15 461	11 358	4 103	26,5	(160)
Veränderung in %	- 2,5	+ 3,3	+ 7,5	+ 3,8	+ 19,2	X	+ 1,3
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf							
1990	6 743	190 871	126 132	97 301	28 831	22,9	2 036
1991	6 527	200 055	146 352	113 048	33 304	22,8	2 290
Veränderung in %	- 3,2	+ 4,8	+ 16,0	+ 16,2	+ 15,5	X	+ 12,5
Pharmazeutischen, kosmeti- schen u.ä. Erzeugnissen							
1990	1 286	57 296	35 829	28 450	7 379	20,6	401
1991	1 253	63 325	41 908	33 056	8 852	21,1	402
Veränderung in %	- 2,6	+ 10,5	+ 17,0	+ 16,2	+ 20,0	X	+ 0,2
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art o.a.S.							
1990	1 937	98 592	64 765	55 250	9 515	14,7	676
1991	1 877	101 375	61 345	51 149	10 196	16,6	805
Veränderung in %	- 3,1	+ 2,8	- 5,3	- 7,4	+ 7,2	X	+ 19,1
Fertigwaren							
1990	26 305	778 352	564 981	465 307	99 674	17,6	6 656
1991	25 401	818 883	618 369	504 961	113 408	18,3	8 275
Veränderung in %	- 3,4	+ 5,2	+ 9,4	+ 8,5	+ 13,8	X	+ 24,3
Großhandel							
1990	38 529	1 069 593	914 831	772 938	141 893	15,5	10 306
1991	37 153	1 120 249	983 715	825 071	158 645	16,1	12 509
Veränderung in % ..	- 3,6	+ 4,7	+ 7,5	+ 6,7	+ 11,8	X	+ 21,4

¹⁾ Nur Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 1 Mill. DM und mehr. - ²⁾ Erlöse aus Eigen- und Fremdgehäuf. - ³⁾ Anteil des Rohertrages am Umsatz in %.

Finanzen und Steuern

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte

Mill. DM

Jahr Vierteljahr	Ausgaben der öffentlichen Haushalte ¹⁾								
	Bund ²⁾	Sondervermögen des Bundes			Länder ⁴⁾	Gemeinden/ Gv. 4)	insgesamt ⁴⁾	darunter	
		Lasten- ausgleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Sonstige ³⁾				Personal- ausgaben	Baumaß- nahmen
Deutschland									
1991	405 302	1 043	12 233	38 466	407 439	276 531	1 018 475	290 180	64 920
1992	431 114	930	13 478	53 244	434 301	312 302	1 028 804	316 641	76 196
1992 1. Vj	106 874	297	3 605	10 354	92 547	59 279	224 476	67 800	11 569
2. Vj	97 986	229	3 389	9 908	90 039	62 765	217 568	62 716	15 381
3. Vj	105 438	230	3 439	13 184	101 887	69 066	241 098	72 115	18 743
4. Vj	120 816	174	3 045	19 798	135 457	87 227	296 201	79 663	28 346
Früheres Bundesgebiet									
1989	292 884	1 154	5 291	.	282 670	194 325	678 052	220 477	44 539
1990	311 376	1 146	6 979	22 039	299 629	209 927	745 958	233 588	47 676
1991	405 302	1 043	12 203	38 496	328 832	228 046	891 377	256 250	52 672
1990 1. Vj	82 251	418	1 369	.	68 716	40 374	169 701	52 752	7 268
2. Vj	72 014	261	1 318	.	65 820	42 755	158 763	48 302	10 060
3. Vj	80 346	265	2 083	14 200	67 701	45 252	182 992	48 475	11 930
4. Vj	76 453	200	8 104	7 839	83 458	55 507	196 527	56 271	15 690
1991 1. Vj	110 538	327	2 626	16 160	72 572	43 250	219 306	55 028	7 456
2. Vj	92 683	263	2 636	2 718	73 655	47 597	133 744	54 439	11 039
3. Vj	94 151	264	3 356	10 301	75 586	49 869	201 811	54 083	13 702
4. Vj	107 930	188	3 586	9 317	92 830	59 992	236 793	63 120	18 222
Jahr Vierteljahr	Einnahmen der öffentlichen Haushalte ¹⁾								
	Bund	Sondervermögen des Bundes			Länder ⁴⁾	Gemeinden/ Gv. 4)	insgesamt ⁴⁾		
		Lasten- ausgleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Sonstige ³⁾					
Deutschland									
1991	352 102	1 072	5 541	8 493	377 888	272 463	895 007		
1992	391 744	932	6 795	31 341	403 996	294 753	912 994		
1992 1. Vj	88 133	221	29	4 653	90 889	55 115	190 560		
2. Vj	100 275	222	1 446	6 017	88 496	60 617	210 326		
3. Vj	96 690	246	1 644	5 403	96 628	63 621	212 087		
4. Vj	106 645	243	3 676	15 268	113 537	81 885	250 939		
Früheres Bundesgebiet									
1989	272 814	1 166	4 159	.	275 086	195 984	650 936		
1990	287 488	1 110	4 788	2 045	280 239	205 768	676 299		
1991	352 102	1 072	5 541	8 493	309 812	222 063	776 535		
1990 1. Vj	61 277	333	132	.	62 066	39 370	139 752		
2. Vj	70 712	268	1 417	.	61 641	42 346	152 977		
3. Vj	70 965	259	1 066	2 006	65 850	45 045	158 335		
4. Vj	84 223	249	2 173	39	76 660	53 576	187 779		
1991 1. Vj	70 989	293	37	37	68 344	41 449	154 982		
2. Vj	84 117	255	1 125	1 028	68 492	45 044	174 253		
3. Vj	88 985	266	1 725	3 532	75 057	48 972	186 822		
4. Vj	108 011	257	2 652	3 897	83 678	59 712	221 159		

1) 1992 Ergebnisse der Kassenstatistik; Finanzen der kommunalen und staatlichen Krankenhäuser sowie Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen 1992 in den Jahresdaten enthalten, (z.T. geschätzt), in den Vierteljahresdaten nicht. Erläuterungen zu den Ausgabe-/Einnahmearten siehe Fachserie 14, Reihe 3.1 Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts und Reihe 2, Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte. – 2) Ergebnisse 1991 mit den Vorjahren nicht vergleichbar, da der Bund ab 1991 für das erweiterte Bundesgebiet zuständig ist. – 3) Einschl. Fonds "Deutsche Einheit" und Kreditabwicklungsfonds. – 4) Bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene.

Nettokreditaufnahme, Schulden und Gemeindesteuern

Mill. DM

Jahr Vierteljahr	Nettokreditaufnahme ¹⁾							Länder	Gemeinden/ Gv	insgesamt
	Bund ²⁾	Sondervermögen des Bundes			Länder	Gemeinden/ Gv	insgesamt			
		ERP- Sonder- vermögen	Fonds "Deutsche Einheit"	Kredit- abwicklungs- fonds						
Deutschland										
1991	+ 50 764	+ 7 034	+ 30 955	- 620	+ 25 387	+ 5 761	+ 119 278			
1992	+ 31 156	+ 7 970	+ 23 623	- 480	+ 27 528	+ 12 930	+ 102 730			
1992 1. Vj	+ 12 813	+ 1 180	+ 11 021	+ 70	- 4 588	+ 1 956	+ 22 452			
2. Vj	- 2 941	+ 3 595	+ 5 465	+ 14	- 2 588	+ 1 641	+ 5 186			
3. Vj	+ 13 170	+ 2 621	+ 6 779	+ 417	+ 5 708	+ 3 305	+ 32 000			
4. Vj	+ 8 115	+ 574	+ 358	- 981	+ 28 995	+ 6 672	+ 43 733			
Früheres Bundesgebiet										
1989	+ 14 186	+ 1 093	.	.	+ 11 273	+ 2 022	+ 28 574			
1990	+ 28 845	+ 2 222	+ 20 039	.	+ 18 216	+ 2 896	+ 72 218			
1991	+ 50 764	+ 7 034	+ 30 955	- 620	+ 15 887	+ 5 733	+ 109 750			
1990 1. Vj	+ 10 224	+ 534	.	.	- 9 286	+ 295	+ 1 768			
2. Vj	+ 7 425	- 80	.	.	+ 5 166	+ 128	+ 12 638			
3. Vj	+ 13 344	+ 1 120	+ 12 385	.	+ 1 657	+ 1 221	+ 29 727			
4. Vj	- 2 150	+ 6 948	+ 7 609	.	+ 17 068	+ 1 208	+ 30 682			
1991 1. Vj	+ 39 518	+ 1 690	+ 19 392	.	- 3 952	+ 765	+ 57 413			
2. Vj	+ 2 435	+ 1 500	+ 2 895	.	+ 2 629	+ 432	+ 9 891			
3. Vj	+ 395	+ 1 578	+ 10 358	.	+ 1 808	+ 2 080	+ 16 218			
4. Vj	+ 8 416	+ 1 646	- 1 690	.	+ 15 192	+ 2 380	+ 25 946			
Schulden der öffentlichen Haushalte^{3) 4)}										
Jahr Vierteljahr	Schulden der öffentlichen Haushalte ^{3) 4)}							Länder	Gemeinden/ Gv.	insgesamt
	Bund	Sondervermögen des Bundes			Länder	Gemeinden/ Gv.	insgesamt			
		ERP- Sonder- vermögen	Fonds "Deutsche Einheit"	Kredit- abwicklungs- fonds						
Deutschland										
1991	585 983	16 319	50 482	27 472	348 253	125 767	1 154 276			
1992	606 745	24 259	74 371	91 747	384 011	137 245	1 318 378			
1992 1. Vj	591 009	17 499	63 783	27 032	355 730	128 180	1 183 233			
2. Vj	587 639	22 725	66 632	27 532	354 675	129 393	1 188 596			
3. Vj	601 331	21 094	72 714	27 237	361 299	132 440	1 216 115			
4. Vj	606 745	24 259	74 371	91 747	384 086	138 729	1 319 937			
Früheres Bundesgebiet										
1989	490 539	6 753	.	.	307 684	110 369	915 345			
1990	542 189	9 285	19 793	27 634	326 439	113 034	1 038 374			
1991	585 983	16 319	50 482	27 472	344 642	118 181	1 143 079			
1990 1. Vj	494 549	7 107	.	.	305 862	110 726	918 244			
2. Vj	502 585	7 157	.	.	309 956	110 842	930 540			
3. Vj	515 133	8 327	12 385	.	314 428	112 105	962 378			
4. Vj	542 189	9 285	19 793	27 634	326 542	113 412	1 038 855			
1991 1. Vj	552 134	10 875	37 400	28 854	327 708	114 116	1 071 086			
2. Vj	571 289	12 225	39 363	28 789	332 026	114 488	1 098 180			
3. Vj	573 806	14 053	49 673	26 169	333 059	116 560	1 113 320			
4. Vj	585 983	16 319	50 483	27 472	344 644	118 719	1 143 620			
Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern⁵⁾										
Jahr Vierteljahr	Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern ⁵⁾									
	Grundsteuer		Gewerbe- steuer, brutto	Gewerbe- steuer- umlage ⁶⁾	Gewerbe- steuer, netto	Gemeinde- anteil an der Einkommen- steuer	Grund- erwerb- steuer ⁷⁾	Sonstige Gemeinde- steuern	ins- gesamt ⁸⁾	darunter Stadt- staaten ⁹⁾
	A	B								
1990	440,7	8 282,8	38 795,6	- 5 519,3	33 276,2	31 502,8	288,6	832,3	74 623,6	5 468,0
1991	547,3	9 373,7	41 297,4	- 5 999,3	35 298,1	38 232,6	288,3	892,6	84 632,6	6 660,0
1992	565,0	10 217,5	44 847,8	- 6 922,3	37 925,5	43 427,6	307,2	973,8	93 416,5	7 972,9
1991 2. Vj	135,9	2 594,7	9 784,0	- 1 394,5	8 389,6	8 239,3	56,4	232,8	19 648,8	1 561,3
3. Vj	143,6	2 618,8	10 786,6	- 1 445,2	9 341,4	8 774,8	79,7	216,4	21 174,7	1 901,6
4. Vj	164,7	2 069,6	11 311,3	- 3 094,6	8 216,7	18 787,0	70,9	186,3	29 495,2	1 762,3
1992 1. Vj	139,9	2 259,9	10 932,5	- 212,9	10 719,6	2 658,1	82,3	267,8	16 127,5	1 863,2
2. Vj	131,5	2 802,4	11 290,5	- 1 628,5	9 661,9	9 868,5	68,2	253,2	22 785,8	1 945,2
3. Vj	156,9	2 940,8	11 507,1	- 1 716,6	9 790,5	9 548,8	79,3	235,1	22 751,5	2 104,4
4. Vj	136,7	2 214,4	11 117,7	- 3 364,4	7 753,4	21 352,2	77,3	217,7	31 751,7	2 060,1
1993 1. Vj	134,7	2 507,1	10 942,8	- 73,0	10 869,7	2 584,3	83,1	304,6	16 483,7	2 025,0

1) Nettokreditaufnahme = Saldo aus Schuldenaufnahme (+) und Tilgung (-) von Kreditmarktmitteln - 2) Ergebnisse 1991 mit den Vorjahren nicht vergleichbar, da der Bund ab 1991 für das erweiterte Bundesgebiet zuständig ist. - 3) Ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten. - 4) Am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums. - 5) Ab 1. Vj 1991 Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990. - 6) An Bund/Länder abgeführt. - 7) Soweit den Gemeinden zugeflossen. - 8) Nach der Steuerverteilung. - 9) Nur öffentlichen Haushalten.

Preise

Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes Früheres Bundesgebiet 1985 = 100

Jahr Monat	Wareneingang									
	insgesamt			aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			aus dem Produzierenden Gewerbe			
	insgesamt	in-	aus-	zusammen	in-	aus-	zusammen		darunter	
		ländischer Herkunft			ländischer Herkunft		zusammen	ländischer Herkunft	Energie, Brenn-, Treib- und Betriebsstoffe	
1990 D	91,4	99,4	75,7	86,9	95,4	67,1	91,8	99,9	76,5	85,5
1991 D	91,0	99,4	74,7	84,1	91,4	67,2	91,7	100,3	75,3	88,0
1992 D	89,9	99,6	71,0	83,8	92,6	63,3	90,5	100,3	71,7	86,9
1992 Juli	90,1	99,9	71,1	82,6	91,8	61,3	90,9	100,8	71,9	86,7
August	89,7	99,8	70,0	82,4	92,2	59,9	90,4	100,7	70,9	86,5
September	89,4	99,7	69,5	82,6	92,5	59,5	90,1	100,5	70,4	86,6
Oktober	89,1	99,2	69,4	82,1	91,4	60,4	89,8	100,0	70,2	86,8
November	89,2	99,0	70,0	82,3	91,0	62,2	89,9	99,9	70,7	86,8
Dezember	88,8	98,6	69,7	82,6	90,8	63,4	89,5	99,5	70,3	86,1
1993 Januar	88,7	98,5	69,6	81,7	89,3	63,9	89,4	99,5	70,1	86,1
Februar	88,6	98,7	69,0	78,6	88,3	56,1	89,6	99,8	70,2	86,3
März	88,5	98,6	68,9	78,8	88,6	55,9	89,5	99,7	70,0	86,4
April	88,2	98,5	68,2	78,1	88,1	54,7	89,3	99,6	69,5	86,2
Mai	88,1	98,3	68,2	77,5	87,3	54,4	89,2	99,5	69,4	86,1
Juni	88,3	98,6	68,4	78,1	88,0	55,1	89,4	99,7	69,6	85,7
Juli	88,5	98,5	69,1	77,0	85,6	57,1	89,7	99,9	70,2	86,0
August	88,0	98,1	68,4	75,9	84,3	56,1	89,3	99,6	69,5	86,0

Jahr Monat	Nach dem Grad der Bearbeitung										
	Rohstoffe					Halb- und Fertigwaren					
	zusammen	in-	aus-	für das Ernährungs-gewerbe ¹⁾	für das Produ-zierende Gewerbe ²⁾		zusammen	und zwar		für das	
		ländischer Herkunft			zusammen	dar. Alt-material und Rohstoffe		in-	aus-	Er-nährungs-gewerbe ³⁾	Produ-zierende Gewerbe ⁴⁾
1990 D	76,9	95,6	56,3	86,7	70,8	78,9	95,4	100,2	84,3	85,1	96,0
1991 D	73,9	90,9	55,3	84,8	67,2	64,0	95,8	101,1	83,2	86,4	96,3
1992 D	72,0	91,6	50,6	84,4	64,3	56,7	94,9	101,3	80,1	86,8	95,3
1992 Juli	72,2	91,8	50,6	83,2	65,3	59,7	95,1	101,6	80,2	86,4	95,6
August	71,4	92,0	48,8	83,1	64,1	59,1	94,8	101,5	79,5	86,0	95,4
September	70,8	91,5	47,9	83,4	63,0	55,6	94,7	101,4	79,1	85,8	95,2
Oktober	70,4	90,1	48,7	82,8	62,7	51,5	94,3	101,1	78,5	85,1	94,9
November	70,9	89,8	50,2	83,4	63,1	50,7	94,3	101,0	78,8	85,7	94,8
Dezember	70,8	89,5	50,3	83,3	63,1	50,1	93,9	100,5	78,4	85,7	94,3
1993 Januar	70,5	89,2	49,8	82,1	63,2	52,2	93,8	100,4	78,4	85,6	94,3
Februar	70,1	90,1	48,1	78,8	64,7	58,8	93,8	100,5	78,3	85,2	94,3
März	70,2	90,2	48,3	79,1	64,7	58,3	93,7	100,4	78,0	84,7	94,2
April	69,3	89,3	47,3	78,4	63,7	55,1	93,5	100,4	77,6	84,3	94,1
Mai	69,1	89,1	47,0	77,8	63,6	56,4	93,4	100,2	77,6	84,3	93,9
Juni	70,4	91,3	47,4	78,7	65,2	65,3	93,4	100,1	77,8	84,6	93,9
Juli	70,1	90,1	48,2	77,5	65,6	66,7	93,7	100,3	78,3	85,8	94,1
August	69,0	89,0	47,1	76,3	64,5	63,1	93,4	100,1	77,8	85,3	93,8

Jahr Monat	Nach dem vorwiegenden Verwendungsbereich									
	Wareneingang für die Energie- und Wasserversorgung, den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe ⁵⁾									
	zusammen	darunter						Waren-eingang für das Bau-gewerbe	Energie, Brenn-, Treib-stoffe ⁷⁾	Betriebs-stoffe
		Nahrungs-mittel-rohstoffe und -vor-erzeugnisse	Erdöl, roh, importiert	organische Grundstoffe und Chemi-kalien	Kunst-stoffe	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe ⁶⁾	Wolle, Chemi-fasern und Textilien			
1990 D	90,5	89,7	45,9	73,7	93,1	96,4	94,3	107,0	80,2	105,1
1991 D	89,1	88,4	45,7	70,4	89,9	87,3	93,1	109,7	82,5	108,5
1992 D	87,5	89,0	40,4	64,2	82,9	80,2	91,9	112,4	81,2	107,7
1992 Juli	87,7	88,2	41,5	65,4	83,2	81,1	91,9	112,9	81,0	107,6
August	87,2	88,2	39,5	64,7	82,9	80,7	91,5	113,0	80,7	107,7
September	86,9	88,3	38,5	64,2	82,8	79,9	91,2	112,9	80,9	107,7
Oktober	86,3	87,5	39,6	61,7	82,7	79,2	90,9	112,8	81,2	107,6
November	86,5	87,8	40,9	60,8	82,1	78,6	91,1	112,9	81,2	107,2
Dezember	86,2	87,3	40,4	60,6	80,2	77,4	91,0	112,4	80,4	107,1
1993 Januar	85,9	86,3	39,5	61,4	78,8	74,5	90,9	113,1	80,6	106,2
Februar	85,7	85,6	40,1	61,0	78,1	72,7	90,7	113,8	81,1	105,6
März	85,6	85,9	40,6	60,9	78,2	71,5	90,3	113,7	81,3	105,3
April	85,2	85,3	39,9	61,5	78,3	70,8	89,9	114,1	80,9	105,7
Mai	85,0	84,7	39,6	61,3	78,3	70,3	89,8	114,2	80,9	105,4
Juni	85,4	85,5	39,5	61,1	78,1	69,9	89,8	114,2	80,4	105,4
Juli	85,6	84,5	39,5	60,9	78,3	69,2	89,7	114,2	80,8	105,2
August	84,9	83,7	38,3	60,4	77,4	68,1	89,3	114,2	80,9	104,8

1) Einschl. lebendem Schlachtvieh. - 2) Einschl. Wasser. - 3) Wareneingang (ohne Rohstoffe) aus der Landwirtschaft und Fischerei und dem Ernährungsgewerbe. - 4) Ohne Wareneingang für das Ernährungsgewerbe aus der Landwirtschaft und Fischerei und dem Ernährungsgewerbe. - 5) Nach dem vorwiegenden Verwendungsbereich zugeordnete Vorprodukte (einschl. Rohstoffe), ohne Hilfsstoffe (Energie, Brenn- und Treibstoffe) sowie ohne Betriebsstoffe (Verpackungsmaterial, Schmiermittel und Wasser). - 6) Ohne Packpapier. - 7) Einschl. Brennstoffe für die Energieerzeugung.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Früheres Bundesgebiet

1985 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse ²⁾		Elektrizität, Fernwärme, Wasser ³⁾
	insgesamt	ohne Elektrizität, Erdgas, Fernwärme und Wasser	zusammen	Grundstoff- und Produktions- güter- gewerbes	Investitions- güter- produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter- Gewerbes	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbes	Investitions- güter	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	
1990 D	101,0	103,6	103,7	93,1	110,7	109,1	100,7	112,9	102,9	105,0
1991 D	103,4	105,7	105,8	93,6	114,0	112,1	102,3	116,6	107,5	104,6
1992 D	104,8	107,5	107,5	92,4	117,2	114,1	105,5	120,0	110,5	105,9
1992 Aug.	105,1	107,7	107,8	92,3	117,7	114,3	105,8	120,6	110,5	106,2
1992 Sept.	105,1	107,8	107,8	92,2	117,8	114,4	105,7	120,7	110,9	106,2
1992 Okt.	104,9	107,7	107,8	92,0	117,9	114,6	105,5	120,8	111,1	106,2
1992 Nov.	104,8	107,7	107,8	91,9	117,9	114,6	105,6	120,9	111,2	106,2
1992 Dez.	104,6	107,5	107,5	91,0	117,9	114,5	105,6	121,0	111,0	106,2
1993 Jan.	104,8	107,6	107,7	90,5	118,5	114,7	105,9	121,6	111,4	106,6
1993 Febr.	104,8	107,7	107,7	90,6	118,6	114,7	105,9	121,6	111,8	106,7
1993 März	104,9	107,7	107,8	90,6	118,7	114,7	105,9	121,7	112,1	106,7
1993 April	105,0	107,8	107,8	90,5	119,0	114,9	105,8	122,2	112,4	107,1
1993 Mai	104,8	107,6	107,7	90,1	118,9	114,8	105,7	122,0	112,3	107,1
1993 Juni	104,8	107,5	107,6	89,8	118,9	114,8	105,6	122,1	112,2	107,1
1993 Juli	104,9	107,6	107,7	90,0	119,0	114,9	105,7	122,1	112,3	107,3
1993 Aug.	104,8	107,5	107,6	89,6	119,0	114,8	105,6	122,2	112,3	107,3
1993 Sept.	104,6	107,3	107,3	89,1	118,9	114,8	105,4	122,2	111,9	107,3

Jahr Monat	Elektrizität, Fernwärme, Wasser ³⁾	Bergbauliche Erzeugnisse		Mineralölserzeugnisse		Steine und Erden, Asbest- waren, Schleifmittel	Eisen und Stahl		NE-Metalle und -Metall- halbzeug (einschl. Edelmetallen und deren Halbzeug)	Gießerei- erzeugnisse zusammen
	darunter Elektrizität	zusammen	darunter Erzeugnisse des Kohlen- bergbaues	zusammen	darunter Heizöle		zusammen	darunter Erzeugnisse der Hoch- ofen-, Stahl-, Warmwalz- werke ⁴⁾		
1990 D	104,7	71,6	105,1	72,9	55,3	106,9	98,2	97,1	97,0	113,2
1991 D	103,5	79,4	106,1	79,2	57,6	112,0	93,4	91,7	85,7	117,3
1992 D	104,1	78,0	111,3	78,5	50,4	116,3	90,8	88,7	80,7	120,1
1992 Aug.	104,2	78,0	111,7	77,2	48,8	116,9	91,0	88,9	82,1	120,1
1992 Sept.	104,2	78,0	111,8	77,7	50,5	116,8	90,6	88,5	81,1	121,0
1992 Okt.	104,2	76,0	111,8	78,7	52,4	116,9	89,2	87,1	78,4	121,1
1992 Nov.	104,2	75,7	111,8	79,2	51,9	117,0	88,6	86,3	78,1	121,0
1992 Dez.	104,2	75,7	111,8	77,8	49,0	116,8	86,5	83,7	78,6	120,7
1993 Jan.	104,4	75,8	111,8	77,6	49,4	117,8	85,2	82,3	78,6	120,7
1993 Febr.	104,4	75,8	111,8	78,2	51,5	118,5	84,7	81,8	78,7	120,7
1993 März	104,4	75,8	111,8	78,9	52,9	119,0	84,6	81,9	77,7	120,3
1993 April	104,5	75,7	111,8	78,8	51,4	119,2	85,0	82,9	74,3	120,3
1993 Mai	104,5	75,6	111,8	78,3	50,6	119,2	84,6	82,7	73,5	120,4
1993 Juni	104,5	75,6	111,8	77,3	48,5	119,2	84,8	83,0	74,0	120,4
1993 Juli	104,6	76,0	111,8	77,4	49,9	119,3	85,3	83,7	75,3	120,6
1993 Aug.	104,6	76,3	113,1	76,9	49,6	119,4	85,3	83,7	75,1	119,0
1993 Sept.	104,6	76,4	113,1	75,4	47,9	119,5	85,3	83,6	72,6	118,8

Jahr Monat	Gießerei- erzeugnisse darunter Eisen-, Stahl- und Temperguß	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung		Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge		Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)				
		zusammen	darunter Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalz- werke	zusammen	darunter Stahl- und Leichtmetall- konstruk- tionen	zusammen	darunter			Land- maschinen
							gewerbl. Arbeitsmaschinen	Kraft- ⁵⁾	Fördermittel	
1990 D	116,5	104,8	103,9	115,3	114,1	116,9	117,6	114,3	121,4	114,2
1991 D	121,5	104,9	101,9	119,5	117,6	121,7	122,3	118,8	127,2	119,0
1992 D	124,0	103,9	99,2	123,4	120,5	126,1	126,6	123,1	132,6	123,9
1992 Aug.	123,8	104,4	100,6	124,2	121,3	126,8	127,4	123,7	132,8	123,4
1992 Sept.	123,6	103,6	98,9	124,5	121,4	126,9	127,5	123,9	132,9	123,7
1992 Okt.	123,8	103,3	97,9	124,3	121,1	127,2	127,7	124,4	133,4	126,4
1992 Nov.	123,7	102,5	95,7	124,6	121,2	127,2	127,7	124,4	133,4	126,4
1992 Dez.	123,9	102,3	95,7	124,4	121,0	127,3	127,7	124,6	133,6	126,7
1993 Jan.	124,4	101,8	96,0	124,3	120,9	127,9	128,3	125,1	135,7	126,9
1993 Febr.	124,2	101,7	96,1	124,4	120,9	128,1	128,5	125,4	135,7	127,2
1993 März	124,0	101,6	96,2	124,5	121,0	128,2	128,6	125,6	135,7	127,3
1993 April	124,4	101,8	96,6	125,1	121,2	128,8	129,3	126,3	137,4	127,5
1993 Mai	124,7	101,7	96,6	125,3	121,2	129,0	129,5	126,2	137,5	127,6
1993 Juni	124,4	101,5	96,2	125,3	121,2	129,1	129,6	126,3	137,5	127,6
1993 Juli	124,5	101,4	96,1	125,4	121,2	129,2	129,7	126,2	137,5	127,6
1993 Aug.	123,3	101,0	95,6	125,5	121,2	129,2	129,7	126,2	137,5	127,7
1993 Sept.	123,4	100,8	95,2	125,4	121,0	129,2	129,6	126,2	138,0	128,0

Fußnoten siehe folgende Seite.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Neue Länder und Berlin-Ost

1989 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse ²⁾		Elektrizität, Fernwärme, Wasser ³⁾
	insgesamt	ohne Elektrizität, Erdgas, Fernwärme und Wasser	zusammen	Grundstoff- und Produktions- güter- gewerbes	Investitions- güter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbes	Investitions- güter	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	
1991 D	63,2	59,8	58,6	51,8	64,8	52,0	67,4	63,3	61,1	136,7
1992 D	63,8	60,2	58,7	51,3	64,3	52,1	69,7	63,9	62,9	144,5
1992 Mai	63,8	60,1	58,7	51,3	64,1	51,9	70,1	63,6	62,7	144,8
Juni	63,8	60,1	58,8	51,5	64,1	52,0	70,1	63,6	62,7	144,8
Juli	63,9	60,2	58,8	51,5	64,2	52,1	70,1	63,8	63,0	145,1
Aug.	63,9	60,2	58,8	51,4	64,3	52,1	70,0	63,9	63,2	145,2
Sept.	64,0	60,3	58,8	51,3	64,3	52,3	70,0	63,9	63,4	145,2
Okt.	64,0	60,3	58,7	51,2	64,4	52,4	69,6	63,8	63,6	146,4
Nov.	64,0	60,2	58,7	51,2	64,4	52,3	69,5	63,8	63,5	146,4
Dez.	63,9	60,1	58,6	51,0	64,4	52,4	69,2	63,7	63,5	146,3
1993 Jan.	64,0	60,2	58,7	50,9	64,7	52,4	69,4	64,1	63,8	148,3
Febr.	64,1	60,3	58,8	51,1	64,7	52,5	69,2	64,2	63,7	148,6
März	64,3	60,4	58,9	51,3	64,8	52,6	69,3	64,2	63,9	149,2
April	64,4	60,5	58,9	51,3	64,9	52,7	69,3	64,3	64,0	151,3
Mai	64,4	60,4	59,0	51,2	65,0	52,7	69,5	64,4	64,1	151,2
Juni	64,4	60,4	59,0	51,2	64,9	52,7	69,6	64,3	64,1	151,2
Juli	64,4	60,4	59,0	51,2	64,9	52,8	69,6	64,5	64,2	151,2
Aug.	64,3	60,4	58,9	51,1	64,9	52,9	69,4	64,6	64,2	151,2

Jahr Monat	Elektrizität, Fernwärme, Wasser ³⁾	Bergbauische Erzeugnisse		Mineralölzeugnisse		Steine und Erden, Asbest- waren, Schleifmittel	Eisen und Stahl		NE-Metalle und -Metall- halbzeug (einschl. Edelmetallen und deren Halbzeug)	Gießerei- erzeugnisse zusammen
	darunter Elektrizität	zusammen	darunter Erzeugnisse des Kohlen- bergbaues	zusammen	darunter Heizöle		zusammen	darunter Erzeugnisse der Hoch- ofen-, Stahl-, Warmwalz- werke ⁴⁾		
1991 D	87,6	.	34,7	.	83,0	41,5	.	34,1	78,1
1992 D	93,1	.	34,8	.	83,7	38,5	.	32,8	77,0
1992 Mai	91,4	.	34,5	.	83,4	38,7	.	33,0	76,7
Juni	91,4	.	35,7	.	83,6	38,7	.	33,0	76,7
Juli	91,4	.	35,2	.	83,6	38,5	.	32,9	77,3
Aug.	91,4	.	34,6	.	83,9	38,3	.	32,8	77,1
Sept.	95,3	.	34,9	.	83,9	38,3	.	32,9	77,0
Okt.	95,2	.	34,6	.	84,4	38,3	.	32,5	77,0
Nov.	95,2	.	35,3	.	84,4	37,9	.	32,5	76,7
Dez.	95,2	.	35,1	.	84,3	37,6	.	32,3	77,0
1993 Jan.	95,1	.	34,7	.	84,4	37,2	.	32,4	76,9
Febr.	95,1	.	36,6	.	84,3	37,9	.	32,3	76,7
März	95,1	.	37,9	.	84,3	38,2	.	32,2	76,6
April	95,1	.	37,9	.	84,5	37,9	.	31,9	76,5
Mai	93,0	.	37,7	.	84,4	38,0	.	32,3	76,3
Juni	93,0	.	37,4	.	84,5	38,5	.	32,3	76,5
Juli	93,0	.	37,4	.	84,6	38,8	.	32,7	76,5
Aug.	93,1	.	37,1	.	84,6	39,0	.	32,5	75,8

Jahr Monat	Gießerei- erzeugnisse	Erzeugnisse der		Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge		Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)				
	darunter Eisen-, Stahl- und Temperguß	Ziehereien und Kaltwalz- werke	Stahl- verformung	zusammen	darunter Stahl- und Leichtmetall- konstruk- tionen	zusammen	darunter			
							gewerbl. Arbeitsmaschinen	Kraft- ⁵⁾	Land- maschinen	
1991 D	52,2	61,7	71,4	.	74,9
1992 D	54,9	60,8	71,5	.	74,6
1992 Mai	55,4	60,7	70,7	.	74,2
Juni	55,4	60,8	71,2	.	74,2
Juli	54,6	60,7	71,7	.	74,4
Aug.	54,4	60,7	71,8	.	74,5
Sept.	53,0	60,4	71,8	.	74,4
Okt.	54,4	60,3	71,8	.	74,4
Nov.	54,2	60,3	71,8	.	74,6
Dez.	54,2	60,4	71,7	.	74,5
1993 Jan.	53,5	60,1	71,5	.	75,1
Febr.	53,6	59,9	71,6	.	75,2
März	53,6	60,0	71,6	.	75,3
April	53,3	60,3	71,5	.	75,5
Mai	53,1	60,0	71,6	.	75,5
Juni	53,5	59,8	71,7	.	75,4
Juli	52,9	59,7	71,6	.	75,6
Aug.	53,7	59,8	71,6	.	75,8

Fußnoten siehe folgende Seite.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Neue Länder und Berlin-Ost

1989 = 100

Jahr Monat	Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)			Boote und Jachten	Elektro- technische Erzeugnisse	Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren		Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füllhalter u.ä.	Chemische Erzeugnisse	Büro- maschinen; Datenver- arbeitungs- geräte und -einrich- tungen
	zusammen	darunter				zusammen	darunter fein- mecha- nische Erzeugnisse				
		Kraftwagen und Straßenzug- maschinen; Kraft- räder ⁶⁾	Zubehör, Einzel- und Ersatz- teile für Kraftwagen und Kraftwagen- motoren								
1991 D	.	.	.	82,5	57,6	67,8	.	76,8	72,5	54,5	.
1992 D	.	.	.	84,3	56,7	67,4	.	78,0	71,6	54,6	.
1992 Mai	.	.	.	83,4	56,6	67,6	.	78,0	71,6	54,8	.
1992 Juni	.	.	.	83,4	56,5	67,5	.	78,1	71,7	54,7	.
1992 Juli	.	.	.	84,2	56,6	67,0	.	78,1	71,7	54,9	.
1992 Aug.	.	.	.	84,2	56,7	67,1	.	78,1	71,8	55,1	.
1992 Sept.	.	.	.	84,2	56,7	67,1	.	78,3	71,8	54,9	.
1992 Okt.	.	.	.	84,2	57,0	67,6	.	78,2	71,7	54,6	.
1992 Nov.	.	.	.	85,6	57,0	67,7	.	78,1	71,7	54,6	.
1992 Dez.	.	.	.	88,5	56,9	67,7	.	78,1	71,7	54,5	.
1993 Jan.	.	.	.	88,5	57,2	67,6	.	78,1	72,6	54,5	.
1993 Febr.	.	.	.	88,5	57,2	67,6	.	78,1	73,2	54,3	.
1993 März	57,4	68,0	.	78,5	73,6	54,3	.
1993 April	57,5	68,0	.	78,5	73,7	54,5	.
1993 Mai	57,6	68,4	.	78,5	73,7	54,5	.
1993 Juni	57,4	68,4	.	78,5	73,7	54,3	.
1993 Juli	57,3	68,2	.	78,5	73,7	54,1	.
1993 Aug.	.	.	.	88,5	57,2	68,4	.	78,4	73,7	53,8	.

Jahr Monat	Fein- kera- mische Erzeug- nisse	Flach- glas und Glas- faser	Hohl- glas ⁷⁾	Schnitt- holz, Sperrholz u. sonst. bearbeit- etes Holz	Holz- waren	Holz- schliff, Zellstoff, Papier u. Pappe	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeug- nisse	Kunst- stoff- erzeug- nisse	Gummi- waren	Leder
1991 D	60,4	52,0	45,4	59,2	56,5	59,4	63,8	105,8	57,7	44,2	42,3
1992 D	63,2	51,7	45,8	57,9	57,8	55,9	63,9	112,4	55,0	43,6	42,0
1992 Mai	63,7	51,1	46,1	57,9	57,4	56,6	63,4	109,8	54,9	43,5	42,2
1992 Juni	63,7	52,5	46,1	57,8	57,7	56,5	64,2	109,8	54,6	43,3	42,2
1992 Juli	63,6	52,8	46,1	57,9	57,8	56,0	64,4	112,2	54,7	44,4	42,2
1992 Aug.	63,6	51,7	46,3	58,4	57,6	56,0	64,2	112,9	54,5	43,9	42,2
1992 Sept.	63,6	51,6	46,3	57,7	58,3	54,9	64,0	117,5	54,6	43,4	42,3
1992 Okt.	63,6	51,6	46,3	57,5	58,7	55,1	64,2	117,5	54,9	43,5	41,8
1992 Nov.	63,6	52,5	46,2	58,7	58,3	53,8	64,2	117,9	54,7	43,6	41,8
1992 Dez.	63,6	52,4	46,4	58,2	58,4	53,3	64,2	117,9	54,6	43,6	41,8
1993 Jan.	63,9	53,0	46,5	57,8	58,8	53,1	64,3	117,9	54,6	44,4	42,1
1993 Febr.	64,2	53,0	47,3	58,3	58,8	52,1	64,2	117,9	54,7	44,6	42,0
1993 März	64,6	52,9	47,2	57,7	58,9	52,1	64,2	119,6	54,6	44,7	41,9
1993 April	64,7	53,1	47,1	58,1	59,4	51,3	64,4	121,4	54,4	44,6	42,0
1993 Mai	64,7	53,1	46,8	57,7	59,6	50,6	64,2	121,4	54,4	44,8	42,4
1993 Juni	64,7	53,9	46,9	57,7	59,7	50,3	63,6	124,1	54,3	44,8	42,5
1993 Juli	64,7	51,5	46,9	57,6	59,6	49,5	64,3	127,7	54,2	46,2	42,5
1993 Aug.	67,1	51,9	47,0	57,4	59,6	49,0	64,2	127,7	54,2	45,7	42,8

Jahr Monat	Lederwaren und Schuhe		Textilien	Bekleidung	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes			Tabak- waren	Fertigteil- bauten im Hochbau
	zusammen	darunter Schuhe			zusammen	darunter			
						Mahl- und Schälmühlen- erzeugnisse	Milch, Butter, Käse		
1991 D	62,5	.	37,1	58,8	65,7	.	.	96,5	.
1992 D	59,7	.	36,8	60,0	67,6	.	.	103,2	.
1992 Mai	59,6	.	36,9	59,6	68,0	.	.	104,4	.
1992 Juni	59,7	.	36,8	59,6	68,0	.	.	104,4	.
1992 Juli	59,5	.	36,9	59,8	68,0	.	.	104,4	.
1992 Aug.	59,5	.	36,8	59,9	67,9	.	.	104,4	.
1992 Sept.	59,5	.	36,8	59,8	67,9	.	.	104,4	.
1992 Okt.	59,6	.	36,7	60,0	67,5	.	.	104,4	.
1992 Nov.	59,6	.	36,7	60,0	67,4	.	.	104,5	.
1992 Dez.	59,5	.	36,8	60,0	67,0	.	.	104,5	.
1993 Jan.	59,6	.	36,7	60,0	67,1	.	.	106,5	.
1993 Febr.	59,8	.	36,7	60,0	66,9	.	.	106,6	.
1993 März	59,8	.	36,6	60,0	67,0	.	.	106,6	.
1993 April	59,6	.	36,6	60,1	67,0	.	.	106,7	.
1993 Mai	59,6	.	36,5	60,1	67,2	.	.	106,7	.
1993 Juni	59,6	.	36,5	60,1	67,3	.	.	106,7	.
1993 Juli	59,2	.	36,5	60,1	67,3	.	.	106,7	.
1993 Aug.	59,2	.	36,5	60,0	67,1	.	.	106,7	.

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 2.

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der gewerblichen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter. - 3) In den Preisindizes für Elektrizität ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. Bei Elektrizität, Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverleiher. - 4) Ohne Ferrolegierungswerke - 5) Verbrennungsmotoren, Gas- und Dampfturbinen. - 6) Einschl. Fahrräder mit Hilfsmotor sowie deren Verbrennungsmotoren. - 7) Verarbeitetes und veredelltes Glas.

Preisindex für die Lebenshaltung
Früheres Bundesgebiet
1985 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾									
	ins- gesamt	ohne Saison- waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art

2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen⁴⁾

1990 D	107,0	106,9	104,6	107,8	106,1	113,9	87,2	108,3	115,3	105,2	109,2	117,6
1991 D	110,8	110,5	107,7	110,5	110,6	118,4	91,4	111,7	118,9	110,3	111,5	122,1
1992 D	115,2	115,2	110,7	113,9	115,8	125,2	92,8	116,0	122,9	114,8	118,2	128,0
1992 Aug.	115,3	115,7	110,3	114,1	116,4	126,0	92,8	116,6	123,3	115,3	117,4	128,4
Sept.	115,5	116,0	109,7	114,5	116,9	126,7	92,9	116,7	123,6	115,4	118,1	128,8
Okt.	115,8	116,4	109,5	114,9	117,6	127,6	93,0	117,0	123,8	115,6	118,7	129,3
Nov.	116,2	116,8	109,7	115,2	118,3	128,6	92,9	117,2	124,0	115,7	119,6	130,3
Dez.	116,5	117,1	109,9	115,3	118,6	129,1	92,7	117,3	124,2	116,0	119,9	131,1
1993 Jan.	117,5	117,9	111,1	115,9	119,5	130,0	93,5	117,8	124,8	117,3	120,7	132,4
Febr.	118,3	118,6	111,8	116,2	120,0	130,7	93,6	118,3	131,9	117,6	120,9	133,8
März	118,7	119,0	112,0	116,7	120,6	131,6	93,8	118,6	132,3	118,0	121,1	134,2
April	119,2	119,3	112,8	116,9	120,9	132,0	93,7	118,9	132,5	118,8	121,0	134,5
Mai	119,6	119,6	113,5	117,2	121,3	132,5	93,7	119,3	132,7	118,7	121,3	134,9
Juni	119,8	119,8	113,2	117,2	121,5	133,0	93,5	119,4	133,0	119,4	121,1	136,2
Juli	119,8	120,1	112,7	117,3	122,0	133,5	93,8	119,7	133,1	119,7	121,0	137,1
Aug.	119,8	120,3	111,9	117,5	122,4	134,0	93,8	119,8	133,3	119,6	121,1	137,3
Sept.	119,9	120,5	111,4	117,8	122,8	134,6	93,8	119,9	133,5	120,3	121,5	137,3

Einfache Lebenshaltung eines Kindes⁵⁾

1990 D	107,7	.	107,2	108,1	107,3	114,6	86,8	106,1	108,5	114,9	110,1	108,1
1991 D	111,3	.	111,1	110,9	111,4	119,2	89,4	108,6	112,2	117,2	113,3	109,9
1992 D	114,7	.	113,9	114,3	116,6	126,3	88,9	111,7	116,8	120,3	117,8	112,8
1992 Aug.	114,6	.	113,2	114,5	117,1	127,2	88,3	112,0	117,4	120,6	118,3	112,9
Sept.	114,5	.	112,5	115,0	117,7	127,9	88,5	112,2	117,7	120,7	119,2	113,4
Okt.	114,6	.	112,0	115,4	118,6	128,8	89,6	112,4	118,0	120,6	119,8	113,6
Nov.	114,9	.	112,2	115,7	119,4	129,7	89,9	112,8	118,2	120,6	120,1	114,0
Dez.	115,1	.	112,3	115,8	119,7	130,3	89,3	112,9	118,4	120,7	120,3	114,3
1993 Jan.	116,1	.	113,5	116,4	120,7	131,3	90,5	113,4	119,3	124,3	121,8	114,7
Febr.	116,6	.	114,0	116,7	121,2	132,0	90,4	113,9	120,1	124,4	121,9	115,0
März	117,0	.	114,4	117,2	122,0	132,9	91,1	114,2	120,6	124,5	122,3	115,3
April	118,0	.	116,1	117,4	122,2	133,3	90,6	114,5	121,0	126,9	123,3	115,4
Mai	119,0	.	118,1	117,7	122,5	133,8	90,2	114,7	121,1	127,0	123,6	115,3
Juni	118,6	.	116,8	117,7	122,7	134,2	89,6	114,7	121,4	127,8	123,7	115,7
Juli	118,0	.	115,2	117,8	123,1	134,8	89,8	114,9	121,6	128,6	124,9	115,9
Aug.	117,8	.	114,4	117,9	123,5	135,4	89,7	115,0	121,7	128,7	125,0	116,0
Sept.	117,7	.	113,9	118,2	123,9	135,9	89,6	115,2	121,9	129,1	126,0	116,1

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 7.

1) Lebenshaltungsausgaben von rd. 3 105 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1985. - 2) Lebenshaltungsausgaben von rd. 4 984 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1985. - 3) Lebenshaltungsausgaben von rd. 3 044 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1985. - 4) Lebenshaltungsausgaben von rd. 1 526 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1985. - 5) Bedarfsstruktur 1976, nach der Preisentwicklung auf 1985 hochgerechnet, für den Mindestunterhalt von Kindern im 1. bis 18. Lebensjahr; Hauptgruppe „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ enthält nur Nahrungsmittel sowie alkoholfreie Getränke. - 6) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. - Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes. - 7) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck). - 8) Kartoffeln, Frischgemüse, Frischobst einschl. Süßfrüchte, Frischfisch und Blumen. - 9) Bei dem Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes sind Wohnungen des freifinanzierten Wohnungsbaues, die 1949 und später erstellt wurden, nicht berücksichtigt.

Preisindex für die Lebenshaltung
Neue Länder und Berlin-Ost
2. Halbjahr 1990/1. Halbjahr 1991 = 100

Jahr Monat ⁵⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁶⁾									
	ins- gesamt	ohne Saison- waren ⁷⁾	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art

Alle Arbeitnehmerhaushalte¹⁾

1991 D	108,3	108,4	102,7	104,1	167,6	176,6	159,2	102,8	104,1	105,3	106,0	115,7
1992 D	120,4	121,1	105,7	105,5	304,7	400,0	214,3	105,6	111,6	112,1	113,0	122,5
1992 März	119,8	120,3	105,9	105,1	305,3	399,6	215,9	105,0	109,6	111,4	112,4	118,2
April	120,0	120,6	106,2	105,2	304,8	400,4	214,1	105,3	110,8	111,8	112,2	118,3
Mai	120,6	121,1	106,4	105,4	304,3	400,1	213,5	105,5	111,4	112,4	112,7	123,5
Juni	120,8	121,3	106,7	105,3	303,7	400,0	212,4	105,5	111,9	112,8	112,5	123,9
Juli	120,7	121,4	106,1	105,2	303,6	400,1	212,1	105,7	112,3	113,0	112,6	124,1
Aug.	120,6	121,5	105,6	105,2	304,4	400,3	213,5	105,8	112,7	112,8	112,8	124,3
Sept.	120,7	121,7	105,3	105,7	305,4	400,3	215,5	105,8	113,0	112,7	113,5	124,3
Okt.	120,8	121,9	105,3	106,1	305,1	401,2	214,2	106,1	113,3	112,7	113,9	124,3
Nov.	121,1	122,2	105,1	106,3	305,2	401,3	214,2	106,3	113,5	113,2	114,6	126,1
Dez.	121,3	122,3	105,1	106,4	305,4	401,6	214,2	106,3	114,1	113,1	115,3	126,8
1993 Jan.	129,4	130,7	106,1	106,4	418,3	631,7	216,2	106,9	116,7	116,3	117,3	133,4
Febr.	130,1	131,1	106,7	106,4	420,2	634,1	217,5	107,0	117,2	117,3	118,0	133,4
März	130,3	131,4	106,6	106,6	420,5	636,1	216,2	107,2	117,5	117,9	118,1	133,5
April	130,8	131,8	107,1	106,7	420,0	634,1	217,3	107,6	117,9	118,5	118,7	135,4
Mai	130,9	131,9	107,3	106,6	420,4	635,4	216,7	107,7	117,9	118,4	118,9	135,5
Juni	131,4	132,3	107,8	106,5	420,5	635,7	216,6	107,8	118,1	119,5	119,0	136,9
Juli	131,4	132,4	107,4	106,3	419,9	634,8	216,2	107,9	118,2	119,7	119,3	138,2
Aug.	131,3	132,4	107,0	106,3	419,8	634,3	216,7	107,9	118,3	119,6	119,5	138,3

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit höherem Einkommen²⁾

1991 D	107,9	108,0	103,0	104,5	169,9	177,5	161,3	102,7	104,2	104,3	106,4	118,2
1992 D	119,2	119,7	106,3	105,9	319,4	407,0	219,8	105,1	111,3	110,0	114,3	124,2
1992 März	118,7	119,0	106,4	105,6	319,9	406,5	221,4	104,6	109,4	109,3	113,7	120,7
April	118,9	119,2	106,7	105,7	319,6	407,4	219,8	104,8	110,6	109,6	113,6	120,8
Mai	119,4	119,7	106,9	105,8	319,1	407,0	219,3	105,1	111,1	110,3	114,0	124,8
Juni	119,6	119,9	107,2	105,7	318,6	406,9	218,2	105,1	111,7	110,6	113,9	125,2
Juli	119,5	120,0	106,7	105,6	318,4	407,0	217,9	105,3	112,0	110,8	113,9	125,4
Aug.	119,5	120,1	106,3	105,5	319,1	407,1	219,2	105,4	112,4	110,7	114,2	125,6
Sept.	119,5	120,3	106,1	106,0	319,9	407,1	220,9	105,4	112,6	110,6	114,8	125,6
Okt.	119,6	120,4	106,1	106,4	319,4	407,7	219,2	105,6	112,9	110,6	115,2	125,6
Nov.	119,9	120,7	106,0	106,7	319,5	407,8	219,2	105,7	113,0	111,0	115,8	127,7
Dez.	120,1	120,9	106,0	106,8	319,7	408,1	219,2	105,7	113,5	110,9	116,4	128,3
1993 Jan.	127,9	128,8	107,0	106,7	446,9	645,6	221,2	106,3	115,8	113,8	118,3	136,0
Febr.	128,5	129,3	107,6	106,7	449,1	648,1	223,1	106,5	116,3	114,7	119,0	135,9
März	128,7	129,6	107,6	106,9	449,5	650,0	221,7	106,6	116,6	115,2	119,1	136,0
April	129,2	130,0	108,0	107,0	448,9	647,9	223,0	106,9	116,9	115,7	120,3	137,5
Mai	129,3	130,1	108,2	107,0	449,4	649,2	222,5	107,0	116,9	115,6	120,5	137,6
Juni	129,8	130,5	108,6	106,8	449,5	649,5	222,4	107,2	117,0	116,5	120,7	138,8
Juli	129,8	130,6	108,4	106,6	448,8	648,5	222,0	107,2	117,1	116,7	121,1	140,3
Aug.	129,7	130,6	108,1	106,6	448,7	648,0	222,4	107,2	117,2	116,6	121,2	140,4

Fußnoten siehe folgende Seite.

**Preisindex für die Lebenshaltung
Neue Länder und Berlin-Ost
2. Halbjahr 1990/1. Halbjahr 1991 = 100**

Jahr Monat ⁵⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁶⁾										
	ins- gesamt	ohne Saison- waren ⁷⁾	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für				
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen³⁾

1991 D	108,2	108,3	102,6	104,5	166,8	176,6	158,0	102,8	104,1	104,7	108,1	118,7
1992 D	119,6	120,2	105,7	105,9	301,5	399,8	211,5	105,6	111,1	110,7	117,2	125,7
1992 März	119,0	119,5	105,8	105,6	302,1	399,3	213,1	105,0	109,3	110,0	116,5	121,3
April	119,2	119,7	106,1	105,7	301,5	400,2	211,2	105,3	110,4	110,4	116,4	121,4
Mai	119,8	120,3	106,3	105,7	301,0	399,8	210,5	105,5	111,0	111,0	116,9	126,7
Juni	120,0	120,4	106,6	105,7	300,4	399,8	209,4	105,6	111,5	111,4	116,7	127,1
Juli	119,9	120,5	106,1	105,6	300,3	399,9	209,1	105,7	111,8	111,5	116,8	127,3
Aug.	119,8	120,6	105,6	105,5	301,1	400,1	210,4	105,8	112,2	111,4	117,1	127,5
Sept.	119,9	120,8	105,4	106,0	302,3	400,1	212,7	105,9	112,5	111,2	117,9	127,5
Okt.	120,0	121,0	105,4	106,4	302,1	400,9	211,6	106,1	112,7	111,2	118,3	127,5
Nov.	120,4	121,3	105,3	106,7	302,2	401,1	211,6	106,2	112,8	111,7	119,0	129,7
Dez.	120,5	121,5	105,2	106,8	302,3	401,4	211,6	106,2	113,3	111,6	119,7	130,2
1993 Jan.	128,0	129,1	106,3	106,7	413,2	631,2	213,7	106,8	115,6	114,5	122,0	138,2
Febr.	128,6	129,6	106,9	106,7	415,0	633,6	214,8	107,0	116,0	115,4	122,9	138,2
März	128,8	129,9	106,8	106,9	415,3	635,6	213,5	107,1	116,4	115,9	123,1	138,3
April	129,4	130,4	107,3	107,0	414,8	633,6	214,4	107,5	116,7	116,5	124,6	140,2
Mai	129,6	130,5	107,5	107,0	415,1	635,0	213,8	107,7	116,7	116,4	125,0	140,4
Juni	130,0	130,8	107,9	106,9	415,2	635,2	213,7	107,8	116,8	117,2	125,3	141,5
Juli	130,0	131,0	107,6	106,6	414,6	634,3	213,4	107,9	116,9	117,4	125,7	143,0
Aug.	129,9	131,0	107,3	106,6	414,6	633,8	213,9	107,8	117,0	117,3	125,9	143,1

2-Personen-Rentnerhaushalte⁴⁾

1991 D	108,3	108,5	102,1	103,7	164,4	175,0	156,2	103,3	104,6	105,9	104,2	110,6
1992 D	121,0	122,1	103,9	105,1	287,9	393,5	206,7	107,0	112,7	113,7	109,8	117,3
1992 März	120,4	121,2	104,3	104,6	288,6	393,3	208,2	106,0	110,6	112,7	109,2	113,3
April	120,7	121,5	104,6	104,7	287,9	394,2	206,2	106,7	111,8	113,3	108,6	113,4
Mai	121,3	122,1	104,8	105,0	287,3	393,9	205,4	106,9	112,4	113,8	109,3	118,3
Juni	121,4	122,2	105,1	104,9	286,6	393,8	204,2	106,9	112,9	114,2	108,8	119,0
Juli	121,3	122,4	104,3	104,8	286,5	393,9	204,0	107,3	113,4	114,7	109,0	119,1
Aug.	121,2	122,5	103,6	104,8	287,4	394,1	205,3	107,4	113,9	114,6	109,0	119,1
Sept.	121,3	122,8	103,3	105,4	288,9	394,1	208,1	107,4	114,2	114,6	109,9	119,1
Okt.	121,5	122,9	103,3	105,7	289,0	395,1	207,4	108,0	114,5	114,7	110,4	119,2
Nov.	121,7	123,2	103,0	106,0	289,1	395,3	207,5	108,1	114,6	115,0	111,8	120,3
Dez.	121,8	123,4	102,9	106,1	289,2	395,5	207,5	108,2	115,4	115,0	112,5	121,2
1993 Jan.	130,4	132,2	103,7	106,0	387,3	618,6	209,6	108,8	118,2	118,9	114,2	125,6
Febr.	131,0	132,6	104,4	106,1	388,6	621,0	210,1	109,0	118,7	120,0	114,8	125,7
März	131,1	132,8	104,2	106,3	388,9	623,1	209,0	109,1	119,1	120,7	114,6	125,8
April	131,7	133,3	104,8	106,3	388,5	621,2	209,6	109,9	119,5	121,4	114,3	127,7
Mai	131,8	133,3	105,0	106,4	388,7	622,6	208,9	110,1	119,6	121,4	114,3	127,9
Juni	132,4	133,8	105,6	106,2	388,7	622,9	208,8	110,1	119,8	123,1	114,0	129,6
Juli	132,3	133,9	104,9	106,0	388,2	622,0	208,6	110,3	119,9	123,4	114,4	130,8
Aug.	132,2	133,9	104,5	106,0	388,3	621,5	209,2	110,3	120,0	123,3	114,6	130,8

1) Lebenshaltungsausgaben von rd. 1 976 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen des 2. Hj 1990/1. Hj 1991. - 2) Lebenshaltungsausgaben von rd. 2 888 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen des 2. Hj 1990/1. Hj 1991. - 3) Lebenshaltungsausgaben von rd. 2 296 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen des 2. Hj 1990/1. Hj 1991. - 4) Lebenshaltungsausgaben von rd. 1 441 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen des 2. Hj 1990/1. Hj 1991. - 5) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. - Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes. - 6) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck). - 7) Kartoffeln, Frischgemüse, Frischobst einschl. Südfrüchte, Frischfisch und Blumen

Preisindizes für Bauwerke¹⁾

Neubau und Instandhaltung (Bauleistungen am Bauwerk)

Jahr Monat	Neubau								
	Wohngebäude				Büro- gebäude	Landwirt- schaftliche Betriebs- gebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude		
	insgesamt	Einfamilien- Gebäude	Mehrfamilien- Gebäude	Gemischt- genutzte-			insgesamt	Stahlbeton	Stahlbau
Früheres Bundesgebiet									
1985 = 100									
1991 D	124,3	124,3	124,4	124,0	124,4	124,7	124,4	123,9	124,9
1992 D	131,3	131,4	131,4	130,8	131,2	132,0	130,5	130,6	130,5
1991 Febr.	120,5	120,5	120,6	120,3	121,1	120,8	121,1	120,4	121,8
Mai	124,3	124,3	124,4	124,0	124,2	124,6	124,1	123,8	124,4
Aug.	125,8	125,8	125,9	125,5	125,7	126,3	125,8	125,4	126,2
Nov.	126,5	126,5	126,6	126,2	126,6	127,0	126,5	126,1	127,0
1992 Febr.	128,5	128,5	128,6	128,1	128,6	129,2	128,1	128,0	128,3
Mai	131,0	131,1	131,1	130,6	131,0	131,6	130,1	130,1	130,2
Aug.	132,7	132,7	132,8	132,1	132,4	133,3	131,8	131,9	131,8
Nov.	133,1	133,1	133,2	132,5	132,8	133,7	131,9	132,2	131,8
1993 Febr.	135,4	135,4	135,4	134,7	135,3	136,0	134,0	134,3	133,8
Mai	137,4	137,5	137,5	136,7	137,0	137,9	135,6	136,0	135,1
Aug.	138,0	138,1	138,1	137,2	137,6	138,5	136,2	136,6	135,9
Neue Länder und Berlin-Ost									
1989 = 100									
1991 D	164,3	165,0	163,1	165,2	154,2	157,5	145,1	151,1	139,1
1992 D	182,4	183,4	181,1	182,7	169,6	174,4	163,4	171,5	155,5
1991 Febr.	157,3	158,1	156,1	158,4	148,3	151,6	138,5	143,9	133,1
Mai	162,9	163,6	161,7	163,9	152,9	156,1	142,6	148,5	136,7
Aug.	166,1	166,9	164,8	166,9	155,8	159,2	145,8	151,7	140,1
Nov.	170,8	171,5	169,6	171,6	159,9	163,1	153,3	160,2	146,6
1992 Febr.	176,8	177,7	175,6	177,7	165,5	169,4	159,0	166,8	151,3
Mai	181,5	182,4	180,2	181,9	169,0	174,3	162,2	170,2	154,3
Aug.	184,4	185,5	183,0	184,4	171,0	175,8	165,5	173,5	157,7
Nov.	186,8	187,8	185,5	186,6	172,7	178,0	167,0	175,5	158,8
1993 Febr.	191,6	192,8	190,2	191,1	177,1	182,6	170,8	179,4	162,4
Mai	194,9	196,2	193,6	194,4	179,1	185,5	172,7	181,4	164,1
Aug.	196,3	197,6	195,0	195,7	180,3	186,7	173,7	182,3	165,4

Jahr Monat	Neubau						Instandhaltung von Wohngebäuden			
	Straßenbau			Brücken im Straßenbau	Ortskanäle	Staudämme	Ein- familiengebäude mit Schönheitsreparaturen	Mehr- familiengebäude		Schönheits- reparaturen in einer Wohnung
	insgesamt	Bundes- auto- bahnen	Bundes- und Landes- straßen					mit	ohne	
Früheres Bundesgebiet										
1985 = 100										
1991 D	121,0	121,6	120,5	122,1	124,6	123,8	125,1	124,6	124,6	124,2
1992 D	127,7	128,3	127,1	126,8	131,8	130,5	133,5	132,9	132,9	132,4
1991 Febr.	117,3	117,8	116,9	118,9	120,3	119,8	121,6	121,0	121,2	119,9
Mai	121,0	121,5	120,5	122,3	124,8	123,9	124,6	124,2	124,0	124,0
Aug.	122,4	123,0	121,9	123,4	126,2	125,3	126,7	126,3	126,1	126,3
Nov.	123,3	123,9	122,8	123,8	127,0	126,0	127,5	127,0	126,9	126,7
1992 Febr.	125,3	125,9	124,7	124,8	129,1	128,0	130,0	129,2	129,5	127,9
Mai	127,7	128,3	127,1	126,7	131,6	130,4	132,9	132,1	132,3	131,1
Aug.	128,9	129,5	128,2	127,9	133,0	131,9	135,3	134,8	134,5	135,1
Nov.	128,9	129,6	128,2	127,7	133,3	131,8	135,9	135,4	135,1	135,5
1993 Febr.	130,5	131,4	129,7	128,9	135,3	133,7	138,9	138,2	138,3	137,5
Mai	131,6	132,5	130,8	130,8	137,1	135,4	140,7	140,0	140,0	139,2
Aug.	131,2	132,1	130,3	131,1	137,0	135,4	142,1	141,5	141,4	141,4
Neue Länder und Berlin-Ost										
1989 = 100										
1991 D	115,4	117,1	113,7	136,5	125,9	136,2	175,8	172,6	161,4	200,7
1992 D	124,6	126,8	122,4	148,8	138,6	152,4	200,3	196,9	181,7	234,2
1991 Febr.	111,8	113,4	110,2	130,0	120,2	129,5	165,4	160,5	153,3	179,7
Mai	113,3	115,0	111,7	135,8	124,2	134,0	173,3	170,3	159,3	197,1
Aug.	116,5	118,4	114,6	137,7	127,0	137,6	178,8	176,0	163,6	206,9
Nov.	119,8	121,6	118,1	142,5	132,3	143,5	185,8	183,5	169,2	218,9
1992 Febr.	123,1	124,7	121,5	146,3	135,9	149,0	192,9	189,8	175,5	224,4
Mai	126,5	128,4	124,5	148,3	138,7	152,7	197,7	193,4	179,9	227,2
Aug.	124,5	126,8	122,2	149,2	139,3	152,4	203,8	201,3	184,5	242,0
Nov.	124,3	127,1	121,5	151,4	140,5	155,3	206,8	202,9	186,8	243,0
1993 Febr.	126,1	129,1	123,0	152,9	142,4	157,0	212,8	208,9	192,1	250,0
Mai	127,5	130,9	124,2	155,0	145,3	159,4	215,6	211,0	194,2	251,5
Aug.	126,5	130,0	123,0	155,3	145,0	159,0	217,9	213,3	195,6	255,8

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 4.

1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Kaufwerte für Bauland

Jahr ¹⁾ Vierteljahr	Baulandarten											
	insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland			Sonstiges Bauland ²⁾		
	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert
	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²
Deutschland												
1992 1. Vj	21 856	49 683	52,88	17 141	19 229	99,64	3 003	16 490	22,33	1 712	13 965	24,56
2. Vj	24 638	54 004	56,50	18 388	22 122	101,04	3 803	17 708	24,17	2 447	14 174	27,36
3. Vj	25 544	58 666	55,22	19 066	24 562	94,01	4 609	25 239	24,35	1 869	8 865	35,59
4. Vj	28 885	65 422	54,32	21 861	27 503	93,20	4 896	27 491	22,84	2 128	10 429	34,79
1993 1. Vj	23 800	55 715	57,10	17 863	26 984	88,94	4 187	21 250	26,11	1 750	7 480	30,27
Früheres Bundesgebiet												
1980	97 624	118 365	62,43	76 221	74 122	82,01	13 865	27 225	32,88	7 538	17 019	24,41
1985	62 382	75 815	78,69	48 957	41 146	116,09	5 747	12 641	39,94	7 678	22 028	31,08
1986	62 200	72 148	84,00	49 511	40 536	121,07	5 298	9 747	44,86	7 391	21 866	32,74
1987	62 628	76 392	85,40	50 313	41 631	126,08	5 097	9 998	42,75	7 218	24 762	34,23
1988	70 681	85 568	88,25	57 370	47 337	127,74	5 654	10 323	49,05	7 657	27 907	35,77
1989	81 895	103 344	92,13	68 192	61 014	126,44	5 793	12 184	50,88	7 910	30 146	39,36
1990	86 709	118 348	89,24	71 378	65 812	124,19	6 590	16 435	57,08	8 741	36 101	40,17
1991	85 308	122 119	90,71	69 917	68 564	125,41	7 181	18 213	54,36	8 210	35 342	42,13
1980 1. Vj	23 106	27 707	58,42	17 953	17 568	75,31	3 460	6 443	33,72	1 693	3 696	21,18
2. Vj	22 177	26 375	60,22	17 408	16 945	77,56	3 118	6 111	32,06	1 651	3 319	23,56
3. Vj	21 385	26 257	61,78	18 733	15 738	83,44	2 908	5 868	31,30	1 744	4 650	26,95
4. Vj	22 510	26 265	67,82	17 570	16 757	88,40	3 118	6 083	35,31	1 822	3 424	24,89
1985 1. Vj	13 397	16 407	76,49	10 490	8 708	115,17	1 272	3 146	38,64	1 635	4 553	28,66
2. Vj	14 644	16 987	78,85	11 533	9 316	112,27	1 319	2 582	44,21	1 792	5 088	35,24
3. Vj	13 603	16 521	72,48	10 572	8 932	108,06	1 341	2 816	38,23	1 690	4 773	26,12
4. Vj	15 052	17 615	81,26	11 599	9 760	120,65	1 504	2 753	40,19	1 949	5 102	28,07
1990 1. Vj	18 387	23 628	85,70	15 298	14 079	115,75	1 400	3 002	55,50	1 689	6 548	34,95
2. Vj	17 357	22 654	87,85	14 252	12 451	127,08	1 453	3 192	54,93	1 652	7 011	33,18
3. Vj	16 822	22 769	87,15	13 511	12 526	127,01	1 467	3 408	45,75	1 844	6 835	34,72
4. Vj	18 442	25 413	96,01	14 809	13 507	136,46	1 537	3 686	49,02	2 096	8 220	50,61
1991 1. Vj	13 799	18 641	87,29	11 134	10 433	125,90	1 242	2 760	53,47	1 423	5 448	30,48
2. Vj	17 331	23 811	94,88	13 898	12 649	140,77	1 567	3 357	59,80	1 866	7 805	35,58
3. Vj	18 538	25 580	94,02	15 258	14 774	130,56	1 504	3 578	55,63	1 776	7 227	38,33
4. Vj	20 242	28 786	95,41	16 439	15 502	132,79	1 866	4 752	56,70	1 937	8 532	49,06
1992 1. Vj	19 297	26 585	84,67	16 257	15 823	117,46	1 442	3 646	53,18	1 598	7 117	27,90
2. Vj	19 906	26 764	93,30	16 693	15 844	127,54	1 624	4 110	45,04	1 589	6 810	42,78
3. Vj	19 892	25 808	97,35	16 820	15 783	128,51	1 576	4 039	60,09	1 496	5 987	40,36
4. Vj	22 600	30 049	90,76	19 050	17 970	124,75	1 838	4 749	50,04	1 712	7 330	33,82
1993 1. Vj	18 133	25 427	91,48	15 319	15 455	125,63	1 394	4 550	47,25	1 420	5 423	31,27
Neue Länder und Berlin-Ost												
1992 1. Vj	2 559	23 098	16,28	884	3 406	16,82	1 561	12 844	13,57	114	6 848	21,09
2. Vj	4 732	27 240	20,33	1 695	6 277	34,16	2 179	13 598	17,87	858	7 365	13,10
3. Vj	5 652	32 857	22,12	2 246	8 780	31,99	3 033	21 200	17,55	373	2 878	26,67
4. Vj	6 285	35 373	23,36	2 811	9 532	33,72	3 058	22 742	17,16	416	3 099	37,08
1993 1. Vj	5 667	30 288	28,24	2 544	11 530	39,77	2 793	16 701	20,35	330	2 057	27,64

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 5.

1) Jahresergebnis mit Nachmeldungen. – 2) Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen.